

Die Wetterprognose ist heiß und stürmisch. Das Tief der sozialen Krise bedroht viele Menschen im Land. Das Hoch der Klimaerhitzung nagt an unseren globalen Lebensgrundlagen. Die Zeit (b)rennt. Armutsbetroffene sind vom Klimawandel weitaus stärker betroffen als einkommensstärkere Gruppen. Während Erstere weniger zur Klimakrise beitragen, bekommen sie die Auswirkungen der Umweltbelastungen wie die Verknappung der natürlichen Ressourcen, Luftverschmutzung, Hitze, Überschwemmungen oder Dürre deutlicher zu spüren. Klimaschutz kann nur dann erfolgreich sein und Akzeptanz finden, wenn er nicht sozial blind ist. Klimaschutz selbst muss Armut bekämpfen.

Die Autor*innen dieses Bandes behandeln große sozial-ökologische Problemfelder des Klimawandels, diskutieren Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation und thematisieren Lösungsansätze in den Bereichen Ernährung, Mobilität oder Wohnen.



ES BRENNT!

Armut bekämpfen, Klima retten

DIE ARMUTSKONFERENZ.



ES BRENNT!

Armut bekämpfen, Klima retten

Impressum

Herausgeber*innen: Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig, Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger, Robert Rybaczek, Martin Schenk

Layout, Satz, Abbildungen und Cover: Svenja Knisel

Lektorat: Julia Stauber, Jutta Konvicka

Die Statements, die zwischen den Beiträgen angeführt sind, wurden im Rahmen der 13. Österreichischen Armutskonferenz im Mai 2022 unter Teilnehmer*innen und Referent*innen der Konferenz gesammelt.

©2023 DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herstellung und Verlag: BoD - Books on Demand, Norderstedt

ISBN

www.armutskonferenz.at/esbrennt

Die Inhalte in diesem Buch sind von den Herausgeber*innen und vom Verlag sorgfältig erwogen und geprüft, dennoch kann keine Garantie übernommen werden. Eine Haftung der Herausgeber*innen bzw. des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschaden ist ausgeschlossen.

Der Inhalt dieses Werkes steht unter der Creative-Commons-Lizenz zu folgenden Bedingungen:

CC BY-NC-SA 3.0 AT

-  Namensnennung
-  Nicht kommerziell
-  Weitergabe unter gleichen Bedingungen

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/at/>

Für darüber hinausgehende Nutzungen ist eine ausdrückliche Zustimmung der Herausgeber*innen erforderlich.


DIE ARMUTSKONFERENZ.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
FLÄCHENBRAND: Die großen sozial-ökologischen Problemfelder	
<i>Ulrich Brand</i>	
Ökologie ist keine Luxusfrage	
Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an.....	17
<i>Stephan Lessenich</i>	
Klima – Klasse – Konsum	
Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise.....	31
<i>Karin Fischer</i>	
Klima-Kolonialismus	
Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise.....	43
<i>Judith Kohlenberger</i>	
Migration bekämpfen, Klima retten?	
Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik	51
GLUTNESTER: Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation	
<i>Beate Littig</i>	
Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft	
Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme.....	61
<i>Ilja Steffelbauer</i>	
Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung	
Ernährungssouveränität als Lösung.....	73
<i>Elisa Klein Díaz und Michaela Moser</i>	
Ernährungssouveränität weiterentwickeln	
Bestehende Initiativen und notwendige Schritte.....	83
<i>Christine Sallinger</i>	
Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen	
Ein Kommentar.....	89

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.....**95**

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar.....**105**

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter.....**109**

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview.....**117**

BRANDSCHUTZ: Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen**123**

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft.....**135**

Marie Chahrour

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle**147**

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise**153**

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich.....**163**

Wolfgang wodt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar.....**173**

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung.....**179**

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen.....**183**

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin.....**189**

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise.....**197**

Verena Fabris, Martin Schenk;

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz.....**207**

DIE ARMUTSKONFERENZ.....216

Einleitung

Die Wetterprognose für die kommenden Jahre lautet heiß und stürmisch. Während die Hitze die globalen Lebensgrundlagen bedroht, wird die soziale Kälte der Gesellschaft mit jeder neuen Krise spürbarer. Dabei sind Armutsbetroffene vom Klimawandel weitaus stärker betroffen als einkommensstärkere Gruppen. Während Armutsbetroffene weniger zur Klimakrise beitragen, bekommen sie die Auswirkungen der Umweltbelastungen – wie die Verknappung der natürlichen Ressourcen, Hitze, Dürre, Überschwemmungen, aber auch Luftverschmutzung und Lärm – deutlicher zu spüren. Auch die bisherigen Maßnahmen gegen den Klimawandel stellen keinen sozialen Ausgleich her. Regelungen wie die CO₂-Steuer haben weitaus größere Auswirkungen auf einkommensschwache Gruppen als auf einkommensstarke, wenn kein finanzieller Ausgleich erfolgt.

„Klimaschutz kann nur dann erfolgreich sein und Akzeptanz finden, wenn er nicht sozial blind ist. Klimaschutz selbst muss Armut bekämpfen.“ Das war ein wesentliches Resümee der 13. Armutskonferenz, die unter dem Titel „Es brennt!“ von 23. bis 25. Mai 2022 mit über 300 Teilnehmer*innen aus Wissenschaft, Selbsthilfe-Initiativen, sozialen Organisationen und Bildungseinrichtungen sowie mit Armutsbetroffenen in Salzburg stattfand. Auf der Konferenz wurden Maßnahmen und Strategien vorgestellt und diskutiert, welche die Klimakrise und die Krise des sozialen Klimas zusammendenken. Theoretische Beiträge wurden mit Einsichten aus der Praxis und der Sichtweise Armutsbetroffener verbunden. Dabei haben sich Umwelt- und Klimagerechtigkeit als die brennendsten Fragen herausgestellt. Im Rahmen der Konferenz wurden Themen wie Demokratie, solidarischer Care-Arbeit, Wohnen und Energie, Verteilungspolitik und Steuern, Konsum, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Öko-Bewegungen sowie globalen Perspektiven behandelt – in diesem Tagungsband werden sie weiter vertieft.

Überblick

Der Tagungsband ist in drei Teile gegliedert. Die Artikel im Abschnitt Flächenbrand behandeln große sozial-ökologische Problemfelder des Klimawandels. Im Abschnitt Glutnester werden Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation diskutiert. Der dritte Teil thematisiert unter dem Titel Brandschutz,

mit welchen Lösungsansätzen die sozial- und klimapolitischen Brandherde in Bereichen wie Ernährung, Mobilität oder Wohnen gelöscht werden können.

Im Abschnitt Flächenbrand weist zuerst Ulrich Brand darauf hin, dass die Klimakrise keine Luxusfrage ist, sondern eine existentielle Frage, die uns alle angeht. Luxus ist allerdings dann ein Thema, wenn man sich fragt, wer auf wessen Kosten lebt. Stephan Lessenich ergänzt diese Sichtweise durch eine soziologische Ungleichheitsanalyse, die sich um die Frage dreht „Wer ist an dieser Krise schuld und wer hat sie auszubaden?“ Diese beiden Globalanalysen werden vertieft durch den Beitrag von Karin Fischer, der aufzeigt, wie globale Ungleichheit durch die internationalen Verflechtungen und ungleichen Weltwirtschaftsbeziehungen die Erderwärmung weiter anheizt. Eine Folge der Erderwärmung sind schon heute weltumspannende Flüchtlingsströme, die stets neue moralische Fragen aufwerfen und gesellschaftspolitische Spannungen auslösen, wie Judith Kohlenberg in ihrem Beitrag darlegt.

Der zweite Abschnitt dieses Bandes diskutiert unter dem Titel Glutnester Ernährung, Konsum, Energie, Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Bildung als Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation. Zuerst zeigt Beate Littig eine moderne Form der sozial-ökologischen und geschlechtergerechten Tätigkeitsgesellschaft auf, die das Wachstumsparadigma und den Konsumismus hinter sich lässt und als Alternative zu fragwürdigen Ansätzen der Green Economy dienen kann. Ilja Steffelbauer zeichnet mit seinem Blick in die Geschichte die weltweite Entwicklung von Mangelkrankheiten hin zu einer gegenwärtigen Adipositas-Diabetes-Epidemie nach und leitet daraus die Bedeutung von Ernährungssouveränität im Sinne einer kollektiven Kontrolle der Konsument*innen und Produzent*innen über selbst produzierte Nahrungsmittel ab. Elisa Klein Díaz und Michaela Moser sehen drei Aspekte als Basis für eine konzeptionelle Weiterentwicklung von Ernährungssouveränität, die sich insbesondere auch auf zivilgesellschaftliche Initiativen stützen sollte: ein weltweiter Zugang zu gesunden, naturnah produzierten und regionalen Nahrungsmitteln, weltweit faire Arbeitsbedingungen sowie der Erhalt unserer ökologischen Ressourcen. Christine Sallinger schreibt in ihrem Kommentar allgemeiner über Konsum: Sie zeigt auf, welche Einschränkungen armutsbetroffene Menschen beim Konsum in Kauf nehmen müssen. Aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten entpuppen

sie sich als „Klimaschutzweltmeister*innen mit gutem Gewissen“. Dass Energie kein gewöhnliches Konsumgut ist, weil es ein Grundbedürfnis deckt, betonen Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk und Felix Steinhardt. Ähnlich wie im Beitrag von Ilja Stellebauer für die (weltweite) Ernährung festgestellt, so existieren auch beim Energieverbrauch Überkonsum und Knappheit nebeneinander. Die Autor*innen fordern, dass der Grundbedarf für jeden Menschen gedeckt werden muss. Das Thema von Johannes Seidl ist Wohnen. Er fordert in seinem Kommentar eine konsequente Umsetzung des Menschenrechts auf Wohnen – die abgeschwächte Forderung nach „leistbarem Wohnen“ findet er scheinheilig. Mit Mobilität beschäftigten sich Alexander Brenner-Skazedonig und Lina Mosshammer. Sie zeigen auf, dass der motorisierte Individualverkehr das Erreichen der Klimaziele erschwert. Um klimaverträgliche und sozial gerechte Mobilität für alle umsetzen zu können, braucht es zuallererst politische Visionen, die Gehen, Radfahren und den öffentlichen Verkehr in den Mittelpunkt stellen. Im Gespräch mit Alban Knecht diskutiert Hedy Spanner aus der Perspektive einer Armutsbetroffenen die Bedeutung von transformativer Bildung im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit als Teil einer umfassenden Klimapolitik. Sie weißt unter anderem auf die Potenziale hin, die in sozial benachteiligten Menschen schlummern und die in einer solidarischen Gesellschaft besser genutzt werden können und sollten als bisher.

Im dritten Abschnitt des Buches werden unter dem Titel Brandschutz Lös(ch)ungsansätze bezüglich klima- und sozialpolitischer Herausforderungen diskutiert. Susanne Elsen weist in ihrem Artikel auf das große soziale und ökologische Potential der Solidarökonomie hin und zeigt ihren möglichen Beitrag zur Armutsbekämpfung und Integration benachteiligter Menschen auf. Anhand von praktischen Beispielen erläutert sie das Potenzial zur Entwicklung einer sozial gerechteren, ökologisch nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweise. Gabriele Winker stellt familiäre und ehrenamtliche Sorgearbeit in den Kontext von Klimapolitik. Sie zeigt die systemischen Gemeinsamkeiten zwischen der Überlastung von Sorgearbeitenden und der Überlastung ökologischer Kreisläufe auf und erläutert, wie eine radikale Care-Bewegung auch einen Beitrag zur Stärkung der Klimagerechtigkeitsbewegung leisten kann. Der Beitrag von Marie Chahrour diskutiert nachhaltige Arbeit als umfassenden Begriff, der neben Erwerbsarbeit

auch Sorge-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit umfasst. Eine angemessene Bewertung all dieser Tätigkeitsbereiche ist eine Voraussetzung für ökologische Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. In ihrem Artikel zu klimasozialer Politik fordern Clara Moder und Jana Schultheiß, dass der Sozialstaat eine starke Rolle bei der Abfederung sozialer Risiken des Klimawandels spielen müsse. Zentrale Hebel sind dabei die Bekämpfung von Ungleichheit, die Gestaltung der Sozialleistungen und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Rafael Wildauer fragt in seinem Beitrag, ob sich Österreich Armutsbekämpfung in Zeiten (klima-bedingter) belasteter Haushalte leisten kann. Er zeigt die im internationalen Vergleich hohe Einkommens- und Vermögensungleichheit Österreichs auf und weist auf die Ergiebigkeit und Notwendigkeit von Vermögenssteuern hin. Wolfgang Wodt Schmidt ergänzt diesen Beitrag und betont, dass eine Umverteilung von oben nach unten nicht nur für die Finanzierung des Staates, sondern auch als ökologischer Lenkungsmechanismus wichtig ist. Den öffentlichen Raum thematisiert Michaela Haunold in ihrem Beitrag: Sie stellt dar, mit welchen Maßnahmen dieser Raum klimafit wird und so für alle nutzbar bleibt. Anja Eberharter diskutiert die Rolle des sozialen Sektors in der Klimapolitik. Weil soziale Organisationen als Akteure vergessen werden, fordert sie einen Transformationsfonds für diesen Bereich. Zwei Beiträge des Bandes widmen sich dezidiert der Sozialen Arbeit: Yannick Liedholz diskutiert vor dem Hintergrund des Begriffes Klimagerechtigkeit mögliche Wege der Transformation zu einer klimagerechten Sozialen Arbeit. In Ergänzung fragt Robert Blum nach der Bedeutung der natürlichen Umwelt für Sozialarbeiter*innen und ihrem Verständnis der Klimakrise. Ein Einblick in die Ergebnisse der Konferenz beendet das Buch.

Es brennt! Diese zwei Worte sind Beobachtung, Statement, Aufruf und Warnung zugleich. Aufzuzeigen, wie wir soziale Kälte abwenden und globale Hitze verhindern können, das ist das Anliegen dieses Buches.

Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig, Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger, Robert Rybaczek, Martin Schenk

Mai 2023

FLÄCHENBRAND

Die großen sozial-ökologischen Problemfelder

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage.....17

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum.....31

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus.....43

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?51

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an

Mit diesem Vortrag eröffnete Ulrich Brand die 13. Armutskonferenz am 24. Mai 2022. Er zeigt, dass ökologische Themen keine Luxusfragen sind, setzt sie in Zusammenhang mit imperialen Lebens- und Produktionsweisen und weist auf die Grenzen von ökologischen Reformen im Rahmen des Kapitalismus hin. Die solidarische Lebensweise und die sozial-ökologische Transformation werden als Chance für positive gesellschaftliche Entwicklungen beschrieben.

Armut bekämpfen, Klima retten – und die Wetterprognose ist heiß und stürmisch. Gleichzeitig ist das soziale Klima eher kalt und geprägt von hoher Unsicherheit. Die Politik ist geschäftig, sie tut so, als ob sie klimapolitisch vorankommen würde. Sie will Hoffnung verbreiten, sie will das grüne Projekt einer Ökologisierung des Kapitalismus vorantreiben, was auch in der breiten Öffentlichkeit auf Zustimmung stößt – denken wir beispielsweise an den ganzen Hype um die E-Autos, an dem öffentlich kaum Kritik geäußert wird. Elon Musk, der jetzt bei Berlin eine Tesla-Fabrik hat bauen lassen, wird als eine Art Heilsbringer gefeiert. Es wirkt, als lösten grünes Wachstum und grüne Jobs samt Elektromobilität alle Emissionsprobleme. Ich bin wie Beate Littig aber eher skeptisch, was die Möglichkeiten dieser „Green Jobs“ angeht. Und „grünes Wachstum“ ist ein falsches Versprechen.

Ich beginne auf diese Weise, weil ich denke, dass es gerade in Zeiten von großer Veränderung, von großer Unsicherheit und Frustration – denken wir an den Krieg oder die negativen sozialen Effekte der Corona-Pandemie – Räume braucht, in denen man sich über wesentliche Fragen und Themen verständigen kann: Wo stehen wir? Wie kann Handlungsfähigkeit in bestimmten politischen Feldern erreicht und vergrößert werden? Wie können tatsächlich lebenswerte, gerechte und ökologisch nachhaltige Verhältnisse geschaffen werden?



Dazu möchte ich vier Überlegungen anstellen. Zunächst möchte ich auf die Frage „Warum ist Ökologie keine Luxusfrage?“ eingehen. Die zweite Überlegung behandelt die imperiale Lebens- und Produktionsweise. Warum ist sie so tief verankert und warum ist sie trotz der Zerstörung, die sie anrichtet, so attraktiv? Wichtig ist mir dabei: Die imperiale Lebensweise bedeutet nicht, dass alle gleich leben, sondern sie basiert auf Ungleichheit und sie verlängert Ungleichheit. Bei der dritten Überlegung möchte ich unter der Überschrift „Umkämpfte Zukunft“ argumentieren, dass durchaus auch das Establishment, die Machteliten sowie die herrschende Politik versuchen, mit der Klimakrise umzugehen. Unter dem Begriff „Ökologisierung des Kapitalismus“ habe ich bereits angedeutet, dass diese Versuche der Herrschenden und Mächtigen, die Klimakrise zu bearbeiten, unzureichend sind. Trotzdem sollten wir sie ernst nehmen, da sie eine wichtige Bedingung für weitergehende emanzipatorische und gerechte Lösungs- oder Bearbeitungswege darstellen. Das bringt mich zu meiner vierten und letzten Überlegung, nämlich zu Gedanken zu einer solidarischen Lebensweise und zu einer sozial-ökologischen Transformation.

Warum ist Ökologie keine Luxusfrage?

Wir erleben aktuell die sozial-ökologische Zerstörung der Welt. Dazu zählt nicht nur die Klimakrise, sondern auch der Krieg ist eine sozial-ökologische Zerstörung, weil die Debatten um den Ausstieg aus der Energieabhängigkeit von Russland ja sehr eng geführt werden. Wo bekommen wir jetzt das Gas her, wo die Kohle? Müssen wir die Atomkraftwerke in Europa länger laufen lassen?

Ich bleibe zunächst bei der Klimakrise im engeren Sinn. Diese wird heftig werden, das wird auch in Ländern des Globalen Nordens wie in Österreich zunehmend deutlich: Starkregen und Hitzeperioden traten vor fünf oder zehn Jahren noch viel seltener auf. Da hat man gesagt: „Ja, ja die Klimakrise, aber die betrifft eher den Globalen Süden.“ Jetzt wird sie auch hier erlebbar. In der Folge gibt es Debatten um die Klimafolgenanpassung: Wie wird damit umgegangen, wenn es in Wien oder Salzburg viele Tage mit über 40 Grad gibt oder viele Nächte, in denen die Temperatur nicht mehr unter 20 Grad fällt?

Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, dass Ressourcenverbrauch und Energie-Inputs in wohlhabenden Ländern drastisch reduziert werden müssen. Manche sagen, in den nächsten zwei Jahrzehnten auf 20 Prozent. Also nicht *um* 20 Prozent, sondern *auf* 20 Prozent. Und da ist die vorherrschende Antwort natürlich Technologie, die soll es dann richten. Da braucht es eine kritische Entgegnung: Nein, es muss ein komplexerer Umbauprozess von Wirtschaft und Gesellschaft stattfinden, der gerecht und nachhaltig sein soll.

Es wird ungemütlich und deshalb ist es nicht mehr angebracht – und es war noch nie angebracht – zu sagen, dass Ökologie eine Luxusfrage ist, auch wenn sie in den herrschenden Diskursen als solche deklariert wurde. Aus einer kritischen Perspektive ist die ökologische Frage immer eine soziale Frage, denn die Verursachung der ökologischen Krise ist hochgradig ungleich. Die reichsten 10 Prozent der Welt sind für 50 Prozent der Klimaemissionen verantwortlich. Und auch die Folgen sind höchst ungleich verteilt: Wer lebt in den Stadtteilen mit weniger Grünflächen, an den Straßen, wo Abgase ausgestoßen werden? Das dominante Verständnis der Klimakrise entkoppelt Ökologie und soziale Fragen. Das dominante Verständnis lautet: Die *Menschheit* übernutzt den Planeten. Im Grunde genommen wollen alle immer mehr. Dabei wird kaum unterschieden zwischen den Reichen als den Hauptverursachern der imperialen Lebensweise, und dem Wachstumszwang unserer Gesellschaft einerseits und den ärmeren Bevölkerungsteilen andererseits, die zwar weniger zur Klimakrise beitragen, aber oft viel stärker von ihr betroffen sind – sei es bei uns und vor allem in den Ländern des Globalen Südens.

Die Verantwortung, die Krise zu bearbeiten, liegt bei der Regierung, beim Staat. Dieser soll Regeln aufstellen, die angemessene Rahmenbedingungen schaffen für grüne Investitionen, grünen Konsum, grüne Jobs und grünes Wachstum. Aber aus dieser Perspektive wird Gesellschaft nicht verstanden als Zusammenhang, wo es Machtverhältnisse und starke Interessen gibt, wo es Leute gibt, die Interesse haben an Ungleichheit, nämlich die Wohlhabenden, die gut Verdienenden, die obere Mittelschicht. Und deshalb geht es bei der Klimakrise um diese doppelte Ungerechtigkeit bei der Verursachung und bei den Folgen.

Ich würde noch einen Schritt weitergehen. Ich würde sagen, dass die ökologische Krise selbst anders begriffen werden muss. Die ökologische

Krise ist nicht die Übernutzung des Planeten im Sinne einer Übernutzung der Ressourcen und zu hoher CO₂-Emissionen. Das Problem der Klimakrise ist die Art und Weise, wie die Gesellschaft organisiert ist, wie wir Mobilität, Ernährung, Wohnen, industrielle Landwirtschaft, Automobilität oder den Flugverkehr organisieren. Da wird schon wieder deutlich, wie ungleich das ist: Wer fliegt? Wer hat ein fettes Auto, die große Wohnung? Die ökologische Krise ist nicht „da draußen“, sondern sie ist im Kern eine Krise der kapitalistischen, auf Expansion angelegten Produktions- und Lebensweise. Das ist eine Blickverschiebung. Dann geht es nicht nur darum, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und von fossilen auf erneuerbare Energien umzustellen. Alle Studien zeigen, dass die erneuerbaren Energien die fossilen nicht ersetzen, sondern nur ergänzen, weil es weiterhin einen Wachstumszwang gibt. Die Annahme, dass die erneuerbaren Energien die fossilen Energien ersetzen würden, ist daher bisher falsch. Doch wir müssen weitergehen und darüber nachdenken, wie der Energieverbrauch tatsächlich reduziert werden kann. Vor allem muss es darum gehen, Versorgungsfelder wie Mobilität, Ernährung oder Wohnen zu verändern. Wir müssen bei der ökologischen Krise über Kapitalismus, über Ungleichheit sprechen. Und wir sollten sie nicht auf die Gier der Menschen, die immer nur mehr wollen, zurückführen. Das ist meine erste Überlegung.

Die Attraktivität der imperialen Lebensweise

Die zweite Überlegung ist folgende: Die kapitalistische Produktions- und Lebensweise ist gerade in einem Land wie Österreich, im Globalen Norden, für viele Menschen attraktiv. Weil sie auf dem Land ein Auto brauchen, weil es doch cool ist, wenn die Flüge so billig sind und man für € 19,90 von Wien aus zum Fußballspiel von Real Madrid fliegen kann. Es sind also nicht nur die Reichen, die die Klimakrise verursachen, sondern auch viele andere. Trotzdem sollten zuerst die Mächtigen und Reichen kritisiert werden. Ich sage das hier mal öffentlich: Elon Musk muss scheitern. Es ist ja nicht so, dass er die Welt rettet. Sein Geschäftsmodell zielt auf fette Autos ab. Das ist ja nicht das Drei-Liter-Äquivalent zum Auto, sondern er will einfach Profit machen. Und er betreibt SpaceX. Es ist zynisch zu sagen, wir verpulvern die ganzen Ressourcen, damit ein paar Reiche mal eine halbe Stunde auf die Erde gucken können oder

wir auf dem Mars landen, und gleichzeitig tue ich so, als ob ich der ökologischste Unternehmer der Welt wäre. Manche haben das vielleicht mitbekommen: Er wurde wütend, als er kürzlich aus dem Nachhaltigkeitsindex geflogen ist.

Aber die imperiale Produktions- und Lebensweise ist eben auch im Alltag der Vielen vorherrschend: Wenn wir Handys konsumieren, wenn wir in der Automobilfabrik arbeiten, wenn die unter ausbeuterischen Bedingungen gefertigten Vorprodukte wie Aluminium importiert werden, wenn Billigfleisch mit Futtermitteln aus dem Globalen Süden produziert und konsumiert wird, dann schafft das hier Alltag, und der ist von vielen auch gewollt. Das meine ich nicht moralisch oder moralisierend, sondern es geht darum, zunächst einmal zu begreifen, wie sich hier in Österreich, in Europa, vor allem Westeuropa, das Leben reproduziert. Wie hier gelebt wird, basiert auch (wenn gleich nicht nur) darauf, dass woanders unter teilweise katastrophalen ökologischen und sozialen Bedingungen Güter produziert werden, die hier in den Produktionsprozess übergehen oder in den Konsum. Dabei kann „woanders“ im Globalen Süden sein, aber auch im Marchfeld bei der Ernte oder in der Fleischfabrik von Tönnies. Der Kapitalismus und die imperiale Lebensweise kümmern sich nicht um die Voraussetzungen ihres Konsums, sondern begründen diese teilweise noch mit den „faulen Leuten“ im Globalen Süden – die sollen sich mal entwickeln und fleißig sein. Das ist strukturelle Sorglosigkeit! Mir geht es zunächst einmal um ein Verständnis der tiefen Verankerung einer bestimmten Produktions- und Lebensweise, die dauernd ihr Äußeres braucht, ihr Äußeres hier in Österreich und Europa, in Osteuropa und im Globalen Süden. Stephan Lessenich hat das als „Externalisierungsgesellschaft“ bezeichnet, also als eine Gesellschaft, die permanent ihre negativen Voraussetzungen und Folgen unsichtbar machen muss.

Gerade in Zusammenhang mit politischen Strategien ist der wichtige Punkt, dass in weiten Teilen der Gesellschaft das gute Leben nicht als ein auskömmliches, sinnerfülltes Leben verstanden wird, das versucht, nicht zu zerstören. Ganz im Gegenteil ist das „gute Leben“, das uns Musk oder Amazon und viele andere verkaufen wollen, das ressourcenintensive und verschwenderische Leben. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen: Die herrschende Wissenschaft sagt zwar immer, am Ende sind es die Konsument*innen, die ent-

scheiden, was produziert wird, und nicht Musk – wenn die grün wollen, ist es grün. Aber der Kapitalismus hat mit Macht zu tun hat, mit Strategien von Unternehmen. Die Produktionsnormen des jetzt schon übernächsten Handys, die werden ja in den Entwicklungsabteilungen der Handyunternehmen festgelegt. Trotz *Fairphone* gibt es da kaum Handlungsspielraum für Konsument*innen.

Es geht also um Macht. Außerdem geht es um machtvolle staatliche Strategien, etwa Freihandelsstrategien, die tendenziell die mächtigen Länder und Unternehmen bevorteilen – die EU spricht beschönigend von „Resourcendiplomatie“. Vielmehr handelt es sich dabei jedoch um *Ressourcenimperialismus*: Es geht um die Sicherung der Rohstoffe für die europäische Industrie. Denken wir doch nur an Lithium, das jetzt in die Batterien fließen soll und das im Lithium-Dreieck Chile-Argentinien-Bolivien zu unmöglichen Bedingungen gefördert wird.

Um diese zweite Bemerkung abzuschließen, möchte ich eine Kritik zurückweisen, die beispielsweise Klaus Dörre, der auch schon hier auf der Armutskonferenz war, am Konzept der imperialen Lebensweise, das von meinem Co-Autor Markus Wissen und mir stammt, jüngst formuliert hat. Dörre behauptet, wir würden mit der imperialen Lebensweise den Gesellschaften bzw. den Menschen im Globalen Norden unterstellen, sie würden eine Art Beutegemeinschaft bilden, um den Globalen Süden und die globale Natur auszubeuten. Es wundert uns, dass eine solche Kritik von Klaus Dörre kommt, den wir gut kennen und der sich intensiv mit der imperialen Lebensweise auseinandergesetzt hat. Denn: Unser Argument ist gerade nicht, dass alle Katzen grau sind und alle auf die gleiche imperiale Weise leben. Wir argumentieren vielmehr, dass es enorme Ungleichheiten gibt. Die imperiale Lebensweise weitet sich entlang des „Geldbörserls“ aus, sie erweitert bestimmte Handlungsmöglichkeiten, sie schafft durchaus materiellen Wohlstand und sie ist die Grundlage für eine Teilhabe am Alltagsleben – aber sie beutet auch Menschen und Natur aus.

Daher gehen wir weiter und sagen: Die imperiale Lebensweise braucht die soziale Ungleichheit, sie braucht die Ausbeutung, die Hierarchisierung in Österreich, die Bullshit-Jobs, die schlecht bezahlte Pflegearbeit, die Abstiegsgangst. Armut heißt Ausgrenzung. Diese Seite ist uns wichtig, denn sie

hält die imperiale Lebensweise am Laufen: „Ich will es besser haben, ich will besser sein als die Armen, die Ausgegrenzten.“ Konsum ist somit auch immer Statuskonsum. Um es zusammenzufassen: Die imperiale Lebensweise verschafft vielen Menschen materiellen Wohlstand, aber der ist ungleich verteilt, und er basiert auch hier in Österreich auf Ausbeutung.

Hinzu kommt, dass die imperiale Lebensweise ein Zwang ist. Sie wird zwar nicht so empfunden, aber es ist verdammt schwer, aus ihr auszusteigen. (Ich werde später auf Alternativen wie eine solidarische Lebensweise zu sprechen kommen.) Die imperiale Lebensweise ist keine Frage der individuellen Entscheidung. Natürlich haben wir Handlungsspielräume und können durchaus teilweise entscheiden, welche Nahrungsmittel wir kaufen oder wie wir uns fortbewegen. Aber gesamtgesellschaftlich gesehen sind beispielsweise die Infrastruktur für Auto- und Luftverkehr oder die industrielle Landwirtschaft so tief in unserer Gesellschaft verankert, dass wir ihnen kaum entkommen können. Also können wir einen Umbauprozess nicht nur auf dem Rücken der Konsument*innen stattfinden lassen, ganz nach dem Motto „Wenn alle nur grün konsumieren, wird es gut“. Gerade die jungen Leute können ja vor moralischer Last kaum gehen, weil sie nicht mehr wissen, was sie konsumieren sollen. Aber das ist gefährlich, denn dabei handelt es sich um eine Individualisierung von Verantwortung. Die Verantwortung bleibt dann bei den Individuen – und die starken Unternehmen, die Vermögenden, diejenigen, die die Profite machen, bleiben schön draußen. Das ist nicht die Diagnose der imperialen Lebensweise, auch nicht die der solidarischen Lebensweise.

Umkämpfte Zukunft

Meine dritte Überlegung ist relativ kurz. Ich will auf eine Ausdifferenzierung hinweisen, wie mit der Klimakrise umgegangen wird, die politisch-strategisch wichtig ist. Natürlich gibt es die Trumps, die Bolsonaros, die Leugner – ich benutze bewusst die männliche Form –, die Leugner der Klimakrise. Diese wollen eine autoritäre Stabilisierung der imperialen Lebensweise: „America first“, Zaun, Mauer an der Grenze zu Mexiko, bloß niemand ’ran-kommen lassen an unsere Lebensweise. Diese Perspektive gibt es und die ist auch ernst zu nehmen.

Es gibt aber auch noch Vertreter*innen eines anderen Zugangs: Diese wollen den Kapitalismus zwar ökologisch modernisieren, aber nicht aus der Wachstumslogik aussteigen. Ich möchte diesen Zugang nicht denunzieren, er muss aber in seinen Grenzen verstanden werden. Ich möchte an dieser Stelle auch nicht Leonore Gewessler anklagen, aber ich habe der Klimaministerin bereits zweimal gesagt: „Frau Ministerin, Ihre Initiativen sind total wichtig, aber Sie können doch nicht behaupten, es reicht, wenn wir auf E-Autos umsteigen.“ Natürlich wird das öffentliche Verkehrssystem jetzt umgebaut, es gibt ein Klimaticket usw. Aber es gibt keine Infragestellung dieser enormen Dynamik des Umstiegs auf E-Autos – „Der Energieverbrauch wächst halt“, heißt es dann. Aber: Wofür wächst er denn? Was steckt dahinter? Wir haben gar kein Wissen darüber, wofür Energie genutzt wird. Wir wissen nur, dass es halt irgendwie immer mehr wird. Digitalisierung – das große Versprechen der 90er Jahre – macht alles „sauber“. Das wurde damals als ökologische Lösung angepriesen. Heute wissen wir: Die Digitalisierung ist ein riesiges, dreckiges Problem, was die Produktion dieser Geräte wie auch ihren Stromverbrauch betrifft.

Solidarische Lebensweise und die sozial-ökologische Transformation

Deshalb, und so komme ich zu meiner vierten Überlegung, brauchen wir einen weitergehenden sozial-ökologischen Umbau, ein anderes Wohlstandsmodell. Ich bin keiner, der für Verzicht argumentiert, schon gar nicht auf einer Armutskonferenz. Das würde ich vielleicht bei der Industriellenvereinigung machen, denn die Reichen müssen sicher verzichten. Aber es geht aus meiner Sicht vor allem darum, die subjektiven Voraussetzungen und die gesellschaftlichen Bedingungen für eine hohe Lebensqualität zu schaffen. Eine hohe Lebensqualität ist nicht der achte Billigflug im Jahr oder das noch fettere Auto oder das E-Auto als Drittwagen. Sondern es geht darum, Mindeststandards von guten, auskömmlichen Lebensbedingungen zu schaffen, die nicht als Verzicht wahrzunehmen sind. Die Essenz des Postwachstums- oder Degrowth-Begriffs ist ein anderes Wohlstandsmodell, das bei den Bevölkerungsmehrheiten nicht als Verzicht wahrgenommen wird.

Wir brauchen in 20 Jahren oder in 15 Jahren, vielleicht auch schon in 10 Jahren – die Zeit läuft – ein völlig anderes Mobilitätssystem. Wenn das gelin-

gen soll, muss es um mehr gehen als nur um E-Auto-Mobilität – es müssen massive Investitionen in den öffentlichen Verkehr stattfinden und es muss ein massiver Umbau der Raumstruktur erfolgen. Die Wege werden ja immer länger. Mein Kollege Heinz Högelsberger von der Arbeiterkammer Wien hat gezeigt, dass sich die Leute seit Jahrzehnten im Durchschnitt drei Stunden am Tag bewegen – zur Arbeit, zum Einkaufen, in der Freizeit usw. Sie werden dabei immer schneller, aber die Distanzen werden immer größer, weil die Funktionsorte unseres Lebens immer weiter auseinandergehen.

Ein anderes Feld ist die Ernährungsweise. Studien der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) belegen seit vielen Jahren, dass wir raus müssen aus der industriellen Landwirtschaft, auch wenn das im Land des „Menschenrechts auf das tägliche Schnitzel“ ein riesiges Thema ist. Da sind wir wieder bei der Produktionsweise. Es geht ja nicht darum, den Schnitzelkonsum moralisch zu bewerten, sondern die Fleischfabriken müssen geschlossen werden – aus ethischen, aus sozialen und aus ökologischen Gründen, genauso, wie wir ja auch keine Kinderarbeit akzeptieren, genauso, wie wir sagen, SUVs sind okay, aber mit dem richtigen Panzer kann man halt doch nicht durch Salzburg fahren. Dafür gibt es Regeln. Und aus dem gleichen Grund muss es Regeln geben für Fleischfabriken.

Weiters geht es aus meiner Sicht um attraktive Narrative. Wie sieht denn ein autobefreites Salzburg oder Wien in 15 Jahren aus? Welche politischen Entscheidungen müssen heute getroffen werden? Das Aus für den Lobau-Tunnel ist deshalb so wichtig, weil es den Einstieg in den Umstieg schafft. Damit ist ja am Ende noch nicht so viel gewonnen, aber wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über andere Verkehrs- und Mobilitätssysteme.

Ein weiterer Aspekt eines sozial-ökologischen und gerechten Wohlstandsmodells ist aus meiner Sicht das, was in der Forschung – Andreas Novy ist hier für Österreich besonders wichtig – als „sozial-ökologische Infrastruktur“ bezeichnet wird. Wir brauchen eine Infrastruktur, die ein gutes Leben ermöglicht und ein Stück weit unabhängig vom Geldbörsel ist. Wir haben ja in Österreich zum Glück noch eine sehr gute Gesundheitsversorgung. In Ländern, wo diese privatisiert ist, hängt es an meiner Kreditkarte, ob ich im Notfall eine Gesundheitsdienstleistung bekomme. Im Bildungssystem ist es genauso.

Trotz aller Kritik an einzelnen Aspekten (wie etwa an den Arbeitsverhältnissen) haben wir in Österreich für viele Menschen eine gute soziale Infrastruktur. Aber diese muss ausgebaut werden für jene Menschen, die in schwierigen Lebenslagen sind, die beispielsweise von Armut betroffen sind, damit auch sie die gesellschaftlichen Bedingungen haben, um auskömmlich leben zu können. Das ist die Idee der sozialen Infrastruktur neben der materiellen Infrastruktur. Aber dieses auskömmliche Leben muss sich auch der ökologischen Frage stellen. Traditionell heißt gesellschaftliche Teilhabe für die, ich sage mal jetzt bewusst, „Betonsozialdemokratie“: Auto, Öffis und auch noch ein billiger Flug ab Schwechat. Aber das geht nicht. Soziale und materielle Infrastruktur im Verkehrssektor sichert das Recht auf Mobilität – auf gute, günstige, sichere Mobilität und eine gute Anbindung, auf dem Land z. B. mit Sammeltaxis. Es muss ja nicht überall das Gleis hingelegt werden oder der Bus hinfahren. Es gibt viele Ideen, eine solche Mobilität ernst zu nehmen und politisch umzusetzen.

Eine sozial-ökologische Infrastruktur muss also sowohl sozialen als auch ökologischen Kriterien entsprechen. Dazu zählen ein gutes öffentliches Verkehrsnetz oder die Möglichkeit, sich auf individueller Ebene oder in der Mensa gut zu ernähren, mit sozial und regional produzierten Lebensmitteln. Außerdem sollte eine Stadtentwicklung, die sozialen Wohnungsbau fördert und für gemischte Stadtstrukturen sorgt, ausgeweitet werden.

Solidarische Produktions- und Lebensweise

Eine solidarische Produktions- und Lebensweise braucht nicht nur die Ermöglichung des guten Lebens für alle im Sinne von Mindeststandards. Sie benötigt auch Obergrenzen. Wir müssen uns gesellschaftlich darüber verständigen, dass bestimmte Dinge in dieser Gesellschaft nicht gehen. Es ist nicht zu akzeptieren, was die interessierte Gegenseite sagt, dass es „Verbotspolitik“ sei, was progressive Grüne oder eine progressive Sozialdemokratie machen. Das Freiheitsverständnis des Kapitalismus und der imperialen Lebensweise ist folgendes: „Ich lasse die Sau ’raus, weil ich es mir leisten kann, das ist Freiheit. Und misch dich da bitte nicht ein.“ Umgekehrt aber ist es richtig: Eine Freiheit, die die Gesellschaft und die Mitmenschen ernst nimmt, ist eine Freiheit, die nicht auf Kosten anderer und der Natur geht. Sie basiert nicht permanent auf

Ausbeutung und einer imperialen Produktions- und Lebensweise.

Unterlassen heißt Genügsamkeit. Das Unterlassen im Sinne der Freiheitsschreier hingegen meint: Der Staat soll sich bloß nicht einmischen. Das ist eine negative Freiheit, eine Freiheit im Sinne von „Lass mich in Ruhe! Wenn ich den SUV als Zweitwagen will, ist das doch meine Sache, wenn ich das Geld habe. Das Geld habe ich doch verdient.“ Das ist also ein völliges Weggehen von den gesellschaftlichen Bedingungen.

Eine solidarische Produktions- und Lebensweise muss damit einhergehen, dass in vielen Bereichen die Profitdominanz zurückgedrängt wird. Zum Beispiel sollten die Städte umsichtiger entwickelt werden. Natürlich sollte es Privatinvestitionen in Städten geben. Aber die Logik, dass Städte jetzt weiterentwickelt werden, weil vor allem privat und in entsprechende Größen von Wohnungen investiert wird, was auch nicht sehr ökologisch ist, das muss zurückgedrängt werden.

Das alles bündelt sich im Prinzip der Sorge. Nicht mehr die Profitökonomie steht im Zentrum, sondern die Sorgeökonomie, die Care-Ökonomie – die Sorge für uns selbst, für andere, für die Gesellschaft und für die Natur.

Ein radikaler, also ein an die Wurzeln gehender, ein an die Profitwurzeln, die Expansionswurzeln, die Machtwurzeln gehender Umbau der Produktions- und Lebensweise geht auch mit einem Verlernen einher. Die dominante Debatte dreht sich weiterhin um technologische und soziale Innovation, doch dabei kommt man schnell an Grenzen. Ich hatte vor ein paar Wochen eine Diskussion mit dem bekannten deutschen Ökonomen und früheren Vorsitzenden des Rats der „Wirtschaftsweisen“ Lars Feld zu Wachstum und Wachstumskritik. Er hatte auf alle Probleme und Krisen eine Antwort – die Antwort sei Innovation und technologischer Fortschritt, ganz einfach. Aber die Tatsache, dass wir als Gesellschaft in einer tiefen Krise sind, dass wir auch ganz andere Ansätze brauchen, jenseits der Logik von Wachstum und technischer sowie sozialer Innovation, wird zu wenig berücksichtigt. Es geht auch um folgende Frage: Wie können wir als Gesellschaft manche Gewohnheiten hinter uns lassen?

Harald Welzer, der Sozialpsychologe, oder auch Niko Paech sprechen von Ruinen des Fortschritts. Wie können wir Ruinen des Fortschritts als Ruinen deklarieren? Das heißt nicht, dass wir gar keine Autos mehr haben werden.

Aber die mittelfristige Abschaffung des autozentrierten Mobilitätssystems, dass wir mittelfristig nur noch 10 Prozent der Autos haben und dafür ganz tolle andere Verkehrssysteme, wäre denkbar. Das geht einher mit einem Umbau der Autoindustrie – Österreich ist ja ein wichtiger Zulieferer der Autoindustrie. Der Umbau heißt ja Rückbau von bestimmten Branchen. Wie kann dieser sehr widersprüchliche, schwierige Umbauprozess gestaltet werden, ohne auf dem Rücken der Beschäftigten zu erfolgen? Es geht also auch um ein gesellschaftliches Verlernen und um ein gesellschaftliches Neu-Lernen.

Die Politik den Klimafolgen anpassen

Ich komme jetzt zu zwei Schlussgedanken. Beim ersten komme ich zurück zur Klimafrage. Bisher wird die Klimafrage sehr stark als Klimaschutz verhandelt – dabei geht es um eine Reduktion der CO₂-Emissionen und einen Umbau des Energiesystems und anderer Versorgungssysteme; „Dekarbonisierung“ ist hier das Zauberwort. Das ist ein wichtiges Thema, doch noch wichtiger sind Fragen der Klimafolgenanpassung: Wie gehen wir z. B. mit Überschwemmung oder Dürren um? Ihr kennt alle diese berühmten oder eher berüchtigten Bilder aus Kanada aus dem Jahr 2021. 45, 48 Grad und die Menschen müssen in gekühlten Turnhallen übernachten, weil der Körper das nicht mitmacht. Mein Argument wäre hier: Wir sollten diese Klimafolgen aus einer kritischen, emanzipatorischen Perspektive ernst nehmen und die Politik den Klimafolgen anpassen. Ich sage das deshalb, weil die bisherige Bearbeitung der Klimafolgen, zu denen es bereits eine riesige Fachdiskussion gibt, rein technisch ist. Aber die soziale Dimension, die Ungleichheitsdimension der Klimafolgenanpassung wird in der Regel ausgeblendet. Jetzt soll man halt Saatgut entwickeln, damit auch der Wein weiter im Norden wachsen kann usw. Aber was solch ein Umbauprozess gesellschaftlich heißt, das wird ausgeblendet.

Was tun?

Mein zweiter Schlussgedanke schließt an zwei berühmte Fragen an: „Was tun?“ (Lenin) und 100 Jahre später an diesen anknüpfend: „Und wer zum Himmel tut es?“ (David Harvey, Geograph). Wie und von wem also können Veränderungsprozesse eingeleitet werden?

In der Debatte um einen solidarischen Umgang mit der Klimakrise gibt es zwei Argumentationsmuster. Das eine Muster ist die Bewegung von unten, die Bewegung für Klimagerechtigkeit wie z. B. „System Change, not Climate Change“ oder „Fridays For Future“. Diese Bewegungen politisieren und machen den Lobby-Tunnel oder den Flughafen in Wien zu großen Themen. Das ist wichtig. Doch darüber hinaus muss der Staat handeln. Er muss eine zentrale Rolle beim Umbau unserer Gesellschaft spielen, denn es geht auch um die Veränderung von Machtverhältnissen. Es reicht nicht, wenn die Leute ökologisch konsumieren – die fossilen Konzerne oder die Automobilkonzerne müssen in Frage gestellt werden.

Aber dazwischen wird etwas übersehen: Innerhalb der Institutionen – ob das der Staat ist, die Wissenschaft, die Sozialverbände, zivilgesellschaftliche Organisationen oder die Unternehmen selber – gibt es durchaus die Bereitschaft zur Veränderung hin zu einer sozialeren und ökologischeren Gesellschaft (wenn auch nur bei einer Minderheit). Dort gibt es viele, die die Klimakrise auch als eine soziale Krise ernst nehmen und einen weitgehenden Umbau wollen. Meine abschließende Überlegung lautet: Wir sollten diese Menschen – seien es Lehrer*innen, Menschen in NGOs, im Staatsapparat oder in der Wissenschaft – ermutigen, anders zu handeln.

Aus meiner Sicht ist dieser Bereich sehr wichtig und bedeutsam für den Zusammenhang von Klimakrise, Armut, Armutsbetroffenheit und sozial-ökologischem Umbau der Gesellschaft. Sollten nicht auch jene, die im Spektrum der Armutskonferenz aktiv sind und arbeiten, darüber nachdenken, welches Wissen es bereits über die Klimakrise gibt? Und darüber, welche Handlungsfähigkeiten bestehen und ob es den Willen zur Veränderung gibt? Dafür braucht es Foren wie dieses hier, wo wir uns erst einmal die Dimension der Klimakrise und ihre sozialen Implikationen bewusst machen, aber dann auch zum konkreten Handeln im eigenen beruflichen Alltag – neben dem „privaten“ Alltag – kommen.

***Ulrich Brand** lehrt und forscht als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien unter anderem zur sozial-ökologischen Krise sowie zu entstehenden Alternativen. Er ist zudem Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Initiative „Diskurs. Das Wissenschaftsnetz“.*

☞ **Die Klimakrise ist unsozial. Es brennt eindeutig. Dafür haben wir eine Generation Zeit, um uns für Lösungen zu entscheiden, und es gibt nur den Weg, dass dabei arm und reich solidarisch zusammen arbeiten.** “

– Kay Raasch, Aktivist mit Armutserfahrung

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum

Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise

Stephan Lessenich differenziert die Ungleichheit der Betroffenheit in Bezug auf die Klimakrise in ungleiche Lebens- und Gestaltungschancen. Prekäre Milieus verantworten weniger klimarelevante Treibhausemissionen, sind aber von den Auswirkungen mehr betroffen. Gleichzeitig können sich gehobene Milieus als die ökologische Avantgarde darstellen und tragen um ein Vielfaches mehr zur Verschärfung der Klimakrise bei. Die Eindämmung des Klimawandels durch Einpreisung von Umweltauswirkungen ohne massive sozialstaatliche Gegengsubventionen ist eine Scheinlösung, die bestehende Klassenstrukturen verfestigt anstatt diese aufzulösen. Das ungleiche Verhältnis von privilegierten Gruppen zu anderen, ist durch die Externalisierung von ökologischen und sozialen Kosten charakterisiert. „Wir zahlen nicht für eure Krise“ müsste nach Stephan Lessenich die Forderung jener 80 Prozent der Menschen lauten, die nicht vom Wohlstand profitieren.

Mein heutiger Vortrag schließt an das Buch an, welches ich vor zwei Jahren auf der 12. Armutskonferenz in einem abendlichen Gespräch mit Margit Appel vorgestellt habe. Ich habe beste und bleibende Erinnerungen an diese Veranstaltung, weil es die letzte vor dem Lockdown war. Als ich wegfuhr, war schon kaum jemand mehr im Zug.

Dass dieses Buch mittlerweile ins Griechische und Spanische übersetzt wurde, ist kein Zufall, glaube ich. Das Buch adressiert die sozialen und materialen Krisen der Demokratie sowie die ökologische Frage. Gerade weil Griechenland und Spanien eine massive Krise der Demokratie nach 2007 / 2008, durchgemacht haben, freut es mich besonders, dass es in Sprachen dieser Länder übersetzt wurde. Das spricht meines Erachtens auch dafür, dass das Thema in der öffentlichen Debatte anschlussfähig ist. Dort vielleicht sogar mehr als hierzulande. Wenn ich von „hierzulande“ spreche, meine ich in weiterer Folge die Bundesrepublik Deutschland. Dann könnte ein Übertrag auf Österreich nicht zutreffend sein.

Vorweg möchte ich sagen, dass mein Vortrag teilweise „auf Soziologisch“ ist. Ich übersetze zentrale Fachbegriffe aber ins Deutsche. Da mein Vortrag auch als wissenschaftlicher Vortrag gedacht ist, werde ich im ersten Abschnitt auf Konzeptionelles eingehen. Der zweite Abschnitt ist der Kern meines Vortrags, weil es hier um die soziologische Betrachtung der Verteilungsordnung der ökologischen Krise und um die ökologische Krisenungleichheit geht. Zum Schluss sage ich etwas zu interdependenten Ungleichheiten, also zu der Frage, wie Ungleichheiten zusammenhängen. Übersetzt heißt das „Des einen Freud, der anderen Leid“. Das ist Relationalität, würde man sagen, das Zusammenspiel, das wechselseitige Voneinander-Abhängen von sozialen und ökologischen Positionen. Das ist für mich ein ganz zentraler Punkt. Die Bessergestellten sind bessergestellt, weil die Schlechtergestellten schlechtergestellt sind, um es auf einen einfachen Nenner zu bringen.

Die Doppelstruktur der Ungleichheit

Soziale und materielle Ungleichheit sind sehr groß und meines Erachtens eine Klassenfrage. Diesen Zusammenhang schauen wir uns jetzt, soziologisch formuliert, anhand Ungleichheiten erster und zweiter Ordnung an. Starten wir mit der Ungleichheit erster Ordnung: Es gibt zum einen die ungleiche Verteilung von Lebenschancen. Wenn ich Lebenschancen sage, dann klingt das ein bisschen harmlos. Das ist ein Begriff des deutschen Konfliktsoziologen Ralf Dahrendorf. Die Chancen, ein selbst gestaltetes Leben auf materiell gesicherter Basis zu führen, sind aber extrem ungleich verteilt. Für die Bundesrepublik Deutschland kann man zum Beispiel ein materiales Datum nennen, welches besagt, dass die unterschiedliche Lebenserwartung der Mitglieder von Haushalten mit niedrigem Einkommen und der Mitglieder von Haushalten mit hohem Einkommen, je nach Messung und Abgrenzung der Gruppen, neun bis zwölf Jahre auseinanderliegt. Neun bis zwölf Jahre mehr Lebenschancen und Lebenserwartung, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Und wenn Sie sich die fernere Lebenserwartung im höheren Alter anschauen, geht die Schere noch einmal auseinander, bei der gesunden Lebenserwartung noch mehr. Es handelt sich also um eine krasse Ungleichverteilung von Lebenschancen.

Interessant ist, dass es über der Ebene ungleicher Lebenschancen noch eine zweite Ungleichheitsordnung gibt. Mit diesen Ungleichheiten zweiter Ordnung sind die ungleichen *Gestaltungschancen* im Hinblick auf die Verteilungsordnung gemeint. Es gibt also eine Verteilungsordnung, die immer wieder neu gestaltet wird, doch mit den unterschiedlichen sozialen Positionen ist unterschiedlich viel Macht verbunden, die Verteilungsordnung mitzugestalten. Zusammengefasst heißt das, dass es zum einen eine ungleiche Verteilungsordnung gibt und zum anderen ungleiche Möglichkeiten, diese Verteilungsordnung zu gestalten.

Diese Doppelstruktur ist meines Erachtens beispielsweise jüngst in der sogenannten Corona-Krise sehr deutlich geworden, nämlich in der Diskussion zum Thema Homeoffice. In Deutschland konnte man mindestens ein Jahr lang den Eindruck bekommen, dass wir in einem Volk von Heimarbeiter*innen leben. Alle machen Homeoffice. Homeoffice war das zentrale Problem der Corona-Krise. Ich höre morgens immer – milieugerecht – *Deutschlandfunk Kultur*, und da wurden ein Jahr lang Homeoffice-Arbeiter*innen über Homeoffice-Probleme befragt und wie man diese lösen könnte. Der sozialdemokratische Arbeitsminister hat versucht, für diesen Bereich ein Homeoffice-Gesetz zu initiieren, um angemessene Sicherheit und Kontrolle zu gewährleisten.

Doch in der Bundesrepublik Deutschland kann unter den Lohnabhängigen, die immerhin noch 85 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung ausmachen, maximal ein Drittel, wahrscheinlich sogar nur ein Viertel überhaupt im Homeoffice arbeiten. Digitalisierung hin oder her, es ist nur ein kleiner Teil strukturell dazu fähig, seine Arbeitsleistung daheim zu erbringen. Natürlich sind sich im Homeoffice Arbeitende und nicht im Homeoffice Arbeitende an der Haustür begegnet, zum Beispiel, wenn die im Homeoffice Arbeitenden Pizza bestellt haben oder sich etwas von Amazon liefern haben lassen. Da begegneten sich die beiden Welten. Aber es war hauptsächlich die Rede von der einen Welt, von den Arbeits- und Lebensverhältnissen der einen. Keine Frage, auch deren Wohn-, Familien- und Einkommensverhältnisse oder soziale Netzwerke waren krass ungleich verteilt. Doch die anderen zwei Drittel wurden faktisch ausgeblendet. Es gab mal hier kurz eine Diskussion über Pflegekräfte, mal dort kurz eine Diskussion über Fleischarbeiter*innen, aber das war es dann auch schon wieder.

Die ungleiche Verteilungsordnung beschreibt, wer im sicheren Hafen der Heimarbeit arbeiten kann und wer raus an die Front muss. Die Ebene darüber beschreibt die ungleiche Verteilung der Möglichkeiten, Themen zu setzen. Die Kopplung von ungleicher Verteilungsordnung und ungleichen Möglichkeiten, diese Verteilungsordnung in der öffentlichen Debatte zu beeinflussen, dieses Konglomerat an Ungleichheiten ist das, was mich interessiert. Und ich glaube, dass dieses Konglomerat soziologisch zu erschließen ist.

Die Verteilungsordnung der ökologischen Krise

Jetzt geht es ans Eingemachte, nämlich um die Verteilungsordnung in der ökologischen Krise. Ganz plakativ: Wer ist an dieser Krise schuld und wer hat sie auszubaden? Die Verteilungsordnung in der ökologischen Krise ist systemtypisch, und zwar ist das die Verteilungsordnung von Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise: Wer am wenigsten zum Problem beiträgt, wird am stärksten geschädigt. Diese einfache Regel funktioniert fast immer.

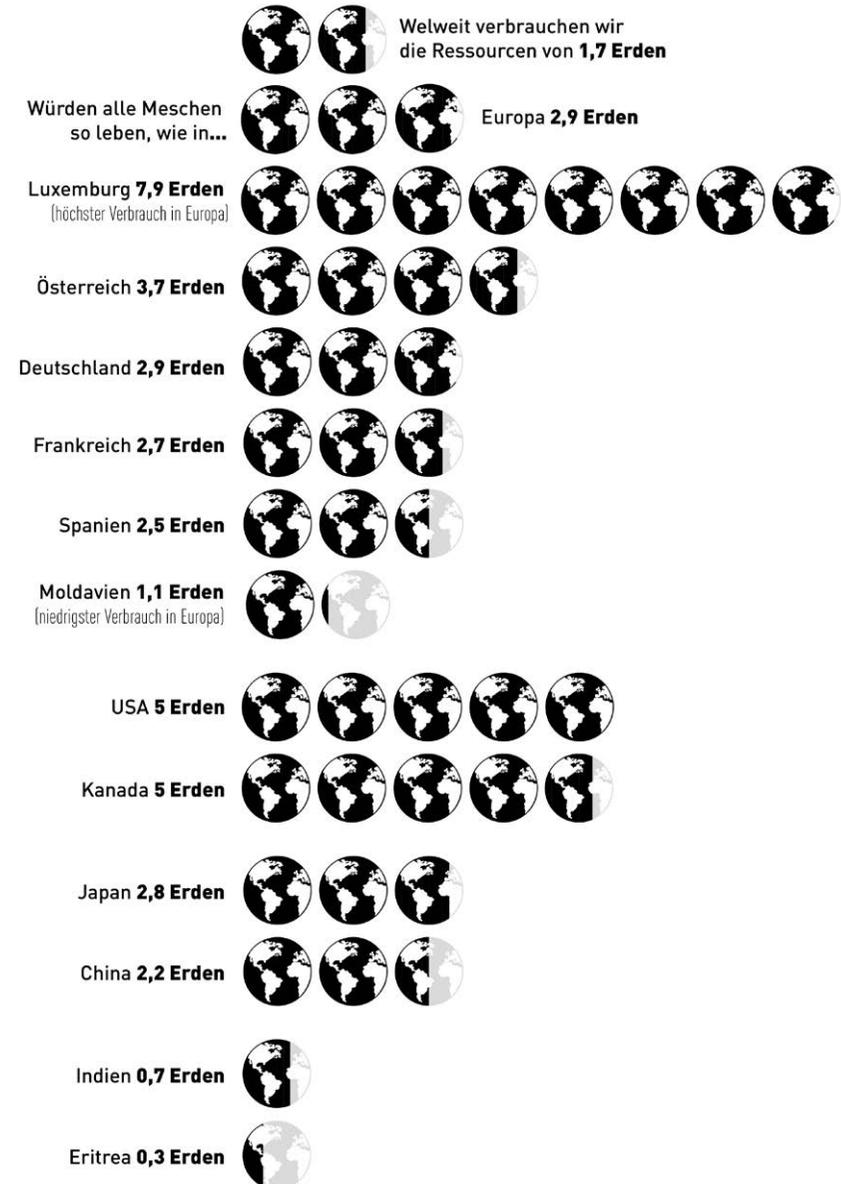
Mir ist es sehr wichtig, globale, nationalgesellschaftliche und lokale Ungleichheiten nicht nur zusammenzudenken, sondern auch zusammen zu bearbeiten. Anders geht es nicht. Um lokale Probleme zu bearbeiten, muss es eine globale Perspektive geben. Das klingt banal, sagt man auch schon seit Jahrzehnten, aber daran hat sich auch nichts geändert – im Gegenteil, es ist nur dringlicher geworden. Ich gehe im ersten Abschnitt also auf die ungleiche Verteilungsordnung auf globaler Ebene ein und komme dann zu den nationalen Ebenen.

Also, wer ist schuld?

Am Beispiel des ökologischen Fußabdrucks, der im weitesten Sinne den Ressourcenverbrauch von Durchschnittsbürger*innen unterschiedlicher Länder vergleichbar macht, kann man sehen, dass zum Beispiel der*die durchschnittliche US-Amerikaner*in fünf Erden verbraucht. Das heißt, es besteht ein Bedarf an der 5-fachen Menge an Ressourcen, die von der, in den meisten Fällen bereits angeeigneten, natürlichen Umwelt reproduzierbar zur Verfügung gestellt werden kann. Deutschland, Österreich und die Schweiz haben einen Fußabdruck von ungefähr drei Planeten. Also dreimal zu viel. Insgesamt konsu-

miert die Welt im Durchschnitt das 1,7-fache an Natur und Ressourcen, sprich an biophysikalischer Umwelt. Und dann haben wir beispielsweise Indien: Viele Menschen, aber ein kleiner Fußabdruck von 0,7 Planeten. In Regionen Zentralafrikas sind wir bei einem ökologischen Fußabdruck von 0,1 oder 0,2 Erden.

Abbildung 1: Ressourcenverbrauch in Erden (Global Footprint Network 2019)



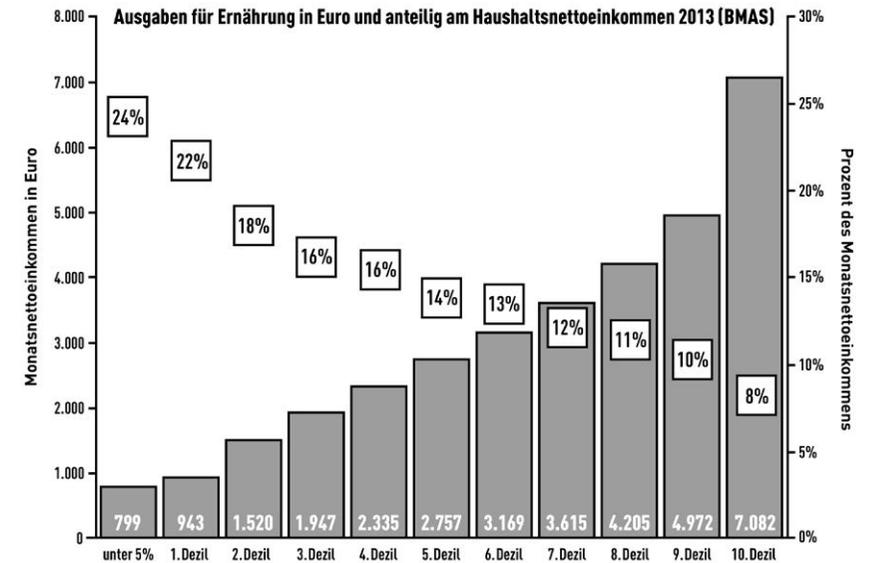
Ich kann hier nicht alle Details ausführen, aber es wird deutlich, dass der Umweltverbrauch ein Problem des Globalen Nordens ist. Historisch sowieso. Bis in die jüngste Vergangenheit kommen 90 Prozent der CO₂-Emissionen aus dem Westen. Mittlerweile ist China immer das Böse. China hatte aber hunderte von Jahren gar nichts damit zu tun. Man sieht das alles noch schöner auf diesen wunderbar verzerrten Karten von <https://worldmapper.org>, wo die Ländergrößen je nach dem Wert, den sie auf einer bestimmten Skala einnehmen, verzerrt sind. Auf diesen Graphiken sieht man ganz klar, dass die USA bzw. Nordamerika, Europa, mittlerweile China und Japan die großen Verursacher*innen der ökologischen Krise sind. Das Perfide daran: Von den Auswirkungen der Klimakrise ist der Globale Süden – vor allem Länder in Afrika, Südasien und Südostasien –, der aber sowohl historisch als auch aktuell am wenigsten zur Problematik beiträgt, am meisten betroffen.

Das gleiche Muster gilt aber genauso innergesellschaftlich. In den offiziellen Zahlen des Umweltbundesamtes der Bundesrepublik Deutschland (*Umweltbundesamt 2016*) sieht man einen klaren Zusammenhang von Einkommen und Energieverbrauch: Je weniger Einkommen, desto weniger Energieverbrauch, je mehr, desto mehr. Diese klare Korrelation findet sich in allen möglichen Daten wieder.

Man kann auch nach sozialen Milieus unterscheiden. Hier ist dann nicht nur das Einkommen zur Unterscheidung relevant, sondern auch Bildungsstatus, kulturelle Orientierung etc. Und da sieht man auch: Das einfache, prekäre Milieu – nicht meine Bezeichnung – hat den niedrigsten Energieverbrauch. Die gehobenen Milieus haben einen deutlich höheren. Und das kritisch-kreative Milieu, also wahrscheinlich viele hier in diesem Raum, hat einen höheren ökologischen Fußabdruck als Personen mit niedrigen Haushaltseinkommen.

Wer hat mit den ökologischen Auswirkungen aber mehr zu schaffen? Die Haushalte mit Niedrigeinkommen. Bei einem Vergleich der Ausgaben für Essen nach Haushaltseinkommen geben die reichsten Haushalte das 10-fache für Ernährung aus. Das macht aber nur knapp ein Zehntel ihres Haushaltsbudgets aus. Die armen Haushalte geben nur ein Zehntel des Budgets der oberen Haushalte aus. Diese Summe ist aber trotzdem ein Viertel ihres Haushaltseinkommens.

Abbildung 2: Ausgaben für Ernährung (BMAS 2021)



Die steigenden Lebensmittelpreise waren bereits in den letzten Jahren ein Problem. Das Problem, grundlegende Bedürfnisse für alle leistbar zu halten, wird sich aber durch die ökologische Krise noch weiter verschärfen. Wenn Sie statt den Ausgaben für Essen nun beispielsweise Ausgaben für Energie einsetzen würden, würde sich ein ähnliches Bild zeigen.

Für die Klimakrise gilt also global wie innergesellschaftlich: In der ersten Ordnung existiert eine große Ungleichbetreffenheit. Interessant ist aber – das ist die zweite Ordnung –, dass sich bereits angesprochene gehobene Milieus öffentlich als sozial-ökologische Avantgarde darstellen können. Sie sind hochgradig umweltbewusst, problematisieren tagein tagaus und kritisieren gerne andere, am liebsten die bildungsfernen Milieus: „Wenn die doch mal Einsicht in die Klimakrise hätten. Wenn die sich mal anders verhalten und nicht ständig zu McDonald’s rennen würden. Die sollten mal Bildungsfernsehen schauen statt nachmittags Serien wie *die Familienanwältin*. Wenn sie das täten, würden sie auch einmal sehen, was Sache ist. Dann würden die sich auch so klima- und ökologiebewusst verhalten wie wir.“

Doch eine alte soziologische Erkenntnis besagt, dass Umweltbewusstsein und Umweltverhalten krass auseinanderklaffen. Ich empfehle die Ar-

beitsgruppe um Dennis Eversberg an der Universität Jena. Diese hat zu „fossilen Mentalitäten“ in den sozial-ökologischen Milieus gearbeitet. Dort werden die verschiedenen sozialen Milieus wunderbar ausdifferenziert diskutiert und dabei zeigt sich sehr schön, wie ungleich der Naturverbrauch ist und dennoch die Überzeugung in den gehobenen Milieus vorherrscht, dass man Fortschritte macht und ein Licht am Ende des Tunnels sieht. Es handelt sich hierbei, soziologisch formuliert, um eine Diskursposition oder um die Möglichkeit der Distinktion, sich abzuheben und abzusetzen von „denen da unten“. Selber positioniert man sich im fortschrittlicheren, höheren Bewusstsein, arbeitet aber gleichzeitig viel stärker an der Verschärfung des Problems. Man könnte das mittels soziologischer Kategorien mit Bourdieu als „symbolische Gewalt“ bezeichnen. Die materielle Verteilungsordnung wird durch symbolische Gewalt von oben stabilisiert, reproduziert und immer wieder neu hergestellt.

Warum ändert sich daran nur so wenig? Das hängt unter anderem damit zusammen, dass die Bessergestellten eine starke Diskursposition haben. Diskurs ist ja nichts Abgehobenes. Das ist konkrete Deutungsmacht, die sich in alltägliche gesellschaftliche Lebensverhältnisse übersetzt und diese letztendlich durchsetzt. Das ist ein Problem. Die Lösung für dieses Problem wäre meiner Ansicht nach die Enteignung der gehobenen Milieus. Nicht nur materiell, sondern auch symbolisch.

Interdependente Ungleichheiten

Nun folgt ein Schmankerl dieses Abschnittes. Wer noch Lenin kennt und erlebt hat, kennt den geflügelten Ausdruck: „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“ also Industrialisierung des Landes, indem man überall eine Stromleitung legt und die Macht der Räte installiert. Davon abgeleitet würde ich sagen, dass im argumentativen Feld des Ökologischen massiver Klassismus herrscht. Damit meine ich, dass von bestimmten Klassenpositionen aus die Welt definiert und zerstört wird. Gleichzeitig erhebt man sich selbst zum Retter, zur Retterin der Welt und deklassiert materiell wie symbolisch die anderen. Meine Formel, die ich mir als Pendant zu „Elektrifizierung plus Sowjetmacht“ zum Klassismus in der ökologischen Krise überlegt habe, ist: Kommodifizierung plus Diskursmacht.

Kommodifizierung steht für Inwertsetzung oder Bepreisung. Was ist die Lösung der ökologischen Krise? Wirtschaftsliberale Positionen sprechen sich dafür aus, die Umwelt mittels Verschmutzungsrechten mit Preisen und Geldwerten zu bepreisen. Der Vorschlag wäre also: Zahlen wir doch einfach für die Umwelt. Lassen sie uns die Verschmutzung einpreisen und je höher der Preis, umso geringer wird der Naturverbrauch und auch der Konsum. So sind doch die Marktgesetze. Das ist doch eine ganz einfache Lösung. Heben wir den Benzinpreis auf zehn Euro pro Liter und das Gas holen wir uns aus den „guten“ Vereinigten Arabischen Emiraten, nicht mehr aus dem „bösen“ Russland. Kommodifizierung oder Bepreisung ist die sozialmarktwirtschaftliche Scheinlösung des Problems. Sie ist deswegen nur eine vermeintliche Lösung, weil sie in der geschilderten Form natürlich die Klassenstruktur reproduziert. Man müsste schon massiv subventionieren, die Preise künstlich drücken und sich das Geld für die Finanzierung bei den Reichen und Superreichen holen. Aber das wird natürlich nicht getan. Und so lange das nicht getan wird, sind Bepreisung und Kommodifizierung Klassismus. Ich bin auch für Bepreisung, aber nur unter der Bedingung von großen Subventionen für die unteren Haushaltseinkommen. Diskursmacht ist also, wenn eine wirtschaftsliberale Bepreisungsstrategie ohne Gegensubventionen als die Lösung für alle deklariert werden kann, obwohl es ist nur eine Lösung für jene ist, die auch noch bei zehn Euro pro Liter Benzin die Straßen bevölkern werden. Dieses Verhältnis nennt sich interdependente Ungleichheit.

Am Ende landen wir – total langweilig – bei der Strukturanalyse kapitalistischer Vergesellschaftung. In meinen zwei Büchern „Die Grenzen der Demokratie“ und „Neben uns die Sintflut“ führe ich meine Überlegungen zu globalen Ausbeutungsverhältnissen zusammen: Zum Beispiel muss man sehen, dass Hochproduktivitätsökonomien wie Deutschland oder Österreich auf einem extremen Produktivitätsniveau jedes Quartal noch eine Schippe drauflegen. Wie kann das gehen? Durch massive ökologische und soziale Destruktivität in den Herstellungsländern, während die Produktivitätsgewinne den reichen Gesellschaften zugutekommen. Jedoch werden auch innerhalb der reichen Gesellschaften die Gewinne ungleich verteilt.

Diese destruktiven Lebensbedingungen, denen manche Menschen im Globalen Süden unterworfen sind, haben gravierende Folgen: Für viele bedeutet das im Durchschnitt eine um zehn Jahre geringere Lebenserwartung. Die ökonomische Produktivität, die so gefeiert wird und die in der Selbstbeschreibung und Selbstrechtfertigung der reichen Gesellschaften zentral ist, hat ihre Kosten und ihren Preis.

Der Reichtum der einen ist die Armut der anderen

Lassen Sie es mich als Nicht-Soziologe formulieren: Der Reichtum der einen ist die Armut der anderen. Wir haben interdependente soziale Positionen. Es ist nicht zufällig, dass die einen reich und die anderen arm sind. Es ist nicht so, dass die einen in Reichtum leben und eben diesen Pfad einschlagen und die anderen von Armut betroffen sind und einem anderen Pfad folgen. Die einen haben wenig Zugang zum Bildungswesen, die anderen viel usw. Da besteht ein Zusammenhang, wenn auch nicht immer ein direkt kausaler. Manchmal handelt es sich um sehr komplexe Zusammenhänge. Deswegen kann man die Sachlage auch nicht immer sofort durchschauen und kritisieren. Aber diese Positionen sind wechselseitig aufeinander bezogen. In der Ökonomik nennt man den Zusammenhang in Anlehnung an David Ricardo „ökonomische Spezialisierung“ oder „komparative Vorteile“. Die reichen Industrienationen spezialisieren sich in der Feinmechanik, im Maschinenbau, der pharmazeutischen Industrie usw. Die anderen Länder spezialisieren sich im Bergbau, Weizenanbau, Sojaanbau usw. Dass diese Spezialisierungswege sich aber von Anfang an wechselseitig bedingen, wird nicht mitgedacht. Der uruguayische Journalist Edoardo Galeano hat mir das Motto für das Buch „Neben uns die Sintflut“ geliefert. Er meinte zynisch: „Die einen spezialisieren sich im Leben und die anderen im Sterben.“ Das sind die ungleichen Spezialisierungspfade weltweit, die eine extrem ungleiche Lebenserwartung mit sich bringen. Zugespitzt heißt das für mich, dass sich die einen im Früher-Sterben und die anderen im Länger-Leben spezialisieren. Zu welcher der beiden Gruppen man zählt, hängt maßgeblich davon ab, ob man am Anfang oder am Ende in der Wertschöpfungskette steht.

Die reichen Gesellschaften und die Reichen in den reichen Gesellschaften, das sind nicht nur die Milliardär*innen in dieser Gesellschaft, hierzu zählen die, von der Nothilfe- und Entwicklungsorganisationen Oxfam bezifferten, acht reichsten Männer. Ich weiß, ich mache mir mit dieser Behauptung keine Freund*innen, aber zu den Reichen gehört das gesamte obere Fünftel in dieser Gesellschaft, inklusive mir. Die reichen Gesellschaften und die Reichen bedürfen beständiger Zufuhr von *cheap nature* (billiger Natur) and *cheap labour* (billiger Arbeit). Lebendige Natur und lebendige Arbeit, möglichst billig eingespeist. Dieses Produktions- und Produktivitätsprinzip gilt für Rohstoffe aus dem Süden, für Energielieferungen von wo auch immer und es gilt für die Arbeitskraft derer, die vor der Haustüre von im Homeoffice Arbeitenden stehen. Ohne *cheap nature* und *cheap labour* funktioniert unsere Idee einer reichen Gesellschaft nicht oder nur kurzfristig.

Das heißt also übersetzt, es gibt eine politisch gestützte, aber sozial-ökologisch verheerende Niedriglohn- und Niedrigpreisökonomie. Menschen, die im riesigen Niedriglohnsegment überleben, können dies nur, weil viele Güter des alltäglichen Bedarfs niedrigpreisig sind. Das wiederum hängt mit den niedrigen Löhnen und den Ausbeutungsbedingungen weltweit und national zusammen. Diese Untergrundökonomie stützt die sichtbare Konsum-, Luxus- und Selbstbeweihräucherungsökonomie, im globalen wie im nationalen Maßstab. Das muss man auf dem Schirm haben. Ich habe keine Lösung, aber es gilt, nationale und globale Kämpfe miteinander zu verbinden. „Wir zahlen nicht für eure Krise“ muss der Slogan heißen. Das müssen die 80 Prozent der Menschen fordern, die nicht vom Wohlstand profitieren. Darum bitte ich, dass diese Personen es fordern: „Wir zahlen nicht für eure Krise.“

Stephan Lessenich ist Direktor des Instituts für Sozialforschung und Professor für Gesellschaftstheorie und Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Literaturverzeichnis

- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021): Forschungsbericht 583. Auswirkungen des Klimawandels im Bereich Ernährung – Verteilungswirkungen am Beispiel von Nahrungsmittelgruppen. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-583-auswirkungen-klimawandel-bereich-ernaehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [Zugriff: 30.03.2023]
- Global Footprint Network (2019), National Footprint and Accounts 2019 Edition <https://www.footprintnetwork.org/resources/data/> [Zugriff: 26.05.2023]
- Umweltbundesamt (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/texte_39_2016_repraesentative_erhebung_von_pro-kopf-verbraeuchen_natuerlicher_ressourcen_korr.pdf [Zugriff: 30.03.2023]

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus

Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise

Der Beitrag stellt die ungleichen Weltwirtschaftsbeziehungen in den Mittelpunkt und benennt diese als wichtige Ursache für den Klimanotstand. Ausgehend von den Konzepten „Klima-Apartheid“ und „Klima-Kolonialismus“, die mit Bezug auf die wissenschaftliche Literatur definiert werden, argumentiert die Autorin, dass Hoheinkommensländer die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Lebensweise in durchschnittlich ärmere Länder auslagern. Sie belegt dies exemplarisch anhand der industriellen Exportlandwirtschaft, Rohstoffextraktion und billigen Arbeit in globalen Waren- oder „Verschmutzungsketten“. Der Beitrag schließt mit Forderungen und Handlungsstrategien, die aus der Analyse ungleicher Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd erwachsen.

Dass die menschengemachte Klimaveränderung vor allem jene trifft, die am wenigsten dazu beitragen, ist hinlänglich bekannt. Nicht nur Verursachung und Folgen, auch die Mittel und Möglichkeiten, mit veränderten Umweltbedingungen umzugehen und sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen, sind in der globalen Ungleichheitsordnung sehr ungleich verteilt. Philip Alston, UN-Sonderberichterstatter für Armut und Menschenrechte, hat dafür den Begriff „Klima-Apartheid“ in die öffentliche Debatte gebracht: „Wir steuern auf ein Klima-Apartheid-Szenario zu. Wohlhabende werden es sich leisten können, Überhitzung, Hunger und Konflikten zu entkommen, während der Rest der Welt leiden muss.“ (UN 2019)

Der Begriff ist nicht neu. Mehr als ein Jahrzehnt davor sprach der südafrikanische Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu davon, dass wir in eine Ära der „Anpassungs-Apartheid“ eintreten, in der reiche Länder ihre enormen finanziellen und technologischen Ressourcen nutzen können, um sich – zumindest kurzfristig – gegen die Klimaveränderung zu schützen (Tutu 2007: 166). In der akademischen Debatte bezeichnet „Klima-Apartheid“ Prozesse der (anhaltenden) Kolonisierung in einem „rassialisierten“ kapitalistischen

System, das bestimmte Gruppen entlang verschiedener „Ungleichheitsachsen“ – allen voran Rasse, Klasse und Geschlecht – als minderwertig, vernachlässigbar oder gar als überflüssig markiert (Tuana 2019; Rice et al. 2021). Solche Zugänge fordern uns dazu auf, rassistisch-koloniale Logiken der Ressourcenaneignung und Akkumulation zu kritisieren und ins Zentrum der Klimadebatte zu rücken.

Ein verwandter Begriff, der die historische Kontinuität der ungleichen globalen Machtverhältnisse in der Klimakrise zum Ausdruck bringt, ist jener des „Klima-Kolonialismus“ (Martínez 2014). In dieser Sicht sind (post-)koloniale Herrschaftsverhältnisse grundlegend für die Klimakrise. Dabei geht es nicht nur um die materiell ungleichen Effekte, sondern auch um die Problemdefinition und Lösungen zur Dämpfung der Klimakrise. Auch diese kommen überwiegend von diskursmächtigen Gruppen im Globalen Norden und benachteiligen abermals die Indigenen, die Marginalisierten im Globalen Süden (Sultana 2022). In einem weiteren Sinn verweist der Begriff auf die jahrhundertelangen „Verschmutzungsvorrechte“ der reichen Länder, die historische und aktuelle Aneignung billiger Natur und billiger Arbeit sowie die räumliche und zeitliche Auslagerung von Umweltschäden in durchschnittlich ärmere Länder (Fischer et al. 2023). Anhand der „four cheaps“ (Moore 2012) – Nahrungsmittel, Rohstoffe, Energie und Arbeit – lässt sich diese Kontinuität zeigen.

Klima-Kolonialismus in der Weltwirtschaftsordnung

Rund 100 Länder dieser Welt sind vom Export von mineralischen Rohstoffen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Energie abhängig, d. h. mehr als 60 Prozent ihrer Exporte bestehen aus Rohstoffen (UN 2019). Fast alle befinden sich im Globalen Süden. Das bedeutet: Dort wird vor allem für den Export extrahiert und Umwelt verbraucht, während Hocheinkommensländer Nettoimporteure von Material, Energie, Land und Arbeit sind. Des einen Leid, des anderen Freud: In exportierten Rohstoffen stecken mehr Material, Land, Energie und Arbeitsstunden (zu schlechten Bedingungen) als in Waren und Dienstleistungen mit sehr hoher Wertschöpfung, die aus dem Globalen Norden bezogen werden. Dieses auch als „ökologisch ungleicher Tausch“ bezeichnete Ungleichverhältnis ermöglicht es Ländern mit hohem Einkom-

men, sich Ressourcen auf Umweltkosten anderer anzueignen (Dorninger et al. 2021). In anderen Worten: Sie lagern die ökologischen Kosten und Lasten ihrer Lebensweise in ärmere Länder bzw. Gesellschaften aus und erwirtschaften gleichzeitig im internationalen Handel höhere Profite als diese.

Beginnen wir mit der Landwirtschaft. Bereits Großbritannien lagerte im Zuge seines Aufstiegs zur Werkbank der Welt die landwirtschaftliche Produktion in seine Kolonien aus. Heute erfolgt die Nahrungsmittelproduktion unter der Ägide kommerzieller Farmen und transnationaler agrarindustrieller Konzerne. Die „neue Landnahme“ (land grabbing) des globalen Agrobusiness verwandelt Wälder und Savannen in Monokulturen, auf denen unter Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden Nahrungsmittel, Energiepflanzen und Futtermittel für den Export wachsen. Gleichzeitig haben Länder mit hoher Armut im Nahrungsregime der Weltkonzerne ihre Selbstversorgungskapazität eingebüßt: Rund 70 Prozent der Länder des Globalen Südens sind zu Nettoimporteuren von Grundnahrungsmitteln geworden (Langthaler 2023). Der Sonderbericht des Weltklimarats belegt die Wechselwirkung zwischen Klimaerwärmung und Bodennutzung: Die Landwirtschaft ist zusammen mit der Forstwirtschaft für 23 Prozent der menschengemachten Treibhausgasemissionen verantwortlich (IPCC 2019). Auf lokaler Ebene entzieht die industrielle Exportlandwirtschaft den Anbauregionen und ihrer Bevölkerung enorme Mengen an Süßwasser, verseucht Böden und Grundwasser und führt im schlimmsten Fall zu Vertreibung.

Klima-Kolonialismus ist es auch, wenn mineralische Rohstoffe, die vor allem im Globalen Süden lagern, die Energiewende in den Hocheinkommensländern ermöglichen sollen. Denn Photovoltaikanlagen, Windturbinen und Batterien für Elektroautos verbrauchen erhebliche Mengen an Kobalt, Kupfer, Graphit, Mangan, Lithium, Nickel und Seltenen Erden. Laut Internationaler Energieagentur benötigt ein typisches Elektroauto sechsmal mehr Mineralien als ein konventionelles Fahrzeug. Die IEA (International Energy Agency) rechnet vor, dass die Nachfrage nach Lithium im Jahr 2040 um das 50-fache und nach Kobalt um das 30-fache ansteigt, wenn individuelle Benzin- und Dieselaautos zügig durch individuelle Elektrofahrzeuge ersetzt werden (IEA 2021).

Dabei sind einige dieser Mineralien – etwa Lithium, Kobalt und Seltene Erden – weitaus knapper als Erdöl, und ihr Vorkommen ist in nur wenigen Ländern konzentriert. Potenzielle Quellen sind aus heutiger Sicht begrenzt und ihre Erschließung ist kostspielig und kompliziert. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass deren Aneignung geopolitische Spannungen und neokoloniale Machtpolitik weiter befeuern wird – und die Klimakrise. Denn ohne fossile Energie können die „klimaschonenden“ Geräte und Infrastrukturen derzeit nicht hergestellt werden, auch deshalb, weil für deren Produktion hohe Temperaturen erforderlich sind. Auch die Extraktion der Mineralien ist alles andere als „grün“: Sie verbraucht große Mengen Wasser, produziert Abfall und verschmutzt Böden und Luft. Die wahre Last einer E-Batterie wird also nicht von der Radaufhängung getragen, sondern von den Menschen und Ökosystemen, die das Pech haben, sich in oder in der Nähe der globalen Warenkette zu befinden, in der Rohstoffe für die vermeintlich sauberen Technologien extrahiert werden.

Auch die Aneignung billiger Arbeit findet in „globalen Verschmutzungsketten“ statt (Duan et al. 2021; Fischer et al. 2023). Hoheinkommensländer und die dort angesiedelten transnationalen Konzerne lagern „schmutzige“ Produktionsstufen oder überhaupt die gesamte Produktion von Waren, die hierzulande konsumiert werden, in sogenannte Billiglohnländer aus. Auf diese Weise profitieren sie auch von niedrigeren Umweltstandards sowie von unzureichenden staatlichen Kapazitäten, diese durchzusetzen. „Saubere“ Produktionsschritte wie unternehmensbezogene Dienstleistungen – z. B. Rechts- und Finanzdienste, Forschung und Entwicklung, Design, Marketing – verbleiben im Inland. Das ist eine zentrale empirische Erkenntnis der Warenkettenforschung (Fischer et al. 2021). Beim Kauf und bei der Nutzung vieler Konsumgüter verbrauchen wir – ebenso unsichtbar wie die Arbeit, die zu ihrer Fertigung aufgewendet wurde – erhebliche Mengen Wasser (virtual water), Energie etc. und verantworten Emissionen und Umweltschäden an anderen Orten. Haushalts- und Unterhaltungselektronik, Möbel und Kleidung sind besonders wasserintensive Waren. Sie werden zum Teil an Orten gefertigt, die bereits jetzt unter Wasserknappheit leiden, wie z. B. in Pakistan, Kirgistan, Äthiopien, Marokko oder in den zentralamerikanischen Ländern.

Klimakrise als globale Gerechtigkeitskrise: Was tun?

Zunächst gilt es anzuerkennen, dass hinter dem, was diskursiv unter „Klimawandel“ verhandelt wird – etwa Dürre, Erdbeben oder andere Extremwetterereignisse –, eine ungleiche Weltwirtschaftsordnung steht. Hoheinkommensländer profitieren überproportional von dieser ungleichen „Arbeitsteilung“. Diese ist das Ergebnis der Plünderung und der Verfestigung kolonialer Abhängigkeitsverhältnisse und jener Institutionen, die zu ihrer Überwachung und Erhaltung geschaffen wurden (Fischer / Grandner 2022). Der ständige Zufluss billiger Waren, für deren Produktion anderswo Arbeit überausgebeutet und Natur verbraucht wird, macht es möglich, das Konsumniveau und damit eine relative politische Stabilität hierzulande aufrechtzuerhalten – trotz der Zunahme von prekärer und niedrig entlohnter Beschäftigung und sozialer Ungleichheit auch hierzulande.

Gegen die Festschreibung ungleicher „Tauschverhältnisse“ in Handelsverträgen und gegen Liberalisierungspolitiken nach der Rezeptur des Washington Consensus aufzutreten, ist deshalb ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen den Klimanotstand. Es braucht für transnational tätige Unternehmen und die Finanzindustrie klare Vorschriften, umfassende Rechenschaftspflichten und Kontrollen, höhere Besteuerung und wenn nötig auch Verbote. Weitreichende Lieferkettengesetze, zumindest auf EU-Ebene, am besten global, liefern dafür einen Ansatzpunkt. Auf steuerlicher Ebene ist – neben einer Abschöpfung von Reichtum durch Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie hohen Zusatzsteuern auf Vermögen, das aus umweltverschmutzenden Sektoren und fossilen Brennstoffen stammt – vor allem eine globale CO₂-Steuer notwendig. Eine solche CO₂-Steuer kann für Länder aus dem Globalen Süden nur dann akzeptabel sein, wenn sie in reichen Ländern höher ist, wenn sie also z. B. an das Pro-Kopf-Einkommen gebunden und mit einer internationalen Klimaausgleichsfinanzierung verbunden ist.

Klar ist: Es braucht möglichst bald eine Transformation hin zu einer Steady-State-Ökonomie, die den materiellen Ressourcenverbrauch auf einem nachhaltigen Niveau stabilisiert. Mit technischen Neuerungen alleine ist der notwendige Umbau nicht zu schaffen. Es führt kein Weg daran vorbei, das absolute Ausmaß des Ressourcenkonsums, der Abfälle und der Emissio-

nen drastisch zu reduzieren. Diese Zielvorgabe richtet sich zuallererst an die reichen Gesellschaften des Globalen Nordens. Denn selbst der*die durchschnittliche Österreicher*in emittiert gemessen an seinem*ihrer Konsum doppelt so viel wie der*die durchschnittliche Weltenbürger*in (Aigner et al. 2023).

Gegenwärtige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Diskurse gehen jedoch meist an dieser wissenschaftlichen Erkenntnis und offensichtlichen Realität vorbei. Statt die Grenzen des Wachstums offenzulegen und Strategien der kollektiven Selbstbeschränkung im Verbrauch materieller Ressourcen – jedenfalls des oberen Einkommensdrittels – in den Hocheinkommensländern zu fördern, wird mit „Green Deals“ und grünem Wachstum der Glaube aufrechterhalten, dass es möglich ist, das Produktionssystem und das Konsumniveau, die das Problem verursacht haben, weiter wachsen zu lassen. Wir müssen uns als Gesellschaft auf diese tiefgreifenden und dringlichen Änderungen vorbereiten. Ein erster Schritt dahin ist es, diese Botschaft klar zu formulieren und konsequent an ihrer Umsetzung zu arbeiten.

Karin Fischer ist historische Sozialwissenschaftlerin und leitet den Arbeitsbereich Globale Soziologie und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz. Sie engagiert sich im Sektionsrat Soziale Ungleichheit der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, im Vorstand von Südwind OÖ und beim Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten.

Literaturverzeichnis

- Aigner, Ernest et al. (2023): Einleitung: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. In: Görg, Christoph et al. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin / Heidelberg: Springer. <https://klimafreundlichesLeben.apcc-sr.ccca.ac.at> [Zugriff: 30.11.2022].
- Dorninger, Christian et al. (2021): Global patterns of ecologically unequal exchange: Implications for sustainability in the 21st century. In: Ecological Economics, 179, 106824.
- Duan, Yuwan / Ji, Ting / Yu, Tuotuo (2021). Reassessing pollution haven effect in global value chains. In: Journal of Cleaner Production, 284, 124705. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2020.124705>.
- Fischer, Karin / Reiner, Christian / Staritz, Cornelia (Hrsg.) (2021): Globale Warenketten und ungleiche

Entwicklung. Arbeit, Kapital, Konsum, Natur. Wien: Mandelbaum.

- Fischer, Karin / Grandner, Margarete (Hrsg.) (2022): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum, S. 326-330.
- Fischer, Karin / Eder, Julia / Schaffartzik, Anke (2023): Globalisierung: Globale Warenketten und Arbeitsteilung. In: Görg, Christoph et al. (Hrsg.): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin / Heidelberg: Springer. <https://klimafreundlichesLeben.apcc-sr.ccca.ac.at> [Zugriff: 30.11.2022].
- IEA (2021): The Role of Critical Minerals in Clean Energy Transitions. Flagship report May 2021. <https://www.iea.org/reports/the-role-of-critical-minerals-in-clean-energy-transitions> [Zugriff: 30.11.2022].
- IPCC (2019): Klimawandel und Landsysteme. IPCC-Sonderbericht über Klimawandel, Desertifikation, Landdegradierung, nachhaltiges Landmanagement, Ernährungssicherheit und Treibhausgasflüsse in terrestrischen Ökosystemen (SRCCL). <https://www.de-ipcc.de/254.php> [Zugriff: 30.11.2022].
- Langthaler, Ernst (2023): Landwirtschaft und Ernährung. In: Fischer, Karin et al. (Hrsg.): Handbuch Entwicklungsforschung. Wiesbaden: Springer, S. 205-216.
- Martínez, Doreen E. (2014): The Right to Be Free of Fear: Indigeneity and the United Nations. In: Wicazo Sa Review, 29, 2, S. 63-87. <https://doi.org/10.5749/wicazosareview.29.2.0063>.
- Moore, Jason W. (2012): Cheap Food & Bad Money: Food, Frontiers, and Financialization in the Rise and Demise of Neoliberalism. In: Review, 33, 2-3, S. 125-161.
- Rice, Jennifer L. / Long, Joshua / Levenda, Anthony (2021): Against climate apartheid: Confronting the persistent legacies of expendability for climate justice. In: Environment and Planning E: Nature and Space. <https://doi.org/10.1177/2514848621999286>.
- Sultana, Farhana (2022): The unbearable heaviness of climate coloniality. In: Political Geography, 99, 102638. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2022.102638>.
- Tuana, Nancy (2019): Climate Apartheid: The Forgetting of Race in the Anthropocene. In: Critical Philosophy of Race, 7, 1, S. 1-31.
- Tutu, Desmond (2007): We do not need climate change apartheid in adaptation. In: UNDP (Hrsg.): Human Development Report 2007 / 2008. Fighting climate change: Human solidarity in a divided world. New York: UNDP, S. 166.
- United Nations (2019): World faces 'climate apartheid' risk, 120 more million in poverty: UN expert. UN News, 25.6.2019. <https://news.un.org/en/story/2019/06/1041261> [Zugriff: 30.11.2022].

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?

Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik

*Sowohl in ihren Herkunftsländern im Globalen Süden wie auch in westlichen Aufnahmeländern spüren Geflüchtete die Folgen der Klimakrise als Erste. Im rechten Narrativ jedoch werden sie als klimasündigende „Andere“ stilisiert, um nationalistische Segregationstheorien zu bedienen und die zunehmende Fortifizierung von Grenzen zu legitimieren, was nicht nur humanitäre, sondern auch ökologische Katastrophen befeuert. Es bedarf konkreter Veränderungsschritte in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik, die folgende Aspekte umfassen müssen: Schutzkategorien für klima(-bedingte) Flucht; Aus- und Weiterbildung von Migrant*innen in Green Jobs; klimapolitische Maßnahmen im urbanen Bereich sowie ressourcenorientierte Integrationsdiskurse in Aufnahmeländern.*

„Grenzen und Klima schützen“ – zu diesem Leitspruch bekannten sich in Österreich der konservative Bundeskanzler Sebastian Kurz und der grüne Vizekanzler Werner Kogler bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Jahr 2020 und brachten damit ihre politischen Ziele im Regierungsabkommen zum Ausdruck: progressive Klimapolitik in Verbindung mit repressiver Migrationspolitik. In der vermeintlichen Kombination des „Besten aus beiden Welten“ wolle man gegen Klimasünden genauso hart und effektiv vorgehen wie gegen „illegale Migranten“. Schon der Slogan verdeutlicht, wie konträr diese Welten sind. Während im Rahmen des Klimaschutzes gegen CO₂-Emissionen, Erderwärmung und das gehäufte Auftreten von extremen Wetterphänomenen gekämpft wird, hat der Grenzschutz einen gänzlich anderen „Gegner“: schutzsuchende Menschen, die mit allen Mitteln von einem Grenzübertritt abgehalten werden sollen (Kohlenberger 2021).

Nun ist die sprachliche Gleichsetzung von Geflüchteten mit Naturkatastrophen nicht neu, sondern spätestens seit dem Fluchtherbst im Jahr 2015

eine populäre Metapher: Geflüchtete Menschen sind eine „Flut“, eine „Welle“ oder ein „Sturm“, der auf uns zurollt. Das ist nicht nur entmenschlichend, sondern baut auch eine Drohkulisse epischen Ausmaßes auf – wobei unerheblich bleibt, dass die Asylantragsstatistik ein gänzlich anderes Bild zeichnet. Eine „Welle“ reißt sämtliche Widerstände mit, hat zerstörerische Kraft und anerkennt weder rechtliche noch geografische Grenzen. Unabhängig von der Realität der Grenzübertritte und Antragszahlen sind solche Vergleiche äußerst wirkungsvoll, wird dadurch doch dem Kampf gegen „illegale Migranten“ die gleiche Dringlichkeit zuerkannt wie jenem gegen die Klimakrise. Klimaschutz ist eine Überlebensfrage – und als eine solche soll auch Grenzschutz verstanden werden.

Während konservative und rechte Parteien bisher eher eine Position der Negation oder zumindest des Kleinredens der Klimakatastrophe bezogen haben, zeigen sich im Leitspruch der türkis-grünen Koalition – aber nicht nur dort – zaghafte erste Versuche einer Verbindung von Anti-Einwanderungspolitik und Klimaschutz.

Migrant*innen und Geflüchtete als klimasündernde „Anderer“

Eine ähnlich gelagerte Argumentation rechter Parteien verschiedener Länder ist etwa, Geflüchtete aus dem Globalen Süden der sprichwörtlichen „Unterwanderung“ der westlichen Anstrengungen gegen die Klimakrise zu bezichtigen, weil sie nicht „unsere“ ökologische Werteheilung teilten und ihr Bewusstsein für klimafreundliches Verhalten kaum ausgebildet sei (Kohlenberger 2022). Diese Strategie des Ecobordering versucht, Einwanderung für Umweltzerstörung verantwortlich zu machen, um damit verstärkte Grenzkontrollen zu rechtfertigen (Turner / Bailey 2021). Basierend auf ihrer Analyse der Parteiprogramme, Presseaussendungen und Reden von 22 europäischen extrem rechten Parteien zeigen die Studienautoren Turner und Bailey, wie Ecobordering aus malthusianischen, konservativen und ökofaschistischen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts sowie aus Vorstellungen von Natur und Zugehörigkeit in der Romantik geformt wurde. Migrant*innen aus dem Globalen Süden werden dabei als Bedrohung für die „Reinheit“ der Natur und die „weißen“ Bemühungen um ökologische Nachhaltigkeit konzipiert. Das komme einem „Greenwashing“ von Anti-Einwanderungspolitik gleich.

Anhänger*innen dieser politischen Stoßrichtung betonen, dass man nur durch fortifizierte Grenzen und strenge Immigrationskontrolle die (national definierte und abgegrenzte) Natur im Inland und die Nachhaltigkeitsbemühungen der einheimischen Bevölkerung vor weiterer Verschmutzung und Zerstörung schützen könne. Somit werden E-Autos, Strohhalme aus Bambus und Mülltrennung als unmittelbarer (rassifizierter) Ausdruck eines „westlichen“ Wertekanons der individualisierten Weltrettung verstanden. Genau dieser Strategie bediente sich etwa der rechtskonservative FOX-News-Moderator Tucker Carlson, als er sinngemäß live on air sagte, er hasse „Abfall“, weshalb er gegen „illegale Migration“ sei (Media Matters 2018). Dabei setzte er Zuwander*innen zwar nicht mit Müll gleich, meinte aber, diese würden durch unökologisches Verhalten zur Umweltverschmutzung beitragen. Dieser Argumentationslinie bedienen sich auch republikanische Blogs. Unter anderem wird dort behauptet, dass die USA nur deshalb ihre Nachhaltigkeitsziele nicht erreichen würden, weil die offene Einwanderungspolitik des Landes zu einem massiven Bevölkerungswachstum führe, womit Klima- und Umweltschutzbemühungen untergraben würden (Beck 2018).

In eine ähnliche Kerbe schlugen mittel- und westeuropäische Medienberichte im Jahr 2015, die Berge von Müll zu dokumentieren vorgaben, die von den („undankbaren und unachtsamen“) Flüchtlingen in Lagern, auf Bahnhöfen oder Transitstationen hinterlassen worden wären (Schmid 2015). Auch wenn Fotos von Musikfestivals oder dem Oktoberfest, wo im Gegensatz zu improvisierten Lagern zahlreiche Möglichkeiten zur Abfallentsorgung vorhanden sind, diese Berichte rasch relativierten, argumentierten Migrationsgegner*innen lieber verkürzt: Umweltsünder*innen sind die (migrantischen) Anderen.

Ähnliche Bilder kursieren immer wieder von der amerikanisch-mexikanischen Grenze, mit denen in ähnlicher Weise das klimaschädigende Verhalten der „Anderen“ belegt werden soll. Gerade in den USA, wo Einwander*innen und Minderheiten überproportional häufig in Regionen leben müssen, die von Klimaschäden, Umweltverschmutzung und schlechter Luft- und Wasserqualität betroffen sind, ist das eine vermessene These. Und global betrachtet ist sie in Anbetracht des Umstandes, dass die Herkunftsländer der meisten Geflüchteten als erste und am gravierendsten vom Klimawandel

betroffen sein werden (wenn sie es nicht bereits sind), ihn aber anteilmäßig am geringsten mitverursacht haben, nicht haltbar. Studien legen sogar nahe, dass Menschen in einkommensschwächeren Ländern tendenziell mehr Verantwortungsgefühl für Umweltschutz und nachhaltigen Konsum empfinden als jene aus reicheren Ländern, obwohl letztere viel mehr zum Klimawandel beitragen. So zeigt der Greendex Survey des Magazins National Geographic, dass die Bevölkerung Deutschlands, der USA, Australiens und Großbritanniens wesentlich weniger Schuldbewusstsein bei klimaschädlichem Konsumverhalten verspürt als Menschen in Indien, Mexiko, China und Brasilien, die sowohl ein geringeres durchschnittliches Einkommen als auch wesentlich höhere Emigrationsraten haben [Greendex Survey 2009]. Der Versuch, Geflüchtete und Migrant*innen als klimasündigende „Andere“ zu stilisieren, die unsere Heimat Erde gefährdeten, rekuriert in letzter Instanz auf die historische Nähe von Nationalismus und Umweltschutz, was eine Vermengung der Diskurse zu ökologischer und „biologischer“ Reinheit und den daraus abgeleiteten Segregationstheorien zur Folge hatte [Hultgren 2015].

Die ökologischen und sozialen Schäden des Mauerbaus

Wie andere breiter bekannte völkische Narrative gegen Migration ist auch dieses bar jeglicher empirischen Grundlage, belegt die Forschung doch, dass eine restriktive Einwanderungs- und Asylpolitik die Klimakrise eher befeuert als ihre Folgen abmildert. Neueste Studien zeigen etwa, dass die zunehmende Fortifizierung von Grenzen durch das Errichten von Mauern und Zäunen nicht nur humanitäre, sondern auch ökologische Katastrophen verursacht. Diese bewirken nämlich nicht nur, dass schutzsuchende Menschen, sondern auch gewisse Tierarten die grüne Grenze nicht mehr passieren können, etwa um zu ihren Brunft- oder Brutplätzen zu kommen, Futter und Wasser zu finden oder sich mit anderen Herden zu paaren. So führte der Grenzzaun zwischen Slowenien und Kroatien, der 2015 errichtet wurde, dazu, dass Rehe nicht mehr queren konnten und viele von ihnen im Stacheldraht verendet. Rehe sind aber eine Hauptnahrungsquelle für die vom Aussterben bedrohte Luchspopulation Osteuropas, die durch den Grenzzaun noch weiter dezimiert wurde [Linnell et al. 2016]. Die neu errichtete Mauer zwischen Polen und Be-

larus führt direkt durch eines der ältesten Waldgebiete Europas, sodass gefährdete Arten wie Wölfe, Luchse, Elche und Bären, die gerade erst mühevoll wieder angesiedelt werden, sich nicht mehr frei bewegen können und von Nahrungsquellen abgeschnitten werden [Jaroszewicz et al. 2021]. In weiterer Folge verursacht dies Artenverlust und ein Schwinden der Biodiversität, wodurch das ohnehin schon fragile Gleichgewicht unseres Planeten noch weiter ins Wanken gerät. Die berühmt-berüchtigtste Mauer des Globalen Nordens, jene zwischen Mexiko und den USA, behindert den Transit zahlreicher Amphibien und kleinerer Säugetiere sowie den Flug der Sperlingskäuze, für die die Mauer zu hoch ist. Tatsächlich warnen Klimaforscher*innen und Biolog*innen bereits davor, dass transnationale Grenzsicherung das Artensterben und damit die Klimakrise befeuern könnte. So stellte sich heraus, dass unter den Tieren, die von der Grenzmauer zu Mexiko beeinträchtigt werden, vier weltweit vom Aussterben bedrohte Arten sind [Laskey et al. 2011].

Noch eklatanter wirkt der Mauerbau, physisch wie auch im übertragenen Sinne, durch restriktive Einreiseregime, aber als Bedrohung für Menschen, vor allem für jene, die innerhalb der Mauern Schutz suchen. Nicht von ungefähr bezeichnet die Klimafolgenforschung (Flucht-)Migration als eine „Adaptionsstrategie“, die es Menschen ermöglicht, anderswo ihr Einkommen zu generieren, wenn fruchtbarer Boden rar wird oder Fischbestände schwinden [Vinke et al. 2020]. Binnenmigration in die nächstgelegene Stadt kann helfen, neue Einkommensquellen zu erschließen (etwa im Dienstleistungssektor statt in der Landwirtschaft), genauso wie transnationale Migration als Folge von Ressourcenknappheit oder wegen des steigenden Meeresspiegels manchmal die einzige Alternative darstellen wird [Hoffmann / Muttarak 2021]. Aufgrund der durch die Klimakrise rarer werdende Ressourcen kann auch das Konfliktpotenzial innerhalb eines Landes steigen, etwa entlang ethnischer Trennlinien, was wiederum weitere, transnationale Fluchtbewegungen auslösen kann [Abel et al. 2019]. All das passiert in Ländern wie Mali oder Somalia bereits. Eine strenge Unterscheidung in „Flucht“ und „Migration“, wie sie oft (und verkürzt) gefordert wird, ist hier kaum mehr möglich, vor allem, weil das vermeintliche Unterscheidungsmerkmal der „Freiwilligkeit“ im Fall von Hungersnot oder Überschwemmungen nicht mehr greift. In der

Forschung ist man deshalb dazu übergegangen, vor allem afrikanische, klima(mit)bedingte Wanderung als „gemischte Migration“ zu klassifizieren, weil hier (erzwungene) Flucht und (freiwillige) Migration fließend ineinander übergehen und sich gegenseitig bedingen.

Wie eine sozial-ökologische Asyl- und Integrationspolitik aussehen kann

Aus den vorangegangenen Ausführungen erschließen sich konkrete Veränderungsschritte, die nötig wären, um eine sozial-ökologische Transformation auch im Bereich der Asyl- und Integrationspolitik zu ermöglichen.

Intuitiv scheinen wir Menschen, die vor klimabedingter Dürre, Tornados und Murenabgängen fliehen, als Flüchtlinge wahrzunehmen und anzuerkennen. Welche Umstände liefern einen Menschen mehr aus als wütende Stürme oder sengende Glut? In der Realität des 21. Jahrhunderts haben Menschen, die solchen Bedingungen ausgesetzt sind, jedoch selten einen Anspruch auf die rechtliche Sicherheit, die ein Flüchtlingsstatus verleiht, sind doch die Auswirkungen des Klimawandels bis dato nicht als Asylgrund in der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. Auf Ebene des internationalen Grenzregimes gilt es daher, Emigration tatsächlich als Überlebensstrategie bei klimatischen Veränderungen zu konzeptualisieren, woraus in weiterer Folge Schutzkategorien für Klimafolgenflüchtlinge, zumindest aber legale Einreisemöglichkeiten erwachsen müssen, bei gleichzeitigem Abbau der menschlich wie ökologisch schädlichen Grenzfortifizierung.

Daneben gibt es zahlreiche Maßnahmen, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten und Migrant*innen in Aufnahmeländern, konkret in Österreich, fördern können (Kohlenberger 2021). Dazu zählen die Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung von Migrant*innen in Green Jobs, also in Jobs im Umwelt- und Ressourcensektor. Dadurch können gerade Menschen mit Flucht- und Migrationsbiographie zu wertvollen Multiplikator*innen in ihren Communities werden. Auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, etwa durch Umstellung von konventioneller auf Bio-Landwirtschaft, hätte einen überproportionalen Effekt auf die Lebensrealität von Migrant*innen und Geflüchteten, die wesentlich häufiger als Einheimische als Saisonarbeitskräfte in der Erntehil-

fe eingesetzt werden. Daneben haben auch klimapolitische Maßnahmen im urbanen Bereich Transformationspotenzial, zeichnen sich doch Städte durch einen hohen Anteil an Migrant*innen aus. 41 Prozent der Wiener Bevölkerung sind ausländischer Herkunft, in manchen Bezirken wie Favoriten und Rudolfsheim-Fünfhaus bereits mehr als die Hälfte. Maßnahmen wie thermische Sanierung, Unterstützungsleistungen gegen Energiearmut, Fassadenbegrünung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs kommen also gerade auch der migrantischen, urbanen Bevölkerung zugute. Gleichzeitig fördern sie Chancengleichheit und soziale Inklusion, indem sie mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, gesundheitliche Risiken durch die Klimakrise senken und besseren Wohnraum schaffen.

Zuletzt sei die Diskursebene erwähnt. Das beliebte Lösungsnarrativ der „Reduktion von Fluchtursachen“, worunter auch die Folgen der Klimakrise fallen, wird häufig von der zu problematisierenden Grundannahme genährt, dass dies vor allem deshalb passieren müsse, um Migration in den Globalen Norden zu unterbinden. Vor Klimaflüchtlingen zu warnen und sie zu einer Gefahr hochzustilisieren, vor der sich Europa durch Mehrwegpfand, Plastik-sackerlverbot, aber vielleicht auch Grenzzäune schützen könne, ist jedoch ein gefährliches Spiel, trägt es doch weiter zu einer Politik der Abschottung und Abgrenzung bei. Anstelle dieses defizitär geführten Asyldiskurses gilt es vielmehr, die Stimmen von Migrant*innen und Geflüchteten als Erstbetroffene in der Klimabewegung hörbarer und ihre Teilnahme sichtbarer zu machen, bekommen sie doch sowohl in ihren Herkunftsländern im Globalen Süden als auch in westlichen Aufnahmeländern als Erste die (sozialen) Folgen der Klimakatastrophe zu spüren.

Judith Kohlenberger ist Kulturwissenschaftlerin und Migrationsforscherin am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien, wo sie zu Flucht-migration, Integration und Zugehörigkeit forscht und lehrt. Sie ist Autorin von Wir (2021) und von Das Fluchtparadox (2022).

Literatur

- Abel, Guy J. / Brottrager, Michael / Cuaresma, Jesus Crespo / Muttarak, Raya (2019): Climate, Conflict and Forced Migration. In: *Global Environmental Change*, 54, S. 239–249. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2018.12.003>.
- Beck, Roy (2018): We Continue to Tell the Story How Immigration Policy Sabotaged the Earth Day Dream. In: *Numbers, USA*, Beitrag vom 20.4. <https://www.numbersusa.com/blog/we-continue-tell-story-how-immigration-policy-sabotaged-earth-day-dream> [Zugriff: 7.11.2022].
- Greendex Survey (2009): Consumer Choice and the Environment – A Worldwide Tracking Survey. National Geographic. https://www.nationalgeographic.com/greendex/assets/GS_NGS_Full_Report_May09.pdf [Zugriff: 07.11.2022].
- Hoffmann, Roman / Muttarak, Raya (2021): Environment, Migration and Urbanisation: Challenges and Solutions for Low- and Middle-Income Countries. In: *Think20 Italy*, Policy Brief. https://www.t20italy.org/wp-content/uploads/2021/09/TF10_PB04_LM02.pdf [Zugriff 22.4.2023].
- Hultgren, John (2015): *Border Walls Gone Green: Nature and Anti-immigrant Politics in America*. Minneapolis, London: University of Minnesota Press.
- Jaroszewicz, Bogdan / Nowak, Katarzyna / Źmihorski, Michał (2021): Poland's Border Wall Threatens Ancient Forest. In: *Science*, 374, 6571, S. 1063. <https://doi.org/10.1126/science.abn0451>.
- Kohlenberger, Judith (2021): Migrationsgesellschaft klimasozial gestalten. In: *Armutskonferenz / Attac / Beigewum* (Hrsg.): *Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*. Wien: bahoe books, S. 97–105.
- Kohlenberger, Judith (2022): *Das Fluchtparadox: Über unseren widersprüchlichen Umgang mit Vertreibung und Vertriebenen*. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Laskey, Jesse R. / Jetz, Walter / Keitt, Timothy H. (2011): Conservation Biogeography of the US–Mexico Border: A Transcontinental Risk Assessment of Barriers to Animal Dispersal. In: *Diversity and Distributions*, 17, 4, S. 673–687. <https://doi.org/10.1111/j.1472-4642.2011.00765.x>.
- Linnell, John D.C. / Trouwborst, Arie / Boitani, Luigi / Kaczensky, Petra / Huber, Djuro et al. (2016): Border Security Fencing and Wildlife: The End of the Transboundary Paradigm in Eurasia? In: *PLOS Biology*, 14, 6. <https://dx.doi.org/10.1371/journal.pbio.1002483>.
- Media Matters (2018): Tucker Carlson: „I Actually Hate Litter Which Is Why I'm So Against Illegal Immigration“, Beitrag vom 15.8. <https://www.mediamatters.org/tucker-carlson/tucker-carlson-i-actually-hate-litter-which-why-im-so-against-illegal-immigration> [Zugriff: 7.11.2022].
- Schmid, Fabian (2015): Fakten gegen Hetze: Warum in Traiskirchen viel Müll liegt. In: *Der Standard*, 20.8. <https://www.derstandard.at/story/2000021011565/fakten-gegen-hetze-warum-in-traiskirchen-viel-muell-liegt> [Zugriff: 09.01.2023].
- Turner, Joe / Bailey, Dan (2021): „Ecobordering“: Casting Immigration Control as Environmental Protection. In: *Environmental Politics*. <https://doi.org/10.1080/09644016.2021.1916197>.
- Vinke, Kira / Bergmann, Jonas / Blocher, Julia / Upadhyay, Himani / Hoffmann, Roman (2020): Migration as Adaptation? In: *Migration Studies*, 8, 4, S. 626–634. <https://doi.org/10.1093/migration/mnaa029>.

GLUTNESTER

Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft.....61

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung.....73

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln.....83

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen.....89

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung.....95

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen.....105

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende.....109

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit.....117

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme

Der Text ist zuerst im Rahmen der Publikation „Klima & Geschlecht – warum Klima(politik) gender-relevant ist“ als Band 10 der Reihe des Frauenservice Wien Frauen.Wissen.Wien erschienen und wurde für die Veröffentlichung in diesem Band formal lektoriert.

In Bezug auf den Klimawandel, allgemeiner die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, werden zwei unterschiedliche Ansätze zur Transformation der Arbeitsgesellschaften diskutiert: die Schaffung einer grünen Ökonomie und grüner Vollerwerbsgesellschaften und die Schaffung von sozial-ökologisch nachhaltigen Postwachstumsgesellschaften. Letztere basieren auf einem erweiterten Arbeitsbegriff (nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Care, Eigenarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement), sowie der Neubewertung und Umverteilung von Arbeit, auch zwischen den Geschlechtern. Voraussetzungen dafür sind eine neue Vollerwerbsarbeitszeit (20 bis 30 Stunden) für alle sowie eine sozial-ökologische Steuerreform. Was diese Konzepte für Frauen bedeuten, wird zumeist eher am Rande diskutiert. In der grünen Ökonomie geht es aus geschlechterpolitischer Sicht vor allem um die Schaffung von Voraussetzungen, dass Frauen an den guten Arbeitsplätzen insbesondere im technologischen Bereich überhaupt teilhaben können (Ausbildung, Kinderbetreuung etc.), und auch in Postwachstumsgesellschaften wird sich eine gerechte Aufteilung der Care-Arbeit sowie der Erwerbsarbeit nicht automatisch einstellen, sondern muss systematisch gefördert werden. Der Beitrag reflektiert die Konzepte aus geschlechterpolitischer Sicht und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen multiplen Krise, die durch das Corona-Virus heraufbeschworen wurde.

Zur Einleitung

Auch wenn die mediale Berichterstattung seit März 2020 von der coronavirus-bedingten multiplen Krise dominiert wird, scheint die Sorge um die Folgen des Klimawandels nicht aus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit verschwunden zu sein.

Dies zeigt sich nicht nur bei aktuellen Bevölkerungsumfragen^[1], in denen besorgte Bürger*innen den Klimawandel als eines der großen Zukunftsprobleme einschätzen, sondern auch in den Debatten über die Bewältigung der Folgen des Shutdowns durch großangelegte staatliche und übernationale Konjunkturprogramme. Auch wenn das ökonomische Wachstumsmantra durch die Medien hallt und mächtige Wirtschaftsverbände gegen Umweltauflagen (z. B. CO₂-Steuern) als Bedingung staatlicher Finanzhilfen mobilisieren, gibt es durchaus mahnende Stimmen, die die derzeitige Krise als Chance für eine Ökologisierung und gerechtere Gestaltung der (inter-)nationalen Wirtschaftsprozesse und Arbeitsbeziehungen sehen.

Vor dem Hintergrund quasi über Nacht explodierter Arbeitslosenzahlen wird dabei eine alte Kontroverse aktiviert, die spätestens seit der ersten Ölkrise in den 70er Jahren in Krisenzeiten geführt wird, nämlich ob erhöhter Umweltschutz ein Wirtschaftswachstums- und damit Jobkiller ist oder Arbeit schafft und sichert (Littig 2012). Seit der letzten internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wurde in diesem Zusammenhang maßgeblich seitens supranationaler Organisationen der Vereinten Nationen (u. a. UNDP, ILO) eine ökologische Modernisierung der (Welt-)Wirtschaft unter den Stichworten Green Deal, Green Economy und Green Jobs zur Krisenbewältigung erfolgreich lanciert. Diese gilt inzwischen als globaler umwelt- und klimapolitischer Mainstream, der durch das Pariser Klimaabkommen und die Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) 2015 bestätigt wurde (UN 2015).

¹ Vgl. für Österreich: https://www.kleinezeitung.at/international/corona/5810372/Umfrage_Klimawandel-bereitet-Oesterreichern-mehr-Sorgen-als; für Deutschland: <https://www.welt.de/vermischtes/article208339923/Allensbach-Umfrage-Klimawandel-bereitet-Deutschen-groesere-Sorgen-als-Corona.html> [Zugriff: 15.7.2020].

In kritischer Abgrenzung gegenüber dem dominanten Konzept der Green Economy wird insbesondere von sozial-ökologisch engagierten zivilgesellschaftlichen, u. a. auch öko-feministischen Bewegungen sowie in kritischen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Kontexten die Überwindung des kapitalistischen Wachstumsparadigmas zugunsten der Schaffung sozial-ökologisch nachhaltiger Postwachstumsgesellschaften gefordert (Brand / Wissen 2017). Dass die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die globale soziale Ungleichheit angesichts begrenzter Ressourcen und ungleicher Machtverhältnisse durch technologiegetriebenes grünes Wirtschaftswachstum überwunden werden kann, wird dabei grundsätzlich bezweifelt (im Überblick Littig 2018 sowie Dörre et al. 2019).

Aus geschlechterpolitischer Sicht werfen beide Zugänge eine Reihe von Fragen auf – u. a. deshalb, weil Gleichstellungsfragen eher marginalisiert werden (Bauhardt 2014). So stellen sich grundsätzlich Fragen nach den Chancen und Hindernissen für ihre gleichstellungspolitischen Effekte, nach ihren Voraussetzungen und Konsequenzen. Im Folgenden sollen die beiden Ansätze zunächst skizziert, bevor sie hinsichtlich ihrer geschlechterpolitischen Implikationen betrachtet werden.

Green Economics als Grüne Vollerwerbsgesellschaft(en)

Eine prominente Stimme derer, die die Corona-Krise als Chance für klimapolitische Innovationen sehen, ist die EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen, die nachdrücklich für einen Green Deal wirbt, den sie schon kurz vor dem Ausbruch der Pandemie als zentralen Baustein ihrer Präsidentschaftspolitik präsentiert hatte (Europäische Kommission 2019). So sollen laut eines Berichts des deutschen Magazins „Der Spiegel“ 25 Prozent des 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds für Klimaschutz ausgegeben werden. Kritisch gewendet bedeutet das, dass 75 Prozent der Förderungen nicht an Klimaschutzkriterien gebunden sind. Klimaschutz ist zwar nach wie vor ein Ziel der EU-Politik, aber nicht das wichtigste.^[2] Vorgesehen sind in dem im Mai 2020

² So der Kommentar von Oliver Geden, Experte für EU-Klimapolitik der renommierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin im selben Spiegel-Artikel (Götze 2020). Auch der deut-

präsentierten Fonds rund 20 Milliarden für saubere Mobilität, zehn Milliarden für Recycling und Kreislaufwirtschaft und 50 Milliarden für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Auch Technologien wie Wasserstoffantriebe, erneuerbare Energien und die energetische Sanierung von Gebäuden sind Teil des Programms (Götze 2020). Auch auf nationaler Ebene gibt es Anstrengungen, Klima- und Konjunkturpolitik zur Krisenbewältigung zu koppeln – in Österreich etwa durch ein Vorziehen der im türkis-grünen Regierungsprogramm angekündigten klimapolitischen Investitionen vor allem in Infrastrukturprojekte des Verkehrs, der regenerativen Energieerzeugung sowie der thermischen Sanierung und im Bau. Die Stadt Wien verfolgt mit Nachdruck ihr schon länger erklärtes Ziel „Klima-Musterstadt“ zu sein und insbesondere im Bereich Energie, Abfall und Verkehr starke politische Akzente zu setzen.⁽³⁾

Die skizzierten internationalen, nationalen wie kommunalen klimapolitischen Strategien und Maßnahmen streben eine ökologische Modernisierung und eine Beseitigung der unbeabsichtigten Folgen der vorherrschenden umwelt- und klimaschädlichen Wirtschafts- und Lebensweisen an. Ziel ist die Schaffung einer „grünen Ökonomie“, die auf der Basis technologischer Effizienzsteigerung und Innovationen Wettbewerbs- und Standortvorteile, Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität sichern soll. Ganz im Sinne der neoklassischen Theorie wird erwartet, dass durch begrüntes Wirtschaftswachstum grüne Vollerwerbsgesellschaften und darüber soziale Inklusion erreicht werden können (Littig 2018).

Frauenpolitische Überlegungen spielen in diesen Diskussionen eher eine marginale Rolle. Zwar verlangt das SDG 5⁽⁴⁾ explizit die Förderung der

sche Thinktank Agora findet das Hilfspaket unter Klimaschutzgesichtspunkten unzureichend (Agora Energiewende 2020). Zur sozialpolitischen Kritik des Green Deal vgl. Adler et al. 2019.

3 <https://www.wien.gv.at/umwelt-klimaschutz/klima-musterstadt.html> [Zugriff: 15.7.2020] Diese Bestrebungen sind Teil der 2019 revidierten „Smart City Rahmenstrategie“, mit der sich die Stadt ambitionierte Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung gesetzt hat. <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/b008380.html>

4 SDG 5: Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Gleichstellung der Geschlechter, dennoch werden die geschlechterpolitischen Wirkungen und Voraussetzungen klima- und umweltpolitisch orientierter Arbeitsmarktpolitik nur selten thematisiert und bleiben vage und unklar (Cohen 2017, UBA 2018). Dabei geht es um die Frage, ob und inwieweit die bestehenden oder neu zu schaffenden grünen Arbeitsplätzen auch Arbeitsplätze für Frauen sind bzw. sein werden. Inwieweit sind es „gute Arbeitsplätze“ etwa im Sinne der Decent Work der ILO⁽⁵⁾ oder des DGB-Index⁽⁶⁾, ebenfalls ein Ziel der SDGs (Nr. 8)? „Gute Arbeit“ zeichnet sich demnach vor allem durch ein gesichertes und angemessenes Einkommen, Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Gesundheits- und Arbeitsschutz und eine gute Work-Life-Balance aus (Brandl et al. 2019).

Eine systematische Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen des europäischen Green Deals wurde bis dato nicht durchgeführt. Aus einer Geschlechterperspektive ist aber darauf hinzuweisen, dass hochqualifizierte gute Arbeitsplätze in der Green Economy, für die vor allem ein technischer oder wissenschaftlicher (Aus)Bildungshintergrund erforderlich ist, Mangelware sind und vor allem von Männern besetzt werden (Leitner et al. 2012, UBA 2018: 73f). Diese Situation dürfte sich durch die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt noch deutlich verschärfen (WBGU 2019). Der geringe Frauenanteil in den Zielbranchen der Green Economy zeigt auch exemplarisch eine aktuelle Erhebung der weiblichen und männlichen Beschäftigten in den Branchen Energie, Verkehr und Bau in Wien, die als wichtige Förderungsgebiete für eine grüne Wirtschaft und verstärkten Klimaschutz gelten (Brandl et al. 2019). Die Beschäftigten in diesen Bereichen machten 2016 rund 12 Prozent der Gesamtbeschäftigten in Wien aus. Der Frauenanteil lag in den Bereichen Bau und Verkehr bei rund 20 Prozent, im Bereich Energie bei rund 30 Prozent, wobei Frauen in erster Linie in der Verwaltung der jeweiligen

5 Vgl. ILO (International Labour Organization): Decent work agenda. <https://www.ilo.org/global/topics/decent-work/lang--en/index.htm> [Zugriff: 15.7.2020].

6 DGB-Index „Gute Arbeit“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, <http://index-gute-arbeit.dgb.de> [Zugriff: 15.7.2020].

Bereiche zu vermuten sind (*eigene Berechnungen auf Basis von „Abgestimmte Erwerbsstatistik für 2016“ der MA 23; vgl. auch Eichmann / Nocker 2015*). Um die anspruchsvollen und damit tendenziell guten Arbeitsplätze in der Energieversorgung, im Mobilitäts- und Bausektor für (qualifizierte) Frauen deutlich attraktiver zu machen, müssen eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen ergriffen werden: Zum einen gilt es, die Anzahl der Frauen und Mädchen, die technische oder naturwissenschaftliche Studiengänge absolvieren und in entsprechende Berufe einsteigen, zu steigern und zum anderen muss die Gleichstellung von Männern und Frauen in diesen Arbeitsmarktsegmenten durch eine entsprechende Lohnpolitik, Karrieremöglichkeiten und Vereinbarkeitsmaßnahmen gefördert werden (*vgl. Kuhl 2012*). Die spezielle Förderung von Frauen in MINT⁽⁷⁾-Ausbildungsgängen und Berufen ist eine zentrale Maßnahme, um die Frauenerwerbstätigkeit in vergleichsweise guten Arbeitsbereichen längerfristig zu sichern und gleichzeitig zur Erfüllung klimapolitischer Zielsetzungen beizutragen.

Nach dem Wachstum: Sozial-ökologische Tätigkeitsgesellschaft(en)

Dem Green Economy Mainstream gegenüber stehen wachstumskritische Ansätze, die sich mit den Schlagworten Postwachstumsgesellschaft oder De-growth-Bewegung belegen lassen. Auch wenn diese Ansätze durchaus heterogen sind, eint sie die Forderung nach einer tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Transformation der global vernetzten kapitalistischen Ökonomien (*vgl. den Sammelband von Dörre et al. 2019*): die Überwindung des ökonomischen Wachstumsparadigmas, eine Abkehr vom Ressourcen verschleißenden exklusiven

Konsumismus hin zu einer suffizienten und solidarischen Lebensweise, die globale Ungleichheiten beseitigt und soziale und ökologische Gerechtigkeit herstellt (*z. B. Brand / Wissen 2017*). Die Vorstellungen davon, wie diese Transformation erreicht werden kann, sind sehr vielfältig. Sie reichen von der Durchsetzung einer neuen Vollerwerbsarbeitszeit (20 bis 30 Stunden) für alle,

⁷ MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

Kostenwahrheit durch eine sozial-ökologische Steuerreform, eine erweiterte Wirtschaftsdemokratie bis zur Konversion umweltschädlicher Industrien und Wirtschaftsbereiche. Als zentrale transformatorische Akteure gelten starke zivilgesellschaftliche Bewegungen in einer auszuweitenden Mosaikallianz mit allen progressiven Kräften innerhalb der Gewerkschaften, der Parteien, sowie staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen (*Urban 2018*).

Vor allem von öko-feministischer Seite wird reklamiert, dass sozial-ökologisch nachhaltige Postwachstumsgesellschaften einer grundlegenden Transformation der geschlechterdifferenzierenden Erwerbsarbeitsgesellschaft bedürfen. Dabei darf Nachhaltigkeit nicht auf Ökologie verengt werden, muss Geschlechtergerechtigkeit systematisch in den Nachhaltigkeitsdiskurs integriert und darf reproduktive Arbeit nicht vernachlässigt werden (*Bauhardt 2014, Kuhl 2012*). Dem erwerbsarbeitszentrierten Arbeitsbegriff, der sich im Laufe der Industrialisierung etabliert hat und der, im Verbund mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen, Männern und Frauen idealtypisch unterschiedliche Arbeitssphären zuwies, wird ein erweiterter Arbeitsbegriff entgegengesetzt.⁽⁸⁾ Dieser umfasst neben Erwerbsarbeit auch die private Care-Arbeit, Eigenarbeit für die Selbstversorgung sowie zivilgesellschaftliches Engagement. Auf dieser Basis wird zur Gleichstellung der Geschlechter die Neubewertung und Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit gefordert. Dabei gilt es, die vor allem von Frauen geleisteten informellen Care-Arbeiten als Arbeit und Basis der formellen Ökonomie anzuerkennen, gegenüber der Erwerbsarbeit aufzuwerten und geschlechtergerecht zu verteilen.

Vertreter*innen der Care-Perspektive gehen dabei noch einen Schritt weiter und verlangen einen grundlegenden Paradigmenwechsel des Wirtschaftens im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses von Wirtschaften, Arbeiten und Leben sowie deren normative Orientierung an Prinzipien der

⁸ Für einen erweiterten Arbeitsbegriff und die soziale Anerkennung und Weiterentwicklung aller Arbeitsformen plädiert bemerkenswerterweise auch der 2015 erschienene UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung, der nur in einer globalen Green Economy die Chance für den Fortbestand menschlicher Arbeitsmöglichkeiten im Sinne nachhaltiger Arbeit sieht (*UNDP 2015*).

(Vor-)Sorge (Gottschlich et al. 2014, Tronto 2013). Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung bezieht sich Care sowohl auf gegenwärtige als auch auf zukünftige Generationen und verlangt eine (Re-)Orientierung der marktvermittelten Geldökonomie, weg von abstrakter Wertschöpfung hin zu einem Wirtschafts- und Arbeitszweck, der der Realisierung von Lebenszwecken dient und gesellschaftliche Kooperation und Sorge um das Ganze der (gesellschaftlich notwendigen) Arbeit ins Zentrum stellt (Biesecker / Hofmeister 2013). Die Idee eines an Vorsorge orientierten Wirtschaftens liegt vielen öko-feministisch orientierten systemkritischen Entwürfen zugrunde, die bereits beim Nachhaltigkeitsgipfel in Rio (1992) und erneut beim Jubiläumskongress Rio +20 (2012) diskutiert wurden. Gemeinsam sind diesen Ansätzen die grundlegende Infragestellung kapitalistischer Profitmaximierung, der solidarische Umgang mit Gemeingütern sowie die Forderung nach der Erhaltung der Reproduktionsfähigkeit und Integrität der Natur. Die Orientierungsleitlinie ist ein „gutes Leben für alle“ als visionärer Gesellschaftsentwurf (im Überblick: Littig 2018).

Ein Ausblick auf plurale Entwicklungen

Die skizzierten sozial-ökologischen Szenarien zukünftiger Arbeitsgesellschaften beinhalten deutlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Entwicklungspfade heute schon, aber auch zukünftig verfolgt werden sollen. Dabei sind auch während der andauernden Corona-Krise sowohl die Absichtserklärungen zur Schaffung grüner Ökonomien als auch die alternativen Denkansätze sowie die Arbeits- und Lebensprojekte im Umfeld der neuen sozial-ökologischen Bewegungen auf dem Vormarsch. Die Debatte um einen erweiterten Arbeitsbegriff, Arbeitszeitverkürzung und die Umverteilung von Arbeit ist allerdings deutlich mehr eine Fachdebatte als eine öffentlich geführte. Dies könnte sich allenfalls im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung (Stichwort Industrie 4.0) ändern; dann nämlich, wenn (wie prognostiziert) durch die digital vernetzte Wertschöpfung und zunehmende Robotisierung massenhaft Arbeitskräfte freigesetzt würden (WBGU 2019). Dadurch könnten die Diskussionen über die Neuorganisation der Arbeitsgesellschaft neue Dynamik bekommen; wenn auch nicht vorrangig aus umweltpolitischen Gründen. Auch die shutdown-bedingte hohe Arbeitslosigkeit begünstigt offenbar Vorstöße in Richtung Arbeits-

zeitverkürzung, wie dies aktuell von der SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreich) ins Spiel gebracht wurde.

Zwischen den derzeit diskutierten frauenpolitischen Forderungen aus den Folgen der Corona-Krise und der skizzierten öko-feministischen Care-Perspektive lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten feststellen (Genanet et al. 2020): Die immense praktische wie normative Bedeutung der formellen wie informellen Care-Arbeiten, aber auch ihre prekäre Organisation und mangelhaften Arbeitsbedingungen wurden in der Corona-Krise offensichtlich,⁹ aber auch, dass diese Arbeiten (wie viele andere sogenannte systemrelevante Arbeiten) in erster Linie von Frauen erbracht werden.¹⁰

Erste Forschungsergebnisse zeigen, dass berufstätige Mütter gerade wegen ihrer Doppelbelastungen durch ihre Erwerbsarbeit und ihre rollenstereotypischen Care-Verpflichtungen während des Shutdowns deutlich höher belastet waren (Lewis 2020). Diese Tendenz sowie eine generelle Verstärkung der prekären Situation der Pflegearbeit und eine deutliche Mehrbelastung von Frauen ist auch durch die Folgen des Klimawandels zu befürchten (Genanet et al. 2020). Wenn eine „Retraditionalisierung“ der Geschlechterverhältnisse und steigende Arbeitslosigkeit von Frauen abgewendet werden soll, müssen die erprobten Maßnahmen zur „Sicherung der Gleichbehandlung, Beseitigung der Diskriminierung, Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen“ verstärkt werden (Allmendinger 2020).

Die Folgen der globalen Corona-Krise sind noch längst nicht abzusehen. Dass Frauen, Kinder und ärmere Bevölkerungsgruppen besonders vulnerabel sind, ist allerdings bereits klar (UN 2020), die politischen Strategien zur Bewältigung der Krise sind es noch längst nicht. Denkbar sind sowohl Zu-

⁹ Der jüngste Bericht des DGB-Index „Gute Arbeit“ (1 / 2020) zu den sogenannten systemrelevanten Reinigungs- und Verkaufsberufen, der Alten- und Krankenpflege und den Erziehungs- und Sozialberufen trägt den aussagekräftigen Titel „Weiblich, systemrelevant, unterbezahlt“ <https://index-gute-arbeit.dgb.de/+co+aa8b3b430-7c89-11e9-b866-52540088cada> [Zugriff: 20.7.2020]

¹⁰ Einen Blog zu Corona und Care betreibt die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender/corona-und-care>

kunftsszenarien größerer sozialer Spaltung, nationaler Abschottung und einer langfristigen Einschränkung von Freiheitsrechten und digitaler Kontrolle einerseits und mehr soziale Gerechtigkeit, internationale Solidarität und Kooperation bei der Realisierung nachhaltiger Entwicklungsziele andererseits. Welches Szenario sich durchsetzen wird, hängt vom Verlauf der politischen Auseinandersetzungen über die Zukunft von Wirtschaft, Arbeit, Konsum, Demokratie, Gesundheitssystem, EU und vielem anderem mehr ab. Ihr Ausgang mag ungewiss sein, geführt werden sie bereits. Frauen- und geschlechterpolitische Perspektiven sind dabei unabdingbar, denn eine Arbeitsgesellschaft ohne rechtliche und faktische Gleichstellung der Geschlechter kann jedenfalls nicht nachhaltig sein.

Beate Littig ist Fellow am Institut für Höhere Studien Wien und dort Koordinatorin der Forschungsplattform Sozial-ökologische Transformation.

Literaturverzeichnis

- Adler, David / Wargan, Pawel / Prakash, Sona (Hrsg.) (2019): A Blueprint for Europe's Just Transition. The Green New Deal for Europe, <https://report.gndforeurope.com> [Zugriff: 15.7.2020].
- Agora Energiewende (2020): Recovering Better! Climate Safeguards for the proposed EU's Proposed 1.85 trillion Euro 85-Trillion-Euro Budget, Berlin <https://www.agora-energiewende.de/en/publications/recovering-better> [Zugriff: 15.7.2020]
- Allmendinger, Jutta (2020): Die Frauen verlieren ihre Würde. Gastbeitrag in: Die ZEIT – Online am 12.5.2020. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/familie-corona-krise-frauen-rollenverteilung-rueckentwicklung> [Zugriff: 17.7.2020].
- Bauhardt, Christine (2014): Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy: Alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective, in: Ecological Economics, 102, S. 60–68.
- Biesecker, Adelheid / Hofmeister, Sabine (2013): Zur Produktivität des „Reproduktiven“. Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge, in: Feministische Studien, 31, 2, S. 240–252.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München: oekom.
- Brandt, Jana / Littig, Beate / Zielinska, Irina (2019): Urbaner Klimaschutz und Arbeit: Zu den qualitativen und quantitativen Beschäftigungsauswirkungen der Emissionsreduktionsziele am Beispiel der Stadt Wien. In: Becke, Guido (Hrsg.): Gute Arbeit und ökologische Innovationen. Perspektiven nachhaltiger Arbeit in Unternehmen und Wertschöpfungsketten. München: Oekom Verlag, S. 279–296.
- Cohen, Marjorie Griffin (2017): Introduction. Why gender matters when dealing with climate change. In: dies. (Hrsg.): Climate change and gender in rich countries. Work, public policy and action. London: Routledge, S. 3–18.
- Dörre, Klaus / Rosa, Hartmut / Becker, Karina / Seyd, Benjamin (Hrsg.) (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden: Springer VS.
- Eichmann, Hubert / Nocker, Matthias (2015): Die Zukunft der Beschäftigung in Wien – Trendanalysen auf Branchenebene. Wien: FORBA.
- Europäische Kommission (2019): The European Green Deal, Brüssel https://commission.europa.eu/publications/communication-european-green-deal_en [Zugriff: 15.7.2020].
- genanet, Gender CC, LIFE (2020): Für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Corona- und Klima-Krise. Diskussionspapier, Berlin https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Corona/20200512_Diskussionspapier_Corona-Klima-Gender.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Götze, Susanne (2020): Corona-Krise: EU-Kommission pumpt Milliarden in klimafreundlichen Wandel, in: Der Spiegel Online, 28.5. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/corona-krise-eu-kommission-pumpt-milliarden-in-klimafreundlichen-wandel-a-4c02e3c3-c320-4a87-833f-4bb4c5f70b7d> [Zugriff: 15.7.2020].
- Gottschlich, Daniela / Roth, Stephanie / Härtel, Annika / Röhr, Ulrike / Hackfort, Sarah / Segebart, Dörte / König, Claudia (2014): Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken. Cage Texte 1 / 2014. https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Care_Gender_Green_Economy/CaGE-Texte_1-2014.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Kuhl, Mara (2012): Geschlechteraspekte des Green New Deal – eine Analyse der Strategiepapiere der Grünen / EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe. http://www.dr-mara-kuhl.de/fileadmin/user_upload/GND_Kuhl_DEU.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Leitner, Andrea / Wroblewski, Angela / Littig, Beate (2012): Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale, Informationen zur Umweltpolitik Nr. 186, Arbeiterkammer Wien (Hrsg.). https://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/izUmweltpolitik_Ausgabe_186.pdf [Zugriff: 15.7.2020].
- Lewis, Helen (2020): Das weibliche Desaster. Frauen sind weniger von Corona betroffen? Von wegen. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten treffen sie wesentlich stärker. <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/das-weibliche-desaster-4198> [Zugriff: 15.7.2020].
- Littig, Beate (2012): Von Rio 1992 zu Rio+20. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion. In: WSI-Mitteilungen, Heft 8, S. 581–588.

- Littig, Beate (2018): Good work? Sustainable work and sustainable development: a critical gender perspective from the Global North. In: Special Issue of Globalizations: Labour in the Web of Life, 15 (4), S. 565–579.
- Tronto, Joan (2103): Caring Democracy. Markets, Equality and Justice. New York: New York University Press.
- UBA (Umweltbundesamt) (Hrsg.) (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. UBA Texte 23/2018, Dessau.
- UN (United Nations) (2015): Transforming Our World. The 2030 Agenda for Sustainable Development. New York: United Nations.
- UN (United Nations) (2020) Shared Responsibility, global solidarity: Responding to the socio-economic impacts of Covid-19. <https://unsdg.un.org/sites/default/files/2020-03/SG-Report-Socio-Economic-Impact-of-Covid19.pdf> [Zugriff: 15.7.2020].
- UNDP (United Nations Development Programme) (Hrsg.) (2015): Bericht über die menschliche Entwicklung 2015: Arbeit und menschliche Entwicklung. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
- Urban, Hans-Jürgen (2018): Ökologie der Arbeit. Ein offenes Feld gewerkschaftlicher Politik? In: Schröder, Lothar / Urban, Hans-Jürgen / Müller, Nadine / Pickshaus, Klaus / Reusch, Jürgen (Hrsg.): Ökologie der Arbeit: Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt a. M.: Bund Verlag. S. 329–349.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen) (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft. Hauptgutachten, Berlin. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft> [Zugriff: 15.7.2020].

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung

Ernährungssouveränität als Lösung

☹☹ *You got simultaneous epidemics of obesity and starvation. Explain that one! Bees and butterflies start to disappear. The glaciers melt. Algae blooms. All around you the coal mine canaries are dropping dead. And you won't take the hint!* ☹☹

Hugh Laurie als Gouverneur Nix in "Tomorrowland" (Brad Bird 2015)

Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Armut und Ernährung erscheint als Paradoxon: Einerseits sind viele Millionen der ärmsten Menschen auf dem Planeten von Hunger und Unterernährung bedroht. Andererseits belegt seit zwei Jahrzehnten eine Studie nach der anderen, dass gerade die ärmeren Einkommenssegmente in den Industrie- und die entstehende untere Mittelschicht in den Schwellenländern unter einer historisch einmaligen, mittlerweile als Epidemie eingestuften Kombination von Adipositas und Typ-2-Diabetes leiden.

Aus wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive ist eine Erklärung dieses Phänomens tatsächlich möglich, wenn man Armut nicht mit Unterernährung, sondern mit Mangel- und Fehlernährung korreliert, wenn man also von der primitiven Rechnung, wie viele Kalorien dem Körper zugeführt werden, zu einer breiteren Perspektive wechselt, in der alle Nährstoffe relativ zum menschlichen Bedarf betrachtet werden.

Ein Blick in die Geschichte

Durch diesen Perspektivwechsel zeigt sich sofort, dass die gegenwärtige Situation zwar extrem, aber nicht so historisch einmalig ist, wie man denken könnte. Über die längste Zeit unserer Geschichte waren unsere Vorfahren immer wieder von Unterernährung – sprich Hungersnöten – be-

troffen; Fehl- und Mangelernährung waren hingegen ein Dauerzustand. In manchen Regionen mit spezifischen Ernährungsregimen führten diese daher auch zu endemischen Mangelkrankungen, welche vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten betrafen.

So litt bereits im 18. Jahrhundert im norditalienischen „Polentagürtel“ die Bevölkerung unter der Krankheit Pellagra. Pellagra ist eine durch einen Mangel an Vitamin B3 hervorgerufene Stoffwechselerkrankung, welche sich durch Durchfall, Hauterkrankungen, Depression und schließlich Demenz äußert. Grund dafür war die einseitige Ernährung der Bevölkerung mit dem Grundnahrungsmittel Polenta (Mais), das auch als „Riebel“ in der Schweiz und Vorarlberg und als „Plentn“ in Tirol, der Steiermark und dem Südburgenland verbreitet war. Seit der korrekten Identifizierung der Ursache ist die Krankheit durch die Gabe von konzentriertem, synthetisch hergestelltem Vitamin B3 leicht zu therapieren.

Bis dahin war Pellagra aber nur vermeidbar, wenn den Menschen, die ihren Kalorienbedarf vorwiegend durch Mais deckten, hinreichend alternative Vitamin-B3-Quellen zur Verfügung standen. Unter diesen rangieren aber just jene Nahrungsmittel an erster Stelle, welche in den traditionellen Nahrungsmittelregimen dieser Regionen gerade den ärmeren Bevölkerungsschichten nicht in ausreichendem Maß zugänglich waren: Eier, Fleisch (Geflügel, Fisch, rotes Fleisch und Leber) und Pilze.

Pellagra ist deswegen so gut geeignet, um den Zusammenhang zwischen Armut und Unter- bzw. Fehlernährung anhand eines historischen Beispiels zu illustrieren, weil die Vitamin-B3-Mangel-Erkrankung in ihrer sozio-ökonomischen Genese mehrere Faktoren präfiguriert, welche uns helfen können, die gegenwärtige Ernährungskrise besser zu verstehen: Die Bauern der Region gingen nach der Einführung des Maisanbaus aus Amerika im 16. Jahrhundert eben deswegen dazu über, diese neue Feldfrucht vermehrt anzubauen, weil sie in den für sie günstigen klimatischen Bedingungen am südlichen Alpenrand höhere Flächenerträge erbrachte als traditionelle Getreidesorten wie Weizen oder Gerste. Der Wechsel hin zum Mais sollte also dabei helfen, Unterernährung zu vermeiden. Man kann sich die Verbreitung von Mais als Grundnahrungsmittel in der Region als einen schleichenden Prozess vorstellen, in dem

ein Bauer nach dem anderen – mit der ethnographisch erwiesenen Widerständigkeit der Landbevölkerung gegen rasche Veränderungen – erst etwas, dann mehr, dann vornehmlich Mais anzubauen und zu essen begann, weil das wirtschaftlich klug und in Hinblick auf die Nahrungsmittelsicherheit vernünftig war. Diese Übergangsphase kann man am Vorarlberger Riebel ablesen, einem Gemisch aus Weizen und Maisgrieß. Dieser stellt – in traditioneller Weise mit viel Schmalz zubereitet – eben jene energiereiche Grundnahrung bereit, auf die schwer arbeitende Menschen in der Landwirtschaft schon immer angewiesen waren. Die von den Bauern abhängige, städtische Bevölkerung folgte der Diätumstellung aufgrund des Angebotes auf den Märkten mehr oder weniger zwangsläufig, wobei sie auch dort die ärmeren Schichten am schnellsten und stärksten mitvollzogen, während die Mittel- und Oberschichten diesen Übergang weitgehend vermeiden konnten. Für Letztere – wie auch für die breite Bevölkerung jener angrenzenden Regionen, die für den Maisanbau nicht so gut geeignet waren – blieb „Kukuruz“ auch weiterhin etwas, was maximal als Viehfutter geeignet war, und eben ein Armeleuteessen.

Eben jene armen Leute, die sich schon im 18. Jahrhundert vornehmlich von Mais ernährten, litten dann an den erwähnten Mangelerscheinungen, während sie gleichzeitig eigentlich hinreichend ernährt waren (Norditalien, Tirol, Vorarlberg und die Südsteiermark waren durchaus keine ärmlichen Regionen des frühneuzeitlichen Europa): Der Kalorienbedarf war gedeckt – trotzdem litten sie unter chronischem Vitamin-B3-Mangel.

Zwar fiel schon den Zeitgenossen der Zusammenhang zwischen einer vornehmlich auf Mais basierenden Ernährung und Pellagra auf, doch die genauen Ursachen blieben ihnen auch deswegen verborgen, weil eben nicht alle Leute, für die Mais die Ernährungsgrundlage darstellte, daran erkrankten. Wenn sie hinreichend – vor allem tierische – Vitamin-B3-Quellen zur Verfügung hatten, blieben sie gesund, weswegen medizinische Quellen aus der Zeit des Absolutismus auch Erblichkeit als Erklärung ins Spiel brachten. Beides erschien im ersten Moment empirisch nachvollziehbar, erkrankten doch oft ganze Familien, Dörfer und Stadtviertel – eben die ärmeren – daran, während andere verschont blieben. Die Schlüsse, die bereits in diesen Theorien der Aufklärung gezogen wurden, ähneln allzu oft jenen in Mittelschichtde-

batten über die gesundheitlichen Auswirkungen von Armut: Die chronischen Erkrankungen der Armen sind ein – potentiell ansteckendes – Übel, vor dem man dann freilich die anständigen Leute zu schützen hat – etwa durch die verstärkte Reglementierung der Armen im Interesse der Volksgesundheit –, oder sie sind gar ein erbliches Makel, welches die niederen Stände auf ihren Platz verweist und gleichzeitig eine Begründung für ihr soziales Elend liefert.

Pellagra ist für solche Rationalisierungen besonders gut geeignet, da die Mangelkrankung den Energiestoffwechsel des Körpers betrifft, ihre Opfer also zuerst einmal schwach und arbeitsunfähig – aus Sicht der Obrigkeit „faul“ und „arbeitscheu“ – macht und sie in weiterer Folge depressiv und dement – also „melancholisch“ und „schwachsinnig“ – werden lässt. Wenn man diese Symptome vor dem scharfen Diskurs über Pauperisierung im entstehenden frühmodernen Staat liest, wird die volle Tragik der Pellagra-Epidemie sichtbar: Um dem Hunger zu entgehen, übernahmen die Bauern und städtischen Unterschichten des Raumes eine Ernährungsweise, die sie durch Mangelernährung krank machte. Da sie aus wirtschaftlichen Gründen keinen hinreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln hatten, die dem Zustand hätten abhelfen können, wurde die Mangelkrankung zu einer Generationen überspannenden Volkskrankheit, die nur die Armen betraf und die Reichen verschonte. Ihre Symptome verstärkten die soziale Deklassierung der Betroffenen und erschwerten ihnen den Ausweg aus ihrer krankmachenden Ernährungssituation. Gleichzeitig lieferten dieselben Symptome Argumente für die Repression und Diskriminierung der Betroffenen.

Zurück ins Heute

Genauso wie der Übergang zum Maisanbau half, den absoluten Mangel an Nahrung auch und gerade unter den Armen im Polenta-Gürtel zu beheben, haben wir in den vergangenen Jahrzehnten den Hunger erfolgreich aus dem Alltag immer größerer Teile der Weltbevölkerung verdrängen können – nur um mit ansehen zu müssen, dass gerade die ärmeren Teile der globalen Mittelschicht der Industrie- und Schwellenländer prompt massenweise in ein durch Fehlernährung erzeugtes Syndrom aus Fettleibigkeit und erworbener Zuckerkrankheit kippen. Dieses ist nicht weniger das Produkt einer Fehlernährung wie die Pellagra-Epi-

demie vor 200 Jahren. Und wieder ist diese Ernährungskrise sozial moderiert. Noch offensichtlicher wird die historische Ironie, wenn wir gleichzeitig beobachten, dass die Diskurse teilweise – seitdem das Problem in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts größere Aufmerksamkeit erhalten hat – schon wieder einen ähnlichen Kurs einschlagen wie ehemals: Die Eliten versuchen, die Armen von ihren Stoffwechselerkrankungen zu kurieren, indem sie sie reglementieren (höhere Steuern auf zuckerhaltige Nahrungsmittel, Kalorientabelle auf Lebensmittelverpackungen), deren mangelndes Selbstreglement (immer das Makel der Unterschichten) beklagen und diesem mit typisch bildungsbürgerlichem Gestus abzuhelpen versuchen. Gut gemeinte Aufklärungsoffensiven über gesunde Ernährung an städtischen Brennpunktschulen gemahnen nicht umsonst an paternalistische Kampagnen bürgerlicher Sozialreformer des 19. Jahrhunderts gegen Alkoholismus und Unzüchtigkeit.

Der Körper der Armen erweist sich erneut aufgrund seiner ernährungsbedingten Gebrechen als Indikator für tiefgreifende Fehlentwicklungen im Ernährungssystem als Ganzem. Wenn das vorherrschende Nahrungsmittelsystem einer Gesellschaft die Armen nicht hungern lässt, sondern krank macht, ist nicht absoluter Mangel, sondern eine eklatante Verzerrung bei den zur Verfügung gestellten Nahrungsmitteln das Problem. Dabei erweisen sich die daraus resultierenden Elitendiskurse gerade in unserer Zeit als besonders perfide. Jenes obere Segment der globalen Mittelschicht, das sich wie keine soziale Klasse zuvor in der Menschheitsgeschichte Sorgen um seine „gesunde“ Ernährung im Dienste der neoliberalen Selbstoptimierung macht, pusht gerade ostentativ unter dem Deckmantel der Klimakrise eine „plant based agenda“ gegen die fetten und verfressenen Bildungsfernen, die nicht von ihrem Billigfleisch lassen wollen. Dabei ist diese Strategie weder dazu geeignet, die Fehlernährung des ärmeren Segmentes der globalen Mittelschicht noch den menschengemachten Treibhauseffekt positiv zu beeinflussen, noch erlaubt diese künstlich herbeigeredete Frontstellung einen produktiven Schulterchluss gegen die wahren Ursachen von Hunger und Fehlernährung.

Die Adipositas-Diabetes-Epidemie ist nämlich kein zwangsläufiges Produkt des Ernährungswandels: Auch die europäischen und amerikanischen (und asiatischen) Industriegesellschaften haben einen solchen Wandel bereits

zwischen 1850 und 1950 durchgemacht. Allerdings hat damals ein vermehrter Konsum von tierischen Proteinen, Fetten, aber auch Obst und Gemüse zu einer insgesamt gesünderen Ernährung beigetragen – was ganz nebenbei auch dabei half, Pellagra und viele andere Mangelkrankungen als Volkskrankheiten auszurotten. Würde der aktuelle Ernährungswandel in den Schwellenländern also von einer traditionellen Mangelernährung hin zu einer ähnlich breit aufgestellten Ernährung führen, wie sie die westlichen Industrieländer in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für einen großen Teil ihrer Bevölkerung erreichen konnten, müssten statt der prompt ansteigenden Zahl der Fettleibigen und Diabetiker*innen ähnlich positive Effekte für die Volksgesundheit auftreten, wie sie damals in jedem Land – von den USA bis Japan – zu beobachten waren. Stattdessen breitet sich die Ernährungs-Epidemie von den armen Schichten in den bereits industrialisierten Ländern – wie sie auch erst in den 1980ern Fahrt aufgenommen hat – auf die ärmeren Mittelschichten in den Schwellenländern aus. Sie ist also eindeutig ein Produkt der globalisierten Nahrungsmittelindustrie unserer Zeit und nicht des „normalen“ Überganges von einer agrarischen Unter- und Mangelernährung zu einer industriellen „Überernährung“.

Ansätze zur Korrektur der Ernährungssituation

Hier schließt sich der Kreis und bietet auch die Perspektive für einen sinnvollen Ansatz zur Korrektur der Ernährungssituation der ärmeren Bevölkerungssegmente in den Industrie- und Schwellenländern sowie zur Verbesserung der immer noch katastrophalen Ernährungssituation vieler Menschen im Globalen Süden innerhalb der Systemgrenzen eines endlichen Planeten: Es braucht ein globales, nachhaltiges System der Nahrungsmittelproduktion, in dem nicht allein die primitive Energiebilanz, sondern der gesamte menschliche Ernährungsbedarf im Fokus steht. Aktuelle Publikationen betonen mahnen, dass wir genug Nahrungsmittel erzeugen können, um zehn Milliarden Menschen zu ernähren – allein die Verteilung sei das Problem. Daraus folgt aber auch, dass wir bei gegenwärtig acht Milliarden Menschen auf diesem Planeten durchaus Spielraum haben, um für uns alle nach einer gesunden und ausgewogenen Ernährung zu streben.

Der Ansatzpunkt müssen die Nahrungsmittel sein, die ursächlich für die verbreitete Fehlernährung und ihre gesundheitlichen Folgen in den Industrie-

ländern verantwortlich sind: Zucker, in den USA vor allem HCFS (High Fructose Corn Syrup), andere minderwertige Kohlenhydrate, billige pflanzliche Fette und Öle, minderwertige pflanzliche Proteine aus Soja und unter verheerenden Bedingungen hergestelltes billiges Fleisch aus Massentierhaltung, vor allem Hühner- und Schweinefleisch. Dies sind die Hauptbestandteile eines gewaltigen Spektrums von industriell hergestellten und offensiv vermarkteten Billignahrungsmitteln, aus denen sich die erschwingliche Diät eines großen Teiles der ärmeren Bevölkerung in den Industrieländern zusammensetzt: diverse zuckerhaltige, Softdrinks, massiv überzuckerte Frühstücksflocken und Süßigkeiten sowie allgegenwärtige frittierte Hühnernuggets.

In den USA gelten bereits weite Landstriche – gerade deprivierte ländliche Räume und verfallene städtische Regionen – als „Food Wastes“. Dort besteht ohne erheblichen und daher für die Ärmern kaum leistbaren Aufwand überhaupt kein Zugang mehr zu anders als industriell hergestellten und vermarkteten Nahrungsmitteln. Im Gegensatz dazu verschafft das parallele Weiterbestehen traditioneller Ernährungsweisen neben der globalisierten anderen Weltregionen eine kleine Atempause. Diese können wir nützen, um auf Basis unseres mittlerweile besseren Wissens über unsere tatsächlichen Ernährungsbedürfnisse an regionalen, nachhaltigen und gesunden Nahrungsmittelregimen zu arbeiten, in denen der Zugang zu gesunder Ernährung für alle zur obersten Priorität werden muss. Es geht nicht darum, die Welt zu ernähren – in einer unvermeidlich energieärmeren Zukunft geht es darum, dass sich jede Region der Welt nachhaltig selbst ernähren kann. Dazu sind aber weit eher zukünftige Nahrungsregime geeignet, welche auf traditionellen Erfahrungen aufbauen und lokalen Bedingungen Rechnung tragen. Es ist klug, am südlichen Alpenrand Mais anzubauen und Polenta zu essen. Seitdem wir wissen, dass man dazu auch ausreichend Eier, Fisch, Fleisch und natürlich Gemüse essen sollte, müssen wir uns auch nicht vor einem Rückfall in historische Mangelzustände fürchten.

Dazu gilt es aber auch, die Fronten in dieser notwendigen Auseinandersetzung mit den Fehlstellen in unserem globalen Nahrungsmittelsystem klar zu benennen: Auf der einen Seite stehen Konsument*innen, gleich welcher ökonomischen Ausstattung, die ein Recht auf gesunde und vollwertige Er-

nahrung haben, und Produzent*innen, welche diese nachhaltig, regional und klimaschonend bieten können. Auf der anderen Seite stehen vor allem Anbieter*innen industriell hergestellter, minderwertiger Billignahrung und ihre Lobbyist*innen im Agrar- und Ernährungssektor, die uns davon überzeugen wollen, dass unsere Nahrungsmittelsicherheit in der Hand einiger weniger global agierender Unternehmen am besten aufgehoben ist.

Eine besondere Bedeutung kommt daher dem Recht auf Ernährungssouveränität zu, also der kollektiven Kontrolle der Konsument*innen und Produzent*innen über ihre Nahrungsmittel. Sie ist auch das beste Mittel, um spät- und neokolonialen Strukturen in der globalisierten Nahrungsmittelproduktion Widerstand entgegenzusetzen, und zwar im Interesse der Nahrungsmittelsicherheit der Menschen im Globalen Süden. Fragwürdig sind beispielsweise das Soja aus Brasilien für europäische Schweine oder das Palmöl aus Indonesien für chinesische Fritteusen. Ernährungssouveränität gibt aber auch den Menschen im Globalen Norden ein Mittel in die Hand, um die Kontrolle über ihre Nahrungsmittel zurückzugewinnen, indem sie sich als Konsument*innen und Bürger*innen dafür stark machen, dass eine nachhaltige, regionale und faire Produktion auf dem Markt und in der Gesetzgebung über zerstörerische und ausbeuterische Massenproduktion obliegt. Aktivist*innen können hier einen direkten Impact haben, indem sie der „Working Class“ eines ihrer traditionellen Mittel zurückgeben: Food Coops. Lange bevor es in urbanen Bobo-Vierteln in wurde, sich von lokalen Produzent*innen mit hochwertiger Bionahrung beliefern zu lassen, organisierten Arbeiter*innen und kleine Gewerbetreibende in den rasch expandierenden Städten des Industriezeitalters „Konsumgenossenschaften“, um für sich und ihre oft am schlimmsten unter den Folgen von Mangelernährung leidenden Kinder leistbare und gesunde Nahrungsmittel zu beschaffen. Vielleicht wäre es Zeit für einen Schulterschluss zwischen Bioläden und Sozialmarkt?

Ilja Steffelbauer ist Historiker und als wissenschaftlicher Referent an der Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung – Department für Wissens- und Kommunikationsmanagement der Universität für Weiterbildung Krems tätig.

Literaturverzeichnis

- Alfani, Guido / O'Grada, Cormac (Hrsg.) (2017): *Famine in European History*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mariani-Costantini, Renato / Mariani-Costantini, Aldo (2007): An outline of the history of pellagra in Italy. In: *Journal of Anthropological Sciences*, 85, S. 163-171.
- Zhou, Min (2021): The shifting income-obesity relationship: Conditioning effects from economic development and globalization. In: *SSM – Population Health*, 15, 100849. <https://doi.org/10.1016/j.ssmph.2021.100849>
- Popkin, Barry M. (1993): Nutritional Patterns and Transitions. In: *Population and Development Review*, 19, 1, S. 138-157.
- Popkin, Barry M. (1999): Urbanization, Lifestyle Changes and the Nutrition Transition. In: *World Development*, 27, 11, S. 1905-1916. [https://doi.org/10.1016/S0305-750X\(99\)00094-7](https://doi.org/10.1016/S0305-750X(99)00094-7).
- Buxton, Jane (2022): *The Great Plant-Based Con*. London: Piatkus.
- Schmidt-Semisch, Henning / Schorb, Friedrich (Hrsg.) (2008): *Kreuzzug gegen Fette. Sozialwissenschaftliche Aspekte des gesellschaftlichen Umgangs mit Übergewicht und Adipositas*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blaich, Robert (1988): *Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Österreich*. Wien: Institut für Betriebswirtschaftslehre der Universität Wien.
- Butsch, Alexander (1994): *Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften in der Sozialdemokratischen Bewegung. Zum Verhältnis von Konsumgenossenschaften, Partei und Gewerkschaften in Österreich*. Wien: Univ., Dipl.-Arb., 1994
- Grigg, David (1995): The nutritional transition in Western Europe. In: *Journal of Historical Geography*, 22, 1, S. 247-261.
- Ford, Nicole D. / Patel, Shivani A. / Venkat Narayan, K. M. (2017): Obesity in Low- and Middle-Income Countries: Burden, Drivers, and Emerging Challenges. In: *Annual Review of Public Health*, 38:11.1-11.20.

„ Ich habe das Glück, dass ich drei riesige Biotonnen in der Nähe von meiner Wohnung habe, und ich das aus dem Mist hole, das Essen, teilweise, nicht alles. Ja, meistens geht es gut, aber manchmal geht es nicht gut. Ich habe viel mehr Erkrankungen, also Brechdurchfall oder so etwas. “

– Mindestpensionistin aus Wien im Rahmen einer Studie^[1]

¹ Die Armutskonferenz (2021). Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0
https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_erhebung_armutsbetroffene_corona-krise_2_2021.pdf [Zugriff: 02.06.2023]

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln

Bestehende Initiativen und notwendige Schritte

Der Zugang zu gesunden, naturnah produzierten und regionalen Nahrungsmitteln sollte für alle Menschen auf der ganzen Welt möglich und leistbar sein. Gleichzeitig müssen faire Arbeitsbedingungen sowohl im Globalen Norden wie im Globalen Süden für diejenigen, die uns ernähren genauso gesichert werden wie der Erhalt unserer ökologischen Ressourcen. Diese drei Aspekte sind maßgebliche Kriterien für die Entwicklung von Maßnahmen zur Stärkung von Ernährungssouveränität. Dabei ist es wichtig, auch bereits bestehende zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterstützen.

Was wir essen, beeinflusst unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden genauso wie die Produktion von Lebensmitteln, Umwelt und Klima. Wie wir uns ernähren können, hängt stark von sozialen und ökonomischen Faktoren ab. Ausgaben für Ernährung zählen zu den Hauptposten im Haushaltsbudget von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Aktuelle Preisschwankungen betreffen Haushalte mit geringem Einkommen besonders stark, aber auch Landwirt*innen sind von erhöhten Produktionskosten betroffen.

Wie erreichen wir ein faires Einkommen für Landwirt*innen, Zugang zu angemessener Nahrung für alle sowie Erhalt und Förderung einer nachhaltigen Umwelt? Dazu braucht es Maßnahmen, die eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und einen umfassenden Zugang zu dieser Nahrung zusammendenken. Dabei muss die staatliche Verantwortung für die Bekämpfung von Armut und Ernährungsunsicherheit u. a. durch die Schaffung fairer Lebensmittelsysteme genauso im Fokus stehen wie die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Stärkung von Ernährungssouveränität.

Das Konzept der Ernährungssouveränität steht für das Recht aller Einzelnen auf eine selbstbestimmte, angemessene und ausreichende Ernährung, sowie für die Stärkung lokaler Märkte, das Erzielen gerechter Preise für Produzent*innen und für den Erhalt ökologischer Ressourcen. Gemeinsam mit der Agrarökologie, die u. a. auf biodiverse, energieeffiziente, ressourcenschonende

und resiliente Agrarsysteme achtet, gilt Ernährungssouveränität als wirksamer Lösungsansatz in der Klimakrise (*mehr zur Agrarökologie siehe FIAN 2017*).

Was Ernährungssouveränität stärkt

Im Rahmen der 13. Armutskonferenz wurden u. a. folgende Maßnahmen für eine sozial gerechte und ökologische Wende im Ernährungssystem vorgestellt und diskutiert:

1. Soziale Grundrechte in der Verfassung verankern und ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Soziale Grundrechte müssen im nationalen Recht verankert werden, um Existenzsicherung zu garantieren und Rechtsmittel zu ermöglichen, wenn beispielsweise Sozialleistungen nicht zur Deckung des Lebensunterhalts reichen. Ein Entwurf für ein Bundesverfassungsgesetz für soziale Sicherheit wurde bereits 2020 von der Armutskonferenz erarbeitet. Dieser Entwurf enthält das Recht auf Mindestversorgung und berücksichtigt auch den Zugang zu angemessener Nahrung.

2. Umfassende Überprüfung und Erhöhung von Sozialleistungen. Existierende Maßnahmen und Leistungen, u. a. die Sozialhilfe sowie die Grundsicherung für Asylsuchende, reichen oft nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts oder können aufgrund fehlender Ansprüche nicht bezogen werden. Ihre Mängel wirken sich negativ auf das Recht auf selbstbestimmte Ernährung aus, wie es in einer Analyse von FIAN (Food First Information and Action Network) 2022 belegt wurde.

3. Laufende Beobachtung und Evaluierung existierender Ernährungsunsicherheit als Basis für die Entwicklung adäquater Maßnahmen. Um das Ausmaß von Armut und Ernährungsunsicherheit zu erfassen, müssen entsprechende Monitoring-Maßnahmen installiert werden (u. a. zur Zahl der ausgegebenen Mahlzeiten in Essensausgabestellen). Darüber hinaus müssen die Gründe, die zu deren Notwendigkeit beitragen, z. B. im Rahmen eines regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichts erfasst, analysiert und veröffentlicht werden.

4. Regionales, naturnahes Essen von Kleinbäuer*innen in Schul- und Hochschulkantinen und anderen öffentlichen Einrichtungen fördern. Im Jahr 2020 haben täglich fast 20 Prozent der Menschen in Österreich in einer Einrichtung der öffentlichen Beschaffung gegessen, davon 378.000 in der Bildungs- und Verpflegung (Land schafft Leben 2022). Zusätzlich zur Erhöhung des Anteils biologischer Lebensmittel und zur Einhaltung von Tierwohlkriterien, wie im NaBe-Aktionsplan des Bundes vorgesehen (Aktionsplan nachhaltige öffentliche Beschaffung 2021), sollten Kleinbäuer*innen stärker dabei unterstützt werden, ihre Produkte an öffentliche Küchen zu verkaufen. Vor allem der Zugang zu guter Nahrung für alle Kinder und Jugendlichen muss finanziell stärker gefördert werden. Dies würde auch die 21 Prozent armuts- und ausgrenzungsgefährdeter Kinder und Jugendlichen in Österreich erreichen (Volkshilfe 2022). Schulkantinen und andere Orte öffentlicher Verpflegung haben großes Potenzial, zum Hebel in der Ernährungswende zu werden. Das gilt auch für Verpflegungseinrichtungen sozialer Organisationen, denen entsprechende Fördermittel für die Verwendung regionaler und fairer Lebensmittel in ihren Küchen zukommen müssten.

5. Nachhaltige Lebensmittel- und Vermarktungssysteme breiter zugänglich machen. Es braucht mehr Kooperationen zwischen sozialen Organisationen und nachhaltigen Lebensmittelsystemen, z. B. mit Akteur*innen der Solidarischen Landwirtschaft. Hier stehen Ernteteiler*innen und Produzent*innen in direktem Kontakt und teilen Risiken, Kosten, betriebliche Entscheidungen und teilweise auch Erntearbeiten miteinander. Auch FoodCoops als Möglichkeit des gemeinsamen direkten Kaufs größerer Mengen an Lebensmitteln müssen unterstützt werden, und bekannter und zugänglicher gestaltet werden, um mehr Menschen zu erreichen.

6. Mitmach-Supermärkte in vielen Orten umsetzen und mit Nachbarschaftsinitiativen und Organisationen von Menschen mit Armutserfahrungen vernetzen (z. B. mit der Plattform Sichtbar Werden). Mit dem MILA Mitmach-Supermarkt in Wien gibt es erstmals in Österreich einen partizipativen Supermarkt, den alle Mitglieder besitzen und gestalten. Über das Sortiment wird gemeinsam

entschieden, und neben regional und biologisch produzierten Produkten wird dabei besonders auf eine gute Beziehung zu Produzent*innen, auf Tierwohl und Umwelt sowie auf die Bedürfnisse der Mitglieder geachtet. Um günstige, aber faire Preise anbieten zu können, werden bezahlte Tätigkeiten auf ein Minimum reduziert und verbleibende Aufgaben von den Mitgliedern erledigt, die drei Stunden pro Monat ehrenamtlich im Supermarkt mitarbeiten.

Weitere genannte Maßnahmen betreffen u. a. die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung von Supermärkten, die Sicherung sozialer und ökologischer Produktionsbedingungen und die Einrichtung von öffentlichen Kühlschränken an verschiedenen Standorten, aus denen kostenlos Lebensmittel entnommen werden können. Auch Pilotprojekte auf Gemeindeebene wurden besprochen, wie beispielsweise die Eröffnung kleiner kollektiver Gemeindeläden, die Schaffung von Möglichkeiten des gemeinsamen Kochens und Essens, die Umstellung von Küchen gemeindenaher Einrichtungen auf regionale und faire Ernährung sowie deren Zugänglichkeit.

So positiv es ist, dass zunehmend Initiativen entstehen, die dazu beitragen, unsere Lebensmittelsysteme nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten, so sehr braucht es darüber hinaus jedoch weitere kräftige Impulse für eine nachhaltige Ernährungswende. Dabei muss nicht zuletzt die staatliche Verantwortung zur Entwicklung bzw. Förderung angemessener Maßnahmen im Fokus stehen, damit eine umfassende – und alle Menschen erreichende – Antwort zur Sicherung des Rechts auf Nahrung garantiert wird. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Entscheidungsträger*innen, Expert*innen der Zivilgesellschaft sowie Vertreter*innen von armutsbetroffenen Personen ist hier essenziell, um fair und im Sinne einer nachhaltigen Bekämpfung von Armut und Ungleichheit zu handeln.

***Elisa Klein Díaz** ist Projektreferentin bei FIAN und arbeitet zu den Themen nachhaltige Lebensmittelsysteme und Zugang zu Nahrung im österreichischen und europäischen Kontext.*

***Michaela Moser** ist Dozentin und Senior Researcher am Ilse Arlt Institut für soziale Inklusionsforschung der FH St. Pölten und seit vielen Jahren in der Armutskonferenz engagiert.*

Literaturverzeichnis

- Aktionsplan nachhaltige öffentliche Beschaffung (2021): 6 Spezifikationen für die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsdienstleistungen. https://www.nabe.gv.at/wp-content/uploads/2021/06/6_Lebensmittel-und-Verpflegungsdienstleistungen_naBe-Kriterien.pdf [Zugriff: 13.2.2023].
- Armutskonferenz (2020): Entwurf: Bundesverfassungsgesetz soziale Sicherheit https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_verfassungsgesetz_soziale_sicherheit_entwurf.pdf [Zugriff: 2.2.2023].
- FIAN Österreich (2022): Zugang zu angemessener Ernährung. Kartierung und Bewertung der existierenden Maßnahmen in Österreich. https://fianat-live-7318544636224c40bb0b0af5b09-745b6a8.divio-media.net/filer_public/f4/af/f4af6878-5e3d-4cf5-a733-78990f5c17a1/modul2_de.pdf [Zugriff: 2.2.2023].
- FIAN (2017): Mit Agrarökologie für das Recht auf Nahrung. <https://fian.at/de/publikationen/bestellen-download/st-2017-12> [Zugriff: 13.2.2023].
- Land schafft Leben (2023): Essen aus der Großküche. <https://www.landschaftleben.at/hintergruende/gemeinschaftsverpflegung> [Zugriff: 23.3.2023].
- Volkshilfe (2022): Armut und Kinderarmut. <https://www.volkshilfe.at/was-wir-tun/positionen-projekte/armut-und-kinderarmut/> [Zugriff: 2.2.2023].

„Vor allem im Bezug auf Klimapolitik ist es wichtig, dass wir uns wirklich bewusst werden, dass wir in Zukunft auf einiges verzichten müssen. Auf Gewohnheiten, auf bequeme Dinge. Aber mir ist vor allem wichtig, dass wir diesen Verzicht nicht bei den Armutsbetroffenen einfordern, weil die verzichten sowieso schon seit Jahren und da ist kein Spielraum mehr fürs Verzichten.“

– Daniela Brodesser, Aktivistin mit Armutserfahrung

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar

Christine Sallinger hielt im Forum „Heiße Kartoffel klimaverträglicher Konsum. Wie leistbar ist es, klimaverträglich zu konsumieren? Und warum polarisiert das Thema Fleisch?“ einen Input aus der Sicht armutsbetroffener Personen. In diesem Kommentar schreibt sie über die Einschränkungen im Konsum, die armutsbetroffene Menschen in Kauf nehmen müssen.

Ist der Warenkorb (Statistik Austria 2023) eine Einkaufstasche, mit der wir in den Supermarkt gehen? Im Prinzip ja. Bist du ein einkommensarmer Mensch, ist in deinem Korb aber an der Kassa nichts drinnen. Denn nach Abzug von personenbezogenen Steuern, Sozialversicherung und Pensionsbeitrag bleibt oft nicht viel mehr Netto vom Brutto, als man für Miete, Betriebskosten, Heizung, Strom, Gas und Verbrauchssteuern aufwenden muss. Ach ja, da hätte ich beinahe auf's Essen vergessen.

Damit wäre das Kapitel „Klimaverträglicher Konsum“ abgeschlossen, denn zur „Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen zur unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung durch private Haushalte“ – laut Duden (2016) die Definition des Begriffs Konsum – ist nichts mehr übrig.

So einfach wollen wir es uns aber natürlich nicht machen. Stattdessen versuchen wir effizienter zu wirtschaften, zu sparen, uns einzuschränken, zu verzichten.

Abstriche beim Wohnen

Zuerst sparen wir beim Wohnen: Wir ziehen an den Stadtrand, wo Wohnungen billiger sind, Arbeitswege weiter und Infrastruktur Mangelware. Wir wollen mit weniger Quadratmetern auskommen, auch wenn die Kinder kein eigenes Zimmer haben. Geht es um den niedrigsten Preis, müssen wir Abstriche bei Qualität und Ausstattung machen, zum Beispiel bei thermischer Sanierung

oder beim Heizungssystem, das wir ohnehin nur bei Minusgraden in Betrieb nehmen – dann lieber drei Pullover anziehen. Unser erster Pluspunkt auf dem Weg zur Minimierung unseres ökologischen Fußabdrucks. Den nächsten holen wir uns auch gleich: Von Kühlung haben unsere Vermieter*innen noch nie etwas gehört, nasse Leintücher aufhängen sollte genügen. Dass das der Gesundheit nicht immer zuträglich ist, fällt unter „*quantité négligeable*“ – unbedeutend.

Einschränkungen bei Essen

Lebensmittel und einige Hygieneprodukte kaufen wir im Sozialmarkt. Dort bekommt man Waren, die von den Supermärkten entsorgt werden, weil sie nicht mehr frisch sind oder nicht mehr makellos. Das ist billiger und besser für unsere Klimabilanz. In den öffentlich aufgestellten Biotonnen gibt es auch noch genießbares Obst und Gemüse. Schade, dass wir von der Oma kein Gartenhäuschen geerbt haben. Dort könnten wir Erdäpfel anbauen und Apfelbäumchen pflanzen, bevor die Welt untergeht, das hätte wieder einen Punkt gebracht.

Öffentlich unterwegs

Selbstverständlich sind wir nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs, in der Stadt sind wir damit jedenfalls am sparsamsten. Für den ländlichen Raum trifft das nicht immer zu und kostet oft sehr viel Zeit, Lebenszeit, Familienzeit, Erholungszeit ... – bringt aber einen Klimapluspunkt.

Beschränkungen in der Kommunikation

Als Informationsquelle dient uns die Gratiszeitung bei der Busstation; der sogenannte Qualitätsjournalismus bleibt zahlenden Bürger*innen vorbehalten. Kommunikation und der Zugang zum weltweiten Netz sind leider teuer, die notwendigen Geräte ebenso. Dass inzwischen viele Terminvereinbarungen und Behördenwege nur mehr über digitale Portale möglich sind, von Home-schooling und Homeoffice in Zeiten der Pandemie gar nicht zu reden, verlangt allerdings nach einer Lösung. Da bietet sich ein Mobiltelefon an, am besten refurbished. Bedenken bezüglich Benutzerfreundlichkeit, Wartung und Sicherheitsstandards von Second-Hand-Geräten beruhigen wir mit einem weiteren Pluspunkt. War da nicht noch was mit Seltenen Erden, Kinder-

arbeit und Bürgerkriegsfinanzierung in weit entfernten Ländern? Aber das Handy ist für uns inzwischen so wichtig wie für ein Ungeborenes die Nabelschnur. Ohne Handy verlieren wir den letzten Rest an gesellschaftlicher Teilhabe, nachdem wir ohnehin auf Annahme bzw. Aussprechen von Einladungen oder auf Kaffeehausbesuche mit Freund*innen verzichten.

Kultur ist Nahrung

Ohne Kulturpass wäre es bei uns auch schlecht um Theater-, Museum- und Konzertbesuche bestellt. Wir gehen dort zwar alleine hin, aber dafür versorgen wir unsere Seelen mit Nahrung. Manchmal ist das genauso wichtig wie ein Stück Brot.

Bekleidung – kein großes Thema

Bekleidung ist kein großes Thema. Second-Hand-Läden gibt es in allen Preislagen und wie Sand am Meer. Zur Not bieten verschiedene Hilfsorganisationen auch Gratiskleiderausgaben an. Ordentlich angezogen zu sein kostet wenig. Wenig Aufwand – volle Punkte. Schwierig wird es bei Unterwäsche, ganz schwierig bei Schuhen. Da kann schon einmal Verzweiflung aufkommen, wenn Not am Mann / an der Frau / am Kind ist, aber gute und wirklich passende Schuhe nicht auffindbar oder leistbar sind.

Sparen bei Hausrat und Instandsetzung

Unser nächster Ausgabenposten ist dafür äußerst umfangreich und komplex: Hausrat und Instandhaltung. Möbel werden im Internet oft gratis angeboten. Bloß die Selbstabholung muss organisiert werden, das ist die größte Herausforderung für Menschen ohne Auto. Haushaltsgroßgeräte finden wir auf Internet-Tauschbörsen zu günstigen Preisen, mit etwas Glück sogar kostenlos. Dasselbe gilt für Ausstattungen aller Art, inklusive Spielzeug. Voraussetzung dafür ist ein Internetzugang und ein PC bzw. Handy, davon war schon an anderer Stelle die Rede. Instandhaltung, aber auch andere Dienstleistungen bieten ein weites Feld an Einsparungsmöglichkeiten. Von Nachbarschaftshilfe bis Eigenleistung. Es gibt fast nichts, das nicht repariert werden kann, und nur wenige Probleme, die wir mit passendem Werkzeug und guter Informa-

tion nicht selbst lösen können. Einzig ein Mangel an Körperkraft ist schwer zu kompensieren. Aber Not hat schon vor tausenden Jahren erfinderisch gemacht, daran ändern auch moderne Begriffe wie Kreislaufwirtschaft nichts. Sozusagen Klimaschutz at it's best.

Bildung, Sport und Urlaub bleiben Wunschträume

Ausgaben für Erziehung, Unterricht (Stichwort Schulschikurs, Sprachwoche ...) und Bildung, die das Angebot der öffentlichen Hand ergänzen, bleiben Wunschträume. Ähnliches gilt für Gesundheitspflege, Kinderbetreuung und Altenpflege. Erholung, Sport, Freizeit, Urlaub, insbesondere Flugreisen auf die Malediven, müssen wir leider streichen. Das Klimaticket können wir uns auch nicht leisten, dafür bleibt trotz aller Umsicht, Sparsamkeit und Kreativität nichts mehr übrig. Aber wir haben sehr viele Klimapunkte gesammelt und unseren ökologischen Fußabdruck inzwischen auf die Kindergröße 21 reduziert.

Daten zum Konsumverhalten

Damit sind, wie Sie wahrscheinlich längst erkannt haben, die einzelnen Gruppen des Warenkorb der Statistik Austria abgehandelt – eines Warenkorb, dessen Güter und Dienstleistungen armutsbetroffene Menschen zu einem Großteil nicht in Anspruch nehmen, der aber als Basis zur Berechnung der Inflationsrate herangezogen wird.

Wie 2022 in einer Studie erhoben wurde (Fink et al. 2022: 3ff), sind in ärmeren Haushalten die Konsumausgaben im Durchschnitt höher als die verfügbaren Einkommen. In den 10 Prozent der österreichischen Haushalte mit den niedrigsten verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen (1. Dezil) reichte das verfügbare Haushaltseinkommen nur zur Finanzierung von 68 Prozent der Konsumausgaben aus. Den Rest müssen diese Haushalte über Ersparnisse oder über Verschuldung finanzieren. Die wohlhabendsten 10 Prozent der österreichischen Haushalte wenden 60 Prozent des Einkommens für Konsumausgaben auf, die restlichen 40 Prozent können gespart oder gewinnbringend angelegt werden.

EU-SILC, das sind die „Statistics on Income and Living Conditions“, erhebt seit 2003 ebenfalls regelmäßig Daten (z.B. EU-SILC 2023). Dabei wird es

als „sehr wichtig erachtet, dass objektive und subjektive Lebensumstände gemeinsam betrachtet werden“. Schließlich seien diese doch untrennbar miteinander verbunden, so die Statistik Austria gegenüber dem ORF (ORF 2023). Eine der von der EU für Österreich ausgewählten Fragen lautet: „Wie oft waren Sie während der letzten vier Wochen glücklich? Wie oft einsam?“ Die Antworten zeigen, dass armutsbetroffene Menschen öfter unglücklich und einsam sind als Personen mit höherem Lebensstandard (Bundesministerium für Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz 2023: 33).

Dafür sind Armutsbetroffene Klimaschutzweltmeister*innen mit gutem Gewissen.

Christine Sallinger ist Mitglied der Plattform Sichtbar Werden der Armutskonferenz.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2023): So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. Ergebnisse einer Statistik-Austria-Befragung. <https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Soziale-Krisenfolgen-BerichtW4-2022.pdf> [Zugriff: 6.4.2023].
- Duden (2016): „Konsum“. In: Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut.
- EU-SILC (2023): EU-SILC Einkommen und Lebensbedingungen. Wien: Statistik Austria. <https://www.statistik.at/ueber-uns/erhebungen/personen-und-haushaltserhebungen/eu-silc-einkommen-und-lebensbedingungen> [Zugriff: 6.4.2023].
- Fink, Marian / Mayrhuber, Christine / Rocha-Akis, Silvia (2022): Steigende Lebenshaltungskosten und Armut. WIFO Research Briefs 10 / 2022. Wien. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=69632&mime_type=application/pdf [Zugriff: 6.4.2023].
- <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19828/konsum> [Zugriff: 6.4.2023].
- https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/6_Warenkorb_H_VPI_2023.pdf [Zugriff: 6.4.2023].
- ORF (2023): Wie Armut gemessen wird. Wien <https://orf.at/stories/3296531/> [Zugriff: 6.4.2023].
- Statistik Austria (2023): Warenkorb 2023. Wien.

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird

Energie ist kein Gut wie jedes andere: Wir brauchen sie tagtäglich zum Kochen, Heizen, Lernen und Leben. Immer mehr Haushalte in Österreich haben davon zu wenig, andere verschwenden viel zu viel. Es ist Zeit, dass sich daran etwas ändert und ein Grundbedarf an Energie jedem und jeder uneingeschränkt zur Verfügung gestellt wird.

Warum wir jetzt eine Energie-Grundsicherung brauchen

Je geringer ein Haushaltseinkommen ist, desto höher ist im Durchschnitt der Anteil des Haushaltsbudgets, der für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgegeben wird. Genau diese drei Posten sind von den jüngsten Teuerungen am stärksten betroffen. Jede dritte Person ist mit der Verringerung ihres Haushaltseinkommens konfrontiert, so Daten der Statistik Austria (2022). Fast 800.000 Menschen, das sind 12 Prozent der Bevölkerung, rechnen sogar damit, in den folgenden drei Monaten ihre Wohnkosten nicht mehr bezahlen zu können. Laut einer Analyse des Büros des Fiskalrats (2022) können wegen der jüngsten Preissteigerungen die einkommensschwächsten 35 Prozent der Haushalte ihre durchschnittlichen Konsumausgaben nicht mehr durch ihr verfügbares monatliches Einkommen finanzieren. Bislang war das für die einkommensschwächsten 25 Prozent der Haushalte der Fall (Konsumerhebung 2019 / 2020). Der Inflationsanstieg führte damit zu einem Anstieg dieser Gruppe um 10 Prozentpunkte. Von diesen zehn Prozent beziehen mehr als 50 Prozent als Haupteinnahmequelle ein Erwerbseinkommen. Damit liegt der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Gruppe deutlich höher als bei den einkommensschwächsten 25 Prozent der Haushalte. Diese Daten zeigen uns, dass es gut ist, wenn die Sozialleistungen nicht nur an die Ärmsten gehen, sondern auch an die „untere Mitte“, um sie vor dem Absturz zu schützen.

Gleichzeitig sehen wir die Wichtigkeit von Instrumenten der Daseinsvorsorge gerade in der Armutsbekämpfung und -vermeidung, wie zum Beispiel die Versorgung mit Energie. Deshalb bedarf es einer Energie-Grundsicherung mehr denn je. Die Ideen dazu sind in der Armutsforschung in den letzten 20 Jahren immer wieder diskutiert worden, erste Modelle wurden auf europäischer Ebene (EAPN: *European Anti Poverty Network*) vorgeschlagen, auch Armutsnetzwerke in England und Belgien thematisierten einen kostenfreien Energieanspruch. Die aktuelle Klima- und Energiekrise, vor allem aber die derzeit massiv steigenden Energiepreise, haben die Frage der Daseinsvorsorge mit neuer Wucht auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Energiegrundsicherung: Vorbilder weltweit

Weltweit gibt es viele Beispiele für progressive Tarifmodelle (*Prasanna et al. 2018*). In mehreren Ländern bzw. Regionen werden progressive Tarifmodelle für Elektrizität verwendet, um einerseits die Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie sicherzustellen und andererseits den gesamtgesellschaftlichen Energieverbrauch zu senken. In Japan, Südkorea und Kalifornien existieren solche Modelle.

In Italien wurden die progressiven Tarife in den Jahren nach der Ölkrise 1973 eingeführt. Aufgrund der geografischen Lage Italiens entlang einer der wichtigsten Erdöltransportrouten im Mittelmeer wurde Elektrizität hauptsächlich aus Erdöl erzeugt (*Colombo 1984, zit. n. Dehmel 2011*). Daher trafen die steigenden Ölpreise den Energiesektor in Italien sehr schwer. Der Preis pro kWh Elektrizität stieg mit zunehmender Menge des verbrauchten Stroms und bot dadurch einen Anreiz, den Stromverbrauch niedrig zu halten (*Dehmel 2011*). In Italien wurden die Stromversorger von der staatlichen Regulierungsbehörde dazu verpflichtet, eine progressive Preiskomponente im Gesamtstrompreis anzubieten. Je nach Verbrauch der Haushalte wurde ein günstiger und ein teurer Tarif – mit jeweils fünf Tarifstufen – angeboten (*Dehmel 2011*). Die progressiven Tarife blieben trotz der EU-Strommarktliberalisierung bis vor einigen Jahren bestehen, doch seit ihrer Abschaffung sind die Preise auch in Italien stark gestiegen – so stark, dass viele Menschen sich den Strom nicht mehr leisten können (*Sauer 11.02.2022*).

In anderen Ländern und Regionen sind progressive Energietarife anders ausgestaltet: In Südkorea gibt es beispielsweise drei Stufen für unterschiedliche Verbrauchsmengen an Elektrizität, die außerdem an die Jahreszeiten angepasst sind (*Oh et al. 2017*). In Kalifornien hingegen ist nur der verbrauchsabhängige Teil der Stromrechnung von der Progression betroffen, während die Netzgebühren und andere allgemeine Systemkosten pauschal verrechnet werden (*Dehmel 2011: 416*). Derzeit gibt es in vielen Ländern Vorbilder für die Deckelung der Energiepreise für Haushalte – alle mit dem Ziel, die jüngste Energiepreiskrise abzufedern. In Spanien wurde z. B. im Juli 2022 ein Strompreisdeckel zur sofortigen Kostenentlastung von Kund*innen eingeführt. Zusätzlich wurde für Stromkonzerne und Banken eine Übergewinnsteuer beschlossen, um die Einnahmen durch die Preissteigerungen abzuschöpfen. Die Konzerne wurden gesetzlich dazu verpflichtet, die Kosten der Steuer nicht an die Kund*innen weiterzugeben. Eine solche Übergewinnsteuer gibt es auch in Portugal, Griechenland, Italien, Belgien und Großbritannien.

Liberalisierte Energieversorgung: Ein gescheitertes Experiment

Mit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 wurde Österreich in den europäischen Binnenmarkt eingegliedert. Da der freie Verkehr von Gütern und Kapital einer der Grundpfeiler der Union ist (*Ratcliff et al. 2022*), bedeutete dies auch eine Liberalisierung des Energiesektors, die in Österreich 2001 für Strom und 2002 für Gas umgesetzt wurde (*Energie-Control Austria 2011*). Bis dahin war Energieerzeugung Sache des Staates: Strom wurde also beispielsweise vom Verbund – damals noch zur Gänze in staatlicher Hand –, den Landesversorgern und den Stadtwerken produziert und zu festgesetzten Preisen lokal verkauft (*Huber 2022*). Durch die Liberalisierung wurden große Teile des Stromhandels privatisiert. Heute gibt es daher mehr als 60 Anbieter und der Strompreis wird nicht mehr behördlich festgelegt, sondern orientiert sich an Börsenpreisen (*Huber 2022*). Befürworter*innen dieser Deregulierung argumentieren, dass der daraus entstehende überregionale Wettkampf die Preise niedrig hält. Während dieses System in den Jahren des sorglosen Konsums fossiler Energieträger noch funktionierte, offenbarten die gegenwärtigen Krisen die Kehrseite des marktorientierten Ansatzes.

Besonders deutlich wird das Versagen des liberalisierten Marktes bei der Stromversorgung: Der Preis einer Kilowattstunde Elektrizität wird seit der Deregulierung nicht mehr behördlich festgelegt, sondern kommt durch das sogenannte „Merit-Order“-System zustande, in welchem der gesamte Strompreis des Tages vom teuersten Kraftwerk bestimmt wird (*Grüter 2022*). In der Praxis bedeutet das, dass der Preis von Strom, der beispielsweise zu neun Zehntel aus Ökostrom besteht und nur zu einem Zehntel aus Gas produziert wird, zu hundert Prozent vom Preis des Gaskraftwerks bestimmt wird. Da die Produktionskosten von Ökostrom aber nicht von Gaspreisen beeinflusst werden, streifen Stromproduzenten gerade dicke Übergewinne auf Kosten der Allgemeinheit ein (*Kern-Fehrenbach 2022*). Der Verbund erzielte beispielsweise in der ersten Hälfte dieses Jahres um 150 Prozent mehr Gewinn als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres (Sturn 2022). Anstatt zu einem pluralistischen System aus vielen unabhängigen Anbietern zu führen, begünstigt der liberalisierte Markt überdies Oligopole, in denen fünf Konzerne große Teile des Marktes kontrollieren (*Becker et al. 2012; Wegmann 2019*).

Die Versorgungssicherheit der Bevölkerung ist in diesem System schlicht keine relevante Größe. Dementsprechend sind in Österreich rund 140.000 Haushalte von Energiearmut betroffen (*Tölgyes / Huber 2022*) und Haushalte mit niedrigem Einkommen geben in Österreich durchschnittlich 8,4 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Energie aus (*Statistik Austria 2021: 44*). Überdies gibt es in einem liberalisierten Markt keine Mechanismen, um extremen Preisschwankungen bedingt durch Spekulation und Marktversagen entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite ist es angesichts der Klimakatastrophe zwingend notwendig, unser Wirtschaftssystem so schnell wie möglich auf ein naturverträgliches, erneuerbares Energiesystem umzustellen sowie die klimagerechte Versorgung der Haushalte sicherzustellen und auf solidarische Weise umzusetzen. Dass der sogenannte freie Markt nicht in der Lage ist, die Energieversorgung ausreichend schnell von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen, ist evident: Trotz anhaltender Bemühungen, marktbaasierte Anreize zur nachhaltigen Energieerzeugung zu setzen, werden immer noch knapp zwei Drittel der in Österreich verbrauchten Energie aus Kohle, Öl und Gas gewonnen (*BMK, 2021*).

Energie-Grundanspruch

Wir alle brauchen Strom für Licht und Internet sowie eine warme Wohnung im Winter. Das muss für alle Menschen leistbar sein. Gleichzeitig ist Energie im Angesicht der Klimakrise ein kostbares Gut, das wir als Gesellschaft nicht verschwenden sollten. Wir wissen aber auch, dass es vor allem die Reichen sind, die das Klima zerstören. Sie fliegen mit Privatjets, besitzen Yachten und wohnen in riesigen Luxusvillen. Weltweit verursacht das reichste Prozent der Menschheit knapp die Hälfte aller Treibhausgasemissionen (*Kontrast 2021*). Das gleiche Bild bietet sich beim Energieverbrauch auf Haushaltsebene: Aus Verbrauchsdaten nach Einkommen wissen wir, dass reiche Haushalte in etwa doppelt so viel Energie verbrauchen wie ärmere Haushalte (*Held 2019*). Die reichen Haushalte haben oft unverhältnismäßig große Wohnungen oder nutzen Energie verschlingende Luxusgeräte. Wir finden: Eine warme Wohnung ist ein Grundrecht – der Whirlpool auf der Dachterrasse ist es nicht. Eines ist also klar: Energiesparen müssen zuerst die Reichen.

Mit dem Energie-Grundanspruch (*Attac 2022*) haben wir deshalb ein Modell vorgestellt, das soziale und ökologische Ziele verbindet: Der Energie-Grundanspruch stellt den Grundbedarf an Energie für alle Menschen sicher und verteuert den verschwenderischen Über-Verbrauch. Während heizen, kochen und waschen für alle leistbar bleibt, wird verschwenderischer Luxuskonsum viel teurer – das heißt, wir machen einen wichtigen Schritt, um den Gesamtverbrauch an Energie zu senken und gleichzeitig die Versorgung aller sicherzustellen. Christiane Maringer und Reinhold Kulke haben auf der 13. Armutskonferenz (*2022*) Modelle für eine Energiegrundsicherung vorgelegt. Im Rahmen der *Right to Energy Coalition*, in der auch das Europäische Armutnetzwerk engagiert ist, werden Energie-Grundversorgungskonzepte als Menschenrecht verhandelt, denn: „Energy poverty is not a personal burden, it's a political failure“ (*Right to Energy Coalition 2023*).

Der Energie-Grundanspruch funktioniert über sogenannte progressive Tarifstufen, die vom Staat vorgegeben werden: Während die Kilowattstunden im Attac-Modell bis zur Hälfte des Normverbrauchs vergünstigt bereitgestellt werden, werden ab 80 Prozent, 100 Prozent, 110 Prozent und 120 Prozent Abgaben aufgeschlagen, sodass verschwenderischer Luxus-Energieverbrauch

insgesamt deutlich mehr kostet. Der Grundverbrauch an Strom und Gas bzw. Fernwärme wird dadurch im Vergleich zu den derzeitigen Marktpreisen günstiger. Das entlastet alle Haushalte, die einen durchschnittlichen Energieverbrauch haben, also im Normverbrauch liegen. Für alle Haushalte, die sehr viel Energie verbrauchen, beispielsweise weil sie eine Sauna mit Pool im Garten beheizen oder einen Whirlpool auf der Dachterrasse betreiben, wird die Energierechnung hingegen teurer als bisher.

Die unterschiedlichen Kosten in den unterschiedlichen Tarifstufen rechnet der Energieversorger über die Energierechnung direkt mit den Verbraucher*innen ab. Damit ist der Energie-Grundanspruch sofort umsetzbar und unkompliziert in der Abrechnung. Der Normverbrauch wird in unserem Modell auf Basis der Haushaltsgröße bestimmt. So kann sichergestellt werden, dass Haushalte mit vielen Personen nicht strukturell benachteiligt werden. Selbstverständlich braucht es auch Ausnahmeregelungen für Haushalte, die mehr Strom aufgrund von Beeinträchtigungen verbrauchen, sowie für Haushalte, die einen hohen Energieverbrauch haben und nichts dagegen unternehmen können.

Die Regierung hat im August 2022 ihre Strompreisbremse vorgestellt. In dem Modell soll der Stromverbrauch bis zu einem fixen Volumen preislich gestützt werden. Hier ist allerdings weder der soziale Ausgleich gegeben, noch gibt es einen besonders großen Anreiz zum Energiesparen für Reiche. Außerdem gilt das Modell nur für Strom und nicht für Heizkosten. Wenn Energieversorger nun den Strom teurer anbieten, wird dem Energieversorger die Differenz gezahlt. Das ist natürlich hochproblematisch, denn es kann durchaus sein, dass nun viele Energieversorger die Preise so weit erhöhen, dass sie die größtmögliche Differenz ausbezahlt bekommen.

In der Stromkostenbremse ist aber bereits die Idee verbilligter Energiekontingente angelegt. Das würde die Möglichkeit bieten, dieses Modell zu einer sozialen wie ökologischen Maßnahme weiterzuentwickeln. Es gibt damit keine Ausreden mehr, warum eine Energie-Grundsicherung nicht allgemein umgesetzt werden sollte.

Hanna Braun ist Studentin der Sozialwissenschaften im Masterstudiengang an der Universität Wien und seit 2021 Vorstandsmitglied von Attac.

Iris Frey ist Campaignerin bei Attac und in der Klimabewegung aktiv.

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie und Mitbegründer der Armutskonferenz.

Felix Steinhardt studiert Socio-Ecological Economy and Policy im Masterstudium an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist seit 2020 bei Attac aktiv.

Literatur

Attac (2022): Der Energie-Grundanspruch. Energie. Garantiert. Gerecht.

<https://www.attac.at/kampagnen/energie-garantiert-gerecht/der-energie-grundanspruch> [Zugriff: 31.10.2022].

Becker, Sören / Gailing, Ludger / Naumann, Matthias (2012): Neue Energielandschaften – Neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg. Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/5751/neue-energielandschaften-neue-akteurslandschaften> [Zugriff: 21.5.2023].

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) (2021): Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten.

https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/nw_pdf/Energie_in_OE2021_UA.pdf [Zugriff: 31.10.2022].

Dehmel, Christian (2011): Progressive electricity tariffs in Italy and California – prospects and limitations on electricity savings of domestic customers. <https://www.infospirber.ch/wp-content/uploads/2022/09/STROM-Progr.-Tarife-Dehmel.pdf> [Zugriff: 05.08.2022].

Die Armutskonferenz (2021): Armutsbetroffene und die Corona-Krise 2.0. Eine zweite Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_erhebung_armutsbetroffene_corona-krise_2_2021.pdf [Zugriff: 21.5.2023].

Die Armutskonferenz (2022): Die im Dunkeln sieht man nicht. Eine Erhebung zur Sozialhilfe aus Sicht von Expert*innen der sozialen Praxis. https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_sozialhilfe_erhebung_kurz_2022.pdf [Zugriff: 21.5.2023].

Die Armutskonferenz (2022): Ergebnisse der 13. Armutskonferenz „Es brennt!“ <https://www.armutskonferenz.at/aktivitaeten/13-armutskonferenz-es-brennt/ergebnisse-der-13-armutskonferenz-es-brennt.html> [Zugriff: 20.01.2023].

Directorate-General for Energy (2021): Vulnerable Consumer Working Group. Working Paper on Energy Poverty. European Commission. https://energy.ec.europa.eu/document/download/5e21a17f-d812-4cc7-95e5-71efb881d14d_en?filename=working_paper_on_energy_poverty.pdf [Zugriff: 31.10.2022].

Energie-Control Austria (2011): 10 Jahre Energiemarkt-Liberalisierung. Ein Geburtstag, von dem alle profitieren.

- <https://www.e-control.at/documents/1785851/1811255/broschuere-10-jahre-energiemarktliberalisierung.pdf> [Zugriff 31.10.2022].
- Fiskalrat (2022): Effekt der Inflation 2022 auf die Konsumausgaben. Wien: Fiskalrat
- Grüter, Thomas (2022, August 29): Warum das teure Gas auch den Strompreis mit nach oben reißt. In: Spektrum vom 29.8. <https://www.spektrum.de/news/merit-order-prinzip-warum-der-strompreis-nach-oben-schnellt/2051949> [Zugriff: 31.10.2022].
- Held, Benjamin (2019): Einkommensspezifische Energieverbräuche privater Haushalte. Statistisches Bundesamt, WISTA. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2019/02/einkommensspezifische-energieverbraeuche-022019.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 31.10.2022].
- Huber, Patricia (2022, January 6): An der Börse wird billig produzierter Strom teuer – Konsumenten zahlen drauf, Energie-Unternehmen machen Extra-Profit. In: Kontrast vom 6.1.2022 <https://kontrast.at/strompreise-oesterreich-entwicklung> [Zugriff: 31.10.2022].
- Joskow, Paul L. / Tirole, Jean (2000): Transmission Rights and Market Power on Electric Power Networks. In: The RAND Journal of Economics, 31, 3, S. 450-487. https://www.researchgate.net/publication/4838047_Transmission_Rights_and_Market_Power_on_Electric_Power_Networks_I_Financial_Rights [Zugriff: 01.06.2023]
- Kern-Fehrenbach, David (2022): Übergewinne und Übergewinnsteuer. «Kurz & bündig»: Wie funktioniert die Übergewinnsteuer und warum brauchen wir sie? Belin: Rosa Luxemburg Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/46984/uebergewinne-und-uebergewinnsteuer> [Zugriff: 31.10.2022].
- Kontrast (2021): Klimapolitik muss die extrem Reichen treffen. In: Kontrast.at <https://kontrast.at/co2-ausstoss-verursacher> [Zugriff: 31.10.2022].
- Pham, Thao (2019): Market Power Issues in Liberalized Wholesale Electricity Markets: A Review of the Literature with a Look into the Future. In: Revue d'économie politique, 129, S. 325-354. <https://www.cairn-int.info/journal-revue-d-economie-politique-2019-3-page-325.htm> [Zugriff: 31.10.2022].
- Prasanna, Ashreeta / Mahmoodi, Jasmin / Brosch, Tobias / Patel, Martin K. (2018): Recent experiences with tariffs for saving electricity in households. In: Energy Policy, 115, S. 514-522. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2018.01.044> [Zugriff: 31.10.2022].
- Ratcliff, Christina / Martinello, Barbara / Litos, Vasileios (2022): Der freie Warenverkehr. https://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_2.1.2.pdf [Zugriff: 31.10.2022].
- Right to Energy Coalition (2023): Energy poverty is not a personal burden, it's a political failure. <https://righttoenergy.org/2022/01/20/energy-poverty-is-not-a-personal-burden-its-a-political-failure> [Zugriff: 20.01.2023].
- Sauer, Ulrike (2022): Plus 450 Prozent: Strompreis-Schock beendet Italiens Aufschwung. In: Süddeutsche vom 11.2. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gas-strom-energie-italien-draghi-wirtschaft-1.5526394> [Zugriff: 31.10.2022].
- Statistik Austria (2021): Erweiterte Betrachtung der Energiearmut in Österreich. Hohe Energiekosten bzw. Nicht-Leistbarkeit von Energie für Wohnen. Statistik Austria, Energie-Control Austria. https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/erweiterte_betrachtung_der_energiearmut_in_oesterreich_2018.pdf [Zugriff: 11.11.2022].
- Statistik Austria (2022): Tabellenband EU SILC 2021. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2021.pdf [Zugriff: 20.01.2023].
- Sturn, Jakob (2022): 2,7 Mrd. Euro Übergewinne bei Verbund und OMV allein im ersten Halbjahr. In: Momentum Institut, 28.7. <https://www.momentum-institut.at/news/27-mrd-euro-uebergewinne-bei-verbund-und-omv-allein-im-ersten-halbjahr> [Zugriff: 31.10.2022].
- Tölgyes, Joel / Huber, Alexander (2022): Energiekosten: Teuerungspaket unter der Lupe. Momentum Institut, 18.2. <https://www.momentum-institut.at/news/energiekosten-teuerungspaket> [Zugriff: 31.10.2022].
- Wegmann, Vera (2019): Going Public: A Decarbonised, Affordable and Democratic Energy System for Europe. The failure of energy liberalisation. PSIRU, University of Greenwich, European Federation of Public Service Unions. https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Going%20Public_EPSU-PSIRU%20Report%202019%20-%20EN.pdf [Zugriff: 31.10.2022].

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar

Ich arbeite bei der Kupfermuckn, in einem Projekt einer Obdachlosenhilfe-Organisation – das Thema Wohnen beschäftigt mich. Worum geht's? Um's Wohnen, genauer: um's Menschenrecht auf Wohnen.

Ich bin immer wieder erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit auch Vertreter*innen der „linken Reichshälfte“, also der Sozialdemokratie, ja oft sogar Kommunist*innen, die – meines Erachtens viel zu zahme – Forderung nach „leistbarem Wohnen“ erheben. Was passiert (oder was ist passiert), wenn ein*e Politiker*in die Forderung in den Raum stellt, Wohnen sollte leistbar, also erschwinglich sein? (Auch von „Sozialem Wohnbau“ ist in diesem Zusammenhang gern die Rede.)

Jemand, der*die sagt: „Wohnen soll leistbar sein!“, hat sich bereits auf den Boden des Kapitalismus begeben und ist der neoliberalen Ideologie des „Wohnungs-Marktes“ auf den Leim gegangen ... im Sinn von: „Der Markt bestimmt alles“ oder „Der Markt wird alles richten“. Der Markt, der Markt, der Markt ... – er, der im Neoliberalismus schon fast als Gott angebetet und dem auch schon fast göttliche Allmacht zugesprochen wird ... Da sage ich: Nein, halt, stopp!!! Beten wir den Gott „Markt“ nicht an!!! Er ist kein Gott!!! Hören wir auf damit!!! Das ist Unsinn! Das ist falsch!

Gehen wir einen Schritt zurück: Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich die Welt- bzw. Staatengemeinschaft neu zusammengefunden. Sie hat die „Vereinten Nationen“, also die UNO, gegründet und als eine der ersten Handlungen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ erlassen. Und die allermeisten Mitgliedstaaten der UNO– auch Österreich – haben diese Erklärung unterschrieben und für sich als verbindlich anerkannt im Sinne von: „Das sind unsere Grundrechte. Das ist nicht verhandelbar. Das gilt.“ Und eines dieser unverhandelbaren Grundrechte für alle Menschen, die auf dem jeweiligen Staatsgebiet leben, ist eben das Grundrecht auf Wohnen. Ja: *Grundrecht*

auf Wohnen. Punkt. Da steht nichts von „leistbarem Wohnen“, nein, schlicht und einfach: *Grundrecht auf Wohnen, Wohnen = Menschenrecht*. Punkt.

Und diese Linie hat die UNO auch 2015 – da sind wir eigentlich zeitlich schon lange im „Zeitalter des Neoliberalismus“ – fortgeführt, als sie die 17 *Sustainable Development Goals* (SDGs) festgeschrieben hat. Auch hier ist die Rede vom Kampf gegen Armut und Obdachlosigkeit oder umgekehrt ausgedrückt: Hier ist die Bereitstellung von allen wichtigen Lebensressourcen – „sauberes Wasser, Nahrung, gesunde Umwelt, Bildung, medizinische Versorgung ...“ – und eben auch geeignete Wohnmöglichkeiten festgeschrieben. Ein lebenswertes Leben mit allen erforderlichen Ressourcen – inklusive der Ressource Wohnen – ist den Menschen bereitzustellen. Armut, Unterernährung und eben auch Obdachlosigkeit sind zu verhindern. Punkt.

Wagen wir also umzudenken, sodass alle sozialen Menschenrechte und eben auch das soziale Menschenrecht auf Wohnen wirklich eine Chance haben! Geben wir dem Gott, dem Götzen „Markt“ das, was er verdient: einen Fußtritt! Der Gott der Bibel sagt etwas anderes (ich darf das sagen, ich bin Theologe, ich habe das studiert). Dort geht Jesus im Evangelium so weit zu den einen zu sagen: „Ich war fremd und obdachlos und Ihr habt mir geholfen.“ Und zu den anderen zu sagen: „Ich war fremd und obdachlos und Ihr habt mir nicht geholfen.“ Er, der Gott-Mensch, identifiziert sich sogar mit den Ärmsten, Ausgeschlossenen, mit den Obdachlosen – das ist ein radikaler Ansatz. Hören wir das noch???

In Graz gibt es seit Kurzem eine kommunistische Bürgermeisterin, Elke Kahr. Sie und ihr politischer Ziehvater Ernest Kaltenegger vertreten eine neue Politik und den Typus einer Politiker*in, der nicht abgehoben von den Nöten des „gemeinen Volkes“ agiert, sondern sein Ohr ganz im Gegenteil gerade bei den Armen, Bedürftigen hat und auch gern einen großen Teil seines Politiker*innen Bezuges verwendet, um die Nöte von armen Menschen abzuwenden oder zumindest zu lindern.

Also denke ich: Wo, wenn nicht in Graz, bei der kommunistischen Bürgermeisterin Kahr, die ihr Ohr bei den Armen hat, gibt es eine Chance dafür, ein „Window of Opportunity“ gewissermaßen, dass sich im Bereich Wohnen – ja gerade dort! – etwas ändert, radikal ändert? Wir müssen weg von der

scheinheiligen Forderung nach „leistbarem Wohnen“ – ich kann das nicht mehr hören! – hin zur *Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnen, für alle Menschen, die sich in unserem Land aufhalten ... für ALLE!!!*

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT, EIN GRUNDRECHT VON ALLEN, wirklich!!!

Johannes Seidl ist Theologe, Autor und Verkäufer bei der Kupfermuckn, einer oberösterreichischen Straßenzeitung. Außerdem ist er gewählter Vertreter der Plattform Sichtbar Werden der Armutskonferenz.

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter

Österreich will im Jahr 2040 klimaneutral sein. Bei genauerer Betrachtung des verbleibenden CO₂-Budgets für Österreich zur Eindämmung der globalen Erderwärmung auf 1,5 Grad ergibt sich im Vergleich der Haushalte eine enorm ungleich verteilte Verantwortung. In diesem Artikel zeigen wir am Beispiel des Klima-Sorgenkindes Mobilität, wie durch den strukturellen und diskursiven Fokus auf den motorisierten Individualverkehr die ökologische und soziale Schere auseinanderklafft. Anschließend führen wir den aktuellen Stand der Mobilitätsdebatte hinsichtlich klimasozialer Lösungen für alle aus.

Mobilität ist vielfältig und reicht von der persönlichen Mobilität zu Fuß, mit dem Rad, dem öffentlichen Verkehr, dem motorisierten Individualverkehr bis zum Gütertransport. Vergleicht man die klimarelevanten Sektoren in Österreich, so ist der Verkehrssektor laut Klimaschutzbericht 2022 des Umweltbundesamts mit einem Anteil von 28 Prozent neben dem Sektor Energie und Industrie mit 44 Prozent der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasemissionen. Der Verkehrssektor in Österreich ist zudem der einzige große Sektor, dessen CO₂-Emissionen seit 1990 gestiegen sind (VCÖ 2021a). Nach einem kurzen Einbruch im Pandemiejahr 2020 ist wieder ein Anstieg zu verzeichnen (Umweltbundesamt 2022: 8). Warum ist das so und wer verantwortet diesen Anstieg?

Die Schwierigkeit, technischen Fortschritt, also Einsparungen von Material, Ressourcen und Energie, in eine Reduktion von Nettoemissionen umzuwandeln, kann durch Rebound-Effekte erklärt werden. Die Effizienzgewinne im Bereich der Motorleistung werden aufgrund von größeren und schwereren Autos wieder aufgehoben. In psychologischer Hinsicht führte die Verbesserung des Pkw zu mehr Fahrsicherheit, woraufhin sich die Fahrgeschwindigkeit und daher der Treibstoffverbrauch erhöhte. Mittlerweile werden laut Mobilitätsmasterplan des Bundesministeriums im Jahr 2018 61 Prozent der Wege mit dem Auto zurückgelegt (BMK 2021: 12). Neben der gesteigerten Ver-

wendungsintensität und dem Trend zum Zweit- und Drittauto hat sich auch der Besetzungsgrad je Pkw seit dem Jahr 1990 von 1,4 Personen pro Pkw auf heutige 1,15 Personen verringert (VCÖ 2018a). Einfach den Antrieb der österreichischen Verbrenner zu tauschen, also auf Elektroautos umzusteigen, erfordert einen enormen Ressourcenaufwand und birgt zudem das Risiko, dass Wege, die bisher zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlich zurückgelegt wurden, dann mit dem Pkw erledigt werden würden. Denn eine Fahrt mit dem „grünen Pkw“ würde dann bedeuten, etwas Gutes für die Umwelt getan zu haben. Hinzugefügt werden muss, dass Elektroautos nur dann klimaverträglicher sind, wenn folgende Bedingungen sichergestellt werden können: die komplette Abdeckung des Strombedarfs durch erneuerbare Energien, eine sinnvolle Kreislaufwirtschaft zur längeren Nutzung von Pkws sowie bessere Abbaubedingungen in den Ländern, aus denen wir die Ressourcen für den Pkw beziehen. Wenngleich der Umstieg von Verbrennungsmotor auf Elektromotor eine Notwendigkeit darstellt, ist die Nettoressourcenreduktion mit einem „weiter wie bisher“ nicht erreichbar. Der Versuch, die CO₂-Werte mit dem motorisierten Individualverkehr im Gepäck auf null zu bekommen, birgt ökologische Risiken und produziert soziale Ausgrenzung.

Soziale Ungleichheit in der Mobilität

Die Möglichkeit, überhaupt mit einem Auto in Österreich unterwegs zu sein, ist ungleich verteilt. Die Hälfte des unteren Einkommensviertels, aber nur zehn Prozent des oberen Viertels besitzen derzeit kein Auto (VCÖ 2018b: 2). Welche Rolle die Mobilität im Alltag und für die soziale Teilhabe spielt, wird bei Helga, 51, Verkäuferin und Working Poor, deutlich. Sie erzählt:

„Obwohl ich mich täglich abrackere, kann ich mir nicht einmal leisten, ins Kino zu gehen oder am Sonntag einen Ausflug zu machen. Wenn ich da die Leute fortfahren sehe, fühle ich mich als Außenseiterin. Bin ich ja auch, ich gehöre nicht dazu, weil ich mit den Öffis abgehängt bin.“

Ein Grund dafür, dass Armutsbetroffene kein Auto besitzen können, liegt darin, dass der Pkw, egal ob mit Verbrenner- oder Elektroantrieb, das teuers-

te und vor allem ein alternativlos gemachtes Alltagsverkehrsmittel ist. Für Menschen mit wenig Geld sind nicht nur die Anschaffungskosten eines Autos hoch, sondern auch die Instandhaltungskosten ein Risiko. Um neben dem Autokauf auch noch die Kfz-Versicherung und Ausgaben für Treibstoff, anfallende Wartungskosten zu finanzieren, muss man ordentlich in die Geldbörse greifen (VCÖ 2022a: 5). Dass der Pkw in großen Teilen Österreichs unumgänglich ist, liegt daran, dass in den letzten Jahrzehnten unter „mobil sein“ hauptsächlich Mobilität mit dem Auto verstanden wurde. So wurden Städte und Regionen mit immensem finanziellen Aufwand regelrecht für den Autoverkehr maßgeschneidert. Daher stehen wir heute vor der Situation, dass Menschen von Mobilitätsarmut betroffen sind, wenn sie sich von A nach B bewegen wollen und sich kein Auto leisten können. Ein Verzicht auf das unleistbare Auto kann also nicht mit ökologischer Tugend gleichgesetzt werden. Die Bewältigung der Alltagswege eines autolosen Haushalts außerhalb der großen Ballungszentren gleicht eher einem Spießroutenlauf. Dies kann erst recht zum erzwungenen Besitz eines Autos trotz Geldmangels führen. Die schlechten Rahmenbedingungen können am unzureichenden Erschließungsgrad durch öffentliche Verkehrsmittel verdeutlicht werden. Nach einer Bewertung des öffentlichen Verkehrs anhand der Kriterien Häufigkeit von Verbindungen, Reisegeschwindigkeit und Anzahl von Haltestellen sind immer noch 46 Prozent der Gemeinden in Österreich „schlecht“ versorgt und lediglich 19 Prozent „sehr gut“ (VCÖ 2021b).

Orts- und Regionalplanung bevorzugt die Mittelschicht

Auch wenn die Entwicklung und der Ausbau des öffentlich zugänglichen Mobilitätsangebots rasch voranschreiten, ist ein autofreies Leben derzeit in vielen Regionen Österreichs immer noch unmöglich. Die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln scheitert unter anderem auch am Zersiedelungsgrad und der Ausdünnung wichtiger Infrastrukturen in den Gemeinden. Mittlerweile befinden sich viele Nahversorger, Geschäfte, Postfilialen, Kindergärten und Arztpraxen am Ortsrand oder sogar erst in der nächsten oder übernächsten Gemeinde bzw. Stadt. Ist das Einkaufszentrum am Rand der Gemeinde nur mehr mit dem Auto erreichbar und der Supermarkt im Ortszentrum bereits

zugesperrt, sind Menschen mit wenig Einkommen den infrastrukturellen und habituellen Konventionen der autobesitzenden Mehrheitsbevölkerung ausgeliefert. Wie schnell beim autofreien Haushalt das Mobilitätslimit bereits bei Alltagswegen erreicht ist, zeigt sich am Beispiel von Ein-Eltern-Haushalten: Die Gruppe der Alleinerziehenden umfasst österreichweit rund 45 Prozent der armutsbetroffenen Personen. Es handelt sich in der Regel um Frauen, die für die Sorgearbeit zuständig sind. Sie erledigen die Besorgungen für den Haushalt und sind dafür verantwortlich, dass die Kinder sicher in die Schule und wieder nach Hause kommen. Diese Wege erfordern hohe Flexibilität und brauchen bei der Erledigung mit öffentlichen Verkehrsmitteln erheblich mehr Zeit. Der individuellen Entscheidung, welche Mobilitätsform – und sei es das Zufußgehen – als naheliegend oder notwendig erscheint, gehen also viele infrastrukturelle und habituelle Entscheidungen voraus. Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, kommen nur mit dem Mindesten über die Runden. Die beschriebenen Rahmenbedingungen und Konventionen sind derart wirksam, dass Menschen trotz Geldmangels gezwungen werden, ein Auto zu besitzen, um die notwendigen Alltagswege bewältigen zu können.

Es wirkt so, als müsste man sich lediglich ein Herz fassen, seinen inneren Schweinehund überwinden oder einfach ein bisschen „grüner“ werden, um das Ruder herumzureißen. Bei einer genaueren Analyse zeigt sich jedoch, dass sich die autozentrierte Gesellschaft in drei scheinbar ausweglose Situationen manövriert hat: **1)** Das Herumdoktern am motorisierten Individualverkehr bewirkt aufgrund des Rebound-Effekts keine umweltrelevanten Einsparungen und dient vor allem dazu, den Lebensstil der Mittel- und Oberschicht aufrechtzuerhalten. **2)** Darüber hinaus können sich diejenigen Einkommensgruppen, deren Lebensstil und Ressourcenverbrauch massiv zur Verschärfung der Krise beitragen, derzeit mit „grüner“ Technologie freikaufen. **3)** Die unteren Haushalte tragen weniger Verantwortung für den autoverursachten CO₂-Ausstoß, müssen aber mit den Folgen eines autozentrierten Mobilitätsregimes kämpfen. Der Verzicht auf den Pkw stellt aus heutiger Sicht aufgrund der schlechten Infrastruktur eine hochgradige Einschränkung dar.

Mobilität gerecht und nachhaltig gestalten

Was wir brauchen, ist ein klimaverträglicher und sozial gerechter Mobilitätsmix. Das bedeutet, dass es Menschen, die in Österreich leben, möglich sein muss, ihre Alltagswege ohne Auto zu erledigen. Da mehr als die Hälfte unserer Alltagswege kürzer als fünf Kilometer sind und daher zu Fuß oder mit dem Rad bewältigt werden können, braucht es gut ausgebaute Alltagswegenetze für das Gehen und Radfahren. Diese müssen über Gemeindegrenzen hinweg geplant und umgesetzt werden. Wir empfehlen hierfür die Umsetzung von Konzepten wie die „15-Minuten-Stadt“ oder die „Stadt und Region der kurzen Wege“. Ein erstrebenswertes Ziel ist, dass alle Orte des täglichen Bedarfs, von Kindergarten bis Nahversorger, innerhalb von 15 Minuten erreichbar sind, und das vor allem zu Fuß und mit dem Rad. Das würde nicht nur mehr Qualität im Wohnumfeld schaffen, sondern auch die Möglichkeit, Wege einfach und günstig zurückzulegen. Der erste Schritt hierzu ist eine aktive Ortskernbelebung, an der bereits die ersten Bundesländer arbeiten. Im Burgenland ist beispielsweise geplant, den Bau von Einkaufszentren am Ortsrand zu verbieten. Erweiterungen darf es demnach nur mehr im Ortskern geben (ORF 2022). Das ermöglicht kurze Wege zur täglichen Versorgung. In Wiener Neustadt wurden Bebauungspläne angepasst und Autoflächen reduziert, um sichere Geh- und Radwege zu schaffen. Bei neuen Bauten wird dort ein Mobilitätskonzept vorausgesetzt (VCÖ 2020).

Um die Mehrzahl der Alltagswege mit dem Rad oder zu Fuß zurücklegen zu können, braucht es sichere und alltagstaugliche Infrastrukturen. Für ein vielfältiges öffentlich zugängliches Mobilitätsangebot benötigt es nicht nur die klassischen öffentlichen Verkehrsmittel wie Bus und Bahn, sondern auch flexible Angebote von Rufbus bis Carsharing. Neben der Verfügbarkeit und Leistbarkeit muss das Angebot auch verlässlich und langfristig abgesichert sein. Ein vielfältiges und vernetztes Angebot erhöht die Akzeptanz und den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr.

Ein öffentlich zugängliches und leistbares Mobilitätsangebot ermöglicht Mobilität nach Bedarf nach dem Prinzip „nutzen statt besitzen“. So können Menschen unabhängig vom Besitz eines Verkehrsmittels flexibel unterwegs sein und unterschiedliche Fahrzeuge je nach Bedarf wählen. Ein Beispiel hierfür ist die Transportrad-Initiative KlimaEntLaster: Lokale Betriebe stel-

len, unterstützt von den jeweiligen Gemeinden, gratis Lastenräder zur Verfügung. Diese können unkompliziert gebucht werden und erlauben die Mitnahme von Kindern und Gepäck. Bei Interesse können sich Gemeinden direkt an die Plattform wenden und werden auf dem Weg zur Umsetzung begleitet (KlimaEntLaster 2022). Die Stadt Salzburg ist diesbezüglich bereits aktiv und setzt auf ein niederschwelliges Angebot, bei dem Lastenräder kostenfrei ausgebaut werden können. Dass es keinerlei Formulare oder Vorauszahlungen bedarf, bewirkt eine hohe Inanspruchnahme (Stadt Salzburg 2022).

Besonders wichtig sind öffentliche Mobilitätsangebote für die letzten Kilometer der Wegstrecke: In Vorarlberg stehen beispielsweise Rufbusysteme im Verkehrsverbund als Teil des Liniennetzes zur Verfügung. Diese decken mit mehreren Linien die Verbindungen in das obere Rheintal ab (VMOBIL 2022). Am Beispiel Salzburg konnte der Umstieg auf öffentlichen Verkehr erleichtert werden, indem das Mobilitätsangebot des Salzburger Verkehrsverbunds jeden Freitag kostenlos nutzbar ist (Salzburger Verkehrsverbund 2022). In Amsterdam in den Niederlanden geht man einen Schritt weiter: Hier wurde beschlossen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen den öffentlichen Verkehr kostenfrei nutzen dürfen (NL Times 2022).

Fazit

Um klimaverträgliche und sozial gerechte Mobilität für alle umzusetzen, braucht es zuallererst politische Visionen, die Gehen, Radfahren und den öffentlichen Verkehr in den Mittelpunkt stellen. Darauf aufbauend muss neben der Entwicklung und Umsetzung passender alternativer Verkehrskonzepte ein Umdenken in der Stadtplanung stattfinden: Es braucht u. a. strengere Raumordnungsgesetze und Maßnahmen zur Ortskernverdichtung. Die „Stadt und Region der kurzen Wege“ stellt eine hilfreiche klimasoziale Leitidee für die Ausgestaltung einer sozial inklusiven Mobilitätsgarantie dar: Es ist nicht nur ökologischer, sondern auch billiger und sozialer, wenn wichtige Infrastrukturen des Alltags durch Gehen oder Radfahren am leichtesten zu erreichen sind. Der erforderliche Rückbau des autozentrierten Wegesystems bedeutet auf der einen Seite die Umsetzung von autofreien und verkehrsberuhigten Zonen. Auf der anderen Seite kann der freigewordene öffentli-

che Raum für die benötigte Geh- und Radinfrastruktur verwendet werden. Diese Umverteilung muss letztendlich auch über Gemeindegrenzen hinweg abgestimmt werden. Das Umschwenken der Mobilitätspraxis auf klimasoziale Mobilitätsformen inkl. des weitgehenden Verzichts auf den motorisierten Individualverkehr ist sozial inklusiv, weil leistbare Mobilität für alle im Mittelpunkt steht. Denn Letztlich brauchen alle Nutzer*innen einfache und niederschwellige Zugänge zur Mobilität.

Lina Mosshammer ist Mobilitätsexpertin und leitet die Themenbereiche Klima, Energie und Digitalisierung bei VCÖ – Mobilität mit Zukunft. Sie setzt sich dort für ein ökologisch verträgliches, ökonomisch effizientes und sozial gerechtes Verkehrssystem ein. Sie ist außerdem Mitgründerin des Frauennetzwerks Women in Mobility in Österreich und der inklusiven Mobilitätsberatung Punkt vor Strich GmbH.

Alexander Brenner-Skazedonig koordiniert das Kärntner Armutsnetzwerk und organisiert Klimaschutzlehrgänge in Kooperation mit dem Klimabündnis Kärnten. Er lehrt an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt im Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung und engagiert sich im habiTAT für selbstorganisierte Mietshausprojekte.

Literaturverzeichnis

- BMK - Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2021): Mobilitätsmasterplan 2030 für Österreich. Wien.
- KlimaEntLaster (2022): <https://www.klimaentlaster.at> [Zugriff: 26.01.2023].
- NL Times (2022): Amsterdam offering free public transport for people with lower incomes. <https://nltimes.nl/2022/12/14/amsterdam-offering-free-public-transport-people-lower-incomes> [Zugriff: 26.01.2023].
- ORF (2022): Bauverbot für Supermärkte am Ortsrand. <https://burgenland.orf.at/stories/3186208> [Zugriff: 26.01.2023].
- Salzburger Verkehrsverbund (2022): <https://salzburg-verkehr.at/benzinfreitage> [Zugriff: 26.01.2023].
- Stadt Salzburg (2022): Einfach und kostenlos ein Lastenrad leihen. <https://www.stadt-salzburg.at/presseaus-sendungen/presseaussendungen-2022/einfach-und-kostenlos-ein-lastenrad-leihen> [Zugriff: 26.01.2023].
- Umweltbundesamt (2022): Klimaschutzbericht 2022. Wien.
- VCÖ (2018a): Autoverkehr in Österreich hat sich binnen 30 Jahren verdoppelt. <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/20181206-autoverkehr-oesterreich-30-jahre> [Zugriff: 26.01.2023].
- VCÖ (2018b): Factsheet. Mobilitätsarmut nachhaltig verringern. <https://vcoe.at/news/details/vcoe-factsheet-2018-02-mobilitaetsarmut-nachhaltig-verringern> [Zugriff: 26.01.2023].
- VCÖ (2020): Entwicklung Ortszentrum mit innovativem Mobilitätskonzept. <https://mobilitaetsprojekte.vcoe.at/entwicklung-ortszentrum-mit-innovativem-mobilittskonzept--2020?oder2=63&oder4=2019,2020,2021,2022> [Zugriff: 26.01.2023].
- VCÖ (2021a): CO₂-Ausstoß des Verkehrs sogar im Coronajahr viel höher als im Jahr 1990. <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-zu-klimabilanz-co2-ausstoss-des-verkehrs-sogar-im-coronajahr-viel-hoehere-als-im-jahr-1990> [Zugriff: 26.01.2023].
- VCÖ (2021b): Fast jede 2. Gemeinde in Österreich unzureichend mit Öffentlichem Verkehr versorgt. <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-fast-jede-2-gemeinde-in-oesterreich-unzureichend-mit-oeffentlichem-verkehr-versorgt> [Zugriff: 26.01.2023].
- VCÖ (2022a) Factsheet. Kreislaufwirtschaft in der Mobilität umsetzen. https://vcoe.at/publikationen/vcoe-factsheets/detail/kreislaufwirtschaft-in-der-mobilitaet-umsetzen#anker_quellen_1 [Zugriff: 26.01.2023].
- VMOBIL (2022b): Wochenend Rufbus oberes Rheintal. <https://www.vmobil.at/bus-bahn/das-vw-liniennetz/rufbus-oberes-rheintal> [Zugriff: 26.01.2023].

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview

Hedy Spanner ist Armutsbetroffene und Mitglied der Plattform Sichtbar Werden. Basierend auf ihrem Beitrag zum Workshop „Zündende Ideen für transformative Bildung – Wie wir lernen können, ein anderes Leben zu denken und zu gestalten“ sprach Alban Knecht mit ihr über die notwendige Transformation der Gesellschaft und die Bedeutung von Bildung und Arbeit in diesem Zusammenhang.

Welche Bedeutung gibst Du dem Zusammenhang zwischen dem Sozialen und dem Ökologischen angesichts des Klimawandels?

Ich denke, dass es eine absolute Notwendigkeit ist, dass sich das Soziale und das Ökologische in der Gesellschaft treffen. Sie haben sich längst schon in den Universitäten getroffen, wo man stärker interdisziplinär denkt. Dort ist es angekommen, weil es ankommen hat müssen. Corona hat diese Prozesse beschleunigt. Meines Erachtens ist es auch kein Klimawandel und keine Klimakrise, über die wir reden – meines Erachtens geht es in Wirklichkeit um eine Klimakatastrophe. Das hat Folgen für die gesamte Gesellschaft und insbesondere für die ganz, ganz armen Menschen. Größtenteils ist es eine Frage der Verteilung, also inwieweit Geld verteilt wird – wobei es nicht nur um Geld geht. Auf alle Fälle sind die goldenen Zeiten des Laissez-Faire-Handelns vorbei; wir brauchen echte Reformen.

Denkst Du, dass sich die Einstellungen gegenüber der Umverteilung verändert haben?

Vor Corona war diese Frage, wie es den Ärmsten der Armen geht, überhaupt kein Thema. Man hat da nicht besonders darüber nachgedacht, ob die sich eine andere Heizung leisten können oder ob sie eine andere Wohnung finden können. Erst durch die Corona-Krise und dann durch die Energiekrise, ist das plötzlich

ein Thema geworden: Und das liegt nicht daran, dass man die Umwelt so schützen will oder dass man plötzlich die Liebe zu den armen Menschen entdeckt hätte, sondern weil die wirtschaftlichen Konsequenzen gefürchtet werden.

Bisher wurde oft versucht, auf Basis des Greenwashings zu handeln. Man hat sich nicht an echte Reformen gewagt, weil man sich nicht drüber traut oder weil man Angst hat, dass einem die Felle davon schwimmen und Österreich nicht mehr so konkurrenzfähig ist. Letztendlich gab es dann Änderungen durch Covid und durch die daraus resultierenden Folgen. Jetzt aber verliert der Kapitalismus an Grund – und der Handel verliert, deshalb werden Maßnahmen ergriffen. Dennoch gibt es eine Spaltung der Gesellschaft: Ich behaupte, dass die Gesamtmaßnahmen, die jetzt bezüglich der Energiepreise getroffen werden, die Lücke, die eigentlich immer größer wird, in keiner Form werden schließen können. Ohne eine Reform des gesamten Systems wird es nicht funktionieren.

Diese Reformen durchzuführen – das wird sicherlich hardcore. Dazu bedarf es guter Politikerinnen und Politiker, Wirtschaftsmenschen und Menschen aus dem Sozialbereich, die Reformen konsequent und mit einem ethischen Gedanken durchsetzen. Geld genug wäre da. Da denke ich nur daran, dass das Steuersystem ja steuern kann. Da bin ich bei der Reichensteuer und der Erbschaftssteuer, weil ich denke, dass der Mensch von seinem Einkommen und seinem Erbe einen gewissen Prozentsatz hergeben sollte als Solidaritätsbeitrag zur Gemeinschaft. Ein Staat ist ein Gemeinwesen und in diesem Wort steckt der Begriff „gemeinsam“. Das muss auch gelebt werden.

Zuerst brauchen wir eine Reform der Wohnpolitik. Zweitens brauchen wir die Leute, die die Klimathemen kommunizieren können. Da müsste man insbesondere die Älteren ansprechen. Die Jungen lernen ja viel davon in der Schule. Drittens müsste man, was die Wirtschaft betrifft, Kleinunternehmen fördern und nicht Großunternehmen – wie das heute gemacht wird. Viertens brauchen wir mehr regionale Strukturen. Jedes Land sollte seine Grundnahrungsmittel selbst produzieren. Darüber hinaus können ja besondere Güter wie französischer Käse gehandelt werden. Aber regionale Strukturen wären wichtig. Und insgesamt bräuchte es eine ganz andere Grundhaltung. Wir brauchen verantwortungsvolle Menschen mit einer anderen ethischen Haltung, die in die Politik reingehen.

Augenblicklich zeigen sich immer neue Herausforderungen. Was müsste nun konkret geschehen?

Die Energiekrise wird bleiben, auch wenn Putin weg ist, weil wir halt eine echte Energiekrise haben. Österreich könnte da einmal voranschreiten. Wir werden die armen Menschen unterstützen müssen in der Art, dass wir mal sagen: „Du kriegst die Gelder“ oder „Du bringst uns die Rechnungen“ oder „Du sanierst Dir jetzt Deinen Wohnbereich“ und „Du kriegst jetzt gratis die notwendige Grundausstattung, damit Du kochen kannst“. Es gibt Solaranlagen, die man einfach auf den Balkon stellen kann. Eigentlich hätten wir Arbeit über Arbeit.

Wie können wir die notwendigen Arbeiten in Angriff nehmen?

Wenn Du Sozialhilfebezieher*in bist, dann bist Du ein Outlaw, dann bist Du draußen aus dem System und bekommst auch nur noch einfache, schlecht bezahlte Jobs. Da wird ein sehr böses Spiel gespielt, weil manche Unternehmen Leute einstellen, die sechs Monate lang gefördert werden – die übernehmen sie dann, aber nicht fix und schmeißen die Leute nach sechs Monaten wieder raus. Für Menschen, die langzeitarbeitslos oder in irgendeiner Form eingeschränkt sind oder gewisse Qualifikationen nicht mitbringen, gibt es keine Chance. Für mich werden diese Menschen missbraucht und letztendlich ist es eine Menschenrechtsverletzung, wenn man einem Menschen immer wieder Hoffnung macht, sechs Monate oder neun Monate, und dann ist er wieder da, wo er war. So ein Mensch kann sich nie etwas aufbauen. Ich bin für ein Recht auf eine zweite Gratisausbildung. Man könnte also stattdessen die Leute im Ökologie-Sektor ausbilden, da fehlen Menschen an allen Ecken und Enden. Man könnte schauen, welche Fähigkeiten, Talente und Erfahrungen sie mitbringen – da ist das Alter eher wurscht –, und dann könnten wir anfangen, diese Republik umzubauen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch, was die Demokratie betrifft.

Wie könnte dieser demokratische Umbau aussehen?

Eigentlich sind wir ja erst im Vorhof der Demokratie, wir sind noch nicht im Salon angekommen. Wir brauchen mehr basisdemokratische Entscheidungen. Ich bin ein Fan von Bürger*innenräten, die sind draußen aktiv und die sind auch die wichtigsten Multiplikator*innen. Wir wären dann wirklich autonom und es gäbe

Massenkristalle⁽¹⁾, so wie Canetti sie in „Masse und Macht“ beschrieben hat. Dazu brauche ich aber mehr Bildung und – da schließt sich der Kreis – andere Lebensbedingungen, anderes Wohnen, anderes Arbeiten, andere Ernährung, ein anderes Gesundheitssystem.

Stattdessen gibt es hauptsächlich Greenwashing. Da gibt's dann ein Umweltfest und ein Klimafest und eine Klima-Aktiv-Woche und dann fahren sie mit irgendeinem Elektro-Auto durch die Gegend und erzählen mir, wie ich dieses machen und jenes machen soll. Aber es wird zum Beispiel nicht diskutiert, wie viel Energie die Villen oben im 19. Wiener Bezirk oder riesengroße Eigentumswohnungen verbrauchen. Es wird beim 500-Euro-Energiebonus diskutiert, ob ein*e Asylwerber*in Geld bekommt, aber nicht, ob der Herr Mateschitz⁽²⁾ 500 Euro bekommt. „Die Reichen machen eh, was sie wollen, und die Spitzenpolitiker machen eh, was sie wollen – und ich sitz da als Dummerl und die Dummerln werden dann benutzt.“ So denken die Leute. Da mache ich mir Sorgen wegen der Ökologie und dem Sozialen. Weil es zu brodeln anfängt – die oben leben in einer Blase, unten brodelt's. Wenn wir so weitermachen, dann gehen wir in Richtung Ökodiktatur. Dabei sind die Themen zu brisant, die kann man nicht ein paar narzisstischen Wirtschaftsbossen überlassen.

***Hedy Spanner** war in der Bezirkspolitik tätig. Heute arbeitet sie im Vinzenz-Gwölb der Barmherzigen Schwestern in Wien-Gumpendorf. Als Armutsbetroffene ist sie Mitglied der Plattform Sichtbar Werden. Diese Plattform ist ein Zusammenschluss von Menschen, die selbst von Armut betroffen sind und sich für eine Verbesserung der Situation von Armutsgefährdeten einsetzen. Sie ist ein Teil der Armutskonferenz. Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung.*

¹ Angefügtes Zitat der Herausgeber*Innen: „Als Massenkristalle bezeichne ich kleine, rigide Gruppen von Menschen, fest abgegrenzt und von großer Beständigkeit, die dazu dienen, Massen auszulösen.“ (Canetti, Elias [1994 [1960]]: *Masse und Macht*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 79)

² Anmerkung der Redaktion: Dietrich Mateschitz (verstorben im Oktober 2022) war Eigentümer von Red Bull und einer der reichsten Österreicher*innen.

***Alban Knecht** führte das Interview. Er ist Soziologe und Sozialpädagoge und forscht und lehrt an der Universität Klagenfurt zu den Themen Sozialpolitik, Armutsforschung und Beschäftigungsförderung Jugendlicher.*

„ *Nachhaltig ist ein großes Stichwort.*
Für mich ist das immer auch Arbeit fair verteilen. “

– Erich Tomandl, arbeitslos.selbstermächtig

BRANDSCHUTZ

Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie.....123

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima.....135

Marie Chahrour

Nachhaltige Arbeit.....147

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik.....153

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren.....163

Wolfgang wodt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken.....173

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten.....179

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!.....183

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit.....189

Robert Blum

Who cares?.....197

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

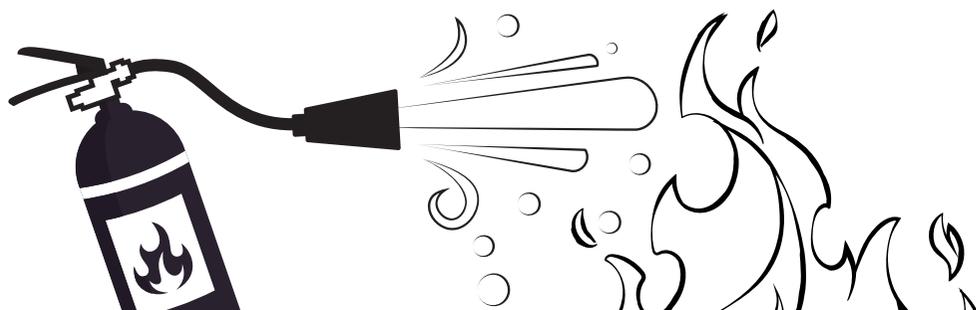
Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen

In ihrem Vortrag geht Susanne Elsen auf wesentliche Diskussionen zum Thema Solidarökonomie ein und beschreibt ein Erstarren traditioneller und vollkommen neuer Formen der solidarischen Ökonomie. Sie zeigt den möglichen Beitrag der Solidarökonomie zur Armutsbekämpfung und Integration benachteiligter Menschen auf und erläutert anhand von praktischen Beispielen deren Potenzial zur Entwicklung einer sozial gerechteren, ökologisch nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweise.⁽¹⁾

Am Anfang des Beitrags werde ich einige Diskurse über solidarische Ökonomie ausführen. Später werde ich mit Beispielen aufzeigen, welches Potenzial in der solidarischen Ökonomie liegt und was unter bestimmten Bedingungen damit bewirkt werden kann. Außerdem werde ich darlegen, dass auch eine soziale Arbeit, eine Arbeit am Sozialen, die tatsächlich eine Veränderung der Kultur der Arbeit am Sozialen bewirken möchte, davon profitieren kann. Es geht um Emanzipation und Teilhabe, materiell und darüber hinaus.

Es ist wichtig zu betonen, dass Ökonomie plural ist. Es gibt nicht *die* Wirtschaft. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist nur eine der zahlreichen Varianten. Marktvermittelte Erwerbsarbeit ist nur ein Teilbereich der Vielfalt gesellschaftlich sinnvoller und notwendiger Arbeit. Wirtschaft besteht aus den unterschiedlichsten Formen: aus der Tauschwirtschaft, der Sozialwirtschaft, der Subsistenzwirtschaft usw. Letztere gewinnt gerade wieder stark an Bedeutung. Hier spielt ein weiterer Diskurs eine große Rolle: Was ist überhaupt Arbeit? Arbeit ist vielfältig und der Bereich der unsichtbaren Arbeit ist derjenige, der am meisten Raum und Zeit in Anspruch nimmt, vor allen Dingen bei Frauen. Hier sind wir bei der Care-Arbeit. Diese wird im Kontext der sozialen

¹ Der Vortrag wurde redaktionell bearbeitet.



und solidarischen Ökonomie – mittlerweile als *Social Solidarity Economy* (SSE oder ESS) bezeichnet – wieder diskutiert und aufgegriffen.

Das Bild vom Eisberg

Solidarökonomie ist bedarfsorientiert, das heißt, sie reagiert auf konkrete Bedarfe in konkreten Lebenszusammenhängen. Das ist eine ihrer Stärken und macht ihren großen Unterschied zur kapitalistischen Produktionsweise aus. Hier entsteht etwas aus einem wahrgenommenen Bedarf in einer Lebenswelt und wird durch Menschen innerhalb dieser Lebenswelt organisiert. Die beiden bemerkenswerten australischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen Katherine Gibson und Julie Graham (*Gibson-Graham et al. 2013*) setzen sich seit längerer Zeit mit der solidarischen Ökonomie auseinander. Sie nennen diese *diverse economy*, also *diverse Ökonomie*. Gibson und Graham haben das Bild vom Eisberg geprägt: Wir nehmen das, was über der Meeresoberfläche sichtbar ist, wahr. Das ist die bezahlte Arbeit, die kapitalistische Produktionsweise, die Warenwelt. Die unsichtbare Ökonomie bzw. die anderen Wirtschaftsformen sind das, was sich unter der Wahrnehmungsschwelle, unter der Meeresoberfläche abspielt, aber die Gesellschaften trägt.

Wie entstehen solidarische Ökonomien?

Solidarökonomie folgt konkreten Bedarfen und entsteht im lebensweltlichen Kontext. Sie ist konstitutiver Teil zivilgesellschaftlichen Engagements. Zunächst entstehen solidarische Ökonomien aus der Not heraus als selbstorganisierte Formen, als Selbsthilfe, als Selbstorganisation. Dies ist gerade unter Bedingungen von Wohlfahrtsstaaten besonders schwierig. Wir haben es zum Beispiel in Deutschland mit einer mitunter verhindernden Macht der Wohlfahrtskonzerne zu tun, die Selbstorganisation nicht nur nicht fördern, sondern zum Teil sogar aktiv behindern, vor allem in Segmenten, in denen Menschen am meisten an den Rand gedrängt werden, wie zum Beispiel im Bereich der Obdachlosigkeit oder der Migration.

Eine zweite Form ist die geförderte Selbsthilfe. In Wohlfahrtsstaaten sprechen wir über unterstützte, ermöglichte Selbsthilfe und Selbstorganisation. Schließlich gibt es ökosoziale Alternativen, die von kreativen Grün-

der*innen und Initiativen gewählt werden, die herkömmliche Lösungen ablehnen – aus der Erkenntnis heraus, dass sie selbst etwas bewirken können und wollen.

Solidarität und Solidarökonomie

Solidarität ist kein einheitliches Konzept. Solidarökonomie basiert auf Solidarität und generiert sie gleichzeitig durch Kooperation, Arbeit an gemeinsamen Belangen und gemeinsamen Werten. Die Wertebasis generiert Binnenkohäsion, Vertrauen und Verantwortung sowohl innerhalb der wirtschaftenden Gemeinschaft als auch in Beziehung zu anderen wertnahen Bewegungen.

In der Solidarökonomie werden vier verschiedene Solidaritätskonzepte wirksam: Zunächst ist dies die *strategische Solidarität*, das heißt die Bündelung von Kräften, um gemeinsam etwas zu erreichen, was man alleine nicht erreichen kann. Das Konzept der *reflexiven Solidarität* basiert auf der Erkenntnis des Teilseins am begrenzten System der Biosphäre, man könnte auch sagen, auf der Erkenntnis, dass wir uns zusammenschließen müssen, weil es brennt. Dies beschäftigt uns schließlich auch auf der 13. Armutskonferenz. Die *altruistische Solidarität* wiederum ist die Solidarität mit den Ausgegrenzten, die Übernahme von Verantwortung für Personen in schwierigen Lebenssituationen. Schließlich gibt es die *lebensweltliche Solidarität* (Mutualität). Diese entsteht dadurch, dass ich mit meinen Nachbar*innen solidarisch werde. Im Fall von Solidarökonomien zugunsten benachteiligter Dritter – diese werden in Italien als Sozialgenossenschaften organisiert – mischen sich alle vier Solidaritätsformen. Vor allem aber spielt die strategische Solidarität – der Zusammenschluss der Kräfte – eine große Rolle.

Vom Rand in die Mitte

Das Thema solidarische Ökonomie ist nicht neu. Man könnte sagen, es wird bereits seit einem Jahrhundert diskutiert. In letzter Zeit gewinnt die solidarische Ökonomie jedoch an Bedeutung – ich erlebe ein Erstarren traditioneller und das Aufblühen vollkommen neuer Formen der solidarischen Ökonomie. So rückt etwas, das lange marginalisiert, entwertet oder als Sozialromantik belächelt wurde, vom Rand in die Mitte. Die UNO hat eine UN-Taskforce für

soziale und solidarische Ökonomie ins Leben gerufen, und die EU hat im Dezember einen Aktionsplan zur Förderung der Solidarökonomie ausgerufen, in welchem allerdings recht vage steht: „Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu treffen.“ Des Weiteren hat die UNO mit UNRISD (*United Nations Research in Social Development*) einen interessanten sozialwissenschaftlichen Forschungskreis gegründet. Dessen Forschungsberichte zeigen, dass man mit der Solidarökonomie elf der *17 Sustainable Development Goals* (SDGs) verfolgen, erreichen oder ihnen näherkommen kann. Diese Forschungsberichte sind auch frei zugänglich.

Dem Marktmechanismus entzogen

Die Diskussion um Gemeingüter hat durch die Verleihung des sogenannten Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom einen Schub bekommen. Das ist gut, denn wenn wir von Eigentum reden, sind alle Debatten geprägt vom veräußerbaren Privateigentum und davon, dass Nichtprivateigentum übernutzt wird. Solidarökonomie berücksichtigt neben dem veräußerbaren Privateigentum auch gemeinschaftliches Nutzungseigentum (*Commons*) oder öffentliches Eigentum. Dieses erweiterte, umfassendere und nachhaltigere Eigentumsverständnis ist eine wichtige Voraussetzung für die Solidarökonomie. Wie kann man sich das vorstellen?

Sozial-ökonomische Lösungen brauchen einen dem Marktmechanismus entzogenen und resilienten Raum. Kooperatives Nutzungseigentum ermöglicht dem Gemeinwesen einen Zugang zu nachhaltig nutzbaren Ressourcen, unabhängig von der Kaufkraft der Menschen. Das ist der Kern einer Gemeinwohlorientierung und einer ökosozialen Entwicklung.

Im deutschsprachigen Raum war es vor allem Silke Helfrich, die den Begriff der Gemeingüter mit Bedeutung gefüllt hat. Ein Beispiel wäre hier Nutzungseigentum genossenschaftlicher Art. Gerade Wohnungsgenossenschaften in den Städten sind eine Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum zu sichern, zu erhalten, aber auch gleichzeitig den Städten eine Möglichkeit zu bieten, dass Menschen dort dauerhaft zu Wohnzwecken untergebracht werden.^[2]

² In Wien sind 41 Prozent der Wohnungen in gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Strukturen.

Die Unabhängigkeit von Investor*innen bietet vor allen Dingen den produktivgenossenschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, sich teilweise den sogenannten Sachzwängen – dem Weltmarktdruck – zu entziehen. Aktuelle Beispiele sind hier in Italien Mitarbeiter*innenübernahmen. Mitarbeiter*innen retten ihre eigenen Betriebe, indem sie diese in Mitarbeiter*innenbetriebe umwandeln. Das ist nicht neu, das kennen wir auch aus Argentinien und anderen krisengeschüttelten Ländern. Und siehe da – da entsteht etwas Neues. Eine aktuelle Studie zeigt, wie in Ostdeutschland zwischen 2005 und 2020 viele hunderte Infrastrukturgenossenschaften entstanden sind.

Nun kann man sagen, sie entstehen, weil sich der Markt dort aus der Daseinsvorsorge, der Mobilität oder aus dem Bereich des Sozialen, der Kultur zurückzieht. Ich halte Infrastrukturgenossenschaften bzw. Bürger*innengenossenschaften jedoch für eine wirklich relevante Möglichkeitsstruktur, etwas zu erhalten, was Bürger*innen dringend brauchen. Die Frage ist natürlich: Inwiefern entlassen wir den Staat hier aus der Verantwortung bzw. inwiefern machen wir ihn verantwortlich, mit Beteiligung der Zivilgesellschaft eine andere Qualität zu schaffen, aber auch die Dinge zu erhalten oder neu zu organisieren?

Der Beitrag der Solidarökonomie zur Bewältigung von Armut

Warum kann Solidarökonomie zur Bewältigung von Armut beitragen? Ich denke, das Wichtigste ist kollektives Lernen, raus aus der Blase „Mir geht's schlecht, ich muss mich verstecken“. Was in diesem Kontext sichtbar wird, ist, dass Menschen sich einbringen, die selbst zu den Verlierer*innen oder genauer: zu den ökonomischen Verlierer*innen dieser Gesellschaft gehören. So kann Solidarökonomie Handlungsspielräume und Teilhabemöglichkeiten fördern und Marginalisierung von Menschen in Armutslagen aufbrechen. Solidarökonomie kann gemeinschaftliche Alltagsbewältigung und Reziprozität durch kooperative Infrastruktur wie zum Beispiel Stadtteilwerkstätten, Gemeinschaftsgärten etc. stärken. Schließlich kann sie Gemeingüter in nicht spekulativer Weise bewirtschaften und deren Zugang unabhängig von der Kaufkraft sichern. Durch Gemeinschaftsnutzung und Kooperation trägt sie zur Verbesserung der materiellen und sozialen Lebenslage bei. Es geht bis hin zur selbstorganisierten Bedarfsdeckung durch die Bündelung von Kräf-

ten und die sozialproduktive Nutzung von Ressourcen. Ein Beispiel hierfür sind Bürger*innengenossenschaften in der Nahraumversorgung.

Förderung der ökosozialen Transformation

Wie kann solidarische Ökonomie die ökosoziale Transformation fördern? Es ist wahrscheinlich eher ein „Transförmchen“ als eine Transformation. Aber zumindest ist sie lokal und bedarfsorientiert, sie kreiert kleine Kreise, fördert Kompetenz und Resilienz und sie ist in der Lage, z. B. in der Landwirtschaft den Handel auszuschließen und stattdessen direkte Verbindungen zwischen Produzent*innen und Konsument*innen herzustellen. Oder sie dient der Dekommodifizierung, das heißt, man kommt vom Wert der Ware, vom Wert des Gutes zum direkten Gebrauch und geht nicht über den Markt. Sie spart auch CO₂ – alleine aufgrund ihrer Gemeinschaftsnutzung und der Lokalisierung. Sie fördert Unabhängigkeit vom Weltmarkt und kann sich den „Sachzwängen“ des (Welt-)Marktes (teilweise) entziehen, denn sie ist nicht primär profitorientiert, sondern unabhängig von Investoren. Solidarökonomie schafft einen Raum kollektiven Lernens und Experimentierens, sie ist bedarfsorientiert, unabhängig von künstlich erzeugten Bedürfnissen.

Ich selbst habe Erfahrung mit solidarischer Ökonomie, weil ich seit ca. 30 Jahren in diesem Kontext tätig bin. Meine erste Erfahrung war die Gründung einer Wohnungsgenossenschaft in Deutschland mit Menschen, die im Stadtteil quasi durch Sanierung vertrieben werden sollten. Durch die genossenschaftliche Übernahme und die Gründung von Tochterunternehmen ist es uns damals gelungen, Wohnen und Arbeiten zusammenzubringen und in Selbstorganisation zu organisieren.

Wohnen als zentraler Kontext im städtischen Raum

Es entstehen auch heute unterschiedliche Wohnungsgenossenschaften mit sogenanntem ungeteiltem Eigentum – das ist zentral. Es sind keine Bauherrenzusammenschlüsse, sondern Wohnungsgenossenschaften, die ihren Bewohner*innen lebenslanges Wohnrecht bieten, das auch auf die Kinder übertragbar ist. Alle dort entstehenden Kosten werden auf Basis eines Kosten-Nutzungs-Prinzips gehandhabt. Man redet dort nicht von Miete.

Wenn Sie sich neue Wohnungsgenossenschaften anschauen, dann verbinden diese das Wohnen mit anderen Bereichen des Lebens: Stadtteilwerkstätten, Gemeinschaftsgärten, Gemeinschaftseinrichtungen für ältere Menschen, für Kinder, für Familien usw. Das heißt, Wohnungsgenossenschaften denken „Wohnen plus“. Das sollte man auch bei alten Wohnungsgenossenschaften nicht aufgeben. München hat z. B. alte Wohnungsgenossenschaften, die um 1860 entstanden sind. Diese haben sich in den letzten Jahrzehnten wieder der ursprünglichen Frage gewidmet: Wie kriegen wir unsere Mitglieder so mobilisiert, dass sie in der Lage sind, die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte auch angesichts der veränderten Demographie miteinander zu stemmen?

Es entstehen auch Senior*innengenossenschaften. Es ist ein Skandal, wie wir mit älteren Menschen umgehen. Wir schieben sie in Altenheime ab zu unbezahlbaren Preisen. Das kostet unserer Gesellschaft horrenden Summen. Ein Altenheim ist von den älteren Menschen meistens nicht gewünscht und es gäbe mit Senior*innengenossenschaften eine Alternative, aber es gibt keine Lobby dafür. Dagegen ist die Lobby der Altenheime z. B. in Deutschland – übrigens auch bei uns in Südtirol – mittlerweile stark vertreten.

Ein anderer Bereich, der in Österreich sehr stark ist, ist das Foodsaving und Foodsharing. Es gibt soziale Landwirtschaft (Green Care), Gemeinschaftsgärten und vieles, was in die Richtung neuer urbaner Subsistenz geht. Des Weiteren gibt es auch Repair-Cafés, Zeitbanken und vieles mehr.

Eine andere Kultur der Sozialen Arbeit

Ich möchte nun das Modell der italienischen Genossenschaften vorstellen, das es im deutschsprachigen Raum in dieser Art und Weise nicht gibt. Hinsichtlich der notwendigen Rahmenbedingungen für solidarische Ökonomie wäre es allerdings lohnenswert, ein solches Modell auch hier zu entwickeln. Um 1860 wurden in vielen Ländern Europas Selbsthilfegenossenschaften im Bereich Wohnen, im Bereich Konsum, Produktion usw. gegründet. Dann entstand ausgehend von der Psychiatriereform 1991 die Gesetzesreform zur Gründung von Sozialgenossenschaften. Inspiriert wurden diese Sozialgenossenschaften von einem Experiment des Leiters der Triester Psychiatrie Franco Basaglia, der sich sprichwörtlich selbst abgeschafft hat, indem er

ein genossenschaftliches Arbeitsmodell im Rahmen der psychiatrischen Beschäftigungstherapie eingesetzt hat.

Es war ein Entwicklungsschub, der sich, ausgehend von Triest, auch in Psychiatriereformen anderer Länder wiederfand. Auch wurden andere Selbsthilfe- und Self-Advocacy-Gruppen wie zum Beispiel das Heidelberger Patient*innenkollektiv davon inspiriert.

Genossenschaften werden normalerweise gegründet, um die Interessen ihrer Mitglieder zu fördern; die Mitglieder verfolgen den Zweck der Genossenschaft. Solche Sozialgenossenschaften vertreten aber nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder – das wären zum Beispiel die Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen –, sondern hier werden Genossenschaften gegründet, bei denen die Mitglieder in einer explizit horizontalen Weise soziale oder gesundheitliche Aufgaben verrichten. Die Mitglieder – auch jene, die Hilfen in Anspruch nehmen – haben Teilhaberechte an der Sozialgenossenschaft. Da entstand also in Italien eine andere Kultur der Sozialen Arbeit, als sie in anderen Ländern Europas in den 1990er Jahren üblich war. Mittlerweile gibt es tausende Sozialgenossenschaften in Italien und es gibt viele unterschiedliche Formen. Die Arbeitsintegration spielt bei diesen Sozialgenossenschaften eine große Rolle, auch die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Bürger*innengenossenschaften zur Bündelung der Kräfte im ländlichen Raum

Im Zeitraum von 2005 bis 2020 entstanden in Deutschland, wie bereits erwähnt, zahlreiche Bürger*innengenossenschaften in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Soziales, Kultur, Infrastruktur und Nahraumversorgung zur Erhaltung der ländlichen Räume.

In Italien kam es zur Restrukturierung von peripheren Gemeinden und ländlichen Gebieten auf der Basis abgestimmter Entwicklungskonzepte individueller und kollektiver Akteure. Seit 2020 hat Italien ein Gesetz zur Förderung der Cooperative di Comunità, der gemeinschaftlichen Genossenschaften.

Es gibt da im Übrigen interessante touristische Angebote. Unter „Albergo Diffuso“ finden Sie wunderschöne Dörfer im Inneren Italiens, in denen Menschen gemeinsam agieren.

Auf Mitarbeiter*innenübernahmen habe ich bereits hingewiesen. Diese werden von den Zusammenschlüssen gefördert, vor allen Dingen Legacoop, die die Tradition der Arbeiter*innen-Genossenschaften vertritt. Erwähnen möchte ich noch Mutualitätsfonds. Mutualitätsfonds sind eigene Finanzierungsinstrumente, die sich die Genossenschaftsverbände geschaffen haben, um Krisen zu überstehen und neue Gründungen zu initiieren.

Bürger*innengenossenschaften sind keine Personengenossenschaften, sondern die Bündelung von vorhandenen Kräften, vor allem in ländlichen Räumen, in denen sich zum Beispiel die Vereine, Verbände oder die noch verbliebenen Geschäfte als Multistakeholder-Konstruktion zusammenschließen und gemeinsam eine Idee entwickeln.

Soziale Landwirtschaft: das Potenzial von hybriden Organisationen

Wichtig ist, dass wir die solidarische Ökonomie in ihrem Potenzial als hybride Organisationen sehen, die offen ist für die unterschiedlichsten Kombinationen. Eine soziale Innovation entsteht immer daraus, dass neue Akteur*innen in ein Feld gehen und neue Kombinationen erzielen, und zwar in Bereichen, die vorher wenig miteinander zu tun hatten.

Dazu zählt etwa die soziale Landwirtschaft, die in Italien seit 2015 gesetzlich geregelt ist. Soziale Landwirtschaft verbindet soziale, edukative und gesundheitliche Ziele mit (bio-) landwirtschaftlicher Produktion und Vermarktung. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die die landwirtschaftliche Arbeit als ihr Primärziel haben und sich mit Multifunktionalität trotz kleiner Höfe das Überleben sichern (das Höfesterben ist in Europa sehr weit verbreitet). Die anderen, vor allem Sozialgenossenschaften, haben als primäres Ziel die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. Sie nutzen die Landwirtschaft für ihre Zwecke. Dann gibt es eine breite Bewegung der solidarischen Landwirtschaft (Community Supported Agriculture), wo es darum geht, dass Kleinproduzent*innen von solidarischen Einkaufsgruppen – also von Menschen, die sich mit biologischen Lebensmitteln versorgen möchten – unterstützt werden. Solidarische Landwirtschaft dient der Erhaltung ländlicher Räume und bäuerlicher Strukturen und kreiert soziales Kapital.

Die städtische Subsistenz dient der Versorgung der Bevölkerung, aber

auch dem kollektiven Lernen für eine andere Stadtnutzung. Interessant ist hier das Beispiel der essbaren Städte. Eine der ersten essbaren Städte war das kleine Andernach am Rhein. Es gibt Dokumentationen darüber, dass die Bürger*innen erst zum Ernten erzogen werden mussten, also dass sie sich nehmen, was sie wollen. Vertikales Grün, horizontales Grün und essbares Grün sind mittlerweile auch in der Stadtentwicklung angekommen.

In Italien gibt es seit dem Gesetz von 2015 ca. 1700 Unternehmen, davon 70 Prozent Sozialkooperativen, die im Bereich der sozialen Landwirtschaft tätig sind. Diese beschäftigen sich mit unterschiedlichen Bereichen: Berufsqualifikation, Betreuung von älteren Menschen und Kindern vor Ort am Hof, Arbeitsintegration, Rehabilitation, soziale Inklusion, Bildung für nachhaltige Entwicklung usw. Was besonders wichtig ist: Sozialgenossenschaften in der sozialen Landwirtschaft im Süden gehen auch gegen organisierte Kriminalität vor. Die Dachorganisation Libera Terra unterstützt hunderte Unternehmen und Kleinstgenossenschaften bei der Bewirtschaftung von Ländereien, die der Mafia enteignet wurden. Hier spielt die Landwirtschaft eine ganz zentrale Rolle.

Man muss natürlich sehen, dass wir in Italien derzeit – nach einer Untersuchung des Osservatorio Placido Rizzotto – 180.000 Menschen haben (insbesondere jene mit Migrationsgeschichte), die von extremer Ausbeutung oder neuer Sklaverei in der Landwirtschaft betroffen sind. Das sind Verhältnisse, da ist eine kleine Sozialgenossenschaft eine Fahrradbremse am Düsenjet.

Kurz möchte ich noch auf eine Bewegung eingehen, die ich zunächst nicht ganz so ernst genommen habe: die Repaircafés. Hier geht es darum, dass man die Waren bzw. Dinge beherrscht und sich nicht von ihnen beherrschen lässt und darüber hinaus auch kollektiv und generationsübergreifend arbeitet. Auch Zeitbanken sind eine Möglichkeit, um Kräfte zu bündeln und jenseits des Geldverkehrs zu agieren.

Voraussetzungen für eine soziale und solidarische Ökonomie

Wie kann man im Lebensumfeld selbst solche Ansätze generieren – einfach und relativ spontan? Die Organisation von Gemeinschaftsnutzung kann man sehr leicht selbst umsetzen. Dazu zählt all das, was Kollektivität fördert – von Gemeinschaftsküchen über Gemeinschaftsgärten und Gemeinschaftswerk-

stätten bis hin zur Übernahme der eigenen Hausverwaltung oder zur Gründung von Genossenschaften für soziale Hausbewirtschaftung.

Das Ganze ist aber nicht voraussetzungslos – es braucht eine Ermöglichungsstruktur. Der Anspruch sozialer Inklusion und ökosozialer Transformation erfordert eine gestaltende Sozialpolitik, welche die Vielfalt gesellschaftlich sinnvoller und notwendiger Tätigkeiten akzeptiert und aktiv fördert. Es braucht nicht nur ein sicheres Einkommen – nennen wir es bedingungslos –, sondern es braucht die Vorstellung einer Gesellschaft, einer Normalität dieser Gesellschaft jenseits der Fixierung auf Erwerbsarbeit. Da ist die soziale und solidarische Ökonomie ein kleiner Ansatz, um dieses Ziel zu erreichen. Es braucht eine andere Zusammenarbeit, ein Ernstnehmen der Zivilgesellschaft mit ihrer kreativen Kraft. Eine aktive Bürger*innenschaft braucht den sicheren Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge unabhängig von der Kaufkraft sowie Anerkennungs-, Ermöglichungs- und Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftliche Selbstorganisation. Und nicht zuletzt braucht es auf gesellschaftlicher Ebene ein neues Zusammenspiel zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft, um eine ökosoziale Wende einzuleiten.

Susanne Elsen arbeitet seit zwölf Jahren in Italien und beschäftigt sich seit dreißig Jahren mit dem Thema solidarische Ökonomie in Theorie und Praxis:

www.susanne-elsen.com.

Literaturverzeichnis

- Elsen, Susanne (2019): *Eco-Social Transformation and Community-Based Economy*. New York, London: Routledge.
- Gibson-Graham, J. K. / Katherine, Julie / Cameron, Jenny / Healy, Stephen (2013): *Take Back the Economy: An Ethical Guide for Transforming our Communities*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Helfrich, Silke / Bollier, David (2015): Commons. In: D'Alisa, Giacomo / Demaria, Federico / Kallis, Giorgos: *Degrowth. A vocabulary for a New Era*. New York: Routledge, S. 75–78.
- Müller, Christa (2011): Urbane Agrarkultur und neue Subsistenz. In: Elsen, Susanne (Hrsg.): *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens*. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher, S. 115–128.
- Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: Cambridge University Press.

„ Es ist - wie die gesamte Lösung der Klimakrise – eigentlich gar nicht so komplex, sondern es geht darum, dass wir zusammen kommen, dass wir uns austauschen und dass wir sehen, dass die Probleme, ob Klima oder Armut zusammenhängen und dass wir diese Wechselwirkungen sichtbar machen, damit den Menschen klar wird, dass es nicht entweder oder heißt, sondern beides zusammen denken. “

– Carmen Bayer, Salzburger Armutskonferenz

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft

In diesem Aufsatz stelle ich mit Blick auf die Care-Arbeit eine politische Strategie dar, die nicht nur der Gefährdung sozialer Beziehungen entgegenwirken kann, sondern auch der Klimaerwärmung.¹⁾ Indem ich insbesondere den Stellenwert der familiären und ehrenamtlichen Sorgearbeit betone, kann ich die systemischen Gemeinsamkeiten zwischen der Überlastung von Sorgearbeitenden und der Überlastung ökologischer Kreisläufe sichtbar machen. Entsprechend lassen sich mit der Transformationsstrategie der Care Revolution nicht nur die Rahmenbedingungen für Sorgearbeitende verbessern – eine radikale Care-Bewegung kann auch einen Beitrag zur Stärkung der Klimagerechtigkeitsbewegung leisten. Ferner legt der Fokus auf die unentlohnte Sorgearbeit nahe, als konkrete Utopie eine solidarische Gesellschaft zu denken, in der Lohnarbeit und entsprechend auch Geld keine Rolle mehr spielen.

Einleitung

Derzeit stehen wir vor einem politischen Scherbenhaufen: Der Krieg der russischen Regierung in der Ukraine erzeugt wie alle Kriege auf dieser Welt unfassbares menschliches Leid; die schnell voranschreitende Klima-zerstörung zwingt schon heute Menschen zur Flucht; die vermeidbare und deswegen besonders unerträgliche Armut nimmt weltweit zu. All dies zerstört jeden Tag menschliche Sorgebeziehungen. Darüber hinaus werden insbesondere die Lebensperspektiven vieler junger Menschen durch die Erkenntnis in Frage gestellt, dass das so breit propagierte Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begren-

1 Dieser Artikel fasst einige zentrale Aussagen aus meinem 2021 im transcript Verlag erschienenen Buch Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima zusammen, die dort vertieft behandelt werden.

zen, nicht mehr zu realisieren ist. Immer öfter geraten auch in reichen Ländern Menschen in existenzbedrohende finanzielle Schwierigkeiten. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, die zunehmend flexibilisierte Lohnarbeit mit der Sorgearbeit für Kinder und pflegende Angehörige zu verbinden; in der Folge kommt die Sorge für sich selbst ebenso zu kurz wie Zeiten der Muße. All dies führt zu tiefen Verunsicherungen und Erschütterungen und erschwert unseren gegenseitigen Bezug aufeinander, unsere Fähigkeit, uns umeinander zu kümmern.

Um diesen Entwicklungen entgegenzutreten, muss ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel beginnen: Wir brauchen eine Gesellschaft, die auf Solidarität und Sorge umeinander aufbaut, denn ohne gelingende soziale Beziehungen ist kein gutes Leben möglich. Deswegen erläutere ich im Folgenden zunächst die Bedeutung von Care-Arbeit bzw. Sorgearbeit (diese Begriffe werden im Deutschen synonym benutzt). Danach beleuchte ich den Zusammenhang zwischen der sozialen und der ökologischen Krise, bevor ich dann die Transformationsstrategie der Care Revolution darstelle, die zu einer sozialen und klimagerechten Care-Ökonomie führen kann. Zum Abschluss skizziere ich noch meine konkrete Vision einer solidarischen Gesellschaft.

Stellenwert der Care-Arbeit

Häufig wird auch von sozialen Bewegungen noch zu wenig benannt, dass wir zeitgleich mit der Zerstörung ökologischer Systeme eine Zerstörung sozialer Beziehungen erleben. Grund dafür ist, dass mit dem Ziel der Kostenersparnis die Rahmenbedingungen für die Care- bzw. Sorgearbeit immer weniger den wachsenden Anforderungen entsprechen. Unter dem Begriff Care-Arbeit werden die familiäre und ehrenamtliche Sorgearbeit für andere, die Sorgearbeit für sich selbst sowie die entlohnten Erziehungs- Bildungs- Gesundheits- und Pflegetätigkeiten in staatlichen Institutionen, Wohlfahrtsverbänden oder Privatunternehmen verstanden. In Deutschland sind ca. 80 Prozent der Care-Beschäftigten Frauen; bei der unentlohten familiären und ehrenamtlichen Sorgearbeit sind es 60 Prozent der Arbeitsstunden, die von Frauen getätigt werden *[Statistisches Bundesamt 2015: 11ff., 2019: 362 und eigene Berechnungen]*.

Ziele der Sorgearbeit sind die Entwicklung und Erhaltung von körperlichen, emotionalen und intellektuellen Fähigkeiten. Damit stellt die Care-Arbeit ein lebensnotwendiges Element jeder Gesellschaft dar. Ohne die vielen Menschen, die tagtäglich Kinder erziehen, Angehörige unterstützen und pflegen oder Menschen in Not helfen, würde jede Gesellschaft sofort zusammenbrechen.

Sorgearbeit wird hauptsächlich im familiären Kontext geleistet, aber eben auch von Care-Beschäftigten, etwa in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kitas oder Schulen. Nach den letzten verfügbaren empirischen Daten entfallen in Deutschland 56 Prozent aller Arbeitsstunden auf die unentlohnte Sorgearbeit, 44 Prozent auf die Erwerbsarbeit insgesamt. Innerhalb der Erwerbsarbeit wiederum entfallen 18 Prozent der Erwerbsarbeitsstunden auf die Care-Bereiche Gesundheit und Pflege, Bildung und Erziehung sowie die Haushaltsdienstleistungen. Bezogen auf den Gesamtumfang der Arbeit liegt der Anteil der entlohten Care-Arbeit entsprechend bei 8 Prozent. So lässt sich zeigen, dass knapp zwei Drittel aller Arbeitsstunden (56 Prozent unentlohnt und 8 Prozent entlohnt) in Deutschland Care-Tätigkeiten sind (ebd.). Und dieser Prozentsatz wird in Zukunft weiter zunehmen, da es zwar möglich ist, immer schneller Güter zu produzieren, wir aber nicht immer schneller Menschen beraten, heilen oder versorgen können, ohne dass es zu großen Qualitätsverlusten kommt.

Kein Platz für Care im Neoliberalismus

Das zentrale Problem ist nun, dass im neoliberalen Kapitalismus nicht nur Care-Beschäftigte aus Gründen der Kosteneinsparung mit Personalknappheit und schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert sind, sondern dass insbesondere auch für die unentlohnte Sorgearbeit kein Zeitfenster mehr vorgesehen ist. In vielen westlichen Industriestaaten war bis in die 1970er Jahre hinein das Ernährermodell noch weit verbreitet: Die sogenannte Hausfrau war für die gesamte familiäre Sorgearbeit zuständig und meist finanziell vom erwerbstätigen Ehemann abhängig. Dagegen lief nicht nur die Frauenbewegung Sturm – das Konzept wurde auch für Unternehmen wegen der hohen Familienernährer-Löhne zu teuer. Spätestens seit der Jahrtausendwende hat sich die Situation grundlegend verändert. Nunmehr, im Neo-

liberalismus, ist idealtypisch jede erwerbsfähige Person für das eigene Einkommen verantwortlich – unabhängig von der Anzahl der zu versorgenden Kinder oder der zu betreuenden Angehörigen.

Entsprechend gibt es den Ernährerlohn heute kaum noch. Gleichzeitig steigt die Erwerbstätigenquote von Frauen immer weiter an. Sozialstaatliche Leistungen wurden und werden schrittweise abgebaut. Stattdessen wird das Konzept der Eigenverantwortung betont. Dieses neoliberale Modell ist nun für Menschen mit umfangreichen Sorgeaufgaben auf die Dauer nicht durchzuhalten, zumal gleichzeitig die Anforderungen in beiden Arbeitsbereichen immer weiter zunehmen: auf der einen Seite flexibilisierte Erwerbsarbeitszeiten bis in den Feierabend und Urlaub hinein, auf der anderen Seite steigende Anforderungen an die Kindererziehung – immer wichtiger wird u.a. die gesunde Ernährung von Kindern oder die Betreuung der Hausaufgaben, ohne die manche Kinder in der Schule verloren wären.

So geraten Menschen mit umfangreichen Sorgeaufgaben häufig in Armut (*Winker 2020*). Dies betrifft etwa Alleinerziehende, also insbesondere Frauen, aber auch Menschen mit hohem Sorgebedarf, die beispielsweise körperlich beeinträchtigt sind. Denn sowohl ein hohes Maß an unentlohnter Sorgearbeit als auch ein hoher Sorgebedarf gehen in der Regel mit einer reduzierten Erwerbsarbeitszeit einher und sind in der Folge mit einem geringeren Einkommen in der Gegenwart und einer geringeren Rente in der Zukunft verbunden.

Dazu kommt, dass Menschen, die ihre Berufstätigkeit in Vollzeit mit Sorgeaufgaben gegenüber Kindern oder unterstützungsbedürftigen Angehörigen oder Freund*innen verbinden müssen oder wollen, zeitlich an die Grenzen ihrer Kräfte geraten. Leben unter Armutsbedingungen und / oder Arbeitsanforderungen ohne Ende werden damit zur alltäglichen Realität. In der Folge kommt die Sorge für sich selbst zu kurz. Diese Entwicklungen führen zu Erschöpfung bis hin zu psychischen Erkrankungen. Ebenso bleiben wichtige Bedürfnisse von Kindern oder kranken Menschen, die auf Sorge angewiesen sind, unerfüllt.

Zusammenhang von Care und Klima

Häufig wird in sozialen Bewegungen noch kein Zusammenhang hergestellt zwischen dem Leid der Care-Beschäftigten in Krankenhäusern und Kitas sowie der Eltern und pflegenden Angehörigen einerseits und den zuneh-

menden Belastungen durch Hitze, Stürme und Fluten andererseits. Aus dem Blickwinkel von Care Revolution sind jedoch diese zwei zerstörerischen Entwicklungen in dreierlei Hinsicht eng verbunden:

Zunächst hat die Klimakatastrophe ganz unmittelbare Auswirkungen auf Sorgebeziehungen. Denn damit Menschen füreinander sorgen können, brauchen sie einen stabilen, unterstützenden Rahmen. Diese Sicherheit ist bereits durch ungenügende Maßnahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge beschädigt, wird aber durch die vielfältigen Folgen der Erderwärmung immer weiter erschüttert.

Zudem lässt sich Sorge nicht nur als eine Tätigkeit, sondern auch als eine Haltung verstehen, die die Bedeutung sozialer Beziehungen betont und damit auch auf die Bedürfnisse anderer gerichtet ist. In diesem umfassenden Sinne tragen heute in Europa lebende Menschen auch Verantwortung für die Lebensbedingungen der Menschen im globalen Süden oder der zukünftigen Generationen. Auch unsere Beziehung zur nicht-menschlichen Natur und auf den gesamten Planeten Erde ist als Sorge zu begreifen.

Schließlich liegen die Ursachen der rapide zunehmenden Erderwärmung wie auch jene der schnell wachsenden Zahl erschöpfter Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Denn in diesem System gelten sowohl familiäre und ehrenamtliche Sorgearbeit als auch ökologische Kreisläufe als unentgeltliche und scheinbar uneingeschränkt vorhandene Ressourcen. Sie werden zum Zweck der Kapitalverwertung ohne Rücksicht auf die Grenzen der menschlichen Leistungsfähigkeit und der Belastbarkeit von Ökosystemen genutzt.

Hinzu kommt, dass der konkurrenzgetriebene Wachstumszwang der kapitalistischen Gesellschaft immanent ist. Wachstum bedeutet aber, dass immer mehr Rohstoffe und immer mehr Lebenszeit in den Kapitalverwertungsprozess förmlich eingesaugt werden. Und Konkurrenz beinhaltet, dass möglichst wenig Mittel zur Reproduktion des menschlichen Lebens und zur Reproduktion ökologischer Kreisläufe aufgewandt werden.

In der Folge ist das derzeitige Wirtschaftssystem weder in der Lage, die Treibhausgas-Emissionen kurzfristig im notwendigen Maß einzuschränken, noch dazu, die finanziellen Mittel für Bildung, Gesundheit und Pflege hinreichend zu erhöhen. Im Gegenteil werden arbeits-, sozial- und umweltpolitische Maßnahmen aus Gründen der globalen Konkurrenzfähigkeit in zu

geringem Umfang und auf eine Weise durchgeführt, dass nach Möglichkeit Unternehmen noch an ihnen verdienen. Ich spreche in diesem Zusammenhang von Krisen der sozialen und der ökologischen Reproduktion. Die Gefährdung von Sorgebeziehungen und die ökologische Zerstörung sind also systemisch bedingt. Das bedeutet gleichzeitig, dass auf dieser Stufe der kapitalistischen Entwicklung mit einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen zu rechnen ist. Dies gilt insbesondere für den Globalen Süden, in dem die Hungersnot zunimmt, aber auch für jene Menschen in Europa, die nur über geringe finanzielle Ressourcen verfügen.

Care Revolution als Transformationsstrategie

Wir stehen daher vor der riesigen Aufgabe, profitorientiertes Wirtschaften zunächst einzuschränken und letztlich zu überwinden. Zudem sind tiefgehende Veränderungen innerhalb kurzer Zeit notwendig, um den Kollaps der Ökosysteme zu verhindern. Es gilt also, zügig Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen familiäre und ehrenamtliche Sorgearbeit nicht überbeansprucht, sondern unterstützt wird, und es ist zugleich erforderlich, die Endlichkeit von Naturressourcen ebenso zu beachten wie die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Treibhausgase. Um dies zu erreichen, ist eine gesellschaftliche Mobilisierung sehr vieler Menschen notwendig. Dies erfordert aus meiner Sicht insbesondere auch eine politische Zusammenarbeit von Aktiven in Klima- und Care-Gruppen sowie gewerkschaftlichen und anderen Akteur*innen, die gegen soziale Ungleichheit auftreten.

Um dieser Zusammenarbeit eine Perspektive zu geben, schlage ich eine Transformationsstrategie vor. In deren Zentrum steht – wenn auch noch unter kapitalistischen Bedingungen – der Aufbau von Elementen einer solidarischen Care-Ökonomie. Die Transformationsstrategie stellt einen Bereich dar, in dem nicht Renditeorientierung, sondern menschliche Bedürfnisse im Zentrum ökonomischen Handelns stehen. Damit eröffnet sie ein Feld, auf dem solidarische Praxen und eine Wirtschaftsweise erprobt werden können, die unmittelbar auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse gerichtet sind, ohne ökologische Zerstörung in Kauf zu nehmen.

Zur solidarischen Care-Ökonomie gehören neben solidarisch geführten Einrichtungen der Care-Infrastruktur Betriebe weiterer Bereiche wie Landwirtschaft, Wohnungsbau, Mobilität oder Energieversorgung, sofern sie Privatunternehmen entzogen werden und sich direkt an den menschlichen Bedürfnissen orientieren.

Wegen der wachsenden ökologischen und sozialen Verheerungen ist es notwendig, zügig erste soziale und ökologische Verbesserungen der Lebensbedingungen zu erreichen. Hierfür sehe ich, wie auch das Netzwerk Care Revolution, das seit über acht Jahren im deutschsprachigen Raum tätig ist, vier Ansatzpunkte, die die Grundprinzipien der sozial-ökologischen Transformationsstrategie der Care Revolution darstellen und die die Entwicklung einer solidarischen Care-Ökonomie fördern:

Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Zunächst benötigen Menschen deutlich mehr verfügbare Zeit, als gegenwärtig beispielsweise Vollzeit berufstätigen Eltern zur Verfügung steht. Deswegen ist eine deutliche Reduktion der Vollzeit-Erwerbsarbeit auf zunächst nicht mehr als 30 Stunden pro Woche für alle unabdingbar, damit sich alle an der unentlohnten Sorgearbeit beteiligen können. Alle erwerbsfähigen Personen haben dann höchstens eine kurze Vollzeit mit aus Sicht der Beschäftigten steuerbaren flexiblen Langzeitkonten, so dass auch die individuelle Zeitsouveränität steigt. Der durch solche Schritte der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit entstehende Zeitgewinn, gibt vielen Menschen den notwendigen zeitlichen Spielraum, z.B. für soziales Engagement. Grundlegend ist, dass die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit mit einem Lohnausgleich für schlechter verdienende Beschäftigtengruppen einhergeht und ohne Erhöhung der Arbeitsintensität verwirklicht wird.

Damit verringert sich das gesamte Volumen der Erwerbsarbeit und die Gesellschaft ist gezwungen, eine Debatte über den Stellenwert einzelner Wirtschaftsbereiche zu führen: Die Produktion welcher Güter soll abgebaut werden und in welchem Umfang sollen gleichzeitig beispielsweise das Gesundheits- und das Bildungswesen ausgebaut werden? Eine solche Reflexion und Umsetzung ökonomischer Schwerpunktsetzungen kann u. a. durch Produktionsverbote und staatliche Investitionslenkung einen großen Beitrag

dazu leisten, die Erderwärmung tatsächlich zu begrenzen.

Ferner ist es wichtig, schrittweise die Löhne und Gehälter anzugleichen, um auch bei einer Verringerung des Erwerbsarbeitsvolumens Armut zu verhindern. Ziel ist eine möglichst weitgehende Nivellierung der Einkommensdifferenzen, so dass zukünftig die Forderung nach gleichem Verdienst pro Erwerbsarbeitsstunde für alle nicht mehr so utopisch klingt, wie es heute noch der Fall ist. Die konsequente Fortsetzung einer solchen Entwicklung ist ein gleiches Einkommen für alle, unabhängig vom Umfang der geleisteten Erwerbsarbeit. Damit wird die Trennung der gesellschaftlichen Arbeit in eine entlohnte und eine nicht entlohten Sphäre grundlegend in Frage gestellt.

Aufbau einer solidarischen Unterstützungsstruktur. Zweitens gilt es, eine existenzielle Absicherung für alle auch jenseits der Lohnarbeit durchzusetzen, beispielsweise durch die Realisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Ferner ist es wichtig, die öffentliche soziale Infrastruktur in Bildung und Erziehung, in Gesundheit und Pflege auszubauen, sie gebührenfrei zu gestalten und ihre Qualität durch Ausbildung und Einstellung von mehr Fachpersonal zu steigern. In diesem Kontext müssen selbstverständlich auch die Arbeitsbedingungen und Löhne der meist weiblichen Care-Beschäftigten, beispielsweise von Erzieher*innen und Altenpflegekräften, deutlich verbessert werden. Letzteres gilt gerade auch für die zumeist migrantischen Beschäftigten in Privathaushalten.

Mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur lässt sich der Care-Bereich gegenüber der Sphäre der Güterproduktion deutlich stärken. Dies unterstützt nicht nur Menschen in ihren Sorgebeziehungen. Darüber hinaus würde mit dieser Verschiebung auch die rasch voranschreitende Erderwärmung gebremst. Denn im Bereich personennaher Dienstleistungen sind die Treibhausgas-Emissionen deutlich geringer als im Bereich der Güterproduktion.

Eine wirksame individuelle Absicherung sowie der Ausbau unterstützender sozialer Infrastruktur machen wiederum längere Erwerbsarbeit und die Konkurrenz um die höher entlohten Jobs zunehmend unattraktiv. Denn sich jetzt und für das Alter umfangreiche Ersparnisse zuzulegen, wäre dann weitgehend sinnlos

Entwicklung demokratischer Beteiligungsformen. Drittens ist es wichtig, den erforderlichen Ausbau öffentlicher Infrastruktur demokratisch zu gestalten, da Menschen in diesem Bereich, der die eigene Person zutiefst berührt, am besten selbst beurteilen können, welche Unterstützung sie benötigen. Notwendig sind Organe der Selbstverwaltung wie Vollversammlungen und Räte, beispielsweise Care- oder Energie-Räte, sowie auch Plebiszite mit Gestaltungsmacht.

Voraussetzung für eine solche Demokratisierung ist zudem, den vorherrschenden Trend zu Privatisierungen zu stoppen und gleichzeitig die Vergesellschaftung all derjenigen Institutionen und Unternehmen voranzutreiben, die keine umfassende Mitsprache der Nutzer*innen und der Beschäftigten erlauben. Dies gilt für Wohlfahrtsverbände und Privatunternehmen, die Pflegeheime oder Krankenhäuser betreiben, ebenso wie für Energie- oder Mobilitätskonzerne.

Abgesehen von der unmittelbaren Verbesserung der Versorgungsqualität werden in diesen demokratisch verwalteten Einrichtungen Fähigkeiten der Selbstverwaltung und der gegenseitigen Wahrnehmung geübt. Dies kann es zunehmend absurd erscheinen lassen, in anderen Bereichen der Gesellschaft Herrschaft hinzunehmen.

Unterstützung vielfältiger Lebensentwürfe. Als Bestandteil einer solidarischen Care-Ökonomie sind viertens vielfältige Gemeinschaftsprojekte im Stadtteil oder auf dem Dorf enorm wichtig. Sie sollten deswegen durch staatliche finanzielle Mittel unterstützt werden. Ich denke dabei an Nachbarschaftszentren und Mehrgenerationenhäuser, aber auch an Betriebe wie Polikliniken oder Betriebe der solidarischen Landwirtschaft. Im Rahmen dieser Projekte werden bereits heute wichtige Erfahrungen mit vergemeinschaftetem Besitz gesammelt; häufig werden Gebrauchsgegenstände gemeinsam genutzt, womit sich die Güterproduktion reduzieren lässt. Teilweise wird dort das Einkommen gleichmäßig oder aber nach Bedarf aufgeteilt. Zudem werden Entscheidungsprozesse kollektiv organisiert. Dies sind Leuchttürme, die schon ein wenig in die Zukunft weisen, sich stark an ökologischen Zielen orientieren und teils auch Lebensformen jenseits der Kleinfamilie attraktiv erscheinen lassen. Auch hier geht es ganz offensichtlich um die Entfaltung von Erfahrungen, Fähigkeiten und Wünschen, die jede Alternative zum Kapitalismus dringend benötigt.

Umsetzung einer solidarischen Care-Ökonomie

Werden die hier genannten Schritte umgesetzt, lassen sich schon innerhalb der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise wesentliche, wenn auch wegen der systemischen Grenzen keinesfalls ausreichende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Sorgebeziehungen und für Klimaschutz erreichen. Es wird dann auch nicht mehr im Vordergrund stehen, was wir alles verlieren, wenn wir aus ökologischen Gründen auf motorisierten Individualverkehr, Flugreisen, Fleischkonsum und vieles mehr verzichten. Stattdessen wird der Gewinn an Lebensqualität bedeutsam, der durch genügend Zeit und Raum für soziale Beziehungen entsteht. Somit eröffnet jeder Schritt hin zu einer solidarischen Care-Ökonomie erweiterte Handlungsperspektiven. Zugleich werden jedoch die Möglichkeiten der Kapitalverwertung beschränkt, so dass alle Schritte in diese Richtung hart umkämpft sein werden.

Solidarische Gesellschaft als konkrete Utopie

Aber auch abgesehen von dieser Grenze für Reformen wird es in einer solchermaßen veränderten Gesellschaft weiterhin zur Abwertung familiärer und ehrenamtlicher Sorgearbeit kommen. Um diese Abwertung zu durchbrechen, gilt es letztlich, die für den Kapitalismus funktionale Sphärentrennung zwischen entlohnter und nicht entlohnter Arbeit aufzuheben. Das bedeutet nicht, dass die bisher unentlohnte Sorgearbeit nun entlohnt werden soll, um damit auch diesen Bereich der Leistungskontrolle zu unterwerfen. Vielmehr geht es darum, die Lohnarbeit zu überwinden und Arbeit in ihrer unentlohnten, direkt auf die Befriedigung von Bedürfnissen gerichteten Form zu verallgemeinern.

Diese Überlegungen überschreiten nun endgültig den Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft. Sie stellen allerdings auch heute bereits einen wichtigen Orientierungsrahmen für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft dar. In einer solchen Gesellschaft haben alle Menschen freien Zugang zu dem, was in arbeitsteiliger Praxis geschaffen wird, und alle tragen gemäß ihren Bedürfnissen zur notwendigen Arbeit bei. Das bedeutet, sie entscheiden selbst über ihren Beitrag. Über Gespräche, computergestützte Informationen über bestehende Produktionskapazitäten sowie die Planung anstehender Aufgaben werden die Bedarfe und Beiträge koordiniert. Gesell-

schaftspolitische Entscheidungen – dazu gehören auch ökologisch relevante Entscheidungen – werden über offene Versammlungen vor Ort oder über Räte in überregionalen Kontexten abgestimmt (Neumann / Winker 2018). In dieser solidarischen Gesellschaft gibt es keine privatwirtschaftliche Orientierung mehr an Profiten auf Kosten von menschlicher und nicht-menschlicher Natur. Stattdessen wird ein sorgender und solidarischer Umgang miteinander durch die Grundstruktur einer solchen Gesellschaft gestützt. Daher wird es auch kaum ein Interesse an einer Schädigung sozialer Beziehungen oder der Ökosysteme geben.

Der Weg in eine solche solidarische Gesellschaft umfasst allerdings unweigerlich Konflikte und Debatten über ihre Ausgestaltung. Auch die jahrhundertelangen Diskriminierungen entlang der lange eingeübten klassistischen, sexistischen, rassistischen und bodyistischen (auf den Körper bezogenen) Herrschaftsverhältnisse lassen sich nicht von heute auf morgen überwinden. Doch in tatsächlich demokratisierten Verhältnissen, in denen die private Verfügung über Produktionsmittel nicht von vornherein Hierarchien und Ausschlüsse hervorruft, besteht die Chance, die vielfältigen Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Mit dem Austausch in Kollektiven und Gemeinschaften entstehen Räume, in denen es möglich ist, eine Kultur des offenen und solidarischen Miteinanders zu entwickeln und zu erproben – ein langwieriger Prozess, der aber unabdingbar ist für eine Gesellschaft, die ihre Lebensbedingungen bewusst und demokratisch selbst gestaltet. Werden Konkurrenz und Wachstum als zentrale Gestaltungsprinzipien überwunden und stattdessen die Kooperation aller ins Zentrum gerückt, kommen wir der Utopie einer solidarischen Gesellschaft ein großes Stück näher.

Gabriele Winker ist Sozialwissenschaftlerin und Care-Aktivistin. Sie war bis 2019 Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU Hamburg, ist Mitbegründerin des Netzwerks **Care Revolution** und hat 2022 die Stiftung **Care for Future** gegründet

Literatur

- Neumann, Matthias / Winker, Gabriele (2018): Solidarische Gesellschaft als Ziel – Care Revolution als Strategie. In: Neupert-Doppler, Alexander (Hrsg.): Konkrete Utopien. Stuttgart: Schmetterling, S. 112-129.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015): Zeitverwendungserhebung. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen 2012 / 2013. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/Publikationen/Downloads-Zeitverwendung/zeitverwendung-5639102139004.pdf;jsessionid=F5372C9E3DBDA9D5775F7C0AD42E5F0.live742?blob=publicationFile> [01.11.2022].
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019): Statistisches Jahrbuch 2019. https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Jahrbuch/statistisches-jahrbuch-2019-dl.pdf?__blob=publicationFile [01.11.2022].
- Winker, Gabriele (2020): Care als Armutsrisiko. Care Revolution als politische Antwort. In: Dackweiler, Regina-Maria et. al. (Hrsg.): Frauen und Armut – Feministische Perspektiven. Opladen: Barbara Budrich, S. 450-468.

Marie Chahrour

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle

Die Frauen-Vor!-Konferenz auf der 13. Armutskonferenz widmete sich der Frage, wie Geschlecht in der Auseinandersetzung mit der Klimakrise berücksichtigt werden kann. Während aktuelle Nachhaltigkeitsdiskurse von der Idee des „grünen Wachstums“ dominiert werden, stellt der Ansatz sozial-ökologischer Tätigkeitsgesellschaften Suffizienz sowie nachhaltige Arbeit ins Zentrum. Diese beinhaltet u.a. kürzere Normalarbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich und legt den Fokus auf eine ökologische Art der Produktion. Neben Erwerbsarbeit sind auch Sorge-, Gemeinschaftsarbeit und Eigenarbeit fixe Bestandteile nachhaltiger Arbeit. Eine Berücksichtigung und angemessene Bewertung all dieser Tätigkeitsbereiche ist notwendige Voraussetzung, um sowohl ökologische Nachhaltigkeit als auch Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.

In welchem Zusammenhang stehen Geschlechtergerechtigkeit und Klimagerechtigkeit? Wie sind Klimakrise und Patriarchat miteinander verbunden? Und wie muss sich unsere Gesellschaft verändern, um sowohl Gleichberechtigung als auch eine ökologisch nachhaltige Lebensweise zu ermöglichen? Diese Fragen stellte sich die *Arbeitsgruppe (AG) Frauen & Armut* während der Planung der *Frauen-Vor!-Konferenz*. Als das Thema der 13. Armutskonferenz bekannt wurde, bestand in der AG Einigkeit darüber, dass sich die *Frauen-Vor!-Konferenz* ebenfalls der sozialen und ökologischen Krise widmen würde. Zentrales Anliegen der AG war es, auf der Konferenz das Thema Geschlecht in die Auseinandersetzung mit der Klimakrise einzubringen und dabei besonders die Rolle von Frauenarmut zu berücksichtigen. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildete unter anderem die Feststellung innerhalb der AG, dass armutsbetroffene Frauen* – im Globalen Süden wie im Globalen Norden – besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Die ökonomische Benachteiligung von Frauen* ist dabei ein wichtiger Grund für diese erhöhte Vulnerabilität gegenüber Klimafolgen. Dass die Aus-

beutung der Natur, des Globalen Südens und von Frauen* die gleichen, systemischen Ursachen hat, stellten Öko-Feminist*innen bereits in den 1970er Jahren fest (Klatzer / Seebacher 2021; Mies 2002). Eine zentrale Rolle spielt dabei die unbezahlte Care-Arbeit, die weltweit immer noch zu einem Großteil von Frauen* verrichtet wird. Fürsorge und Sorge als gesellschaftlich notwendige, wertvolle Arbeit wird jedoch nicht entsprechend anerkannt oder entlohnt, wodurch Frauenarmut strukturell verursacht wird.

Care als Ausgangspunkt

Vor diesem Hintergrund war während der Planung der *Frauen-Vor!-Konferenz* schnell klar, dass Care und die ungleiche Bewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit Ausgangspunkt für das Zusammendenken von Klimakrise und Geschlechtergerechtigkeit sein müssen. Des Weiteren sollten alternative Zukunftsmodelle und mögliche Wege zu einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Zukunft diskutiert werden. Angesichts dieser inhaltlichen Schwerpunktsetzung fiel die Wahl der Keynote-Speakerin auf die Soziologin Beate Littig. Sie setzt sich in ihrer Forschung mit sozial-ökologischen Transformationswegen der Arbeitsgesellschaft auseinander und berücksichtigt dabei geschlechterpolitische Implikationen. Da die *Frauen-Vor!-Konferenz* nicht nur ein Ort der inhaltlichen Auseinandersetzung mit feministischen und sozialpolitischen Themen ist, sondern auch der Vernetzung und dem Austausch zwischen Frauen* aus verschiedenen sozialen Organisationen und Vereinen dient, wurde mit einem Begrüßungsbingo gestartet.

In ihrem Vortrag präsentierte Beate Littig zwei Diskussionsstränge zu Nachhaltigkeit und Arbeit, die in Politik und Wissenschaft verhandelt werden und aus geschlechterpolitischer Sicht unterschiedlich zu bewerten sind. Aktuelle Nachhaltigkeitsdiskurse werden von der Idee einer grünen Ökonomie dominiert. Kerngedanke dabei ist die Schaffung eines dauerhaften, nachhaltigen Wirtschaftswachstums, das durch Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle gekennzeichnet ist (United Nations 2015). Erreicht werden soll dies in erster Linie durch technologischen Fortschritt wie beispielsweise durch verstärkten Einsatz regenerativer Energieträger, Geo-Engineering oder mehr E-Mobilität. Doch die sogenannten „Green Jobs“ werden vor allem

in männlich dominierten Arbeitsbereichen entwickelt, während die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung in frauendominierten Bereichen weiterhin prekär bleiben (Littig 2022). Normative Grundlage dieser ökologischen Arbeit ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, welches von einer lebenslangen, linearen Vollzeit-Erwerbstätigkeit ohne Unterbrechungen ausgeht. Weibliche Lebensrealitäten, und zunehmend auch die Erwerbsbiographien jüngerer Generationen, finden darin keine Berücksichtigung und werden somit systematisch vom Fortschritt ausgeschlossen. Insgesamt handelt es sich dabei um ein auf Wachstum ausgerichtetes, gewinnorientiertes Modell, von dem vor allem Mittel- und Oberschichten profitieren.

Orientierung an Suffizienz

Demgegenüber steht der Ansatz der sozial-ökologischen Tätigkeitsgesellschaften, die anstatt an Wachstum an Suffizienz orientiert sind. Umverteilung und Neubewertung von Arbeit stehen dabei im Zentrum. Durch die Bildung von Solidargemeinschaften wird es möglich, den Energieverbrauch zu senken, anders zu leben und zu arbeiten. Grundlegend für diese Art des sozial-ökologischen Wirtschaftens ist ein an Sorge orientierter, erweiterter Arbeitsbegriff – die sogenannte nachhaltige Arbeit. Merkmale dieser nachhaltigen Arbeit sind kürzere, flexible Normalarbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich sowie ein stärkerer Fokus auf Kreislaufwirtschaft und eine ökologische Art der Produktion (Littig, in diesem Band). Basierend auf einer fairen Entlohnung in Kombination mit sozialstaatlichen existenzsichernden Transferleistungen, ist nachhaltige Arbeit nicht nur gesundheitsfördernd, sondern auch sinnstiftend, ökologisch und sozial gerecht.

Eine zentrale Frage, die im Anschluss an Littigs Vortrag diskutiert wurde, war jene nach der Bewertung von Care-Arbeit im Modell der sozial-ökologischen Tätigkeitsgesellschaften. Die Konferenzteilnehmer*innen plädierten dafür, andere, nicht profit- bzw. wachstumsorientierte Maßstäbe heranzuziehen, mit denen gesellschaftlicher Nutzen und Wohlstand gemessen werden, etwa Gesundheit, Glücksempfinden und Nachhaltigkeit. Gesellschaftlich relevante und nachhaltige Arbeit orientiert sich dabei an der Sorge für Menschen, ihrem physischen und seelischen Wohlergehen sowie ihrer Bildung

und sichert somit die Teilhabe aller Menschen in einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft. Aus öko-feministischer Perspektive braucht es außerdem einen Ausstieg aus dem wachstumsorientierten Paradigma der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sowie einen solidarischen Umgang mit Gemeingütern wie Bildung, Gesundheit, Mobilität und sozialer Sicherung. Auf Ebene des Wirtschaftssystems müssen soziale und ökologische Ausbeutung dabei durch eine ressourcensensible Kreislaufwirtschaft ersetzt werden. Nicht zuletzt ist dabei eine Umverteilung von Vermögen und Ressourcen von oben nach unten maßgeblich, um existenzsichernde und gute Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Im Vortrag sowie in der anschließenden Diskussion zeigte sich außerdem, dass für den sozial-ökologischen Wandel eine Neudefinition und Erweiterung des Arbeitsbegriffs maßgeblich ist. In diesen erweiterten Arbeitsbegriff muss neben Erwerbsarbeit auch Sorge- und Familienarbeit, Gemeinschaftsarbeit und Eigenarbeit integriert sein. Nur eine Gesellschaft, in der all diese Tätigkeitsbereiche berücksichtigt und angemessen bewertet werden, kann zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit sowie mehr Geschlechtergerechtigkeit führen.

Ausblick

Nach einer umfassenden und facettenreichen Diskussion wurden die genannten Aspekte von Klima- und Geschlechtergerechtigkeit als wichtigste Ergebnisse der *Frauen-Vor!-Konferenz* festgehalten. Nun werden die Ansätze von der *AG Frauen & Armut* weiterbearbeitet und als inhaltliche Orientierung für die kommenden Aktivitäten der AG herangezogen. So findet der jährlich von der *AG Frauen & Armut* organisierte Studientag zum Thema ungleiche Vermögens- und Ressourcenverteilung statt. Gemeinsam mit Expert*innen werden dabei sowohl Diagnosen darüber gestellt, wie Vermögen in Österreich verteilt ist, als auch Ansätze zu einer sozial- und geschlechtergerechten Umverteilung diskutiert. In welchem Zusammenhang ungleiche Vermögensverteilung und Klimakrise stehen und welche Rolle nachhaltige Arbeit für eine gerechtere Verteilung von Vermögen spielen kann, wird dabei anknüpfend an die *Frauen-Vor!-Konferenz* ebenso thematisiert.

Es brennt! Klimaschutz darf nicht sozial blind sein und muss Armut bekämpfen. Doch ebenso wenig darf er blind für Geschlechterungleichheiten sein. Die Art und Weise, wie Arbeit im kapitalistischen System organisiert und bewertet wird, trägt maßgeblich zur Umweltzerstörung, zu Armut und zur Benachteiligung von Frauen* bei. Erfolgreicher Klimaschutz muss dies berücksichtigen und ein Verständnis von Arbeit beinhalten, das an Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit orientiert ist. Als *AG Frauen & Armut* fordern wir daher eine feministische Klimapolitik – denn Klimaschutz muss nicht nur Armut bekämpfen, sondern auch Gleichstellung fördern, um erfolgreich zu sein.

Marie Chahrou ist Soziologin und Projektmitarbeiterin bei der Volkshilfe Österreich. In der Volkshilfe arbeitet sie im Team „Kinderarmut Abschaffen“, forscht zu den Perspektiven Armutsbetroffener auf die Klimakrise und engagiert sich in der Armutskonferenz in den Arbeitsgruppen Frauen und Armut sowie Sozialpolitik.

Literaturverzeichnis

- Klatzer, Elisabeth / Seebacher, Lisa M. (2021): Geschlechtergerechtigkeit: Unverzichtbar auf dem Weg zu Klimagerechtigkeit. In: Attac / Armutskonferenz / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Wien: bahoebooks.
- Mies, Maria (2002): Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the International Division of Labour. London: Bloomsbury Publishing.
- United Nations (2015): Sustainable Development Goals. Online: <https://sdgs.un.org/goals> [Zugriff: 14.3.23].

Weiterführende Literatur

- Barth, Thomas / Jochum, Georg / Littig, Beate (Hrsg.) (2016): Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. International Labour Studies. Frankfurt a. M. / New York: Campus.
- Littig, Beate / Brandl, Jana / Zielinska, Irina (2020): Auf dem Weg zu nachhaltiger Arbeit? Eine kritische Analyse von Konzepten der Arbeit im Nachhaltigkeitsdiskurs. In: Hartinger, René / Leregger, Florian (Hrsg.): Perspektiven 2030. 17 Ziele für den Weg in eine lebenswerte Zukunft. Wiener Neustadt: Urban Future Edition, S. 208–216.

„ Die Besteuerung von fossilen Energieträgern ist ein wichtiger Bestandteil für die Entwicklung hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Die CO₂-Bepreisung ist jedoch eine Konsumsteuer, das heißt armutsbetroffene Haushalte sind hier besonders betroffen. Daher ist eine soziale Absicherung, die treffsicher ist, aber auch unbürokratisch, besonders wichtig. “

– Eva Six, Forschungsinstitut Economics of Inequality, WU Wien

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise¹⁾

Klimasoziale Politik denkt die Verschränkung der Themenbereiche Klima und Soziales über die zentrale Forderung, dass Klimapolitik sozial gestaltet werden muss, hinaus. Folgen der Klimakrise müssen als soziales Risiko anerkannt und der Sozialstaat selbst zum Akteur in der Klimakrise werden. Zentrale Hebel sind dabei die Bekämpfung von Ungleichheit, die Gestaltung der Sozialleistungen und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur.

Klimasoziale Politik

„Klimapolitik muss sozial gestaltet werden“ – an diese politische Forderung wird beim Thema Sozialpolitik und Klimakrise wohl häufig zuerst gedacht. Und dies nicht ohne Grund: Groß sind die Sorgen, dass etwa klimapolitische Auflagen Arbeitsplätze gefährden oder sich armutsgefährdete Menschen aufgrund eines CO₂-Preises noch häufiger keine warme Wohnung leisten können. Klimapolitiker*innen sind dazu aufgerufen, die sozialen Folgen von Maßnahmen mitzudenken und abzufedern. Das Zusammenspiel von Sozialpolitik und Klimakrise muss jedoch weiter gedacht werden: Zum einen ist es notwendig, dass die Auswirkungen der Klimakrise als neues soziales Risiko anerkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt werden. Zum anderen muss der Sozialstaat selbst zum Akteur in der Klimapolitik werden. Auf diese Aspekte geht dieser Beitrag näher ein.

Vereint werden können die drei Forderungen unter dem Ziel einer klimasozialen Politik. Der Begriff wurde im Buch *Klimasoziale Politik*, das 2021 von der *Armutskonferenz*, *Attac* und dem *BEIGEWUM* herausgegeben wurde,

¹ Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte und weiterentwickelte Version des im Buch *Klimasoziale Politik* erschienen Textes von Bohnenberger und Schultheiß (2021), hrsg. von Armutskonferenz, Attac und BEIGEWUM.

geprägt. Demnach strebt „[k]limasoziale Politik (...) nach einer sozialen, inklusiven und politisch fortschrittlichen Gesellschaft, in der alle ein selbstbestimmtes Leben führen können, ohne dabei ihre eigene oder die Lebensgrundlage anderer zu gefährden“ (Aigner et al. 2021: 7).

Eine Leitfrage lautet: Wie können die Lebensbedingungen der Vielen verbessert und gleichzeitig Emissionen reduziert werden? Dabei kann es zu Zielkonflikten kommen: Aspekte, die aus sozialer Sicht befürwortet werden können, müssen mitunter aus klimapolitischer Sicht abgelehnt werden und umgekehrt.

Klimakrise als neues soziales Risiko

Sozialstaaten entwickelten sich im globalen Norden, um soziale Risiken im Kapitalismus abzusichern. Die ersten Sozialversicherungen entstanden im Zuge der Industrialisierung für Unfall und Krankheit. Im 20. Jahrhundert kamen sukzessive weitere dazu, insbesondere die Arbeitslosenversicherung. Die Systeme sozialer Sicherung ermöglichen ein Leben abseits von Subsistenz und auch außerhalb von Familienverbänden, geben aber gleichzeitig weiterhin Normen in Hinblick auf die Lebensgestaltung vor (Obinger 2006). Sozialstaaten unterscheiden sich in ihrer Ausgestaltung, je nachdem welche Rolle Staat, Familie, Zivilgesellschaft oder auch die Kirche spielen. Esping-Andersen schlug vor mehr als 30 Jahren eine Typologie des Sozialstaates vor. Als wesentliches Unterscheidungskriterium für die verschiedenen Typen des Sozialstaates gilt der Grad, in dem der Bezug von Sozialleistungen an die Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt gekoppelt ist, und davon abhängig, wie sehr der Sozialstaat in deren Verteilung eingreift. Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten, wie etwa Schweden, setzen Erwerbsarbeit zu einem geringeren Grad für den Bezug von Sozialleistungen voraus als konservative Wohlfahrtsstaaten wie Österreich (Esping-Andersen 1990). Nichtsdestotrotz bleibt die Verbindung zwischen Sozialstaat und Erwerbsarbeit in (fast) allen Staaten eng, was zu unterschiedlichen Problemlagen führt. Insbesondere die Wachstumsabhängigkeit von Sozialleistungen ist problematisch, da Sozialversicherungssysteme instabil werden, sollte Wirtschaftswachstum nicht mehr möglich – und erwünscht – sein (Bohnenberger / Schultheiß 2021).

Die Klimakrise bringt neue Ungleichheiten und Konflikte mit sich, diese

müssen von einer Sozialpolitik adressiert werden. Es ist notwendig, die Bedürfnisse künftiger Generationen in allen Teilen der Welt mitzudenken und die Deckung von Grundbedürfnissen für alle sicherzustellen. Die für die Krisenbewältigung notwendigen Klimaschutzmaßnahmen werden große Effekte im Bereich der Verteilung haben und müssen entsprechend sozialpolitisch begleitet werden. Sozialstaaten müssen die Klimakrise daher als neues soziales Risiko anerkennen – wie vor 100 Jahren die Arbeitslosigkeit – und die Bürger*innen entsprechend dagegen absichern (Bohnenberger / Schultheiß 2021).

Der Sozialstaat als Akteur in der Klimakrise

Für den Sozialstaat als Akteur in der Klimapolitik gibt es zwei zentrale Ansatzpunkte: **1)** die Reduktion ökonomischer Ungleichheit und **2)** die Gestaltung von Sozialleistungen.

Die Reduktion ökonomischer Ungleichheit spielt eine wichtige Rolle für effektiven Klimaschutz. Der Sozialstaat muss den Menschen ein gutes Leben ermöglichen, das nicht auf der Ausbeutung anderer basiert. Das gilt sowohl für die Einkommensgenerierung als auch für die Einkommensverwendung. Gemeinsam mit der Arbeitspolitik sollte die Sozialpolitik Menschen ermöglichen, klimaschädliche Arbeitsplätze ablehnen bzw. verlassen zu können – etwa über breitflächige Umschulungen, Förderung des Zugangs zu nachhaltigen Arbeitsplätzen oder eine öffentliche, sozial-ökologische Jobgarantie etc. (Keil 2021). Auf der Konsumebene muss dafür gesorgt werden, dass nachhaltige Lebensstile nicht den Reicherer vorbehalten bleiben. Sogenannte Lock-in-Emissionen müssen verhindert werden. Dabei handelt es sich um Treibhausgasemissionen, die aufgrund von fehlenden finanziellen Zugangsmöglichkeiten zu umweltfreundlicheren Technologien oder Produkten entstehen.

Zum anderen muss sich der Sozialstaat aus ökologischer Sicht dem anderen Ende der Einkommensverteilung annehmen. Denn hier sind maßgebliche Verursacher*innen der Klimakrise zu finden: So sind die reichsten fünf Prozent der Weltbevölkerung für 46 Prozent des Anstiegs der globalen Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2015 verantwortlich, während sich die Emissionen der unteren Einkommenshälfte der Weltbevölkerung in der gleichen Zeit kaum verändert haben (Gore 2020). In Europa emittiert das einkommens-

reichste Prozent pro Kopf durchschnittlich mehr als das Siebenfache des EU-Durchschnitts (Ivanova / Wood 2020). Diese Luxusemissionen zu verhindern bzw. einzuschränken muss Teil einer klimagerechten Sozialpolitik sein. Geeignete Mittel dafür sind Einkommens- und Vermögensbegrenzungen. Während es beim sozialen Mindestbedarf sehr konkrete Grenzen gibt, etwa den Richtsatz in der Mindestsicherung, fehlen solche Richtsätze für die oberen Grenzen (Marterbauer / Schürz 2022). Eine entsprechende Besteuerung könnte das Klima schützen und den Ausbau des Sozialstaats finanzieren, was wiederum zu weiterem Klimaschutz beitragen könnte, wenn diese Mittel in klimagerechte Sozialleistungen und Infrastruktur investiert werden würden.

Der Sozialstaat kann durch die Gestaltung von Sozialleistungen zum Erreichen der Klimaneutralität beitragen. Sozialleistungen können grundsätzlich auf drei Wegen ausgegeben werden: als Geldleistungen, etwa in Form von Lohnersatzleistungen oder als Steuergutschriften; als Gutscheine, die den Empfänger*innen Zugang zu einem Produkt oder einer Dienstleistung garantieren, oder als Sachleistungen, in Form von öffentlichen Einrichtungen und Infrastrukturen. Um bei individuellem Verhalten anzusetzen, können Gutscheine ein geeignetes Mittel sein. Nach Bohnenberger (2020) können sie: **a)** sicherstellen, dass Menschen hinreichend Zugang zu einem Gut oder einer Dienstleistung bekommen, auch wenn die Preise dafür – beispielsweise durch Klimaerhitzung – schwanken, **b)** Änderungen im Lebensstil anregen und **c)** die Entstehung von sozial-ökologischen Angeboten fördern. Aus klimasozialer Perspektive müssen Gutscheine im Einzelfall bewertet werden, da sie aus sozialer Sicht aufgrund ihres (stark) bevormundenden Charakters kritisch zu sehen sind. Ein Gutschein für den Tausch einer Gastherme ist beispielsweise anders zu bewerten als Lebensmittelgutscheine.

Relativ kurzfristig könnten Klimamaßnahmen in staatlich betriebenen stationären Einrichtungen (z. B. in Pflegewohnhäusern oder Einrichtungen für Wohnungslose), umgesetzt werden: Diese reichen von klimateffizienten Heiz- und Kühlsystemen über Begrünung und Solaranlagen bis hin zu Vorgaben für Lieferant*innen und für Kantinen. Hierzu sollten Förderrichtlinien – insbesondere für Neubauten, aber auch für bestehende Einrichtungen – mit Expert*innen aus Bau- und Klimabereichen weiterentwickelt und notwendige Investitionen bzw.

Subventionen diskutiert werden. Ein zentraler Hebel dafür ist die öffentliche Vergabe. Das österreichische Bundesvergabegesetz ermöglicht ausschreibenden öffentlichen Stellen bereits jetzt die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei öffentlichen Aufträgen (Österreichischer Nationalrat 2018). Diese Möglichkeit sollte verstärkt für klimasoziale Ziele genutzt werden.

Auch strukturell sind deutliche Verbesserungen in den Systemen sozialer Sicherung möglich: So sollte im Gesundheitssektor statt nachsorgenden, ressourcenintensiven Behandlungen auch aus der Klimaperspektive noch viel stärker auf Gesundheitsprävention wie Vorsorgeuntersuchungen oder Gesundheitskurse gesetzt werden (Haas 2021). Im Bereich des Langzeitpflegesystems sollte in Österreich ein deutlich stärkerer Fokus auf alternativen Wohnformen im Alter liegen als derzeit auf der mobilen Pflege. Denn bei der mobilen Pflege werden insbesondere in ländlichen Regionen einerseits oft lange Wege mit brennstoffbetriebenen Fahrzeugen zurückgelegt und es ist nur bedingt möglich, auf kurzfristige Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen einzugehen. Zudem leben Pflegebedürftige nicht selten (allein) in zu groß gewordenen, teils schlecht isolierten Häusern (Aigner / Lichtenberger 2021). Alternative Wohnformen könnten soziale Aspekte – mehr Zeit für die Pflege, Sozialkontakte für Pflegebedürftige und Pflegenden – und Klimaaspekte verbinden.

Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge: klima- und sozial gerecht

Öffentliche Daseinsvorsorge und sozial-ökologische Infrastruktur sind ein wesentlicher Baustein der klimasozialen Transformation. In den letzten Jahren hat sich der Staat vielerorts aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückgezogen. Aufgrund des demographischen Wandels (Alterung, Abwanderung) ist die Infrastruktur gerade in ländlichen Gebieten bereits jetzt häufig unzureichend (Beukert et al. 2021).

Infrastrukturelle Leistungen des Staates bzw. der öffentlichen Hand sind jedoch notwendig, um ein gutes und klimafreundliches Leben zu ermöglichen. Zentrale Bereiche in diesem Zusammenhang sind Energie, Mobilität und Wohnen, aber auch Freizeitangebote, Nahversorgung, Gesundheit, Bildung und Ernährung (Novy et al. 2019). Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, dass sozial-ökologische Infra-

struktur öffentlich geplant, finanziert und sichergestellt wird (Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie 2022). In vielen europäischen Sozialstaaten und auch in Österreich ist es möglich, auf Bestehendes aufzubauen und es für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu adaptieren (Novy et al. 2019).

Diese Adaptionen sind u. a. in folgenden Bereichen relevant:

Mobilität: Das derzeitige Mobilitätsregime basiert stark auf motorisiertem Individualverkehr, insbesondere auf dem Land. Dieses Regime schließt Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Ältere und Kinder von sozialer Teilhabe und der Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse aus. Gleichzeitig ist Verkehr jener Sektor, der seit 1993 den größten Zuwachs an Emissionen verzeichnet. Klimasoziale Mobilität zielt darauf ab, sichere und klimaneutrale Fortbewegung für alle zu ermöglichen. Das kann durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder von Sharing-Angeboten passieren ebenso wie durch die Förderung von aktiver Mobilität (Brenner 2021). Letzteres wiederum erfordert insbesondere ein Umdenken in der Gestaltung von Städten und Gemeinden.

Gestaltung öffentlicher Räume: Klimasoziale Städte und Gemeinden müssen Nahversorgung am Wohnort und kurze Wege ermöglichen. Dafür braucht es eine gute Gesundheitsversorgung, wohnortnahe Betreuungsangebote für Kinder ebenso wie kostenlose Freizeitangebote. Der öffentliche Raum spielt für Menschen mit geringem Einkommen eine wichtige Rolle: Es braucht Grünräume und Orte, die Zusammenkünfte ohne Konsumzwang ermöglichen. In Städten erfüllen öffentliche Grünflächen eine wichtige soziale Funktion und tragen auch zur Abkühlung bei. Angesichts der steigenden Anzahl an Hitzetagen müssen Begrünung und kühle Orte integraler Teil von Stadtplanung sein (Allinger et al. 2021).

Wohnen: Die aktuellen Krisen zeigen sehr deutlich, wie wichtig Wohnen ist. In der ersten Phase der Pandemie waren Ungleichheiten hier besonders sichtbar: zwischen jenen, die ein Haus im Grünen mit eigenem Garten zur Verfügung haben, und jenen, die in beengten, dunklen Wohnungen weit weg von Grünräumen wohnen. Die Energiekrise verstärkt diese Ungleichheiten weiter. Insbesondere Mieter*innen ist es oft nicht möglich, für eine bessere Dämmung ihrer Häuser und Wohnungen zu sorgen oder auf ein nachhaltiges

Heizsystem umzustellen (Litschauer et al. 2021). Ziel muss es sein, ökologisch nachhaltiges und leistbares Wohnen für alle zu ermöglichen – etwa durch mehr gemeinschaftliches Wohnen, nachhaltiges Bauen und vorausschauende Raumplanung.

Fazit

Im Verständnis von klimasozialer Politik müssen beim Zusammendenken der Themenbereiche Klima und Soziales zumindest drei Aspekte berücksichtigt werden: **1)** Klimamaßnahmen müssen sozial gestaltet werden, **2)** die Folgen der Klimakrise müssen als soziales Risiko anerkannt und **3)** der Sozialstaat muss selbst zum Akteur in der Klimakrise werden. Zentrale Hebel sind dabei die Bekämpfung von Ungleichheit, die Gestaltung von Sozialleistungen und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Um eine entsprechende Umgestaltung des Sozialstaats zu ermöglichen, braucht es insbesondere auch eine Diskussion darüber, welche Ziele der Sozialstaat erreichen soll: Wenn die Zieldefinition die Sicherung von Grundbedürfnissen künftiger Generationen ebenso wie von Menschen im globalen Süden ist, kann möglichen Zielkonflikten zwischen Klima- und Sozialpolitik vorgebeugt werden.

Österreich steht noch relativ am Anfang der Diskussion und es gilt, für die verschiedenen Bereiche des Sozialstaates konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Was nicht vergessen werden darf: Die betroffenen Personengruppen müssen in die entsprechenden Überlegungen umfassend eingebunden werden.

Jana Schultheiß ist Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Mitglied im Vorstand des **BEIGEWUM**.

Clara Moder ist Sozioökonomin und arbeitet als Referentin für arbeitsmarkt- und sozialpolitische Grundlagen bei arbeit plus. Sie ist Mitglied im Koordinationsteam der Armutskonferenz und Teil des Redaktionsteams des Buches **Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten**.

Literatur

- Aigner, Ernest / Allinger, Laura / Eigner, Michael / Moder, Clara / Plank, Christina / Taschwer, Mario / Theine, Hendrik / Theurl, Simon / Vrtikapa, Katerina (2021): Vorwort. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 5–15.
- Aigner, Ernest / Lichtenberger, Hanna (2021): Pflege: Sorglos? Klimasoziale Antworten auf die Pflegekrise. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 175–183.
- Allinger, Laura / Moder, Clara / Schenk, Martin / Rybaczek-Schwarz, Robert (2021): Armut durch Klimapolitik überwinden. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 107–118.
- Beukert, Thomas / Gramlich, Ludwig / Grüttner, André / Rottmann, Oliver (2021): Zukunftsorientierte Daseinsvorsorge in der kommunalen Infrastrukturversorgung. Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig (KOWID).
- Bohnenberger, Katharina (2020): Money, Vouchers, Public Infrastructures? A Framework for Sustainable Welfare Benefits. In: Sustainability, 12, 596. <https://doi.org/10.3390/su12020596> [Zugriff: 29.10.2022].
- Bohnenberger, Katharina / Fritz, Martin (2020): Making welfare resilient. Creating stable & sustainable welfare systems in times of declining economic growth. (Transformation Policy Briefs #2). ZOE-Institute for future-fit economies. https://zoe-institut.de/wp-content/uploads/2020/12/ZOE_Policy_Note_Welfare_201213.pdf [Zugriff: 25.10.2022].
- Bohnenberger, Katharina / Schultheiß, Jana (2021): Sozialpolitik für eine klimagerechte Gesellschaft. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 71–81.
- Brenner, Alexander (2021): Mobilität: Warum eine klimafreundliche Umgestaltung sozial gerecht ist. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 163–174.
- Österreichischer Nationalrat (2018): Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen. BVergG 2018. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20010295> [Zugriff: 2.11.2022].
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton: Princeton University Press.
- Haas, Willi (2021): Gesundheit für alle. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 131–141.
- Keil, A. Katharina (2021): Lohnarbeit sozial und ökologisch gerecht gestalten. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 185–193.
- Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie (2022): Über die Alltagsökonomie. <https://alltagsoekonomie.at> [Zugriff: 3.11.2022].
- Gore, Tim (2020): Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. Oxfam Media Briefing 12. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/confronting-carbon-inequality-putting-climate-justice-at-the-heart-of-the-covid-621052> [Zugriff: 29.10.2022].
- Ivanova, Diana / Wood, Richard (2020): The unequal distribution of household carbon footprints in Europe and its link to sustainability. In: Global Sustainability, 3, 18. <https://doi.org/10.1017/sus.2020.12> [Zugriff: 29.10.2022].
- Litschauer, Katharina / Grabner, Daniel / Smet, Koen (2021): Wohnen: Inklusiv, leistbar, emissionsfrei. In: Armutskonferenz / Attac / BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, S. 153–161.
- Marterbauer, Markus / Schürz, Martin (2022): Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht. Wien: Paul Zsolnay Verlag.
- Novy, Andreas / Bärnthaler, Richard / Stadelmann, Basil (2019): Infrastrukturen „für alle“: Das Beispiel Wien. In: Kurswechsel, 4, S. 15–25.
- Obinger, Herbert (2006): Modelle sozialer Sicherung und sozialpolitische Entwicklungstrends im internationalen Vergleich. In: Lamnek, Siegfried / Olbrich, Gaby / Schäfer, Wolfgang J. (Hrsg.): Tatort Sozialstaat. Angriffe auf das Netz von Generationen. Wien: ÖGB, S. 125–146.

„ Ja wer brennt's? Das ist eine gute Frage. Also theoretisch wäre das so, dass die, die das brennen können – also die Reichen – das brennen sollten. Ob das tatsächlich so sein wird, das steht natürlich in den Sternen. “

– Wolfgang woldt Schmidt

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich

Armutsbekämpfung wird meist im Kontext knapper öffentlicher Ressourcen diskutiert. Dieser gibt dann den Rahmen vor, welche Armutsbekämpfungsmaßnahmen möglich sind und welche nicht. Armut ist jedoch kein Problem knapper Ressourcen, sondern ein Verteilungsproblem. Dieser Beitrag verdeutlicht am Beispiel der Privatvermögen, wie reich Österreich tatsächlich ist. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass die Vermögenskonzentration nicht nur absolut, sondern auch im internationalen Kontext als extrem hoch einzustufen ist. Das reichste 1 Prozent der heimischen Haushalte besaß im Jahr 2017 39 Prozent des gesamten Vermögens. In den ansonsten mit extremer Ungleichheit assoziierten USA beläuft sich dieser Wert auf 35 Prozent. Die Kehrseite dieser ungleichen Verteilung ist das daraus resultierende hohe Aufkommenspotential einer progressiven Vermögenssteuer. Je nach Ausgestaltung der Freibeträge und Steuersätze ergibt sich ein Aufkommenspotential zwischen 8,8 und 15 Mrd. Euro jährlich. Es zeigt sich somit, dass sich Österreich Armutsbekämpfung sehr wohl leisten könnte – es fehlt jedoch am (politischen) Willen.

Die Frage, in welcher Form und in welchem Ausmaß eine Gesellschaft von Armut betroffenen Menschen hilft und sie unterstützt, ist einerseits eine klar politische Frage, deren Antwort vom jeweiligen Menschen- und Gesellschaftsbild abhängt. Andererseits werden Fragen der Armutsbekämpfung im Kontext (vermeintlich) leerer Kassen diskutiert, und der Fokus rückt ab von der Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ und hin zur Frage „Welche Maßnahmen können wir uns leisten?“ Anders gesagt: Vermeintliche ökonomische Sachzwänge werden (aus)genutzt, um politische Diskussionen abzukürzen oder um den Status Quo zu rechtfertigen. Dieser Beitrag widmet sich der Frage, wie es um diese sogenannten „Sachzwänge“ in Österreich tatsächlich bestellt ist, und wirft einen Blick auf das Ausmaß und die Ver-

teilung der Vermögen der österreichischen Privathaushalte. Das Vermögen eines Haushalts ist dabei definiert als die Summe aller Vermögenswerte (Aktiva) abzüglich aller Schulden (Passiva) und wird auch als Nettovermögen bezeichnet. Dies bedeutet, ein Haushalt, dessen Eigenheim einen Wert von 500.000 Euro aufweist, der ein Sparbuch über 10.000 Euro besitzt und einen ausstehenden Kredit von 300.000 Euro abzahlt, verfügt über ein Nettovermögen von 210.000 Euro (= 500.000 + 10.000 - 300.000). Im restlichen Beitrag wird Vermögen als Synonym für Nettovermögen verwendet. Die präsentierten Ergebnisse basieren auf Daten der Österreichischen Nationalbank aus dem Jahr 2017 und sind für die Untererfassung besonders vermögender Haushalte korrigiert. Dies ist notwendig, um die starke Konzentration der Vermögen am oberen Rand der Verteilung berücksichtigen zu können. Für die methodischen Details siehe Heck et al. (2020) und für eine Diskussion der Untererfassung vermögender Haushalte siehe Kennickell et al. (2021).

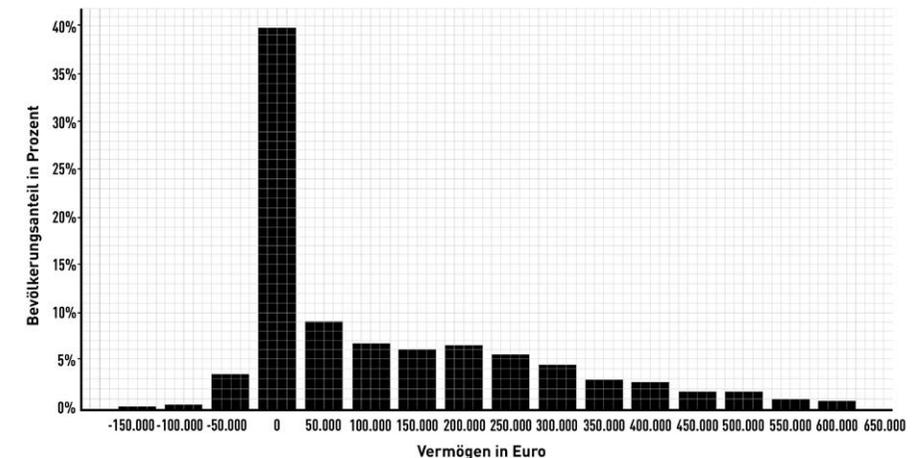
Privatvermögen in Österreich

Das Gesamtvermögen privater Haushalte in Österreich im Jahr 2017 belief sich auf 1.249 Mrd. Euro und entspräche bei 3,9 Mio. Haushalten einem Durchschnittsvermögen von 318.000 Euro pro Haushalt – würde man das Gesamtvermögen gleichmäßig verteilen. Die tatsächliche Verteilung ist wenig überraschend stark am oberen Rand der Verteilung konzentriert. Im Jahr 2017 verfügten 155.000 Haushalte über ein Nettovermögen von mindestens einer Mio. Euro und 38 Haushalte über mindestens eine Mrd. Euro. Im Gegensatz dazu markiert das Medianvermögen von 83.000 Euro jenen Punkt in der Verteilung, der die reichsten 50 Prozent der österreichischen Haushalte von den ärmsten 50 Prozent trennt. Abbildung 1 stellt die Bevölkerungsanteile in Schritten von 50.000 Euro dar. Der Balken mit dem Vermögenswert 0 Euro und einem Bevölkerungsanteil von knapp 40 Prozent repräsentiert die Tatsache, dass rund 40 Prozent der österreichischen Haushalte über ein Nettovermögen zwischen 0 und 50.000 Euro verfügen. Weniger als 5 Prozent der österreichischen Haushalte verfügen beispielsweise über ein Vermögen zwischen 300.000 und 350.000 Euro etc. Es zeigt sich somit, dass ein Großteil der Haushalte über relativ niedrige Vermögenswerte verfügt. Hinzu kommt,

dass fast 5 Prozent der Bevölkerung über negatives Nettovermögen verfügen, d. h. die Schulden übersteigen die Vermögenswerte.

Abbildung 1: Vermögensklassen in 50.000-Euro-Schritten (Heck et al. 2020)

Die Beschriftung der x-Achse bezieht sich jeweils auf die untere Grenze der Vermögensklasse



Während Abbildung 1 einen guten Überblick über die Mitte der Vermögensverteilung liefert, geht das spektakuläre Ausmaß der Vermögenskonzentration an der Spitze in dieser Darstellung verloren. Berechnet man beispielsweise den Anteil am Gesamtvermögen des reichsten 1 Prozent aller Haushalte, zeigt sich, dass diese Haushalte 38,9 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Anders ausgedrückt: Mehr als 40 Prozent des österreichischen Gesamtvermögens sind in Abbildung 1 nicht dargestellt. Die x-Achse müsste dazu um einen Faktor von 1000 verlängert werden. Die ärmsten 50 Prozent der österreichischen Haushalte besitzen demgegenüber lediglich 2,8 Prozent des Gesamtvermögens. Um eine bessere Vorstellung der Vermögenskonzentration an der Spitze der Verteilung zu bekommen, lohnt es sich, die reichsten 5 Prozent genauer unter die Lupe zu nehmen. Tabelle 1 unterteilt die reichsten 5 Prozent der österreichischen Haushalte in fünf gleich große, nach Vermögen geordnete Gruppen. Die erste Zeile beinhaltet das reichste 1 Prozent der Haushalte, die zweite Zeile das nächstreichste 1 Prozent der Haushalte etc. Für jede Gruppe werden das Gesamtvermögen der Gruppe und auch das durchschnittliche Vermögen angegeben. Dabei zeigt sich einmal mehr, wie sehr sich das reichste 1 Prozent selbst von den direkt darunter liegenden,

schon sehr reichen Haushalten unterscheidet. Das Gesamtvermögen des reichsten 1 Prozent beläuft sich auf 487 Mrd. Euro mit einem durchschnittlichen Vermögen von 12,5 Mio. Euro.

Tabelle 1: Die reichsten 5 Prozent (Heck et al. 2020)

	Gesamtvermögen im Perzentil in Mrd. €	Durchschnittsvermögen im Perzentil in €
reichstes 1 Prozent aller Haushalte	487	12.542.037
nächstreichstes 1 Prozent	70	1.792.934
nächstreichstes 1 Prozent	53	1.348.776
nächstreichstes 1 Prozent	43	1.082.796
nächstreichstes 1 Prozent	37	934.887
reichsten 5 % insgesamt	689	3.520.565

Die Ausgestaltung einer Vermögenssteuer in Österreich

Die (ökonomische) Fachliteratur sieht extreme Vermögenskonzentrationen, wie wir sie in Österreich und vielen anderen Ländern beobachten, als zunehmend problematisch an. Interessierte Leser*innen seien auf einschlägige Beiträge verwiesen (Piketty 2022, Aghion et al. 1999, Cerra et al. 2021). Der folgende Abschnitt bezieht diese Diskussionen indirekt in die Schätzung des Aufkommenspotentials einer Vermögenssteuer ein, indem vier verschiedene Ausgestaltungen einer solchen Steuer analysiert werden. Diese vier Modelle (siehe Tabelle 2) stehen dabei für vier unterschiedliche Ansätze, wie mit der hohen Vermögensungleichheit in Österreich umgegangen werden soll und welchen Beitrag eine allgemeine Vermögenssteuer zur Verringerung der Vermögenskonzentration leisten soll. Modell I beschreibt eine lineare Vermögenssteuer, d. h. die auf Vermögen ab einer Mio. Euro eingehobene Steuer beträgt 1 Prozent und steigt proportional zum Vermögen. Dieses Modell wäre aufgrund des niedrigen Steuersatzes und ohne jegliche Progression höchstwahrscheinlich nicht in der Lage, die bestehende Vermögensungleichheit maßgeblich zu verringern. Dies liegt daran, dass aus hohen Vermögen auch hohe Einkommen entstehen, aus denen die Steuer leicht beglichen werden kann (Jorda et al. 2019, Fagereng et al. 2020). Dies würde wiederum bedeuten, dass die Vermögensungleich-

heit in Form der dokumentierten Top-Vermögensanteile nicht sinken, sondern potentiell weiter ansteigen würde. Mit diesem Modell (sowie Modell II und III) werden in etwa die vier reichsten Prozent der Haushalte besteuert.

Die Modelle II und III sind sogenannte progressive Steuermodelle, d. h. die Tarife sind mehrstufig und der Steuersatz steigt mit der Bemessungsgrundlage. Das zweite Modell ist vierstufig und sieht für Vermögen ab einer Mio. Euro einen Steuersatz von 1 Prozent vor, ab einem Vermögen von 10 Mio. Euro oder mehr sind 2 Prozent Steuer angesetzt. Ab € 100 Mio. Vermögen beträgt der Steuersatz 3 Prozent und ab einem Vermögen von einer Mrd. Euro 4 Prozent. Selbst bei dieser progressiven Steuerstruktur ist davon auszugehen, dass ein Großteil der betroffenen Haushalte die Steuer aus den Einkünften, die aus ihren hohen Vermögen entstehen, bestreiten könnte. Insofern würde auch Modell II höchstwahrscheinlich nicht in der Lage sein, den Top-1-Prozent- oder Top-5-Prozent-Vermögensanteil zu senken. Ein weiterer Anstieg könnte jedoch zumindest verlangsamt werden.

Modell III ist sechsstufig und sieht ab einem Vermögen von einer bis zu 10 Mio. Euro einen Steuersatz von 0,5 Prozent vor. Vermögen zwischen 10 und 50 Mio. Euro werden mit 1 Prozent besteuert. Für Vermögen zwischen 50 bis 100 Mio. Euro fällt eine Steuer von 2,5 Prozent des Gesamtvermögens an, zwischen 100 und 500 Mio. Euro 5 Prozent. Für Vermögende mit einem Besitz zwischen 500 Mio. und einer Mrd. Euro sieht Modell III 7,5 Prozent Steuer vor. Ab einem Vermögen von einer Mrd. Euro beträgt der Steuersatz 10 Prozent jährlich. Die stärkere Progression von Modell III macht es schwieriger, die Steuer komplett aus den Einkünften zu bezahlen. Angesichts dessen, dass für Milliardenvermögen durchschnittliche Ertragsraten von über 10 Prozent in der Literatur dokumentiert sind, ist selbst bei Modell III nur eine leichte Senkung bzw. Stabilisierung der gegenwärtigen Vermögensungleichheit zu erwarten.

Modell IV ist angelehnt an Piketty (2013) und geht nicht von absoluten Vermögensgrenzen aus, sondern sieht diese relativ zum durchschnittlichen Vermögen einer Gesellschaft, welches in Österreich bei etwa 318.000 Euro liegt. Modell IV sieht vor, dass jene, welche die Hälfte des durchschnittlichen Vermögens besitzen, eine Steuer von 0,1 Prozent abführen. Ab einem Vermögen, welches doppelt so groß ist wie das durchschnittliche, fällt ein Steuersatz von 1 Prozent an. Vermögen, die fünfmal so groß sind wie der Durchschnitt, werden in diesem Modell mit 2 Pro-

zent besteuert. Ab dem zehnfachen Durchschnittsvermögen ist ein Steuersatz von 5 Prozent vorgesehen. Bei Vermögen ab dem hundertfachen Durchschnittsvermögen beträgt der Steuersatz 10 Prozent, bei jenen ab dem tausendfachen Durchschnittsvermögen 60 Prozent. Wer zehntausendmal das Durchschnittsvermögen oder mehr besitzt, wird mit 90 Prozent besteuert. Laut originalen HFCS-Daten würden damit Vermögen ab ungefähr 2,5 Mrd. Euro in die letzte Kategorie fallen. Werden die in diesem Bericht vorgenommenen Anpassungen berücksichtigt, betrifft dieser hohe Steuersatz Vermögen ab etwa 3,2 Mrd. Euro. Mit dem 90-Prozent-Steuersatz der letzten Steuerstufe wird in der Praxis ein Maximalvermögen festgelegt. Modell IV unterscheidet sich somit fundamental von den vorherigen drei Modellen und verfolgt explizit das Ziel, die bestehende Ungleichheit zu verringern.

Tabelle 2: Vermögenssteuer-Modelle I-IV und ihre Aufkommen

Steuertarif	Vermögensgrenze	Steuersatz	(1) keine Hinterziehung	(2) mäßige Hinterziehung	(3) starke Hinterziehung
Modell I (linear)	€1 Mio.	1 Prozent	€5 Mrd. (4,3-6,4)	€3,8 Mrd. (3,2-4,9)	€3,3 Mrd. (2,8-4,4)
Modell II (progressiv)	€1 Mio. €10 Mio. €100 Mio. €1 Mrd.	1 Prozent 2 Prozent 3 Prozent 4 Prozent	€11,2 Mrd. (9,9-13,5)	€8,8 Mrd. (7,7-10,6)	€7,7 Mrd. (6,8-9,3)
Modell III (stark progressiv)	€1 Mio. €10 Mio. €50 Mio. €100 Mio. €500 Mio. €1 Mrd.	0,5 Prozent 1 Prozent 2,5 Prozent 5 Prozent 7,5 Prozent 10 Prozent	€19 Mrd. (17,1- 20,9)	€15 Mrd. (13,6-16,4)	€13,1 Mrd. (11,9-14,2)
Modell IV (Piketty)	∅ x 0,5 ∅ x 2 ∅ x 5 ∅ x 10 ∅ x 100 ∅ x 1.000 ∅ x 10.000	0,1 Prozent 1 Prozent 2 Prozent 5 Prozent 10 Prozent 60 Prozent 90 Prozent	€134,2 Mrd. (124,9-136,6)	€105,5 Mrd. (98,4-106,4)	€91,5 Mrd. (85,5-91,8)

Werte in Klammern drücken die statistische Schwankungsbreite der Aufkommensschätzer aus (jeweils in Mrd. Euro). Die Vermögensgrenzen in Modell IV gehen vom Durchschnittsvermögen eines Landes aus (∅ in der Tabelle). Dieses beträgt 318.000 Euro in Österreich und beruht auf (Heck et al. 2020).

Das Aufkommenspotential einer Vermögenssteuer in Österreich

Die in Tabelle 2 dargestellten Steueraufkommen der Modelle wurden einmal unter der Annahme keiner Steuerhinterziehung (Spalte 1), mäßiger Steuerhinterziehung (Spalte 2) und starker Hinterziehung (Spalten 3) berechnet. Zur Quantifizierung dieser Effekte wurden in der entsprechenden Literatur etablierte Größen herangezogen (Bach / Beznoska 2012): Diese drücken aus, welcher Anteil der Bemessungsgrundlage sich der Besteuerung entzieht. Bei mäßiger Hinterziehung sind dies bei Immobilienvermögen 20 Prozent, Finanzvermögen 24 Prozent, Firmenvermögen 13 Prozent und bei anderen Vermögenswerten 100 Prozent. Bei starker Hinterziehung wird bei Finanz- und Firmenvermögen von den doppelten Werten ausgegangen (48 Prozent bzw. 26 Prozent).

Eine Vermögensbesteuerung nach Modell I generiert ein Steueraufkommen zwischen 3,3 Mrd. Euro (starke Hinterziehung) und 5 Mrd. Euro (keine Hinterziehung). Dies bedeutet, dass selbst ein Modell, welches nicht in der Lage ist, die bestehende Ungleichheit zu verringern, ein substantielles Steueraufkommen generieren würde. Modell II generiert ein geschätztes Steueraufkommen zwischen 7,7 Mrd. Euro (starke Hinterziehung) und 11,2 Mrd. Euro (keine Hinterziehung). Die zusätzlichen Progressionsstufen von Modell II führen zu einer Verdoppelung des Steueraufkommens im Vergleich zu Modell I. Das Steueraufkommen aus einer allgemeinen Vermögenssteuer basierend auf Modell III beträgt zwischen 13,1 Mrd. Euro (starke Hinterziehung) und 19 Mrd. Euro (keine Hinterziehung). Die stärkere Progression im Vergleich zu den vorherigen Modellen schlägt sich in einem deutlich höheren Aufkommenspotential nieder. Modell IV unterscheidet sich mit Spitzensteuersätzen von 60 und 90 Prozent deutlich von den ersten drei Modellen. Wenig verwunderlich fallen somit auch die Steueraufkommen entsprechend hoch aus: 91,5 Mrd. Euro unter der Annahme starker Steuerhinterziehung und 134,2 Mrd. Euro unter der Annahme keiner Hinterziehung.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die beachtliche Ungleichheit der Vermögensverteilung in Österreich in beträchtliche Aufkommen einer Vermögenssteuer übersetzt. Konsequenterweise fallen die Aufkommen umso höher aus, je progressiver eine derartige Steuer ausgestaltet ist. Setzt man die in Tabelle 2 unter Annahme von mäßiger Steuer-

hinterziehung geschätzten Aufkommen (Spalte 2) in Relation mit dem BIP des Erhebungszeitraums (2017: 369 Mrd. Euro), zeigt sich, dass selbst Modell I ein Aufkommen von rund 1 Prozent des BIP generieren würde. Für die Modelle II und III wären dies 2,4 Prozent und 4,1 Prozent des BIP und für Modell IV würde sich das Aufkommen auf 29 Prozent des BIP belaufen. Hierzu sei angemerkt, dass es sich bei den ersten drei Modellen um geschätzte jährliche Aufkommen handelt. Beim vierten Modell ist davon auszugehen, dass die extrem hohen Aufkommen schnell abfallen würden, nachdem die höchsten Vermögen abgeschöpft wurden.

Resümee

Der vorliegende Beitrag zeigt das große Aufkommenspotential speziell einer progressiv ausgestalteten, allgemeinen Vermögenssteuer. Die Frage, ob sich Österreich Armutsbekämpfung leisten kann, ist somit eindeutig mit einem klaren Ja zu beantworten. Die vorliegende empirische Untersuchung zeigt darüber hinaus, dass unser Land über genügend Ressourcen verfügt, um diese umzuverteilen und Armut gänzlich und dauerhaft zu eliminieren. Scheinbare ökonomische Sachzwänge als Hindernisse der Armutsbekämpfung anzuführen, entpuppt sich im Lichte der Datenlage als politische Willensäußerung statt als unvermeidbare Realität. Höhere Ungleichheit wirkt sich über längere Zeiträume negativ auf die wirtschaftliche Performance eines Staates aus. Armutsbekämpfung ist somit nicht nur eine Maßnahme, um einer am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft näherzukommen, sondern stellt sich auch als gute Wirtschaftspolitik dar.

***Rafael Wildauer** ist Associate Professor of Economics an der Greenwich Business School in London. Er forscht und lehrt zu den Themen Einkommens- und Vermögensverteilung sowie Vermögensbesteuerung, zu den makroökonomischen Auswirkungen ungleicher Verteilung sowie zu Fiskalpolitik im Kontext des Klimawandels.*

Literatur

- Aghion, Philippe / Caroli, Eve / Garcia-Penalosa, Cecilia (1999): Inequality and Economic Growth: The Perspective of the New Growth Theories. In: Journal of Economic Literature, 37, 4, S. 1615-1660.
- Bach, Stefan / Beznoska, Martin (2012): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiederbelebung der Vermögensteuer. In: Politikberatung kompakt, 68. DIW Berlin
- Cerra, Valerie. / Lama, Ruz / Loazy, Norman (2021): Links between Growth, Inequality and Poverty: A survey. IMF Working Paper, 21 / 68.
- Fagereng, Aandreas / Guiso, Luigi / Malacrino, Davide / Pistaferri, Luigi (2020): Heterogeneity and persistence in returns to wealth. In: Econometrica, 88, 1, S. 115–170.
- Heck, Ines / Kapeller, Jakob / Wildauer, Rafael (2020): Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 206.
- Jordaa, Oscar / Knoll, Katharina / Kuvshinov, Dmitry / Schularick, Moritz / Taylor, Alan M. (2019): The Rate of Return on Everything, 1870–2015. In: The Quarterly Journal of Economics, 134, 3, S. 1225–1298.
- Kennickell, Arthur / Lindner, Martin / Schürz, Martin (2021): A new instrument to measure wealth inequality: distributional wealth accounts. In: Monetary Policy and the Economy, Q4/21.
- Piketty, Thomas (2022): A brief history of equality. Cambridge: Harvard Press.

Wolfgang woldt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar

Wolfgang woldt Schmidt hielt im Forum „Wer brennt's? Ökobonus, Verteilung und sozialer Ausgleich“ ein Impulsreferat aus der Perspektive eines Armutsbetroffenen. In seinem Kommentar plädiert er für eine Umverteilung von oben nach unten zur Realisierung einer ökosozialen Wende.

Ich möchte anfangs an die alte Idee einer ökosozialen Steuerreform erinnern. Diese bedeutete eigentlich nicht „nur“, dass die – übrigens nicht erst heute, sondern seit Jahrzehnten notwendige, aber mit viel Geld und Lobbykraft hintangehaltene – ökologische Wende unseres Wirtschaftens (Lebensstils?) auch *sozialverträglich* gestaltet werden will – in dem Sinne, dass Menschen wie wir, die eh schon keinen Euro zu viel haben, nicht durch höhere Preise – *insbesondere bei Energie* – noch mehr belastet werden, als wir es eh schon sind. Nein! Ursprünglich war es die Idee einer ökosozialen Steuerreform, sowohl ein *ökologisch-lenkendes* als auch gleichzeitig ein sozial *ausgewogeneres* Steuersystem zu etablieren.

Nach nun jahrelanger Auseinandersetzung mit dem Thema „sozial-ökologische Wende“ muss ich aber berichten, dass es nicht einmal praktikable Modelle gibt, um die Kosten der ökologischen Wende sozial *auszugleichen* oder auch *nur abzufedern*, geschweige denn, dass wir unser Steuersystem im obigen Sinne auch gleich *sozialer* machen wollten! Schöne Worte verhallen in den (schönen) Sonntagsreden (der Besserverdienenden): Im Sinne von: Auf der einen Seite müssen umweltschädliche Produkte und Verhaltensweisen teurer werden, auf der anderen Seite dürfen aber Menschen wie wir, die sich eh nur – oder *nicht einmal* – das Minimum leisten können, nicht noch weiter in die Armut getrieben werden.

Herangehensweise von unten

Zusammengefasst möchte ich behaupten – und mir ist sehr wohl bewusst, was das bedeutet –, dass *negative finanzielle* Anreize, also höhere Kosten bei umweltschädlichem Verhalten, bei uns Menschen, die gerade genug Geld zum Überleben haben, kein tauglicher Ansatz sind, zumindest, wenn man die Grundsätze eines humanen und menschenwürdigen Existenzminimums nicht noch weiter aus den Augen verlieren will. Angst, dass mit einer „zu großen Unterstützung“ von Armutsbetroffenen die Energiesparanreize oder – allgemeiner formuliert: die Anreize eines ökologischeren Konsumierens und Wirtschaftens – fehlten oder abgeschwächt würden, ist nicht angebracht. *Im Klartext:* Bei uns Menschen am Existenzminimum *verbieten* sich Ansätze, durch Preissteigerungen ökologischeres Verhalten zu stimulieren!

Noch einmal anders formuliert könnte man sagen, dass wir Menschen, die am Existenzminimum leben, sowieso genug (*negative*) Anreize zum Energiesparen haben: weil wir jeden Euro zweimal umdrehen müssen und eh schon weniger verbrauchen. Gleichzeitig haben wir gar nicht so viele Möglichkeiten, uns ökologischer zu verhalten (*wir können keine grünen Investitionen tätigen*). Nein wir sind umgekehrt sogar von Mietpreiserhöhungen bedroht, wenn die Eigentümer*innen „*unsere*“ Wohnungen ökologisch sanieren und dafür Subventionen bekommen! Das bedeutet dann, dass wir jeden Euro dreimal umdrehen müssen.

Andere Herangehensweise (gleiches Ergebnis)

Reiche und überreiche Haushalte spüren Energie und Wohnkosten sozusagen gar nicht in ihrem Haushaltsbudget – und das, obwohl sie ein Vielfaches an Energie, Ressourcen und Wohnraum verbrauchen, aber dafür eben auch mit Leichtigkeit ein Vielfaches bezahlen. Für uns spielen Kosten für eine „Grundversorgung“ eine entscheidende Rolle! Daraus folgt, einfach *mathematisch-logisch* gesagt, dass *pauschale Kompensationen* für die Kosten ökologischen Handelns die beste Lösung wären. Wenn wir tatsächlich einen *durchschnittlichen* Betrag der Kostensteigerung pro Kopf zurückbezahlt bekämen, hätten wir mehr Geld als vorher. Weil wir ja weniger Ausgaben haben und somit bei einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Rückvergütung *positiv* ausstei-

gen würden. Wir würden also *belohnt* werden für unsere zwangsläufige ökologische Einstellung: weniger Wohnraum, weniger Energieverbrauch, weniger Konsum ... Dies scheint aber wieder einmal außer jeder Denk-Reichweite zu liegen; ausgenommen sind die alten, alternativen Denkkonzepte aus den 1970ern. Es bleiben die üblichen Einwände von „*man darf nicht in den Markt eingreifen*“ über „*man kann nicht in den Markt eingreifen*“ bis hin zu „*der freie Markt als Gesetz oder Tatsache*“.

Wenn wir also, *nochmals mit anderen* Worten, die Kostensteigerungen (ausgelöst durch die ökologische Wende) *überkompensieren*, schaffen wir nicht nur die Abfederung der Kosten für uns (*untere Dezile*), die wir eh nichts haben, sondern auch eine sozial gerechtere Verteilung gesellschaftlichen Reichtums! Ganz im Gegensatz übrigens zu der realisierten und bestätigten *Überförderung* in Sachen *Kosten-Corona-Maßnahmen für Unternehmen*, die nichts anderes als eine Umverteilung von unten nach oben darstellte... *schon wieder* wurden privaten Profite mit Steuergeldern bezahlt... Und übrigens: Laut offizieller Erklärung der ÖVP-Grünen-Regierung wurde das durchaus in Kauf genommen, wenn es nicht gar *gewollt* war, da diese *Überförderung* dazu beitragen sollte, dass die (Groß-)Unternehmen die Corona-Maßnahmen *mittragen*. Also bitte: Jetzt eine *Überförderung* bei uns *sozial schwach(gemacht-)en* Menschen, bei der *Unterschicht* bis möglichst weit hinein, also: *hinauf* in die *Mittelschicht*! Damit wir die ökologische Wende *mittragen* – und zusätzlich als längst fällige, *eh-nur-leichte* Begradigung der Schiefelage des gesellschaftlichen Reichtums und der Verteilung von Einkommen und Vermögen – wir sollten die *Schere (Sie wissen schon) wieder ein wenig schließen*.

Wenn wir das alles geschafft haben, dann stehen wir da, wo und wie wir dastehen sollen: **Erstens** in einem Österreich mit einer etwas verbesserten sozialen Lage samt allen möglichen positiven Effekten wie: weniger Leiden und Sorgen, weniger Existenzdruck, weniger Krankheit und salopp gesagt weniger „*Verführbarkeit von rechts*“. Und **zweitens** zahlen die, die viel Energie und Rohstoffe verbrauchen, dann auch in *relativen* Beträgen mehr bei der Umstellung des gesamten Systems mit, *aber eh ohne, dass sie es groß spüren* ... Schließlich haben sie oftmals mehr als genug. **Drittens** haben wir dann die Öko-Wende auch noch geschafft, die Klimakrise abgewandt – *und alle leben glücklich bis*

*ans Ende der Tage... oder zumindest bis zur nächsten Krise... Allein: Der Glaube fehlt uns, dass dies wahr wird: Denn wir – bis hin zur (unteren?) Mittelschicht – haben nicht so viel Geld, haben keine Lobby, die mit viel Geld diese *Fakten und Sachargumente* den Entscheidungsträger*innen zuträgt...*

Nur um die jüngste *traumatische* Erfahrung in Corona-Zeiten zu erwähnen: Denken wir an die, etwas naiv wahrgenommenen systemrelevanten Berufe, denen zuerst applaudiert und dann, in der allgemeinen Euphorie des Applauses, bessere Arbeitsbedingungen versprochen wurden ... Nichts davon wurde eingehalten! Außer irgendein Einmal-Bonus – und auch den erhielten nicht alle Genannten, nur ein kleiner Teil dieser Gruppe.

*Ich behaupte, wir haben diese Berufe „naiv“ wahrgenommen, weil nur jene Menschen wahrgenommen wurden, die zufällig sichtbar, sozusagen an vorderster Front bezahlt arbeiten, also vor allem jene im Supermarkt, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Man käme recht bald drauf, dass auch andere Berufe durchaus systemrelevant sind (Infrastruktur (!), Energie, Kanal, Müll, öffentlicher und privater Verkehr u. v. m.). Von unbezahlten (systemrelevanten) Tätigkeiten spricht sowieso niemand, systemrelevant im Sinne von: dass alles zusammenbricht, wenn diese Menschen ihre Tätigkeit niederlegen. Man kann natürlich mit Sicherheit davon ausgehen, dass der allergrößte Teil dieser nicht einmal erwähnten, nicht einmal beklatschten Menschen ebenfalls zu den unter-bezahlten unserer Gesellschaft zählt! Schließlich ist ja auch der Befund nicht neu, sondern von Vor-Corona-Zeiten, dass der Beitrag zum Gemeinwohl nichts mit der finanziellen Abgeltung zu tun hat, sondern – im Zweifelsfall – eher gegenläufig korreliert ... Also: Je schädlicher für das Gemeinwohl desto höher die Löhne, Gehälter, Einkommen, Boni, Extra-Pensionsverträge, extra Sachbezüge, pauschalierte Aufwandsentschädigungen, alles gratis ... für alle Großverdiener*innen!?*

Ein anderer klarer Gedanke

Und wenn man das Wort *Pauschalbeträge* in den Mund nimmt, kommt der Vorwurf des Gießkannenprinzips: Aber auf der einen Seite wissen wir, die wir unsere Armut immer wieder nachweisen müssen, nur zu gut, dass man bürokratisch niemals allen Lebenslagen entsprechen kann und dass umgekehrt

die zielsichere Förderung davon abhängt, dass Menschen wissen müssen, wo und wie man darum ansucht. Dass Menschen keine Scham verspüren müssen, sich als Arme zu offenbaren, wenn sie um Sozialleistungen ansuchen. Und schließlich kennen wir die Schwierigkeiten, das einem rechtlich Zustehende auch belegen und beweisen zu müssen und dann in angemessener Höhe zugesprochen zu bekommen. Wie gesagt, bei den (großen) Unternehmen, bei „der Wirtschaft“, hatte man keine Probleme, *Überförderungen* in Kauf zu nehmen.

Eine Kompensation von Kosten der Öko-Wende müsste man ähnlich angehen wie eine Kompensation der unzureichenden Verteilung gesellschaftlicher Vermögen – sprich, es braucht so etwas wie eine *Grundsicherung* (beim Strom momentan, Dezember 2022, im Gespräch). Wir brauchen also so etwas wie eine *Grundsicherung*, unabhängig vom Verbraucherprinzip, so etwas wie eine *Sozialhilfe*, unabhängig vom Leistungsprinzip, zumindest in der Höhe des Existenzminimums. Dieses ist bestenfalls am Referenzbudget angelehnt, damit der Grundbedarf für ein menschenwürdiges Dasein und für eine minimale gesellschaftliche Teilhabe jedenfalls gesichert ist! Und erst *darüber hinaus* kann man über (negative) finanzielle Anreize sprechen, sprich über höhere Kosten.

Wir könnten gesamt-gesellschaftlich durchaus großzügig sein, ohne den Sinn der Sache, ohne das Ziel der Öko-Wende zu gefährden, indem wir möglichst weit in die Mitte der Gesellschaft hinein die Mehrkosten kompensieren – weil wir, die untere Hälfte, in Summe sowieso Energie spart, wo sie kann, allein aufgrund ihrer materiell begrenzten Möglichkeiten und Lebensverhältnisse.

Wolfgang „woldt“ Schmidt hat aufgrund seiner eigenen Erfahrungen mit jahrelanger und wiederholter Erwerbslosigkeit 2006 die *Arbeitslosen-Selbstorganisation AMSEL (Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen)* in Graz mitgegründet. Über die AMSEL ist er auch ein gewählter Vertreter der Plattform *Sichtbar Werden* der Armutskonferenz. Als solcher schreibt er hier:

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung

*Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten – ein spannendes Thema mit vielen Facetten, dem sich rund 20 Teilnehmer*innen in einem Pro-Action-Café auf der 13. Armutskonferenz gewidmet haben. Die Ideen sind vielfältig und reichen von kleinen Maßnahmen, die einfach umsetzbar sind, bis hin zu politischen Forderungen. Ein durchaus reichhaltiger Schatz, der hoffentlich als Anregung dient.*

Warum überhaupt ein klimafitter öffentlicher Raum für alle?

„Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: Zum einen sollte der öffentliche Raum allen zur Verfügung stehen und zum anderen sollte er klimafit sein.“ Gerade Menschen, die armutsbetroffen und / oder wohnungslos sind, haben oft keinen anderen Aufenthaltsort als den öffentlichen Raum. Dieser wird aber zunehmend eingengt bzw. steht nicht mehr allen zur Verfügung – und er ist nicht immer so gestaltet, dass es auch in der heißen Jahreszeit empfehlenswert ist, sich dort aufzuhalten. Daher hat sich eine Gruppe von rund 20 Expert*innen – von Betroffenen bis hin zu Menschen, die beruflich mit Armut und/oder Wohnungslosigkeit zu tun haben – mit diesem Thema beschäftigt.

Wie könnte ein klimafitter öffentlicher Raum aussehen?

Ein erster Schritt ist es, bewusst zu machen, was Hitze für Menschen bedeutet, die armutsbetroffen sind, die sich nicht in klimatisierte Wohnungen oder Büros zurückziehen können, die schlecht isolierte Wohnungen haben, die auf der Straße leben. Es fehlt oft das Wissen über die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze – hier muss als Erstes angesetzt werden.

Wichtig sind vor allem Plätze mit genügend Schatten und Trinkwasser. So könnten Wartehäuschen begrünt und Parkbänke beschattet werden, es könnten genügend Trinkwasserspender aufgestellt oder Trinkwasser und Sonnencreme verteilt werden. Analog zum Winter wären auch Rückzugsräu-

me in Pfarren, Kirchen oder Rathäusern wichtig, die klimatisiert und ohne Konsumzwang sind. Outdoor-Küchen in Nachbarschaften würden das Kochen im Freien ermöglichen und somit die Hitze in Wohnungen reduzieren.

Eine weitere Idee ist es, natürliche Gewässer aktiv zu nutzen und als Aufenthaltsräume zugänglich zu machen. Auch Maßnahmen wie kostenlose Duschen oder das Öffnen von Bädern mit freiem Eintritt für Menschen, die armutsbetroffen sind, wurden diskutiert.

Menschen, die im öffentlichen Raum arbeiten, und Sozialarbeiter*innen in den entsprechenden Arbeitsbereichen sollten auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze sensibilisiert sein und darauf achten, wie es den Menschen rund um sie geht. Eine Überlegung war es, analog zum Kältetelefon im Winter ein Hitzetelefon im Sommer einzuführen, um Personen, die besonders unter der Hitze leiden, gezielt und niederschwellig durch Streetworker*innen und Mediziner*innen professionell zu unterstützen.

Was können weitere hilfreiche Maßnahmen sein?

Neben dem Fokus auf Veränderungen im öffentlichen Raum als eine Form der Entlastung ist es wichtig, auch Wohnungen in den Blick zu nehmen. Oft liegen Maßnahmen wie Dämmung, Fenstertausch etc. im Einflussbereich der Vermieter*innen. Die Mieter*innen haben daher kaum Möglichkeiten, sich Entlastung zu verschaffen, einerseits, weil sie nicht Eigentümer*innen sind, andererseits, weil die finanziellen Möglichkeiten für Hilfsmittel wie Fensterfolien, Ventilatoren etc. fehlen.

Ein zusätzlicher Fokus muss auf Gesundheitsprävention liegen. Neben der Ausgabe von Trinkwasser und Sonnencreme wurden Hautkrebsprävention und die Versorgung von auf der Straße mitlebenden Tieren als mögliche Ansatzpunkte genannt, außerdem die Verteilung von Sonnenschutz (Kapperl) oder eine Hotline für Personen, die aufgrund der Hitze Unterstützung bei Tätigkeiten wie Einkaufen oder Ähnlichem brauchen.

Viele Einrichtungen für wohnungslose Menschen sind wenig oder gar nicht sommerfit – oft zu heiß, zu wenig belüftet oder auch bei großer Hitze nur am Abend zugänglich. Hier braucht es ein gezieltes Überprüfen und Überarbeiten der Gegebenheiten, um diese an die veränderten Temperaturen anzupassen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es für alle Teilnehmer*innen sehr spannend war, sich auf ganz praktische Weise mit dem Thema Hitze zu befassen. Viele der genannten Ideen sind bereits heute umsetzbar. Voraussetzung dafür sind allerdings eine verstärkte Bewusstseinsbildung und Aufklärung. Hoffentlich wird so ein klimafitter öffentlicher Raum bald für alle Realität.

***Michaela Haunold** leitet die Abteilung Beratung und Hilfe in der Caritas Oberösterreich. Schwerpunkte der Arbeit sind unter anderem die Beratung von armutsgefährdeten Personen und die gesundheitliche Versorgung von wohnungslosen Menschen.*

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen

Der gemeinnützige Sozialbereich spielt eine wichtige Rolle für das Erreichen der Klimaziele – die Politik hat das jedoch noch nicht erkannt. Um ihrer sozial-ökologischen Verantwortung nachzukommen, brauchen Sozialorganisationen entsprechende Rahmenbedingungen. Allen voran geht es um die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln für Klimaschutz. Es braucht einen Transformationsfonds für den gemeinnützigen Sozialbereich.

Lange wurden die Bereiche sozial und ökologisch getrennt voneinander gedacht: Sozialorganisationen haben eine soziale Aufgabe – um Klimaschutz sollen sich Umweltorganisationen kümmern. In den letzten Jahren hat sich dieses Bild, nicht zuletzt durch Initiativen wie *Fridays for Future*, verändert. Es herrscht zunehmend ein Verständnis von Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Gemeinnützigen Sozialorganisationen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Sie setzen sich für ein gutes Leben für ihre Zielgruppen ein: für Menschen im Alter, Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche, Geflüchtete oder armutsbetroffene Personen. Wie aber soll ein gutes Leben in einer Welt mit Extremwetterbedingungen, zunehmender Ungleichheit und Krieg um knappe Ressourcen gelingen? Um ihre soziale Mission zu erfüllen, müssen Sozialorganisationen den Klimaschutz als ihre Aufgabe begreifen. Zum einen geht es darum, die Auswirkungen der Klimakrise auf die Zielgruppen möglichst abzufedern, zum anderen bedeutet soziale Verantwortung aber auch, sicherzustellen, dass die Welt, in der wir leben, lebenswert bleibt. Die soziale Aufgabe wird zur sozial-ökologischen Aufgabe. Die Frage ist daher nicht, ob der gemeinnützige Sozialbereich eine ökologische Verantwortung trägt, sondern wie er ihr gerecht werden kann.

Sozialorganisationen spielen eine wichtige Rolle beim Klimaschutz

Österreich will bis 2040 klimaneutral werden – ein großes Ziel. Der andauernde Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Energiekrise haben die Dringlichkeit, von fossilen Brennstoffen unabhängig zu werden, noch verschärft. Klar ist, wir müssen ambitionierte Schritte setzen, um die Klimaziele zu erreichen. Es braucht eine Einbeziehung von Haushalten, Staat, Markt und Drittem Sektor. Gemeinnützige Sozialorganisationen spielen aus vier Gründen eine wichtige Rolle beim Klimaschutz: **Erstens** tragen sie vor allem durch ihre Immobilien und Fuhrparks wesentlich zu den Emissionen und zum Ressourcenverbrauch bei. **Zweitens** sind gemeinnützige Sozialorganisationen Multiplikatorinnen in Sachen Klima: Sie arbeiten mit Menschen aus verschiedenen Milieus und Einkommensschichten. Sie können Personengruppen, die sonst schwer zu erreichen sind, zur Klimakrise informieren und für Klimaschutz mobilisieren. Und auch Mitarbeiter*innen sind Multiplikator*innen. Sie sind in Kontakt mit anderen Organisationen, haben Familien und Freund*innen. Allein die Diakonie beschäftigt 9.000 hauptamtliche und 3.000 freiwillige Mitarbeiter*innen – ein riesiger Pool an potenziellen Klimabotschafter*innen. **Drittens** hat der gemeinnützige Sozialbereich eine Vorbildfunktion. Er zeigt, wie Wirtschaften im Sinne des Gemeinwohls aussehen kann: Langfristiger gesellschaftlicher Mehrwert braucht sozial-ökologisches Handeln. Organisationen des gemeinnützigen Sozialsektors können hier mit gutem Beispiel vorangehen. **Viertens** unterstützen gemeinnützige Sozialorganisationen in ihrer anwaltschaftlichen Funktion ihre Klient*innen bei der Vertretung ihrer Interessen. Beim Klimaschutz ist es fünf nach zwölf. Gemeinsam mit Umweltorganisationen zeigen Sozialorganisationen die Dringlichkeit einer Transformation auf. Sie fordern von der Politik umfassende und rasche Maßnahmen für ihre Zielgruppen. Dabei bleibt es nicht beim Problemaufriss. Mit Lösungsvorschlägen und Ideen bringen sich Sozialorganisationen in die politische Arbeit ein und übernehmen so eine gestalterische Rolle. Der enge Kontakt mit der Zielgruppe und das große Wissen aus der Praxis machen Sozialorganisationen zu unverzichtbaren Partnerinnen der Politik, wenn es darum geht, Schritte zu setzen, die wirkliche Verbesserungen bringen sollen.

Staat und Dritter Sektor: Starke Partner! Auch beim Klima?

Der Sozialbereich selbst hat sein Potenzial für den Klimaschutz erkannt und will Verantwortung übernehmen oder tut dies bereits. Dem Engagement sind aber Grenzen gesetzt, weil die öffentliche Hand den Dritten Sektor noch nicht als Partner (an)erkennt. Dies erstaunt, da in Österreich und Deutschland eine besondere Partnerschaft zwischen dem Staat und den Nonprofitorganisationen besteht. Einem Wohlfahrtsstaat kommen zahlreiche Aufgaben zu: Neben der sozialen Sicherung und Geldtransfers sind die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen und die Schaffung einer sozialen Infrastruktur zentrale Aufgaben. Der Staat überträgt einen großen Teil dieser Aufgaben den Sozialorganisationen. Diese bekommen dafür Mittel von der öffentlichen Hand – zu wenige, aber dazu später mehr. Das Wohlergehen maßgeblicher Gruppen der Bevölkerung basiert also auf einer starken Partnerschaft zwischen Staat und Drittem Sektor. Doch im Klimaschutz ist diese Partnerschaft nicht spürbar. Im Zuge der ökosozialen Steuerreform wurden Steuerfreibeträge für Klimainvestitionen eingeführt; gemeinnützige Organisationen können diese allerdings nicht nutzen, genauso wenig wie Gewinnfreibeträge. Doch auch jenseits der Steuerreform gibt es Hindernisse: Energiegutscheine können von Menschen, die in Sozialeinrichtungen leben, nicht eingelöst werden, weil sie nicht selbst Vertragspartner*innen sind, sondern die Energieverträge über die Organisation laufen. Eine entsprechende Alternative auf Organisationsebene gibt es nicht. Außerdem werden größere gemeinnützige Sozialorganisationen aufgrund ihrer großen Mitarbeiter*innenzahl bei Klimamaßnahmen häufig nachteilig behandelt. Wie im Fall von erneuerbaren Energiegemeinschaften führt dies entweder zum kompletten Ausschluss oder die Förderquoten fallen so niedrig aus, dass die Selbstkosten nicht mehr leistbar sind. Das Problem ist, dass große Sozialorganisationen rechtlich als Großkonzerne angesehen werden. Im Fall von erneuerbaren Energiegemeinschaften wird Großkonzernen vorrangig eine Profitabsicht unterstellt, weshalb ihnen eine Teilnahme versagt ist – eine Annahme, die für gemeinnützige Sozialorganisationen nicht gelten kann, weil es ihr Gemeinnützigkeitsstatus nicht erlaubt, Gewinne auszuschütten. Die niedrigeren Förderquoten sind die Folge einer ähnlichen Argumentation. Großkonzerne können höhere Selbstbehalte zahlen, da sie meist größere Profite erzielen als Klein- und Mittelunternehmen. Gemeinnützige Sozialorganisationen haben hingegen ein geringes Eigenkapital und auch das Bilden von Rücklagen ist kaum möglich.

Große Emissionen, aber kleines Budget

Wenn man in gemeinnützigen Sozialorganisationen nach den größten Herausforderungen beim Klimaschutz fragt, ist eine der ersten Antworten die fehlende Finanzierung. Seit den 90er Jahren sind Sozialorganisationen immer stärker ökonomischen Kennzahlen unterworfen. Knappe öffentliche Mittel bringen Einsparungen, Preisdruck und Konkurrenz mit sich. Ein Beispiel sind hier die Tagsätze in Pflegeheimen. Für jede*n Bewohner*in bekommt ein Pflegeheim einen fixen Betrag am Tag. Von diesem Geld müssen Pflege und Betreuung sowie die Mahlzeiten finanziert werden, aber auch Kosten, die nicht direkt an den*die Bewohner*in gebunden sind wie Heiz- und Stromkosten oder Verwaltungskosten. Wenn eine Einrichtung Klimaschutzinvestitionen tätigen möchte, muss das Geld aus demselben Topf kommen. Das Problem: Bereits jetzt sind die Mittel viel zu knapp, die Teuerungen haben die Situation noch verschärft. Eine zusätzliche Erschwernis ist, dass gemeinnützige Organisationen aufgrund ihrer Rechtsform kaum Rücklagen bilden dürfen – selbst, wenn sie könnten. Auch die Möglichkeit, zusätzliche Kosten über höhere Preise zu stemmen, wie For-Profit-Unternehmen das machen, besteht für gemeinnützige Sozialorganisationen nicht. Höhere Preise würden direkt zu Lasten der oftmals vulnerablen Zielgruppen gehen. Das gleiche gilt für Einschränkungen bei der Qualität der Angebote, die zweite Möglichkeit, um Klimainvestitionen mit dem gegebenen Budget zu finanzieren. Damit Sozialorganisationen nicht vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie ihre soziale Aufgabe erfüllen oder ihrer ökologischen Verantwortung nachkommen sollen, braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, am besten in Form eines Transformationsfonds.

Ein Transformationsfonds für den gemeinnützigen Sozialbereich

Über einen Transformationsfonds kann die öffentliche Hand dem gemeinnützigen Sozialbereich Mittel für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stellen. Die Kriterien für förderbare Maßnahmen sollten möglichst breit gestaltet werden. Der gemeinnützige Sozialsektor ist divers, One-Size-Fits-All-Lösungen sind hier nicht möglich. Ein Transformationsfonds sollte jedenfalls folgende vier Bereiche abdecken: Klimaschutzpläne und -konzepte, Klimainvestitionen, Personalkosten sowie Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Klimaschutz beginnt nicht mit den Maßnahmen, vorher braucht es einen

Plan. Ein *Klimaschutzkonzept* verhindert außerdem das ineffiziente Setzen von Einzelmaßnahmen. In manchen Sozialorganisationen ist viel Know-how vorhanden, andere sind auf externe Beratungsleistungen angewiesen. Die Erstellung von Klimaschutzkonzepten oder Sanierungsplänen durch Dritte muss genauso von einem Transformationsfonds abgedeckt werden wie die Inanspruchnahme von Energieberatung.

Bei den *Klimainvestitionen*, die aus einem Fonds finanziert werden können, muss eine breite Palette abgedeckt werden. Diese beginnt bei kleinen Maßnahmen wie Wasserstrahlreglern und reicht bis zu Großprojekten wie Fassadenbegrünungen oder Generalsanierungen. Aufgrund der besonderen Finanzierungsstruktur des gemeinnützigen Sozialbereichs braucht es entsprechend hohe Förderquoten. Wünschenswert wäre eine hundertprozentige Abdeckung der Kosten.

Klimaschutz ist außerdem eine Frage von Personalressourcen. Ein Transformationsfonds muss daher unbedingt auch *Personalkosten* abdecken. Aktuell müssen Klima- und Umweltschutz meist neben der Kerntätigkeit passieren. Wirkungsvoller Klimaschutz braucht aber eine*n „Kümmerner*in“, der*die vom Plan bis zur Umsetzung begleitet. In Deutschland können Kommunen eine*n sogenannte*n Klimaschutzmanager*in anstellen. Die Personalkosten werden bis zu hundert Prozent gefördert. Diese Möglichkeit braucht es auch für den gemeinnützigen Sozialbereich. Klimaschutzmanager*innen prüfen, was es für effektiven Klimaschutz braucht und wie die notwendigen Maßnahmen organisiert werden können. Sie sind zentrale Ansprechpersonen für externe Partner*innen und stellen sicher, dass die Maßnahmen den Plänen entsprechend umgesetzt werden. Zusätzlich wirken sie als Klimaschutzbotschafter*innen nach innen und außen. In den letzten Jahren haben Green Jobs zugenommen; der Einsatz von Klimaschutzmanager*innen im Sozialbereich schafft eine weitere attraktive Arbeitsmöglichkeit in diesem Feld. Doch neben gänzlich neu geschaffenen Stellen sollte es auch die Möglichkeit für bestehende Mitarbeiter*innen geben, durch eine Tätigkeit als Klimaschutzmanager*in ihre Stunden aufzustocken. Im Sozialbereich sind vor allem Frauen beschäftigt. In Bereichen wie der mobilen Pflege ist eine Vollzeitätigkeit schwer möglich. Eine stundenweise Tätigkeit als Klimaschutzmanagerin ermöglicht Frauen, in Vollzeit zu arbeiten. Das Klimaschutzmanage-

ment an bestehende Stellen anzuhängen hat außerdem den Vorteil, dass die Mitarbeiter*innen die Organisation und die Kolleg*innen bereits kennen. Und nebenbei wird die Verschränkung von sozial und ökologisch gefördert und so eine sozial-ökologische Perspektive auf die Klimakrise sichergestellt.

Doch auch *Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen* müssen über den Fonds finanzierbar sein. Klimaschutz geht uns alle etwas an, aber manche Gruppen haben besseren Zugang zu Informationen als andere. Sozialorganisationen erreichen Menschen, die sonst nur schwer erreicht werden können. Um zum bestmöglichen Umgang mit der Klimakrise zu befähigen, braucht es für die Zielgruppen kostenlose Schulungs- und Informationsangebote. Auch Mitarbeiter*innen können von Weiterbildungsmaßnahmen profitieren und als Multiplikator*innen auf die Zielgruppen wirken. Klimabezogene Inhalte könnten auch verstärkt in bestehende sozialpolitische Angebote aufgenommen werden (z. B. arbeitsmarktpolitische Beratung, Schuldner*innenberatung, Flüchtlingsberatung).

Der Fokus dieses Beitrags liegt auf dem gemeinnützigen Sozialbereich, ein Transformationsfonds sollte aber auch dem gemeinnützigen arbeitsmarktpolitischen Bereich offenstehen, da dieser mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert ist und einen ebenso großen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten kann.

Fazit

Die Klimakrise ist auch eine soziale Krise und damit Kernaufgabe des sozialen Sektors. Es ist die Verantwortung der Sozialorganisationen, die Trennung von sozial und ökologisch zu überwinden und den Klimaschutz voranzutreiben. Es ist jedoch die Verantwortung der Politik, die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Anja Eberharter war bis Februar 2023 Sozialexpertin bei der Diakonie Österreich. Neben dem Bereich Alter und Pflege setzt sie sich mit Fragen der Gemeinnützigkeit auseinander.

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin

Was bedeutet der Begriff Klimagerechtigkeit? Wofür stehen quantitative und qualitative Klimagerechtigkeit? Der Beitrag widmet sich diesen Fragen und entwirft eine klimagerechte Soziale Arbeit. Dabei werden drei Schritte zur Etablierung einer klimagerechten Sozialen Arbeit hervorgehoben und bestehende positive Ansätze aufgezeigt.

Was meint Klimagerechtigkeit?

Auf der 13. Armutskonferenz „Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten“ war die Einsicht verbreitet, dass der Klimawandel nicht nur ein biophysikalisches Phänomen darstellt, sondern wesentlich mit Fragen von sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Konsequenterweise schrieb sich die „Betroffenen-Vor!-Konferenz“ das Konzept der Klimagerechtigkeit auf die Fahnen und problematisierte eine dreifache Ungerechtigkeit: Armutsbetroffene sind erstens deutlich verletzlicher gegenüber den Folgen des Klimawandels, zweitens haben sie diesen – im Verhältnis zu den hohen Treibhausgasemissionen reicherer Bevölkerungsgruppen – weniger zu verantworten und drittens sind klimafreundliche Handlungsweisen, wie zum Beispiel der Kauf von Bio-Lebensmitteln, nicht für alle Menschen gleich zugänglich und finanzierbar (*Die Armutskonferenz 2022: 3*).

Mit dieser Argumentation brachte die „Betroffenen-Vor!-Konferenz“ eine zentrale Perspektive von Klimagerechtigkeitskonzepten zum Ausdruck, die seit Jahren primär von sozialen und indigenen Bewegungen aus dem Globalen Süden formuliert werden (*Müller 2017: 225–230*). Anders als die Konzepte des Klimaschutzes und der Klimaneutralität stellt jenes der Klimagerechtigkeit soziale Fragen in den Mittelpunkt. Wegweisend sind die unterschiedlichen Betroffenheiten, Verantwortlichkeiten und Partizipationsmöglichkeiten bezüglich des Klimawandels. Während zum Beispiel das Konzept des Klimaschutzes vorrangig danach fragt, wie gesellschaftliche Prozesse technisch so effizient gestaltet werden kön-

nen, dass sie das Klima nicht weiter schädigen, interessiert sich jenes der Klimagerechtigkeit für die Fragen, in welchen gesellschaftlichen und individuellen Kontexten (v. a. Kapitalismus, Reichtum, Postkolonialismus) Treibhausgasemissionen entstehen, wie sich vulnerable Bevölkerungsgruppen besser schützen bzw. geschützt werden können und wie eine „Klimasozialpolitik“ (Bohnenberger 2022) aussehen kann, die möglichst alle Menschen in die Lage versetzt, eine klimagerechte Gesellschaft mitzugestalten (Liedholz 2021a).

Die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Thema Klimagerechtigkeit lässt sich in zwei Diskursstränge unterteilen: in *quantitative* und *qualitative* Klimagerechtigkeit (Brunnengräber / Dietz 2016: 158–161). Quantitative Klimagerechtigkeit ist wesentlich mit der Forderung verbunden, dass jeder Mensch dasselbe klimaverträgliche Kontingent an Treibhausgasemissionen zugesprochen bekommt. Damit sollen die starken Unterschiede in den Emissionsniveaus (Stichworte: Überlebens- und Luxusemissionen) abgebaut und eine Form globaler Gerechtigkeit geschaffen werden. Ebenso ist beabsichtigt, auf diesem Weg jedem Menschen ein existenzsicherndes „Mindestmaß an Energie“ (Ekardt o. J.: 33) und Ressourcen für die eigene Lebensgestaltung zu garantieren. Qualitative Klimagerechtigkeitskonzepte postulieren ebenfalls, „dass die Gleichheit aller Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Einkommen, sozialem Status zum Ausgangspunkt jeder gerechten Klimapolitik werden muss“ (Brunnengräber / Dietz 2016: 160). Allerdings beschäftigen sie sich stärker mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen dies erfolgen soll. Anders als quantitative Ansätze kritisieren sie explizit „die herrschenden Produktions- und Konsummodelle“ (ebd.) und fordern eine Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise. Anknüpfend an die Umweltgerechtigkeitsbewegung fragen qualitative Klimagerechtigkeitskonzepte nach den sozialen Macht-, Ausbeutungs- und Diskriminierungsverhältnissen hinter dem Klimawandel und suchen in Postwachstumsansätzen sowie Solidarischen Ökonomien nach ökosozial gerechten, partizipativen, diversitätsbewussten und glücksstiftenden Gesellschaftsentwürfen.

Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit

Auch wenn sich die Soziale Arbeit in Österreich, Deutschland, der Schweiz und anderen europäischen Ländern unterschiedlich entwickelt (hat), so findet sie einen gemeinsamen Nenner in der Definition der International *Federation of Social Workers (IFSW)*. Diese definiert Soziale Arbeit als eine „praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin“, die „gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen“ (DBSH 2016) voranbringen möchte. Im Zentrum Sozialer Arbeit stehen die „Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt“ (ebd.). Fundiert wird sie von „Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften“ sowie von „indigene[m] Wissen“ (ebd.).

Eine *klimagerechte* Soziale Arbeit, wie sie im vorliegenden Text entworfen wird, orientiert sich an der internationalen Definition der *IFSW* und baut darauf auf. Sie befürwortet eine verstärkte Internationalisierung Sozialer Arbeit, da der Klimawandel als ein globales Nachhaltigkeitsproblem nur auf weltgesellschaftlicher Ebene bewältigt werden kann. Ebenso sind die Themen einer klimagerechten Sozialen Arbeit anschlussfähig an die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der internationalen Definition, wenngleich diese punktuell weitergedacht werden. Einen Anknüpfungspunkt erkennt sie zum Beispiel in der Aufgabe, ‚soziale Entwicklungen‘ und ‚den sozialen Zusammenhalt‘ zu fördern. Eine klimagerechte Soziale Arbeit setzt sich für beides ein, berücksichtigt dabei aber besonders den Klimawandel und seine sozialen Auswirkungen etwa mit Blick auf ungleiche Lebenschancen, Gesundheit, (Gewalt-)Konflikte, Flucht und Migration, Gender- und Generationenfragen (Liedholz 2021b: 41–81). Einen weiteren Anknüpfungspunkt an die internationale Definition bilden die Prinzipien der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ und der ‚Menschenrechte‘. Eine klimagerechte Soziale Arbeit stellt diese Prinzipien gleichermaßen ins Zentrum ihres Handelns, verbindet sie jedoch stärker mit dem Klimawandel. Soziale Gerechtigkeit muss für sie (global) gleiche CO₂-Rechte, einen weitreichenden Schutz vor Klimawandelfolgen und umfassende Partizipationsmöglichkeiten an einer klimagerechten Gesellschaft beinhalten. Die Menschenrechte sind für sie

nur dann vollständig erfüllt, wenn sie auch Rechte auf intakte ökologische Lebensbedingungen sicherstellen.

Nach Staub-Bernasconi (2019: 83) bewegt sich die Soziale Arbeit im Spannungsfeld von drei Mandatsbereichen. Ein erstes Mandat erhält die Soziale Arbeit „seitens der Gesellschaft“ (ebd.: 86), ein zweites Mandat „seitens der AdressatInnen“ und ein drittes, professionseigenes Mandat beruht „auf Wissenschaft sowie einer professionellen Ethik“ (ebd.: 87) von Sozialer Arbeit. Eine klimagerechte Soziale Arbeit lässt sich ebenfalls innerhalb dieser Mandatsbereiche verorten.

Hinsichtlich des ersten Mandats erscheinen unter anderem die gesellschaftlichen Verpflichtungen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen relevant (z. B. die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens oder das Ausrufen von Klimanotständen durch Städte), die in absehbarer Zeit auch die Strukturen Sozialer Arbeit betreffen werden. Als ein Vorbote dafür kann gelten, dass bei der Finanzierung von Hochschulen der Sozialen Arbeit in einigen Bundesländern in Deutschland verstärkt Klima- und Nachhaltigkeitsanforderungen gestellt werden. Dass Klimagerechtigkeit auch im zweiten Mandatsbereich Sozialer Arbeit – bei der Mandatierung durch die Adressat*innen – eine (zunehmende) Rolle spielen kann, haben nicht nur die Armutsbetroffenen mit ihren Perspektiven auf der 13. Armutskonferenz deutlich gemacht. Eine erste sozialarbeitswissenschaftliche Studie zur Klimaforschung im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit konnte zeigen, dass klimawandelbezogene Erwartungen von jugendlichen Nutzer*innen an Sozialarbeiter*innen geäußert werden (Liedholz 2022). Der dritte Mandatsbereich wurde bereits theoretisch als ein zentraler Bezug Sozialer Arbeit zum Klimawandel markiert (Liedholz 2021b: 13; Stamm 2021: 94). Dazu wurden sozialarbeitswissenschaftliche und professionsethische Verbindungen zum Klimawandel exemplarisch in den Themenfeldern Kinderschutz (Schramkowski 2022), Menschenrechte (Dörfler 2022) und Geschlechterverhältnisse (Schramkowski / Klus 2023) herausgearbeitet. In der Praxis deuten Arbeitsgruppen, Bildungsangebote und Beschaffungsrichtlinien an, dass Fachkräfte und Einrichtungen Sozialer Arbeit in Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit durchaus einen Teil ihres professionellen Auftrages erkennen.

Drei Schritte zur Etablierung einer klimagerechten Sozialen Arbeit

Eine klimagerechte Soziale Arbeit steckt im deutschsprachigen Raum noch in den Kinderschuhen. Damit sie diesen entwächst, scheinen verschiedene Entwicklungen erforderlich, die stellenweise bereits angelaufen sind. Ein **erster Schritt** besteht darin, dass sich die Sozialarbeitswissenschaft verstärkt dem Klimawandel zuwendet. Sie sollte für sich reflektieren, was der Klimawandel mit seinen sozialen Auswirkungen für ihre Theorie- und Methodenbestände bedeutet, zum Beispiel hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten, Ethik, Diversität, Gesundheit und Lebensweltorientierung. Zudem gilt es zu diskutieren, wie angehende Sozialarbeiter*innen in ihrem Studium auf diese Thematik vorbereitet werden können. Mit der Fachgruppe „Klimagerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation in der Sozialen Arbeit“, die sich Anfang 2021 innerhalb der *Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA)* gegründet hat, ist eine erste Plattform für diese Fragen entstanden.

Zweitens sind die Organisationen Sozialer Arbeit aufgefordert, Klimagerechtigkeit in ihren eigenen Strukturen umzusetzen. Löhe (2023) legt beispielhaft dar, wie auf der Ebene des Sozialmanagements Klima- und Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden können. Soziale Organisationen werden dann nicht nur an ihrem sozialarbeiterischen Nutzen, sondern ebenso an ihrer Klimaverträglichkeit gemessen (ebd.: 70). Manche Verbände und Träger der Sozialen Arbeit haben hier schon erste Initiativen ergriffen. Der Deutsche Caritasverband will bis zum Jahr 2030 zumindest klimaneutral werden (Deutscher Caritasverband 2021). Der Paritätische Wohlfahrtsverband fördert mit seinem Projekt „Klimaschutz in der Sozialen Arbeit stärken!“ (Yeung 2023) nachhaltiges Handeln in den eigenen Einrichtungen.

Ein dritter Schritt ist im Sinne qualitativer Klimagerechtigkeit die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Eine klimagerechte Soziale Arbeit müsste ihre gesellschaftspolitischen Handlungsspielräume ausloten, auch wenn dies herausfordernd erscheint. Sie könnte Kooperationen mit sozialen (Klima-)Bewegungen eingehen und sich in Klimawandelkonflikten einbringen. Sie könnte den Klimawandel als eine soziale Frage in die Öffentlichkeit tragen, so wie es beispielsweise die Diakonie Hessen getan hat, als sie die massiven Belastungen durch Hitzewellen

für obdachlose Menschen problematisierte und eine organisierte Hitzehilfe sowie bezahlbaren Wohnraum forderte (*Diakonie Hessen 2022*). Eine klimagerechte Soziale Arbeit sollte aktiv Subsistenzprojekte vorantreiben, die als Gegenmodell zum Kapitalismus Räume für ein alternatives Wirtschaften und Miteinander schaffen bzw. erhalten.

Für diesen letzten Punkt lohnt sich ein Blick auf die aktuelle (Welt-)Lage: Die stark gestiegenen Lebensmittelpreise sowie die Energiekrise infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stellen viele Adressat*innen Sozialer Arbeit vor erhebliche Probleme. Durch die Klimagerechtigkeitsbrille betrachtet, offenbaren sich gegenwärtig die Nachteile fossiler Abhängigkeiten und des hohen Grades an Fremdversorgung. Eine klimagerechte Soziale Arbeit könnte diese Situation nutzen, um eine Kritik an den fossilen Produktions- und Konsummustern zu formulieren, die sich mit den Alltagserfahrungen der Menschen verbindet. Sie hätte dabei vor allem das Ziel, ihren Adressat*innen ökosoziale Auswege aus den aktuellen Mehrfachkrisen aufzuzeigen. Entlang der Ansätze Postwachstum und Solidarische Ökonomie könnte sie Gemeinschaftsgärten, Obstsammelaktionen, nachbarschaftliche Kulturen des Teilens und Tauschens, generationsübergreifende Wohnprojekte, Repair-Cafés oder lokale Energieprojekte initiieren und damit klimagerechte Handlungsweisen fördern, die zugleich die Menschen finanziell und psychosozial entlasten.

Solche sozialarbeiterischen Projekte wären nahräumlich und partizipativ gestaltbar (z. B. *Liedholz 2023*). Menschen könnten wieder dazu ermächtigt werden, einen Teil ihrer Nahrungs- und energiebezogenen Grundversorgung selbst in die Hand zu nehmen. In einer Zeit, in der die fossilen Strukturen immer weniger Lebenssicherheit geben, kann dies eine attraktive Option sein.

Yannick Liedholz ist Autor des Buches „Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel“ (2021) sowie Mitherausgeber des Sammelbandes „Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit“ (2023). Er lehrt an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin und promoviert an der Freien Universität Berlin zu einer nachhaltigkeitsbildenden Erlebnispädagogik.

Literaturverzeichnis

- Bohnenberger, Katharina (2022): Klimasozialpolitik. Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. DIFIS-Studie Nr. 3. Duisburg, Bremen: DIFIS.
- Brunnengräber, Achim / Dietz, Kristina (2016): Klimagerechtigkeit. In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: transcript, S. 157–162.
- DBSH (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstag Soziale Arbeit und des DBSH. https://www.dbsch.de/media/dbsch-www/redaktionell/bilder/Profession/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_01.pdf [Zugriff: 15.10.2022].
- Deutscher Caritasverband (2021): Auf dem Weg zur klimaneutralen Caritas. Das Caritas Klimamanagement. Freiburg: Deutscher Caritasverband.
- Diakonie Hessen (2022): Hitzewelle bedroht Obdachlose. <https://www.diakonie-hessen.de/info/aktuelles-detailseite/hitzewelle-bedroht-besonders-wohnunglose-menschen-diakonie-hessen-fordert-rasche-hilfe> [Zugriff: 15.10.2022].
- Die Armutskonferenz (2022): 13. Armutskonferenz: Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten. Programm. https://www.armutskonferenz.at/media/programm_13-armutskonferenz_es-brennt_1.pdf [Zugriff: 15.10.2022].
- Dörfler, Lisa (2022): Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession im Kontext der Klimakrise. In: Pfaff, Tino / Schramkowski, Barbara / Lutz, Ronald (Hrsg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 81–90.
- Ekardt, Felix (o. J.): Klimawandel und soziale Gerechtigkeit. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=5f333536-2589-7f03-c07d-1cee90afc48&groupId=252038 [Zugriff: 15.10.2022].
- Liedholz, Yannick (2021a): Klimagerechtigkeit als besserer Klimaschutz. Ein Impuls für die Soziale Arbeit. In: FORUM sozial, 27, 3, S. 23–28.
- Liedholz, Yannick (2021b): Berührungspunkte von Sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Liedholz, Yannick (2022): Erwartungen an Sozialarbeiter:innen zum Klimawandel in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Freie Universität Berlin: Masterarbeit (unveröffentlicht).
- Liedholz, Yannick (2023): Kann die Soziale Arbeit sozialökologische Transformation? Erfahrungen eines Nachbarschaftsgartenprojekts in Berlin-Lankwitz. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 1, S. 13–16.
- Löhe, Julian (2023): Sozialmanagement und (starke) Nachhaltigkeit. In: Liedholz, Yannick / Verch, Johannes (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich, S. 67–79.

- Müller, Tazio (2017): Klimagerechtigkeit: Globaler Widerstand gegen den fossilen Kapitalismus. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie / DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München: oekom, S. 224–235.
- Schramkowski, Barbara (2022): Ökologische Gewalt als Kindeswohlgefährdung? In: Pfaff, Tino / Schramkowski, Barbara / Lutz, Ronald (Hrsg.): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 120–132.
- Schramkowski, Barbara / Klus, Sebastian (2023): Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit: Gender Climate Gap und die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Care-Verständnisses. In: Liedholz, Yannick / Verch, Johannes (Hrsg.): Nachhaltigkeit und Soziale Arbeit. Grundlagen, Bildungsverständnisse, Praxisfelder. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich, S. 213–224.
- Stamm, Ingo (2021): Ökologisch-kritische Soziale Arbeit. Geschichte, aktuelle Positionen und Handlungsfelder. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2019): Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit. Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Yeung, Janina (2023): Klimaschutz in der Sozialen Arbeit stärken. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 1, S. 17–19.

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise

*Die Klimakrise und die natürliche Umwelt⁽¹⁾ werden in der Forschung, Praxis und Lehre im Kontext der Sozialen Arbeit in Deutschland nur peripher behandelt. Anhand der präsentierten Studienergebnisse beleuchtet dieser Artikel daher, welche Relevanz die natürliche Umwelt für die Praktiker*innen der Sozialen Arbeit und ihre Klient*innen hat und welche weitreichenden transformativen Veränderungsschritte sich daraus ergeben sollten.*

Eine dominante öffentliche Meinung zur Klimakrise lautet: Klimaschutz darf nicht den eigenen Wohlstand gefährden. Zwar wird anerkannt, dass Flugreisen, Autos oder alte Heizungen zu dieser globalen Krise beitragen. Ein breiter gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Konsens klammert sich jedoch daran, dass technisch innovative Erfindungen diese Probleme lösen werden, ohne dass eine Veränderung der bisherigen Lebensweise zwingend notwendig wird. Dieses trügerische Narrativ verfestigt eine Politik der grünen Wachstumslogik und blendet die damit einhergehenden sozialen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen bewusst aus.

Deshalb war es wichtig, dass mit der 13. Armutskonferenz ein erfolgreicher Versuch unternommen wurde, die Klimakrise mit sozialen Aspekten wie Armutsperspektiven zu verbinden, insbesondere da die Klimakrise eine vom Menschen verursachte soziale Systemkrise ist. In diesem Zusammenhang verweist die Bezeichnung Systemkrise darauf, dass Risiko und Vulnerabilität miteinander verknüpft sind. Denn der Klimakrise liegt eine strukturelle

¹ In der Sozialen Arbeit wird der Begriff „Umwelt“ meist in verkürzter Form als soziale Umwelt von Individuen verstanden. Wenn in diesem Artikel von der „natürlichen Umwelt“ gesprochen wird, bezieht dies immer explizit die natürlichen, physischen Dimensionen der Umwelt und Ökologie wie Wasser, Luft, Boden, Klima und deren Einfluss auf die Menschen mit ein.

Klima(un)gerechtigkeit zugrunde, d. h. es gibt eine Diskrepanz zwischen der Verantwortung für und der Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise. Die sozialen Dimensionen dieser Systemkrise zeigen sich wiederum darin, dass Schwarze, Indigene und People of Colour (BiPoC), Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen (FLINTA*), Kinder, sozioökonomisch und sozial marginalisierte Gemeinschaften im Globalen Süden wie auch im Globalen Norden unverhältnismäßig stark von den ungerechten Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind (vgl. Ituen / Tatu Hey 2021). Neu ist diese Feststellung im deutschsprachigen Raum nicht. Eine Studie aus Deutschland zur Umweltexposition kam bereits 2006 zu dem Ergebnis, dass eine erhöhte Anzahl weiblicher, nicht-deutscher Staatsangehöriger, die von Armut, Arbeitslosigkeit, niedrigem Bildungsniveau und ungünstigen Lebensbedingungen betroffen sind, überproportionalen gesundheitlichen und vielfältigen sozialen Umweltkrisen ausgesetzt sind (vgl. Kohlhuber et al. 2006: 246). Daher kann festgestellt werden, dass sich die Soziale Arbeit als Profession bereits mit denjenigen beschäftigt, die von der Klimakrise am stärksten betroffen sind. Doch obwohl die Soziale Arbeit mit ihrer Expertise prädestiniert dafür ist, den intersektionalen Kampf gegen die Klimakrise antirassistisch, dekolonial und feministisch zu führen, wird die Thematik der natürlichen Umwelt und der Klimakrise im Kontext der Sozialen Arbeit in Deutschland im Bereich der Forschung, Lehre und Praxis nur marginal adressiert. Zuletzt werden vermehrt die Zusammenhänge zwischen der Klimakrise und ihren sozialgesellschaftlichen Folgen erforscht und zusammengeführt (vgl. Stamm 2018, 2021; Schmidt 2021; Pfaff et al. 2022). Dennoch existieren im internationalen wie auch im deutschsprachigen Forschungsdiskurs weiterhin Lücken hinsichtlich der Frage, wie eine ökosoziale Praxis umgesetzt werden kann (vgl. Miller / Hayward 2014; Shaw 2011; Norton 2012; Molyneux 2010; Boetto 2016) und inwieweit Praktiker*innen der Sozialen Arbeit Umweltthemen als entscheidend oder relevant für ihre tägliche Arbeit mit ihren Klient*innen betrachten (vgl. Nesmith / Smyth 2015: 488).

Um aufzuzeigen, welche Relevanz die natürliche Umwelt für Praktiker*innen der Sozialen Arbeit in Deutschland hat, greift der vorliegende Beitrag diese Desiderate auf, indem die persönlichen und beruflichen Einstel-

lungen und Erfahrungen von Sozialarbeiter*innen in Bezug auf die natürliche Umwelt und ihre Wahrnehmung der Auswirkungen der Klimakrise auf die Klient*innen untersucht werden. Insbesondere werden die praktischen und strukturellen Herausforderungen aufgezeigt, die sich bei der Umsetzung einer transformativen ökosozialen Praxis auf der Grundlage des untersuchten praktischen Wissens (der Praktiker*innen) ergeben können. Für die Studie wurde ein quantitatives Forschungsdesign in Form eines Fragebogens mit 42 geschlossenen und einer offenen Frage entwickelt. 300 Praktiker*innen aus Deutschland, die mindestens über einen Bachelor-Abschluss in Sozialer Arbeit verfügen, nahmen an der Studie teil. Die Studienergebnisse zeigen, dass ein konkreter ökosozialer Rahmen für die Praxis weitgehend fehlt und dass die natürliche Umwelt sowie die Klimakrise noch nicht in relevantem Ausmaß Teil des beruflichen Verständnisses der befragten Praktiker*innen sind.

Sichtbarkeit und Bedeutung der Klimakrise im persönlichen und beruflichen Umfeld der Praktiker*innen

Zuerst wurden die Sozialarbeiter*innen allgemein befragt, welche persönlichen und beruflichen Erfahrungen sie mit verschiedenen Aspekten im Zusammenhang mit der Klimakrise gemacht haben und welche Einstellungen sie zu diesem Thema haben. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die meisten Studienteilnehmenden sich der vom Menschen verursachten Klimakrise und seiner Folgen bewusst sind und 90 Prozent sich auf beruflicher Ebene eine stärkere thematische Einbeziehung der natürlichen Umwelt und der Klimakrise in der Praxis der Sozialen Arbeit wünschen. Mehr als die Hälfte sieht die natürliche Umwelt als relevant für ihre Praxis an und ist persönlich und beruflich über die Auswirkungen der Klimakrise besorgt. Fast 80 Prozent geben an, dass die Klimakrise für ihre Klient*innen bereits jetzt oder in zehn Jahren gefährlich sein wird. Auch wenn ein kausaler Zusammenhang zwischen der Klimakrise als Auslöser von infrastrukturellen, physischen und psychischen Problemfeldern wie überhitzten Wohnungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Angststörungen, Asthma und Allergien schwer nachzuweisen ist, nennen die Sozialarbeiter*innen in diesem Kontext eine Vielzahl dieser Problemfelder, unter denen ihre Klient*innen bereits heute leiden bzw. die

sich durch die Klimakrise jetzt oder in Zukunft verstärken können. Die Daten zeigen jedoch, dass die befragten Sozialarbeiter*innen ihre eigenen Klient*innen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Deutschland als weniger von der Klimakrise bedroht wahrnehmen. Zudem geben viele der Befragten an, noch nie mit ihren Klient*innen über die Klimakrise oder den Einfluss der natürlichen Umwelt auf das Wohlbefinden gesprochen zu haben. Außerdem denken sie nur selten über die Rolle der natürlichen Umwelt in ihrer Arbeitspraxis nach und thematisieren diese nur selten in Gesprächen mit ihren Klient*innen. In Bezug auf Naturkatastrophen äußerten 80 Prozent der Befragten, dass in ihrer Praxis potenzielle Bedrohungen für ihre Klient*innen weitgehend ignoriert werden und sie sich unsicher fühlen, wie sie mit den neuen Problemlagen ihrer Klient*innen umgehen sollen. Dabei benennen die Praktiker*innen am häufigsten den Mangel an Ausbildung, Zeit und Finanzen als Faktoren, die sie daran hindern, die klimabezogene Betroffenheit ihrer Klient*innen zu erkennen und die natürliche Umwelt als relevanten Faktor in ihre berufliche Handlungspraxis zu implementieren.

Zwischen Anspruch und Arbeitsrealität

Die Analyse der Daten zeigt, dass die Rückmeldungen der Praktiker*innen der tatsächlichen beruflichen Realität zu widersprechen scheinen. So lässt sich eine Diskrepanz zwischen dem Schein einer attestierten umweltfreundlichen Perspektive der Sozialarbeiter*innen und dem Sein der tatsächlichen Anwendung im professionellen Aktionsfeld feststellen. Darüber hinaus zeigt die Analyse, dass unter den Praktiker*innen ein unklares oder fehlendes berufliches Mandats- und Handlungsverständnis von Seiten der Träger der Sozialen Arbeit, der Klient*innen und der Profession selbst besteht. Aussagen wie „Die Klient*innen kommen nicht wegen des Klimawandels zu mir und daher muss ich auch nicht handeln“ oder „Wir haben keine finanziellen Möglichkeiten und ich kann sowieso nicht von mir selbst heraus handeln“ deuten darauf hin, dass der unmittelbare Konnex von Klimakrise und sozialer Krise noch nicht verstanden wird. Zudem ist der Einbezug der natürlichen Umwelt in die berufliche Praxis noch nicht ausreichend Teil des beruflichen Handlungsverständnisses der befragten Praktiker*innen. Ein solches fehlendes

Verständnis kann dadurch verstärkt werden, dass sich der Berufsstand der Sozialen Arbeit selbst noch kein klares Handlungsmandat in Bezug auf die Klimakrise gegeben hat. Weder in deutschsprachigen Ethikkodizes noch in nationalen Definitionen fungieren die Klimakrise und die natürliche Umwelt als grundlegender Rahmen für den eigenen Berufsauftrag oder das eigene Handeln (vgl. Stamm 2021: 117f.).

Mangels Ausbildung in Umweltfragen und klimabezogener Kommunikation mit den Klient*innen über ihr Wohlergehen sowie mangels eines klaren theoretischen oder konzeptionellen Wissenstransfer in die Praxis können Praktiker*innen Schwierigkeiten haben, bestimmte Zusammenhänge herzustellen, beispielsweise wenn es darum geht, die klimabedingte Vulnerabilität der eigenen Klient*innen oder den beruflichen Handlungsauftrag im Kontext der Klimakrise zu erkennen. Es gilt weiter zu erforschen, ob seitens den Praktiker*innen ein berufliches dualistisches Handlungsverständnis vorliegt, d. h. ob die menschlichen Bedürfnisse getrennt von der natürlichen Umwelt und ihren Einflüssen betrachtet und priorisiert werden. Die Rückmeldungen hierzu haben gezeigt, dass die Umweltdimension bisher oft nur dann als relevant für die eigene Praxis angesehen wird, wenn die Grundbedürfnisse der Klient*innen akut bedroht sind. Erschwerend kommt hinzu, dass häufig darauf gewartet wird, dass die Klient*innen von sich aus einen Handlungsauftrag erteilen, anstatt sie präventiv vor einer akuten bzw. längerfristigen Bedrohung zu schützen.

Die Klimakrise als soziale Krise

Um zu vermeiden, dass Sozialarbeiter*innen weiterhin primär nur auf Probleme reagieren, die bereits eingetreten sind, benötigen sie ein fundiertes theoretisches und insbesondere praxisorientiertes Wissen darüber, warum die Klimakrise eine soziale Krise ist und somit zum beruflichen Verständnis der Sozialen Arbeit gehört. Damit die Thematik der Klimakrise einen relevanten Platz in der Praxis der Sozialen Arbeit einnehmen kann, müssen die Sozialarbeiter*innen über die dynamischen Rückkopplungsschleifen zwischen Mensch und Natur aufgeklärt werden und die symbiotische Beziehung zwischen den ökosozialen und strukturellen Dimensionen anerkennen. An-

dernfalls besteht die Gefahr, dass systemische und politische Faktoren im Zusammenhang mit der Klimakrise in der Arbeit mit den Klient*innen ignoriert werden. Dies kann passieren, wenn, wie von den befragten Studienteilnehmenden häufig vorgeschlagen, der Fokus der Arbeit mit den Klient*innen auf der Reduzierung ihres ökologischen Fußabdruckes liegen soll. Denn sozioökonomisch marginalisierte Menschen haben nur bedingt ein fehlendes ökologisches Bewusstsein; vielmehr sind sie auf Grund fehlender Ressourcen weniger in der Lage, sich an Klimafolgen anzupassen oder nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Bei den Emissionen marginalisierter Menschen handelt es sich also nicht um „Luxusemissionen“, sondern um „Lock-in-Emissionen“, die z. B. aus unsanierten Wohnungen oder der Nutzung älterer und energieintensiverer Haushaltsgeräten resultieren (vgl. AWO 2022: 7). Durch eine Individualisierung der Verantwortung, wie sie sich etwa im Aufruf zum Stromsparen oder anderweitigem Verzicht widerspiegelt, werden ebenjene strukturellen und politischen Dimensionen (vgl. Nickel 2021) ausgeblendet, die primär ursächlich für den ohnehin unterdurchschnittlich großen ökologischen Fußabdruck von sozioökonomisch marginalisierten Klient*innen der Sozialen Arbeit sind. Dabei stabilisieren und reproduzieren die ausgeblendeten politischen und sozialstrukturellen Einflussfaktoren die bestehende freie Marktwirtschaft. Diese trägt maßgeblich dazu bei, dass die soziale Ungleichheit in der fortschreitenden Klimakrise noch verschärft wird und dass die sozioökonomisch marginalisierten Klient*innen der Sozialen Arbeit bereits einen unterdurchschnittlich großen ökologischen Fußabdruck haben. Dieses Ausblenden der politischen und sozioökonomischen Faktoren könnte einen Hinweis darauf geben, weshalb die befragten Praktiker*innen ihre eigenen Klient*innen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung als weniger von der Klimakrise bedroht wahrnehmen. Kann es sein, dass die landläufige Fehldeutung der Klimakrise als „Wohlstandskrise“ auch bei Teilen der Praktiker*innen der Sozialen Arbeit verfängt?

Unter dieser Prämisse erscheint es ratsam, sowohl den theoretischen Diskurs als auch die konkrete Handlungspraxis in der Sozialen Arbeit selbstkritisch zu hinterfragen und mehr Möglichkeiten für den Erwerb von spezifischem und praktischem Umweltwissen zu schaffen. Zu klären ist, inwiefern

umweltschädliche Einstellungen sowie die Reproduktion problematischer gesellschaftspolitischer Umweltdiskurse (z. B. die Individualisierung der Verantwortung oder die Klimakrise als Wohlstandskrise) in den Arbeitsstrukturen und Denkweisen der Praktiker*innen verankert sind und eine Einbeziehung der Klimakrise in der Praxis erschweren. Es wäre empfehlenswert, wenn das Fundament des beruflichen Handlungsmandats, bestehend aus sozialer Gerechtigkeit und den Menschenrechten, um Aspekte der natürlichen Umwelt erweitert werden würde, beispielsweise um Konzepte der Umweltgerechtigkeit oder der Nachhaltigkeit. Daher postuliere ich, dass eine ethische Verankerung der natürlichen Umwelt als klärende Referenz zu einer Revision des vorherrschenden dualistischen Berufsverständnisses führen würde. Dazu muss die Soziale Arbeit das eigene Handeln auf der Grundlage von Perspektiven der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der globalen Klima(un)gerechtigkeit kritischer reflektieren und sich für globale Wissensperspektiven öffnen. Darüber hinaus muss sich die Profession der Sozialen Arbeit in Deutschland weiterentwickeln, um im Zuge der Klimakrise eine Positionierung bzw. einen ökosozialen Rahmen zu schaffen, der die Perspektiven der Träger der Sozialen Arbeit, der Praktiker*innen und insbesondere der Klient*innen einbezieht. Zu guter Letzt muss das Denken und Handeln zur transformativen Veränderung der Praxis führen.

Let's (start to) care!

Die Ergebnisse der präsentierten Studie zeigen, dass ein ökosozialer Paradigmenwechsel innerhalb der wissenschaftsbasierten Berufspraxis Praktiker*innen dazu anregen könnte, die Befriedigung von Grundbedürfnissen auch aus einer sozial-ökologischen Perspektive zu betrachten. In einem ersten Schritt könnten Umweltaspekte in die Ethikkodizes und Leitlinien von Universitäten, Wohlfahrtsverbänden und Trägern der Sozialen Arbeit aufgenommen werden, sodass ein ökosozialer Bezug in Ausbildung und Praxis hergestellt werden würde. Praktiker*innen könnten die Diskussion um eine Erweiterung ihres Mandats- und Handlungsauftrags als Anreiz sehen, ihr berufliches Handeln im Kontext des klimabedingten gesellschaftlichen Wandels zu reflektieren. Denn die sozial-ökologische Krise wird weiter an Dynamik gewinnen und das Leben

je nach Wohnort, Geschlecht, Alter, Nationalität, sozioökonomischen Status etc. grundlegend verändern. Wichtig ist, dass die Beschäftigung mit der natürlichen Umwelt kein Randthema bleibt, sondern zu einem zentralen Anliegen des Berufsstandes wird. Viele frühere Versäumnisse der Sozialarbeitsprofession können in einer sich wandelnden sozialpolitischen Gesellschaft angegangen und geändert werden. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass für mehr als die Hälfte der Praktiker*innen die natürliche Umwelt bereits praxisrelevant ist und 90 Prozent eine stärkere Einbeziehung der natürlichen Umwelt in der Praxis fordern. Der Wunsch nach Veränderung ist bei den Praktiker*innen also vorhanden; eine Auseinandersetzung mit den ökologischen und sozialen Auswirkungen der Klimakrise sowie eine Veränderung der praktischen Arbeit in dieser Hinsicht würde auf breite Zustimmung bei den befragten Praktiker*innen stoßen. Deshalb: Let's (start to) care!

Daher plädiere ich für ein präventives ökosoziales Verständnis von Sozialer Arbeit, die sich auf sozialpolitischer Ebene für Themen wie einen sozial-ökologischen Strukturwandel einsetzt und präventiv arbeitet. Ein solches Handlungsverständnis könnte folgende Veränderungsschritte beinhalten:

- die Bereitschaft von Sozialarbeiter*innen, nicht nur auf bereits entstandene Probleme zu reagieren;
- die Bereitschaft der Sozialarbeiter*innen, mehr über die kontextuellen Probleme der von der Klimakrise betroffenen Klient*innen zu erfahren;
- den Einbezug von Aspekten der natürlichen Umwelt in die Analyse der Ursachen von sozialen Problemlagen, sodass z. B. die Realisierung von Wohnraum, Existenzsicherung oder sozialer Teilhabe präventiv unter Einbezug ökosozialen Wissens praxisorientiert adressiert wird;
- die verstärkte Einbeziehung ökosozialer Dimensionen in die Gemeinwesenarbeit als Mittel für Sozialarbeiter*innen, ihre Klient*innen in ihrem Aktivismus und gesellschaftspolitischen Engagement auf einer kooperativen Ebene besser unterstützen zu können;

- die Entwicklung von praktisch anwendbaren konzeptionellen Methoden zur Einbeziehung von Umweltaspekten, um die Auswirkungen auf die Infrastruktur, die Gesundheit oder die sozialen Lebensbedingungen von Klient*innen in angemessener Weise präventiv zu bewerten.

Robert Blum ist Sozialarbeiter und hat sein Bachelorstudium der Sozialen Arbeit an der Universität Kassel und den Masterstudiengang Social Work as a Human Rights Profession an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin absolviert. Gemeinsam mit Lea Schramm betreibt er den Podcast Soziale Arbeit und Klimawandel (<https://www.youtube.com/channel/UCYKRtje0sSgbyX9s4TOulhA>).

Literaturverzeichnis

- AWO (=Arbeiterwohlfahrt Bundesverband) (2022): Den Wandel solidarisch gestalten. Gemeinsam für die sozial-ökologische Transformation. https://awo.org/sites/default/files/2022-05/AWO_PosPap_Sozial-ökologische_Transformation_0.pdf [Zugriff: 25.11.2022].
- Blum, Robert / Schramm, Lea (2021): Soziale Arbeit und Klimawandel [Audio-Podcast]. <https://www.youtube.com/channel/UCYKRtje0sSgbyX9s4TOulhA> [Zugriff: 9.11.2022].
- Boetto, Heather (2016): Developing ecological social work for micro level practice. In: McKinnon, Jennifer / Alston, Margaret (Hrsg.): Ecological social work: Towards sustainability. New York: Palgrave Macmillan, S. 59–77.
- Ituen, Imeh / Tatu Hey, Lisa (2021): Der Elefant im Raum – Umwelttrassismus in Deutschland. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Kohlhuber, Martina et al. (2006): Social inequality in perceived environmental exposures in relation to housing conditions in Germany. In: Environmental Research, 101, 2, S. 246–255.
- Miller, Shari / Hayward, Anna (2014): Social Work Education's Role in Addressing People and a Planet at Risk. In: Social Work Education, 33, 3, S. 280–295.
- Molyneux, Rebecca. (2010): The Practical Realities of Ecosocial Work: A Review of the Literature. In: Critical Social Work, 11, 2, S. 61–69.
- Neckel, Sighard (2021): Die Klimakrise und das Individuum. <https://www.soziopolis.de/die-klimakrise-und-das-individuum.html> [Zugriff: 6.10.2022].
- Nesmith, Ande / Smyth, Nora (2015): Environmental Justice and Social Work Education: Social Workers' Professional Perspectives. In: Social Work Education, 34, 5, S. 484–501.
- Norton, Christine Lynn (2012): Social work and the environment: An ecosocial approach. In: International Journal of Social Welfare, 21, 3, S. 299–308.

Pfaff, Tino / Schramkowski, Barbara / Lutz, Ronald (2022): Klimakrise, sozialökologischer Kollaps und Klimagerechtigkeit. Spannungsfelder für Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa.

Schmidt, Marcel (2021): Eine theoretische Orientierung für die Soziale Arbeit in Zeiten des Klimawandels. Opladen: Barbara Budrich.

Shaw, Terry (2008): An Ecological Contribution to Social Welfare Theory. In: Social Development Issues, 30, 3, S. 13–26.

Stamm, Ingo (2018): Umwelt, Ökologie und Nachhaltigkeit in den Ethikkodizes Sozialer Arbeit. Kein Thema für die Profession? In: Soziale Arbeit, 67, 12, S. 444–450.

Stamm, Ingo (2021): Ökologisch-kritische Soziale Arbeit. Geschichte, aktuelle Positionen und Handlungsfelder. Opladen: Barbara Budrich.

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten **Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz**

Klimawandel und Ungleichheit sind brennende Fragen. Dass die Klimaveränderung jene am härtesten trifft, die am wenigsten dazu beitragen, ist eine bekannte Tatsache: Die reichsten zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung verursachen mehr als viermal so viel Treibhausgase wie die ärmsten zehn Prozent. Die Länder des globalen Nordens sind für einen Großteil der Klimaemissionen verantwortlich, weltweit verursachen die reichsten zehn Prozent der Menschheit mehr als die Hälfte aller Treibhausgasemissionen.

Die Länder des globalen Nordens lagern die ökologischen und sozialen Kosten in Länder des globalen Südens aus, indem sie etwa ihre Waren in Ländern des globalen Südens produzieren lassen. Wer reich ist, kann sich vor den Folgen des Klimawandels schützen, wer arm ist, muss leiden.

„ Der ständige Zufluss billiger Waren, für deren Produktion anderswo Arbeit überausgebeutet und Natur verbraucht wird, macht es möglich, das Konsumniveau und damit eine relative politische Stabilität hierzulande aufrechtzuerhalten – trotz der Zunahme von prekärer und niedrig entlohnter Beschäftigung und sozialer Ungleichheit. “
(Fischer 2023 in diesem Band)

In vielen armen Ländern der Welt sind die lebensbedrohlichen Folgen des Klimawandels bereits jetzt Realität: Aufgrund von Wetterextremen wie Überschwemmungen, Dürre, Hitzewellen und Stürmen müssen Menschen fliehen, verlieren ihre Existenzgrundlage oder im schlimmsten Fall ihr Leben. Die Klimakrise verschärft also Armut. Auf der anderen Seite befeuern wiederum Ungleichheiten die Klimakrise – vermögende Menschen tragen mehr zum Klimawandel bei. Das ist knapp gefasst der „Flächenbrand“, mit dem wir es zu tun haben, das sind die großen sozial-ökologischen Problemfelder, die im ersten Teil des Bandes beschrieben sind.

Klima und Soziales zusammendenken

Die Klimakrise muss mit der Bekämpfung von Armut zusammengedacht werden und umgekehrt die Bekämpfung von Armut mit der Klimakrise.

☞ *Denn der Klimakrise liegt eine strukturelle Klima(un)gerechtigkeit zugrunde, d.h. es gibt eine Diskrepanz zwischen der Verantwortung für und der Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise.* ““

(Blum 2023 in diesem Band)

Die soziale Dimension zeigt sich auch darin, dass Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen die Folgen des Klimawandels weltweit am stärksten zu spüren bekommen. Die ökonomische Benachteiligung von Frauen ist ein wichtiger Grund für deren erhöhte Vulnerabilität gegenüber den Folgen der Klimaveränderung.

☞ *Eine zentrale Rolle spielt dabei die unbezahlte Care-Arbeit, die weltweit immer noch zu einem Großteil von Frauen* verrichtet wird. Fürsorge und Sorge als gesellschaftlich notwendige, wertvolle Arbeit wird jedoch nicht entsprechend anerkannt oder entlohnt, wodurch Frauenarmut strukturell verursacht wird.* ““

(Chahrour 2023 in diesem Band)

Die Klimakrise ist auch eine Krise der Demokratie: Jene, die am wenigsten Möglichkeiten zu politischer Mitsprache haben, leiden am meisten, sind aber von politischen Verhandlungen ausgeschlossen. Die Vermögenden bedürfen zur Aufrechterhaltung und Mehrung ihres Reichtums und des damit verbundenen Einflusses „beständiger Zufuhr von cheap nature (billiger Natur) and cheap labour (billiger Arbeit)“ (Lessenich 2023 in diesem Band). Daher ist es wichtig, klima- und sozialpolitische Maßnahmen demokratisch zu gestalten, jene in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen, die von den „Glutnestern“ der sozial-ökologischen Transformation betroffen sind, und ihre Gestaltungsmacht entscheidend zu stärken.

Struktureller Wandel

Apelle, die am individuellen Verhalten der Menschen ansetzen und zum Beispiel einen Verzicht auf Fleisch propagieren oder zum Stromsparen aufrufen, greifen zu kurz und blenden strukturelle und politische Dimensionen aus. Armutsbetroffene Menschen haben oft nicht die Ressourcen, nachhaltige Konsumentscheidungen zu treffen. Christine Sallinger (2023 in diesem Band) beschreibt in ihrem Kommentar eindrücklich, welche Einschränkungen Armutsbetroffene in Kauf nehmen müssen. Ihr ökologischer Fußabdruck ist um ein Vielfaches kleiner als jener einkommensstarker Personen. „Energiesparen“ für die CO₂-Reduktion ist also besonders lohnend bei den hohen Einkommensgruppen – bei den Ärmsten mit „Energiesparen“ zu beginnen, ist hingegen weder sachgerecht noch effektiv. Im Gegenteil, aus der Armut herauszukommen heißt, einer ausgrenzenden und schädlichen Mangelsituation zu entfliehen: statt überbelegte und schimmelige Wohnungen wieder ausreichend Platz für die Kinder, statt zu wenig und mangelhaftes Essen wieder ausgiebige und herzhaftes Speisen, statt existentiellen Dauerstress wieder einmal Urlaub machen, statt kalten Zimmern wieder warme Räume, statt nichts konsumieren können endlich wieder mehr konsumieren. Armut bekämpfen bedeutet, dass die betroffenen Personen ihren CO₂-Abdruck zwangsläufig erhöhen. Klimaschutz muss einkommensschwächere Haushalte entlasten, anstatt den Betroffenen weitere Bürden aufzuerlegen. Wolfgang wotd Schmidt (Schmidt 2023 in diesem Band) plädiert daher in seinem Beitrag für eine Umverteilung von oben nach unten zur Realisierung einer ökosozialen Wende.

Es muss um eine Veränderung jener Strukturen gehen, die sowohl dem Klima schaden als auch soziale Ungerechtigkeit hervorrufen. Wenn wir den Energieverbrauch weltweit reduzieren wollen, müssen wir darüber sprechen, wie wir Wohnen, Mobilität, Landwirtschaft, Ernährung, Gesundheit und Bildung in Zukunft organisieren wollen.

☞ *Die ökologische Krise ist nicht ‚da draußen‘, sondern sie ist im Kern eine Krise der kapitalistischen, auf Expansion angelegten Produktions- und Lebensweise. Das ist eine Blickverschiebung. Dann geht es nicht nur darum, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und von fossilen auf erneuerbare Energien umzustellen.* ““

(Brand 2023 in diesem Band)

Gelingt diese Blickverschiebung, ist klar, dass es um eine radikale Transformation geht: um eine Verwandlung der jetzigen Produktionsverhältnisse. Das gilt für den wirtschaftsliberalen Westen genauso wie für das autoritär gesteuerte Wirtschaften in China. Oder wie es Hedy Spanner von der Plattform „Sichtbar Werden“ (Spanner 2023 in diesem Band) formuliert:

„Ohne eine Reform des gesamten Systems wird es nicht funktionieren.“

Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Brandschutzmaßnahmen gegen die schon in Flammen stehenden großen sozial-ökologischen Problemfelder und gegen die bereits gefährlich glosenden Glutnester reichen vom grundsätzlichen gesellschaftlichen Umbau über den Ausstieg aus dem auf blindes Wachstum ausgerichteten Paradigma bis hin zu einem solidarischen Umgang mit Gemeingütern wie Gesundheit, Wohnen, Ernährung, Bildung und Mobilität. Es braucht einen diversitätsbewussten Blick und Partizipationsmöglichkeiten für alle. Care-Arbeit muss als Basis der formellen Ökonomie anerkannt und gerecht verteilt werden. Um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, bräuchte es nicht zuletzt eine globale Umverteilung von Ressourcen und Vermögen von oben nach unten.

„Eine solidarische Produktions- und Lebensweise braucht nicht nur die Ermöglichung des guten Lebens für alle im Sinne von Mindeststandards. Sie benötigt auch Obergrenzen.“

(Brand 2023 in diesem Band)

Soziale Kälte abwenden, globale Hitze verhindern, darum geht es. Ob der Brandschutz gelingt, ist im Kern eine Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage.

Solidarökonomie und Care-Perspektive

Eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik sind solidarwirtschaftliche Lösungen, die unabhängig von der individuellen Kaufkraft Bedürfnisse befriedigen können und einen Zugang zu nachhaltig nutzbaren Ressourcen ermöglichen. Neben dem Privateigentum wird in der Solidarökonomie ge-

meinschaftliches Nutzungseigentum (Commons) oder öffentliches Eigentum berücksichtigt. Solidarökonomie kann zur Armutsbekämpfung beitragen, indem sie Handlungsspielräume und Teilhabemöglichkeiten von Menschen in Armutslagen fördert.

„Solidarökonomie kann gemeinschaftliche Alltagsbewältigung und Reziprozität durch kooperative Infrastruktur wie zum Beispiel Stadtteilwerkstätten, Gemeinschaftsgärten etc. stärken. Schließlich kann sie Gemeingüter in nicht spekulativer Weise bewirtschaften und deren Zugang unabhängig von der Kaufkraft sichern. Durch Gemeinschaftsnutzung und Kooperation trägt sie zur Verbesserung der materiellen und sozialen Lebenslage bei.“

(Elsen 2023 in diesem Band)

Vor allem feministische Akteurinnen bringen weitere Perspektiven für die Systemreform ein: Es braucht einen erweiterten Arbeitsbegriff, der neben Erwerbsarbeit auch Care-Arbeit umfasst, was eine grundlegende Transformation der geschlechterdifferenzierenden Erwerbsarbeit mit sich bringt. Care-Arbeit bezeichnet die Sorge für andere und uns selbst, die unbezahlte Arbeit in der Familie sowie (schlecht) bezahlte Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Pflegetätigkeiten in staatlichen Institutionen, Wohlfahrtsverbänden und dem Profit-Bereich. Vertreter*innen der Care-Perspektive „verlangen einen grundlegenden Paradigmenwechsel des Wirtschaftens im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses von Wirtschaften, Arbeiten und Leben sowie deren normative Orientierung an Prinzipien der (Vor-)Sorge“ (Littig 2023 in diesem Band). Ganz grundsätzlich zeigt die feministische Perspektive die systemischen Gemeinsamkeiten zwischen der Überlastung von Sorgearbeitenden und der Überlastung ökologischer Kreisläufe auf.

„Entsprechend lassen sich mit der Transformationsstrategie der Care Revolution nicht nur die Rahmenbedingungen für Sorgearbeitende verbessern – eine radikale Care-Bewegung kann auch einen Beitrag zur Stärkung der Klimagerechtigkeitsbewegung leisten.“

(Winker 2023 in diesem Band)

Vorschläge der Armutskonferenz

In der Abschlussphase der 13. Armutskonferenz wurden in Pro-Action-Cafés konkrete Vorschläge für eine sozial gerechtere Klimapolitik gemacht. In Kleingruppen wurden u. a. folgende Themen diskutiert: die Gründung von Sozialgenossenschaften, eine stärkere Vernetzung von Sozial- und Öko-Szene oder die Gestaltung eines klimafitten öffentlichen Raumes. Folgende Ideen wurden u.a. gesammelt: die Ausstattung von Plätzen mit Trinkwasser und Schatten; öffentlich zugängliche klimatisierte Räume ohne Konsumzwang; die Sensibilisierung von Sozialarbeiter*innen und Personen, die im öffentlichen Raum arbeiten, für die Auswirkungen von Hitze; ein Hitzetelefon analog zum Kälte-telefon, um Personen, die unter der Hitze leiden, gezielt, niederschwellig und professionell zu unterstützen. *(vgl. Haunold 2023 in diesem Band)*

Eine zentrale Forderung der Armutskonferenz ist außerdem die Einführung einer **Energiegrundsicherung**. Damit wird eine bestimmte Versorgung mit Energie als Grundanspruch jedem Menschen zugesichert. Die von der Regierung eingeführte sogenannte „Stromkostenbremse“ muss in diese Richtung weiterentwickelt werden. Zwar sichert sie Haushalten verbilligte Energiekontingente zu, allerdings berücksichtigt sie derzeit weder Haushaltsgröße noch Haushaltseinkommen, um daraus sowohl eine soziale wie auch eine ökologische Maßnahme zu machen. Eine Energiegrundsicherung schließt im Gegensatz zur Stromkostenbremse neben dem Grundbedarf an Strom auch Warmwasser und Heizung mit ein.

Die Ideen dazu sind in der Armutsforschung in den letzten zwanzig Jahren immer wieder diskutiert worden, erste Modelle wurden auf europäischer Ebene vorgeschlagen, auch Armutnetzwerke in England und Belgien thematisierten einen kostenfreien Energieanspruch *(Braun / Steinhardt / Frey / Schenk 2023 in diesem Band)*. Die aktuelle Klima- und Energiekrise, vor allem aber die derzeit massiv steigenden Energiepreise, haben die Frage der Daseinsvorsorge mit neuer Wucht auf die politische Tagesordnung gesetzt. Eine Energiegrundsicherung stellt den Grundbedarf an Energie für alle Menschen sicher. Jetzt gilt es, vorliegende Modelle zu prüfen, gegebenenfalls weiterzuentwickeln und rasch umzusetzen.

Die zweite Forderung der Armutskonferenz ist die nach einem **sozialen Ökobonus**. Durch einen einkommensabhängigen Ökobonus wird die Belastung einkommensschwächerer Haushalte ausgeglichen. Im Rahmen der Einführung einer CO₂-Bepreisung im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 ist ein solches Instrument als „Klimabonus“ bereits angelegt. Die treibenden Faktoren der zusätzlichen Einkommensbelastung sind regional unterschiedlich verteilt: in den Großstädten, allen voran Wien, spielt besonders der Faktor Heizen (mit Gas) eine Rolle, während in ländlichen Gebieten und Gemeinden besonders die Mobilität (mit dem Auto) der Grund für zusätzliche Kosten durch die CO₂-Steuer sind. Die regionale Staffelung des Klimabonus bedeutet besonders für armutsgefährdete Haushalte in Wien, wo zudem ein größerer Anteil dieser Haushalte lebt, eine ungleiche Entlastung der Thematik des Heizens gegenüber der Mobilität. Der dort enthaltene regionale Aspekt würde im sozialen Ökobonus durch eine weitere Komponente ergänzt, nämlich den der sozialen Staffelung. Seine Höhe kann - je nach Erfordernissen wie beispielsweise die Teuerung - angepasst werden. Prinzipiell sind universelle Leistungen - also Transfers, die an alle gehen - in der Armutsbekämpfung vorzuziehen, weil sie keiner beschämenden Bedarfsprüfung bedürfen, weil sie in der (unteren) Mitte der Gesellschaft sozialen Absturz verhindern, weil sie die Zustimmung zum Sozialstaat fördern, weil sie unbürokratisch die Menschen erreichen. Hier beim Klimabonus aber macht eine Einkommens-testung Sinn, weil das reichste Drittel der Bevölkerung am meisten CO₂ in die Atmosphäre bläst - der Klimabonus neben seiner Aufgabe des sozialen Ausgleichs hier auch eine ökologische Funktion zu erfüllen hat.

Klimasoziale Politik heißt, mit öffentlicher Infrastruktur und mit den Instrumenten des Sozialstaats Ungleichheit auszugleichen. Bisher wurde mit Pflastern herumgedoktert, wo eine große Operation notwendig wäre. Der Aufbau der ersten Sozialversicherungssysteme Ende der 1880er Jahre war der Beginn einer aktiven Sozialstaatspolitik. Die ersten Risiken, gegen die man abzusichern versuchte, waren Krankheit und Alter, später dann auch Arbeitslosigkeit. In den 1980er und 90er Jahren traten neue soziale Risiken hervor: Pflege, Behinderungen und Kinderversorgung wurden mit der Einführung des Pflegegelds und dem Ausbau der Kinderbetreuung in neue

Gesellschaftsverträge gegossen. Jetzt sind wir wieder mit neuen Risiken konfrontiert: Prekarisierung der Arbeit, Digitalisierung, Überlastung der Care-Institutionen und Care-Tätigen und eben die Klimakrise. Der Klimawandel ist ein Risiko und eine Bedrohung ähnlich wie Krankheit oder Pflege, die wir auch sozialpolitisch in Angriff nehmen müssen. Da braucht es keine Gutscheinsysteme oder Almosenförderungen – bei einem gebrochenen Bein will ich keinen Gipsgutschein, sondern eine solidarische Krankenversicherung, jedenfalls eine universelle Leistung, die mich – egal ob arm oder reich – gut versorgt. Die Energiegrundsicherung und der soziale Ökobonus wären solch sozialstaatliche Antworten auf die Risiken der Klimakrise, genauso wie das Pflegegeld eine Antwort auf die Risiken der Pflegebedürftigkeit ist oder die Krankenversicherung eine Antwort auf die Bedrohung durch Krankheit oder Unfall darstellt. Nur: Wer brennt's? Die Finanzierung des Klimabonus beispielsweise ist zurzeit ausschließlich über die CO₂-Besteuerung angedacht, eine Einnahmequelle, die ärmere Haushalte anteilmäßig viel stärker belastet als reiche Haushalte. Da braucht es zum Ausgleich eine **Finanzierung über andere, progressive Einkunftsarten, insbesondere Vermögen**. Warum also nicht den Ökobonus als soziale Leistung verstehen, mit der der Sozialstaat ein für uns alle neues und bedrohliches Lebensrisiko absichert – und zwar grundrechtsorientiert, solidarisch und nachhaltig.

Bei alledem muss uns klar sein: Wenn die sozial-ökologische Transformation nicht gelingt, werden jene am meisten leiden, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben.

***Verena Fabris** arbeitet bei bOJA, dem bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit, engagiert sich in feministischen und sozialpolitischen Zusammenhängen, u.a. in der Armutskonferenz.*

***Martin Schenk** ist Sozialexperte der Diakonie Österreich und Mitglied im Koordinationsteam der Armutskonferenz.*

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung von deren Lebenssituation.

Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

www.armutskonferenz.at

Mitgliedsorganisationen

Anton-Proksch-Institut | arbeit plus - Soziale Unternehmen Österreich | Arbeiter Samariter Bund Österreich | ASB Schuldnerberatungen GmbH | Autonome Österreichische Frauenhäuser | BAWO - Wohnen für Alle! | Bundesjugendvertretung | Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit | Caritas Österreich | Dachverband Berufliche Integration | Diakonie Österreich | Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung | Evangelische Akademie Wien | Evangelische Frauenarbeit in Österreich | FIAN Österreich | Forum Kirche und Arbeitswelt | Heilsarmee Österreich | Jugendrat der Islamischen Glaubensgemeinschaft | Katholische Aktion Österreich | Katholischer Familienverband Österreichs | Katholische Frauenbewegung Österreichs | Katholische Jungschar Österreichs | Katholische Sozialakademie Österreichs | Kolping Österreich | Lebenshilfe Österreich | Nein zu Krank und Arm | Netzwerk Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen | NEUSTART - Bewährungshilfe, Konfliktregelung und soziale Arbeit | Österreichische HochschülerInnenschaft | Österreichische Kinderfreunde | Österreichische Plattform für Alleinerziehende | Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen | Österreichischer Verein für Drogenfachleute | Österreichisches Rotes Kreuz | Plattform Sichtbar Werden | pro mente austria | SOS Mitmensch | St. Virgil Salzburg | TelefonSeelsorge | Verband der österreichischen Tafeln | Vertretungsnetz - Erwachsenenvertretung, Patientenanwaltschaft & Bewohnervertretung | Vinzenznetzwerk | Volkshilfe Österreich | Wiener Hilfswerk.

Regionale Armutnetzwerke

Kärnten • Niederösterreich • Oberösterreich • Salzburg • Steiermark • Vorarlberg

Lebens
skizzen

„Lebensskizzen“ macht den Alltag derer sichtbar, die nicht im Licht stehen. Verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. Erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt.

EVA

Ich bin die Bewohnerin in der Siedlung, die sicherlich die meisten Gartenbegehungen und Hausbegehungen über sich ergehen lassen musste. Gartenbegehung, gut, soll sein, obwohl das ein Eckhaus ist und sie jederzeit alles auch von draußen sehen können. Aber gut, ist auch lustig anzuschauen, wenn eine Prokuristin mit Seidenkleidchen, Nerzmäntelchen und Stöckelschüchen im November in meinem Wildgarten herumstakst...



AK

ÖSTERREICH

AK.AT/DEINESTIMME

#deineStimme für Gerechtigkeit

Die AK vertritt deine Rechte.



Die Heilsarmee gibt es noch.

Armut und Obdachlosigkeit auch.

heilsarmee.at


Anerkannte Einrichtung nach den Förderrichtlinien
des Fonds Soziales Wien, gefördert aus den Mitteln
der Stadt Wien



SCHNAPP DIR DEN JOB!



JETZT
APP HOLEN!



Arbeitsmarktservice
Österreich

www.ams.at/app

Budgetberatung

für einen besseren Überblick



Seit mehr als 10 Jahren gibt es mit der Budgetberatung ein **kostenloses und unabhängiges Angebot** der staatlich anerkannten Schuldenberatungen.

In Abgrenzung zur Schuldenberatung ist Budgetberatung ein präventives Instrument, das sich auf Fragen zu Haushaltsfinanzen bezieht. **Zielgruppe sind Menschen, deren Einkommenssituation sich verändert und/oder deren Einkommen niedrig ist.** Etwa vor der ersten eigenen Wohnung, wenn ein Kind geplant ist oder die Pensionierung ansteht. Budgetberatung wird in fast ganz Österreich angeboten.

Anmeldung und Materialien
wie Budgetbeispiele und
Budgetvorlagen:
www.budgetberatung.at



Budgetrechner mit direktem Vergleich
zu den Budgetbeispielen (Referenzbudgets):
www.budgetrechner.at

Auskommen mit dem Einkommen

Klientel mit Schuldenproblemen?

Online-Informationsveranstaltung zum Privatkonkurs

In 120 Minuten werden via Zoom Warnsignale bei Menschen mit Schuldenproblemen sowie Grundlagen zu Privatkonkurs, offenkundiger Zahlungsunfähigkeit und Gesamtvollstreckung vermittelt.

FinanzCoaching – Erste Schritte aus der Schuldenfalle

In diesem zweitägigen Präsenzseminar wird fundiertes Grundlagenwissen für den Umgang mit verschuldeten Klient*innen vermittelt. Darüber hinaus werden die einzelnen Instrumente der Schuldenregelung vorgestellt. Als Unterlage gibt es das 273 Seiten starke FinanzCoaching-Handbuch.

Bilden
Sie sich
weiter!



**Weiterführende
Informationen,
Termine & Anmeldung:**
www.schuldenberatung.at/fortbildung

Kontakt:
ASB Schuldnerberatungen GmbH
Dachorganisation der staatlich
anerkannten Schuldenberatungen
asb@asb-gmbh.at

Dachorganisation asb



VertretungsNetz

Werden Sie
ehrenamtliche:r
Erwachsenenvertreter:in

Mehr Informationen auf:
www.vertretungsnetz.at/jobs



SOZIALMARKT

BEI UNS LANDEN IHRE
LEBENSMITTEL IN DEN
RICHTIGEN HÄNDEN

Wieder mal zu viel eingekauft?
Obst, Gemüse sowie originalverpackte
Lebensmittel können jetzt bei den
Sozialmärkten des Samariterbundes
abgegeben werden.

Samariterbund Sozialmärkte.
Nachhaltig gut.



Mehr Informationen unter:
samariterwien.at/nachhaltigut

SAMARITERBUND
WIEN

„Sozialpolitik ist die effektivste Kriminalpolitik.“
NEUSTART Kriminalpolitische Positionen

NEUSTART

LEBEN OHNE KRIMINALITÄT.
WIR HELFEN.



Kultur für alle!

Kultur Pass

Name _____
Geburtstag _____
ltig bis _____



Hunger
auf
Kunst
&
Kultur

Der Kulturpass macht es möglich

Mehr als 1.100 Kultureinrichtungen in Österreich sind solidarisch mit Menschen, die sich Kunst und Kultur nicht leisten können.

In Wien, der Steiermark, Salzburg, Oberösterreich, Vorarlberg, Tirol, Niederösterreich und dem Burgenland.

Weitere Informationen unter hungeraufkunstundkultur.at

Initiiert 2003 von Schauspielhaus Wien und der Armutskonferenz



Die neue App!

Jetzt herunterladen,
bei Google Play oder im AppStore



Schnelle Hilfe
für Menschen in Not.
Unterstützen Sie uns dabei!

Empfänger: Haupttrat der Vinzenzgemeinschaften in Österreich
Tiroler Sparkasse
IBAN: AT63 2050 3009 0000 0803
BIC: SPIHAT22XXX

Die 13. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von

Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Bundesministerium
Arbeit

Bundeskanzleramt

